Institut für Architektur- und Planungstheorie
FG Architektursoziologie und Frauenforschung

AUF DEN ZWEITEN BLICK

STÄDTEBAULICHE FRAUENPROJEKTE IM VERGLEICH

Herausgeberin **Barbara Zibell**
Autorin **Anke Schröder**

Institut für Architektur- und Planungstheorie
FG Architektursoziologie und Frauenforschung

im Juni 2002

Wir bedanken uns bei allen Projektbeteiligten für die Bereitstellung der Materialien und Informationen, bei der Universität für die finanzielle Unterstützung, beim Institut für Architekturinformatik und Darstellung (AIDA) für technische Unterstützung, beim Frauenbüro der Universität Hannover sowie bei allen anderen für Rat und Tat, Dialog und Diskussion, Zuspruch und Interesse.

Diese Dokumentation ist zu finden unter:
http://edok01.tib.uni-hannover-de/edoks/e01mr01/337953996.pdf
oder kann als CD-Rom beim IAP in guter Druckqualität für 5 Euro plus Porto erworben werden.

Uni Hannover
FB Architektur
Institut für Architektur- und Planungstheorie (IAP)
Schloßwenderstr. 1
30159 Hannover
Tel.: 0511 - 762 3270
Fax: 0511 - 762 3271
iap@iap.uni-hannover.de

Institut für Architektur - und Planungstheorie
FG Architektursoziologie und Frauenforschung

AUF DEN ZWEITEN BLICK

STÄDTEBAULICHE FRAUENPROJEKTE IM VERGLEICH

Herausgeberin Prof. Dr. sc. techn. Barbara Zibell

Autorin Dipl.- Ing. Anke Schröder

Layout/Bearbeitung Dipl.- Ing. Katrin Schulz-Helbach
cand. arch. Kerstin Sailer

VORWORT

Bei der vorliegenden Sammlung städtebaulicher Projekte handelt es sich um das kommentierte und dokumentierte Ergebnis von Recherchen, die seit 1997 – zunächst mit geringen Ressourcen, seit 1999 verstärkt – am Fachgebiet Architektursoziologie und Frauenforschung des Instituts für Architektur- und Planungstheorie der Universität Hannover zusammengetragen wurden. Dabei sind die notwendigen Arbeiten durch verschiedene Hände gegangen: So waren mit Vera Dobrindt und Edda Rabe zunächst studentische Hilfskräfte hieran beschäftigt, bevor das Projekt 1999 in die Verantwortung meiner zweiten Mitarbeiterin, Dipl.-Ing. Anke Schröder, gelegt wurde, die seitdem und mit zeitweiser Unterstützung durch cand.arch. Kerstin Sailer und Dipl.-Ing. Katrin Schulz-Helbach, die über ein Wiedereinstiegsstipendium finanziert werden konnte, kontinuierlich daran arbeitete, die Sammlung systematisch aufzubereiten und für die Dokumentation bereitzustellen.

Diese Dokumentation ist gleichzeitig der sogenannte „zweite Forschungsbaustein“ im Rahmen der Grundlagenarbeiten an meinem Fachgebiet, im Rahmen derer Materialien für die Lehre und für weitere Forschungsarbeiten im Bereich Frauenforschung in der Architektur sowie auch für die Planungspraxis zur Verfügung gestellt werden sollen. Der erste in einer Reihe von vier Bausteinen, die sich entlang der Chronologie entwickeln, mit denen die entsprechenden Themen in der Vergangenheit von Fachfrauen aufgegriffen worden sind, und sich dabei gleichzeitig von der kleineren zur jeweils nächsthöheren Maßstabsebene bewegen, hatte sich mit FrauenWohnProjekten beschäftigt. Dieser Forschungsbaustein wurde von meiner ersten Mitarbeiterin Dipl.-Des. Dipl.-Ing. Sabine Rebe bearbeitet, 1999 abgeschlossen und ist kürzlich als Dokumentation des Niedersächsischen Innenministeriums

im Internet erschienen. Weitere Forschungsbausteine – zum Thema Stadt- und Bauleitplanung bzw. Kommunale Gesamtentwicklung und Regionalplanung – sollen folgen.

Ich freue mich, dass die Arbeiten der Projektdokumentation an diesem zweiten Forschungsbaustein nun abgeschlossen sind und der Öffentlichkeit – nicht zuletzt auch durch die Unterstützung des GetInfo-Projektes an unserer Hochschule, mit dem eine virtuelle Bibliothek aufgebaut werden soll – zur Verfügung gestellt werden können. Dem Frauenbüro und dem Senatspool zur Förderung frauenspezifischer Aktivitäten der Universität Hannover sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt für die mehrfache finanzielle Unterstützung, ohne die das Projekt nicht hätte zu Ende geführt werden können.[1] Desweiteren bedanken wir uns bei allen Beteiligten aus den Projekten für ihre Kooperation.

Es bleibt zu hoffen, dass mit der vorliegenden Dokumentation nicht nur das Wissen um den Beitrag von Frauen in Architektur und Planung vermehrt, sondern gleichzeitig auch ein Anstoß zum Gender Mainstreaming in diesen Bereichen geleistet werden kann.

Hannover, im Juni 2002
Prof. Dr. sc. techn. Barbara Zibell

1 Es ist vorgesehen, die Dokumentation zusätzlich in gedruckter Form herauszugeben.

INHALTSVERZEICHNIS

1 Einleitung 7

1.1 Forschungsleitfragen 8

1.2 Auswahl der Projekte 9

1.3 Vorgehen 9

2 Die Projektblätter 11

Projektübersicht 13

3 Die Projekte

· Zürich
Brahmshof 14

· Berlin
Emanzipatorisches Bauen und Wohnen 20

· Bergkamen
Frauen Planen Wohnungen 24

· Recklinghausen
Alternatives Wohnen – Tor zur Südstadt 28

· Berlin
Emanzipatorische Wohnformen 32

· Wien
FrauenWerkStadt 36

· Lübeck
Frauen Planen Wohnen 42

· Leverkusen
Frauengerechtes Wohnen 46

· Freiburg im Breisgau
Stadt und Frau 52

· Kiel
Generationsübergreifendes Wohnen 58

· Wiesbaden
Frauengerechtes Bauen und Wohnen 62

· Mainz
Layenhof 66

· Essen
Dilldorfer Höhe 70

· Langenhagen
Weiherfeld 74

· Lörrach
Modellhafte Wohnanlage 80

· Oldenburg
Frauen planen für Frauen und Familien 86

· Nürnberg
Frauenfreundliches Wohnen 90

· Salzgitter
Mütterzentrum 94

· Bremen
Beginenhof 100

4 Quervergleich / Auswertung der Leitfragen 105

4.1 Zielsetzung 105
4.2 Projekt 106
4.3 Prozess 110
4.4 Rückblick 112
4.5 Ausblick 116

5 Fazit / Innovation 117

5.1 Das Andere: was ist das eigentlich? 118
5.2 Die Projekte: worin unterscheiden sie sich? 119
5.3 Der innovative Impuls: worin besteht er, wie äußert er sich? 122

6 Anhang 127

Literaturverzeichnis und Abbildungsverzeichnis

EINLEITUNG

KAPITEL 1

Auf den zweiten Blick – der Titel der hier vorliegenden Dokumentation macht bereits im Vorfeld deutlich, dass die untersuchten Projekte erst beim zweiten Hinsehen anders sind als herkömmliche Beispiele. Die architektonische Umsetzung der vorliegenden Sammlung lässt eine Bandbreite erkennen, die sich je nach zeitlicher Epoche und städtebaulichen Vorlieben nicht unbedingt von anderen Projekten ihrer Zeit unterscheidet. Städtebauliche Frauenprojekte, um die es hier geht, zeichnen sich nämlich nicht etwa durch ihre außergewöhnliche Form (rund und organisch) oder besondere Farbgebung (lila und Frauenzeichen) an der Fassade aus; das Andere, das Frauenspezifische wird erst auf den „Zweiten Blick“[2] sichtbar. Diese Dokumentation soll dazu beitragen herauszukristallisieren, ob und wenn ja, was denn eigentlich anders ist, wenn Frauen planen und bauen.

Seit nunmehr 30 Jahren beteiligen sich Frauen vermehrt an der fachlichen Diskussion, an Analyse und Kritik, Planung und Gestaltung gebauter Räume. Die Auseinandersetzungen begannen im Wohnbereich[3] und beschäftigten sich insbesondere mit dem Zusammenhang zwischen Lebens-, Wohn- und Haushaltsformen und deren Umsetzung in neue Raumkonzepte und Grundrisskonfigurationen.[4]

Die bis heute in erster Linie von Männern geprägten Siedlungsformen und -strukturen, von der stadträumlichen Funktionstrennung bis zu den monofunktionalen Wohnungsgrundrissen[5], wird von Fachfrauen seit den 60er / 70er Jahren kritisiert.[6] Die stärkere Beteiligung von Frauen in Planung und Architektur, auch eine Konsequenz der zweiten Frauenbewegung, führte in der Folge dazu, Projekte zu konzipieren, die sich durch die Einnahme anderer Sichtweisen und damit verbunden durch veränderte Qualitäten auszeichneten. Die-

2 Die Beschreibung „Auf den zweiten Blick” ist nicht neu, es gab bereits andere Frauenprojekte z.B. „Beim zweiten Blick wirkt alles anders” eine Fotoausstellung zum Thema „Frauen und Stadtplanung“, Schwerte 1989

3 u.a. Myra Wahrhaftig: „Die Behinderung der Emanzipation der Frau durch die Wohnung und die Möglichkeit zur Überwindung“, Berlin 1978

4 siehe hierzu 1. Forschungsbaustein: Dipl.-Des. Dipl.-Ing. Sabine Rebe „Frauenwohnprojekte in Deutschland, Dokumentation des Niedersächsischen Innenministeriums, im Internet über http://www.niedersachsen.de/Scripts/publikation.asp?Ministerien=MI

5 vgl. Dörhöfer, Kerstin / Terlinden, Ulla: Verortung – Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen, Basel, Boston, Berlin 1998, S.14 ff.

6 u.a. Barbara Zibell und Karen Hiort: „Frauen in Wohnumfeld und Nachbarschaft“, Berlin 1980, Greiwe, Ulla / Wirtz, Birgit: „Frauenleben in der Stadt: durch Planung behinderter Alltag“, Dortmund 1986

se Projekte haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, das städtebauliche Gesamtbild in Teilen zu bereichern.

Bei der vorliegenden Dokumentation der städtebaulichen Frauenprojekte wird einmal ausdrücklich die Perspektive der Frauen eingenommen. Dieser nach Gerda Lerner so benannte „frauenzentrierte" Blick stellt die Bedürfnisse von Frauen in den Mittelpunkt: „Frauenzentriert zu sein bedeutet: sich zu fragen, wie eine These, ein Argument lauten müsste, wenn Frauen im Mittelpunkt des Interesses stünden. Es bedeutet alles zu ignorieren, was Frauen als weniger wichtig erscheinen lässt."[7]. Es wird also in erster Linie darauf eingegangen, ob die Bedürfnisse von Frauen entsprechend ihrem Lebensalltag gedacht, geplant und ausgeführt wurden. Dabei ist aus feministischer Sicht von Bedeutung, dass die traditionelle Rollenverteilung nicht manifestiert wird und es durch die Planung nicht lediglich zu einer Erleichterung des Lebensalltags innerhalb patriarchalischer Strukturen kommt, sondern dass bestehende Herrschaftsverhältnisse aufgebrochen und mögliche Veränderungen im Geschlechterverhältnis aufgezeigt werden.

1.1 Forschungsleitfragen

Im Vorfeld der Auswertung wurden Forschungsleitfragen entwickelt, die für die Beurteilung und Vergleichbarkeit städtebaulicher Frauenprojekte aus frauenzentrierter Sicht von Interesse sind. Diese Leitfragen sollen dazu dienen, eventuelle Gemeinsamkeiten, aber auch Besonderheiten der einzelnen Projekte herauszufiltern. Die Fragen lassen sich drei unterschiedlichen thematischen Bereichen zuordnen:

1. Projekt
   - Was ist anders, wenn Frauen planen und bauen?
   - Wie werden formulierte Anforderungen eines frauengerechten Städtebaus umgesetzt?
   - Ist an den Projekten die Handschrift von Frauen abzulesen?

2. Prozess
   - Welche Rolle spielt der frauenspezifische Aspekt, ist er bereits in der Bezeichnung der Projekte erkennbar?
   - Welches sind die grundlegenden Projektinhalte?
   - Auf wessen Initiative hin sind die Projekte entstanden?
   - Welche Hürden mussten bei der Realisierung überwunden werden?

3. Ergebnis
   - Wie ist die Entwicklung nach Bezug zu beurteilen? Z.B. anhand der Fluktuation
   - Wie stehen die InitiatorInnen heute zu den realisierten Projekten?
   - Haben entwickelte Kriterien und entstandene Qualitäten eine Chance, in absehbarer Zeit zum integrativen Bestandteil städtebaulicher Planungsvorhaben zu werden?

7 Lerner, Gerda im engl. Original: woman centered 1986 in Lerner, Gerda "The Creation of Patriarchy", Oxford 1986, dt. Ausgabe "Die Entstehung des Patriarchats" FFM 1991, S.282

1.2 Auswahl der Projekte

Bei der Auswahl der Projekte wurden nach solchen gesucht, die veränderte Lebens- bzw. Haushaltsformen berücksichtigen, Haushaltstypen, die auf dem Wohnungsmarkt bis dahin nicht ausreichend mit adäquatem Wohnraum versorgt werden konnten. Die Palette der ausgewählten Projekte ist breit; sie reicht vom sozialen Wohnungsbau über genossenschaftliche Ansätze bis hin zu Eigentumsmaßnahmen.

Bestimmend für die Auswahl waren insbesondere zwei Kriterien:

1. Städtebaulicher Maßstab

Bei der Auswahl ging es weiter um die – relative – Größenordnung der Projekte, die als Stadtbausteine besonders in Erscheinung treten sollten. Hierbei ist die Größe der Stadt selbst genauso von Bedeutung wie der umgebende städtische Kontext. Ein Projekt in Wien oder Berlin mit 80 oder 100 Wohneinheiten (WE) hat für den gebauten Raum wie für die öffentliche Wahrnehmung eine andere Bedeutung als ein Projekt mit vielleicht nur 20 oder 30 WE in Bergkamen oder Lörrach. Die Größenordnungen der ausgewählten Projekte reichen denn auch von 10 bis 360 WE. Ebenfalls wurden die Projekte danach ausgesucht, ob es sich um eine Einzelmaßnahme oder eine Stadtentwicklungsmaßnahme handelte, und somit vorgegebenen Gestaltungsrichtlinien unterlag.

2. Frauenspezifische Ziele und Inhalte

Zunächst wurde nach Projekten gesucht, die den Bezug auf frauenspezifische Gesichtspunkte in ihrer Bezeichnung deutlich machen. Im Weiteren wurde der Fokus aber auch ausgedehnt auf solche Projekte, die sich im Vorfeld der Planung bzw. im Rahmen des Planungsprozesses durch ein entsprechendes Bemühen und Engagement auszeichneten, indem sie sich zum Beispiel auf einschlägige Kriterien von Fachfrauen bezogen oder im Vorgehen (Wettbewerb, Gutachten o.ä.) besonders darauf achteten, den weiblichen Sachverstand angemessen zu beteiligen.
Nicht berücksichtigt wurden Projekte, die sich zwar – in der Regel neben anderen Attributen wie familien- und kinderfreundlich, ökologisch oder sozial etc. – auch ein Etikett der Frauenfreundlichkeit gaben, jedoch in Inhalt und Vorgehen nicht weiter darauf Bezug nahmen.

1.3 Vorgehen

Gesammelt wurden in einem ersten Schritt Unterlagen zu bekannten Modellprojekten. Dem ersten Schritt folgte eine breit angelegte Recherche in ausgewählten Fachzeitschriften. Die Suche konzentrierte sich auf Wettbewerbe, die in ihren Ausschreibungstexten und Ergebnissen auf frauenspezifische Aktivitäten deuteten; auf Direktaufträge; selbst organisierte Projekte und auf von Frauen bzw. Gleichstellungsbeauftragten initiierte Projekte. Es folgte die systematische Aufbereitung der Daten.

Zur Überprüfung und Vertiefung der quantitativen Informationen wurden Exkursionen zu den einzelnen Standorten durchgeführt. Dabei ging es um die Beurteilung der qualitativen Aspekte, wie städtebaulicher Entwurf, baulich-räumliche Einbindung, Bezüge der Innen- und Außenbereiche, Lage des Projektes im Stadtgebiet usw. In den Städten wurden Schlüsselpersonen anhand eines teilstandardisierten Interviewleitfadens befragt, der die Offenheit für ein individuelles Gespräch zuließ. Als InterviewpartnerInnen wurden stets VertreterInnen der verschiedenen Akteure ausgewählt. AnsprechpartnerInnen waren u.a. InitiatorInnen – die IdeengeberInnen der Projekte, zuständige Personen der Stadtplanungsämter, die am Prozessablauf und bei der Entscheidungsfindung beteiligt waren, die ArchitektInnen der Projekte und soweit bekannt die NutzerInnen.

DIE PROJEKTBLÄTTER

KAPITEL 2

In den folgenden Projektdarstellungen sind in einer ersten Übersicht die Fakten, die sogenannten „harten Daten“, zur groben Orientierung über die einzelnen Projekte zusammengestellt.

Den Daten zum „Planungsprozess“ ist der erste Abschnitt gewidmet. Dabei ist der Entstehungszeitraum von der ersten Idee bis zum Bezug der Wohnungen aufgeführt, die AkteurInnen (InitiatorInnen, TrägerInnen und ArchitektInnen), Angaben zum Entwurfsverfahren und der Finanzierung folgen. Die Art der NutzerInnenbeteiligung schließt die Angaben zum Prozess ab.

Im zweiten Teil wird das Projekt selbst betrachtet. Maßstab für die Lage im Stadtgebiet ist die Entfernung zur Innenstadt, die Größe des Planungsgebietes mit dem Bezug zur Geschossflächenzahl (GFZ) und die Anzahl der Geschosse geben Anhaltspunkte zur städtebaulichen Dichte. Über den Wohnungsschlüssel wird die Bandbreite unterschiedlicher Wohnungsgrößen vermittelt, die Angabe weiterer vorhandener Nutzungen geben einen zusätzlichen Eindruck über die Vielfalt der einzelnen Projekte.

Es folgt die Beschreibung der einzelnen Projekte.

Um einen Eindruck der unterschiedlichen städtischen Strukturen zu erhalten, wird im Text zu Beginn auf den **gesamtstädtischen Kontext** eingegangen, der einen allgemeinen Überblick über die einzelnen Städte vermitteln soll und Rückschlüsse auf die ansässige Bevölkerung zulässt.

Über die **Lage im Stadtgebiet** erfolgt eine Einordnung des Projektstandortes in den städtischen Kontext. Ist es zum Bei-

spiel im Rahmen einer Stadterweiterungsmaßnahme entstanden und damit als ein Baustein einer Gesamtplanung anzusehen oder ist das Projekt als eigenständige Maßnahme in alte innerstädtische Quartiere integriert?

Der Abschnitt zur **Entstehung des Projektes** macht deutlich, unter welchen Bedingungen und mit welcher Unterstützung das Projekt initiiert wurde, wer IdeengeberIn war, welche AkteurInnen die städtischen Beziehungsnetze bestimmen , mit welchen Hürden die InitiatorInnen bei den ersten Überlegungen konfrontiert wurden, aber auch mit welcher Unterstützung sie rechnen konnten.

Der Abschnitt zum **Planungsprozess** gibt Informationen zum gesamten Verlauf der Projektentwicklung. Es wird verdeutlicht, welches Verfahren für die Realisierung des Projektes gewählt wurde, wer im Verlauf des Prozesses involviert wurde, ob z.B. die späteren NutzerInnen bereits im Planungsprozess beteiligt wurden etc.

Der **Bauprozess** beginnt mit dem Baubeginn der eigentlichen Maßnahme. Hier werden die Schwierigkeiten und Hürden bei der tatsächlichen Umsetzung von Ideen in konkrete baulich-räumliche Strukturen beschrieben. Auch das Verhältnis zwischen Planenden und Ausführenden wird hier genauer betrachtet.

In der **Projektbeschreibung** wird u.a. der frauenspezifische Anspruch in der baulichen Umsetzung beschrieben. Ausgehend vom Gebäudekörper wird hier die städtebauliche Einbindung in den Gesamtkontext eingeschätzt. Die Besonderheiten des jeweiligen Projektes werden hervorgehoben. Dabei spielt die Beurteilung der Innen- und Außenbezüge eine Rolle, wichtige Wegebeziehungen werden aufgezeigt.

Die **Entwicklung nach Fertigstellung** weist insbesondere auf die Zufriedenheit der BewohnerInnen hin und ob das Projekt in seiner Besonderheit überhaupt wahrgenommen wird. Für die Beurteilung der Wohnzufriedenheit wurde einerseits die Fluktuation herangezogen, andererseits die Entwicklung der nachbarschaftlichen Kontakte.

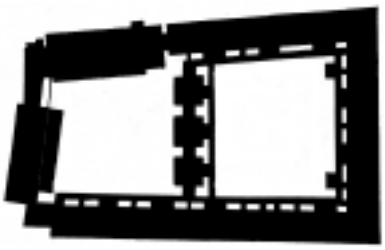
Mögliche **bauliche Veränderungen** nach Fertigstellung geben Hinweise darauf, ob das Konzept auch nach Bezug noch Bestand hat. Anhand der vorgenommenen Veränderungen wird u.a. die Akzeptanz des Projektes erkennbar. So können Veränderungen Folgen positiver Aneignung sein, z.B. ist es ein Zeichen für Flexibilität, wenn aufgrund wechselnder Haushaltstypen eine bauliche Veränderung vollzogen wurde, der/die EigentümerIn bereit ist, auf Veränderungen zu reagieren etc. Bauliche Veränderungen können aber auch ein Zeichen von Unzufriedenheit und Nichtakzeptanz sein, wenn beispielsweise vorgesehene Gemeinschaftseinrichtungen nicht im vorgesehenen Maße genutzt werden.

Im letzten Punkt **Fazit und Innovation** werden die Besonderheiten der Projekte nochmals zusammengefasst. Hier wird eine Gesamteinschätzung vorgenommen, die die Essenz aus den vielschichtigen Gegebenheiten der Projekte, aus Gesprächen und Beobachtungen darstellt.

Projektübersicht

Die Übersicht enthält alle Projekte in chronologischer Reihenfolge. Dabei ist die erste Jahreszahl für das erstmalige Auftreten ausschlaggebend, für die erste Idee. Sie bezeichnet das Entstehungsdatum, die zweite Jahreszahl gibt den Bezug der Wohnungen bzw. in Einzelfällen die Aufgabe des Vorhabens an.

Nr.	Stadt / Land	Projekttitel	Entstehungszeitraum
1	Zürich / Schweiz	Brahmshof	1980 – 1991
2	Berlin	Emanzipatorisches Bauen und Wohnen	1981 – 1993
3	Bergkamen / Nordrhein-Westfalen	Frauen Planen Wohnungen	1989 – 1993
4	Recklinghausen / Nordrhein-Westfalen	Alternatives Wohnen – Tor zur Südstadt	1990 – 1994
5	Berlin, Biesdorf Süd	Emanzipatorische Wohnformen	1990 – 1999 keine Realisierung
6	Wien / Österreich	FrauenWerkStadt	1991 – 1997
7	Lübeck / Schleswig-Holstein	Frauen Planen Wohnen	1991 – 1995 keine Realisierung
8	Leverkusen / Nordrhein-Westfalen	Frauengerechtes Wohnen	1991 – 1996
9	Freiburg i.Brs. / Baden-Württemberg	Stadt und Frau	1991 – 1997
10	Kiel / Schleswig-Holstein	Generationsübergreifendes Wohnen	1992 – 1995
11	Wiesbaden / Hessen	Frauengerechtes Bauen und Wohnen	1992 – 1997
12	Mainz / Rheinland-Pfalz	Layenhof	1992 – 1996 keine Realisierung
13	Essen / Nordrhein-Westfalen	Dilldorfer Höhe	1993 – 2000
14	Langenhagen / Niedersachsen	Weiherfeld	1993 – 2000
15	Lörrach / Baden-Württemberg	Modellhafte Wohnanlage	1993 – 1997
16	Oldenburg / Niedersachsen	Frauen planen für Frauen und Familien	1994 – 1998
17	Nürnberg / Bayern	Frauenfreundliches Wohnen	1995 – 1999
18	Salzgitter / Niedersachsen	Mütterzentrum	1996 – 1999
19	Bremen	Beginenhof	1996 – 2001

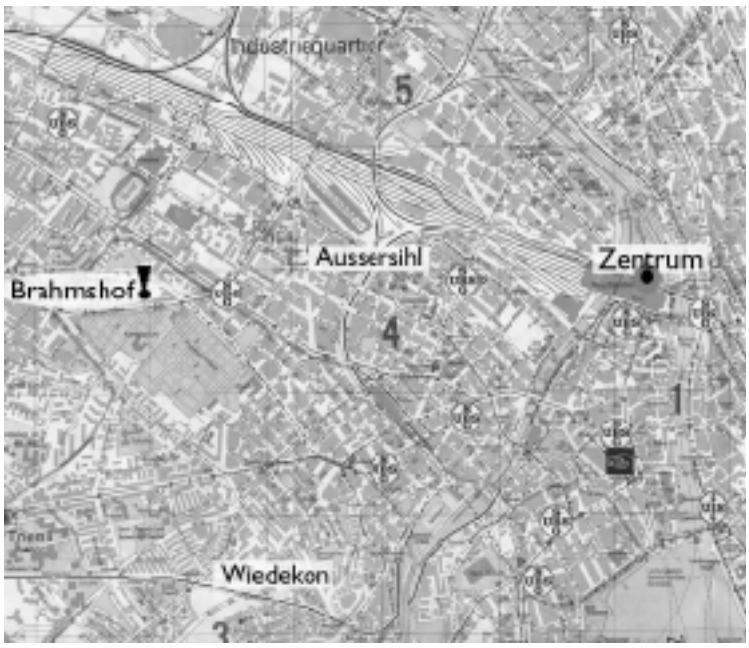


BRAHMSHOF

ZÜRICH

erste Idee / Bezug	1984 / 1991
Initiative	Evangelischer Frauenbund Zürich
TrägerIn	Evangelischer Frauenbund Zürich
ArchitektInnen	Walter Fischer, Zürich
Entwurfsverfahren	GutachterInnenverfahren
Finanzierung	Mischfinanzierung: Eigentum, Miete, sozialer Wohnungsbau
NutzerInnenbeteiligung	in enger Kooperation mit dem EFZ
Lage im Stadtgebiet	Innenstadtnah, Zürich
Größe Planungsgebiet / Dichte	11.500 m² / GFZ 1,2
Nutzungen	78 WE; Dienstleistung, Café, Gewerbe, Fort- Weiterbildung, Kinder-, Altenservice, Schwesternschule, Ateliers ⇒ 1999 umgebaut zu Wohnungen
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	II - V / keine Angaben
Wohnungsschlüssel	I,5-Zi-Whg. - 5,5-Zi-Whg.

Der Brahmshof in Zürich-Wiedikon ist das „älteste" der untersuchten Projekte. Es ist seit 1991 bezogen und gilt als Modellprojekt für viele der folgenden Projekte. Insbesondere das Konzept der Mischfinanzierung durch unterschiedliche Träger (Bund, Kanton und Stadt) und die Vereinigung von Eigentums- und Mietwohnungen ist hervorzuheben. Die Initiatorinnen und gleichzeitig Eigentümerinnen des Grundstücks, die Frauen des Evangelischen Frauenbund Zürich (EFZ) bezeichnen es selbst als Modell für „mitmenschliches, zeitgemäßes und zukunftgerichtetes Wohnen". Ihre Ideen flossen während des gesamten Prozesses bis in die Realisierung und heutige Verwaltung der Wohnanlage mit ein.



Gesamtstädtischer Kontext

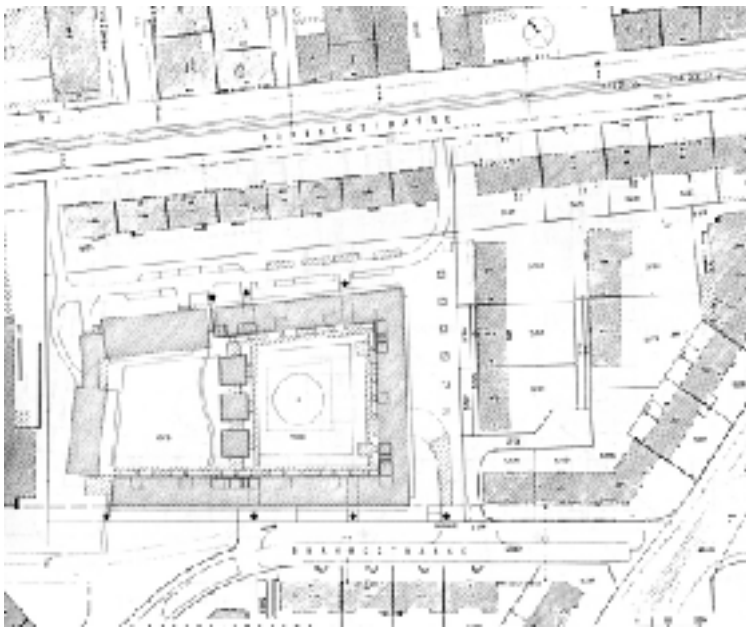
Die Stadt Zürich, mit rund 360.000 EinwohnerInnen die größte Stadt der Schweiz, liegt am Nordende des Zürichsees. Ausgedehnt auf die Agglomeration bzw. den gesamten Kanton Zürich leben dort ca. 1 Mio. Menschen. Traditionell war die Stadt Zürich eine Industrie- und Arbeiterstadt, geprägt durch große Betriebe im Bereich Maschinenbau. Im Laufe des letzten Jahrhunderts veränderte sich die Stadt zunehmend in Richtung Finanzmetropole, Bildungs- und Kulturstadt, was durch die Entscheidung zur Ansiedlung der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) und den Verzicht der Bundeshauptstadt begründet wurde. Zürich hat einen leistungsfähigen öffentlichen Nah- und Fernverkehr und den größten Flughafen der Schweiz. Der Wohnungsmarkt besteht überwiegend aus 2-3-Zimmer-Wohnungen, was auf den großen Anteils genossenschaftlicher Wohnungsbaus zurückzuführen ist. Der hohe AusländerInnenteil von 30% gibt der Stadt einen multikulturellen Charakter. Die demographische Entwicklung, die Überalterung der Bevölkerung, ist (mit 20%) auch hier nachzuvollziehen

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Projektgebiet liegt im Westen der Stadt, im Zürcher Stadtteil Wiedikon, in unmittelbarer Nähe zum Albisriederplatz, einem gut funktionierenden innerstädtischen Subzentrum mit Einkaufsmöglichkeiten, Arztpraxen und Schulen. Der Zentralfriedhof wird als Naherholungsgebiet genutzt und ist fußläufig erreichbar. Vom Albisriederplatz verkehren bis in die Nachtstunden in regelmäßigen Abständen Straßenbahnen Richtung Zürich-Zentrum, danach wird das Angebot durch Nachtbusse ergänzt.
Das Grundstück befindet sich seit 1889 im Besitz des EFZ. Damals hatte der Frauenbund dort ein „Heim für gefallene Mädchen" errichtet. 1947 wurde ein Teil des Gebäudes verkauft und aus dem Erlös auf der anderen Seite des Areals das Kinderheim „Pilgerbrunnen" gebaut. Ursprünglich lag die Liegenschaft an der Peripherie der Stadt. Durch Eingemeindungen in den 1930er Jahren erweiterte sich das Stadtgebiet Zürich und das Gelände kam somit in eine zentralere Lage.

Entstehung des Projektes

Aufgrund der Nachfrage nach Wohnraum entstand in den 1960er Jahren der Druck, innenstadtnahe Gebiete baulich stärker auszunutzen. Der EFZ stellte sich diesen Anforderungen mit der Bildung einer Planungskommission für eine Überbauung Pilgerbrunnen mit Schwesternhaus. Aufgrund der Rezession wurde das Projekt jedoch wieder auf Eis gelegt. Erst in den 1980er Jahren, als der bauliche Zustand des alten Kinderheims eine Sanierung nahe legt, wurden Planungsüberlegungen für eine Neubebauung angestellt.
Durch das soziale Engagement des EFZ wurde der Plan zur Errichtung einer Wohnanlage erarbeitet, der bislang benachteiligten Menschen, auf dem Wohnungsmarkt helfen soll, eine angemessene Wohnung zu finden. Mit verschiedenen sozialen und kantonalen Organisationen, dem städtischen Hochbauamt, dem Sozialamt, der Kantonalen psychiatrischen Familienpflege, Pro



Infirmis, Pro Juventute, der Dargebotene Hand, der Arbeitsstelle für kirchliche Jugendfragen und dem Verein Jugendwohnhilfe wurde ein Nutzungskonzept für die diversen Zielgruppen erarbeitet. Die Frauen des EFZ als Eigentümerin hatte die Absicht, das Projekt von Beginn an zu begleiten.

Planungsprozess

Aus den so ermittelten Bedürfnissen sollte ein Architektur-Wettbewerb ausgeschrieben werden. Als Grundlage wurde vorab ein Szenario von der Journalistin Elisabeth Michel-Alder geschrieben, worin ein Bid des möglichen Zusammenlebens in der Überbauung entworfen wurde und das die unterschiedlichen Bedürfnisse atmosphärisch darstellte. Bei den Eingeladenen sollten möglichst viele praktizierende Architektinnen teilnehmen. Die erste Idee, einen reinen Frauenwettbewerb durchzuführen war auf zu geringe Resonanz gestoßen, so dass in einem zweiten Schritt auch Männer zu dem Wettbewerb zugelassen wurden. 1987 tagte die Jury, die sich einstimmig auf einen Entwurf einigen konnte. Zur Überraschung aller handelte es sich nicht um eine weibliche Entwerferin, sondern um den Architekten Walter Fischer aus Zürich.

Bauprozess

Das Grundstück hatte aufgrund seiner innerstädtischen Lage einen hohen Marktwert; so konnten Verträge mit den Banken abgeschlossen werden, die einen zügigen Baubeginn gewährleisteten. 1989 konnte mit dem Bau begonnen werden. Der EFZ wollte die Umsetzung möglichst vieler Ziele erreichen und entschied sich daher, die Bauleitung nicht aus der Hand zu geben. Aus dem Kreis der Mitglieder des EFZ wurde eine Baukommission gewählt, die unter Leitung von Alice Kundert trotz einigen Anfangsschwierigkeiten und Kompetenzfragen die Oberleitung nicht abgab. 1991 konnte der Neubau bezogen werden.
Die ersten MieterInnen hatten die Möglichkeit über den Küchenausbau, insbesondere die Anordnung der Küchenzeile und die Farbe der Fußböden zu entscheiden.

Projektbeschreibung

Die geschlossene Blockrandbebauung des Brahmshof bildet zwei charakteristische Innenhöfe: einen geschlossenen Hof für die betreuten Kinder von Kinderheim und Krippe sowie einen offenen Hof mit mit einer alten Linde in der Mitte, um die Sitzgelegenheiten gruppiert sind. Dort gibt es Aufenthaltsmöglichkeiten für die BewohnerInnen der Überbauung. An den vier Ecken der Anlage sind Durchgänge in die Innenbereiche angeordnet. Hier befinden sich auch die Treppenaufgänge mit Fahrstühlen. Über die Aufgänge kommt man auf die Laubengänge, von denen die Wohnungen erschlossen werden und an denen auch die privaten Sitzplätze einzelner Wohnungen angrenzen. Dadurch ergibt sich eine differenzierte Abstufung zwischen öffentlichen, halböffentlichen, halbprivaten und privaten Bereichen. Der Brahmshof beherbergt nicht nur 67 Wohneinheiten (WE), sondern auch gewerblich genutzte Räumlichkeiten. Darunter befinden sich ein öffentliches Bistro, Tagungs-

und Seminarräume, Büroräume und die Kinderkrippe (Tagesheim) “Pilgerbrunnen“. Im angrenzenden Altbau sind das Kinderheim “Pilgerbrunnen“, eine Arztpraxis und Büros untergebracht. In Heim und Krippe werden je ca. 30 Kinder im Vorschulalter betreut.
Die Wohnungsgrößen reichen von 1 1/2-Zimmer- bis 5 1/2-Zimmer-Maisonettewohnungen. Die unterschiedlichen Haushalts- und Lebensformen umfassen Familien, Alleinerziehende, allein stehende Erwachsene, Jugendliche in Ausbildung, Senioren, physisch und psychisch Behinderte. Die gesamte Anlage ist in Schottenbauweise gebaut, dabei handelt es sich um eine flexible Bauweise ohne luxeriösen Ausbau. Die Größen sind in bestimmten Rasterabständen frei zu variieren. Alle Individualräume sind gleich groß und haben eine Fläche von 14qm. Die Küche kann als einzelner Raum ausgebildet sein oder als Wohnküche in den offenen Wohnbereich integriert werden. Alle Badezimmer haben natürliche Belichtung und Belüftung. Gemeinsame Waschräume für die BewohnerInnen mit Waschmaschinen und Trockenplätzen befinden sich auf dem Dachgeschoss. Die Überbauung ist weitgehend rollstuhlgängig.

Entwicklung nach Fertigstellung

Das Projekt weist bislang eine geringe Fluktuation auf, was auf eine große Wohnzufriedenheit schließen lässt. Die Warteliste für freiwerdende Wohnungen ist lang. Direkt nach Bezug gab es engagierte MieterInnen, die gemeinsame Aktionen z.B. zur Begrünung der Außenflächen organisierten. Mittlerweile hat sich das rege Interesse an organisierter Nachbarschaft etwas reduziert. Die Gemeinschaft wird jedoch immer noch als positiv beurteilt. Um in der Anlage wohnen bleiben zu können, haben bereits mehrere Parteien untereinander ihre Wohnungen getauscht. Nachteilig ist, dass die freien Mieten durch die Mischfinanzierung eine jährliche Steigerungsrate haben.

Bauliche Veränderungen

Durch die Schottenbauweise lassen sich Räume innerhalb des Grundrasters sehr einfach vergrößern oder verkleinern. So sind insbesondere die öffentlichen Einrichtungen im Erdgeschoss je nach Bedarf verändert worden. Beispielsweise hat sich der Bereich der ehemaligen Pflegerinnenschule in unterschiedliche soziale Einrichtungen getrennt. Diese Veränderungen wären auch im Wohnbereich möglich, wurden bislang aber nicht genutzt.
In den Eckseiten des Innenhofs gab es zu Beginn überdachte, offene Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder, Kinderwagen etc. Durch die hohe Beschaffungskriminalität in diesem Stadtgebiet und Menschen, die dort eine günstige Übernachtungsmöglichkeit sahen, hat sich dies als nicht mehr haltbar herausgestellt. Die offenen Nischen sind zugemauert und mit abschließbaren Türen versehen. Sie können von den MieterInnen weiterhin als Abstellmöglichkeiten genutzt werden. Fahrräder müssen in Kellerräume gebracht werden. Vielfach werden sie auch auf den Laubengängen in den Vorbereichen der Wohnungseingängen abgestellt.

Fazit: Innovation

Der Brahmshof wird von allen BewohnerInnen, Initiatorinnen und in der Nachbarschaft geschätzt, es ist ein über die Stadtgrenzen hinaus bekanntes Projekt. Die geringe Fluktuation weist auf eine hohe Wohnzufriedenheit hin. Die Architektur gewährleistet ein unverbindliches Miteinander. Durch die abgestuften Bereiche von privat zu öffentlich erleichtern die Kontaktaufnahme der Nachbarn untereinander. Das Projekt gilt als Modellprojekt für andere Beispiele; z.B. hat sich das Freiburger Rieselfeld am Brahmshof orientiert. Es ist nach seinem 10-jährigen Bestehen zu einer guten Wohnadresse geworden.

Das im Vorfeld entwickelte Szenario ist im Rahmen der untersuchten Projekte einzigartig. Es hat bei der Planung der Gebäude viele Alternativen aufgezeigt und hat zum Nachdenken angeregt. Das unermüdliche Durchhaltevermögen der Akteurinnen und die ständige Präsenz des EFZ trug und trägt durch die kontinuierliche Pflege und Betreuung der Wohnanlage zu einer großen Identifikation bei und macht den Brahmshof zu einem beliebten Wohnort.

Zeitschiene

1984 **erste Idee**
Evangelischer Frauenbund Zürichs erwägt Neubau auf vereinseigenem Grundstück

1986 **Konzeptentwicklung**
In Zusammenarbeit mit verschiedenen Verbänden werden die Grundlagen für einen Wettbewerb erarbeitet

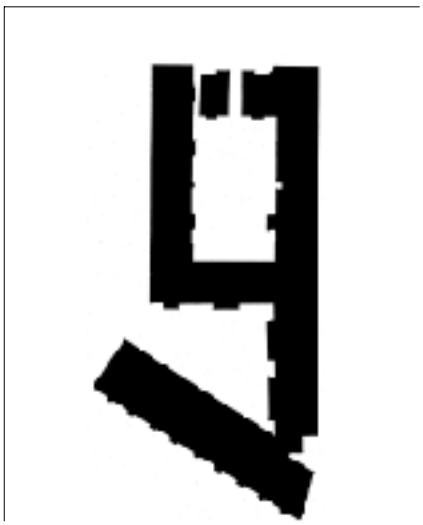
1987 **Verfahren**
Auslobung des GutachterInnenverfahrens

1988 **Bauzeit**
Realisierung des 1. Preises

1991 **Bezug der Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen**

1995 **Entwicklung nach Bezug**
Auszeichnung für Gutes Bauen

2000
Umnutzung von Schwesternschule in Fachstelle für Interkulturelle Fragen;
+ : geringe Fluktuation, hohe Wohnzufriedenheit



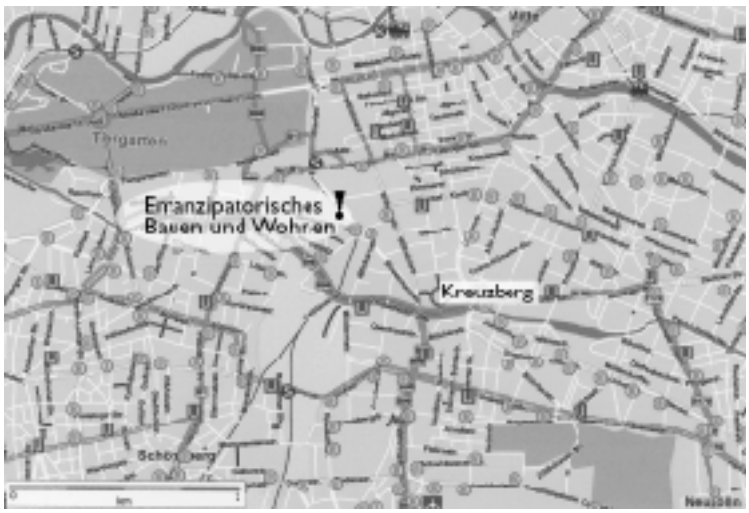
EMANZIPATORISCHES BAUEN UND WOHNEN BERLIN

erste Idee / Bezug	1979-1981 / 1993
Initiative	auf Drängen aktiver Architektinnen und Planerinnen
TrägerIn	IBA Berlin; DeGeWo, eine städtische, gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft
ArchitektInnen	Los1: Zaha Hadid, London; Los 2: Myra Warhaftig, Berlin; Los3: Christine Jachmann, Berlin; Freiraumplanung: Hannelore Kossel, Berlin
Entwurfsverfahren	Direktauftrag
Förderung	öffentlich geförderter Wohnungsbau ⇒ 1. Förderweg
NutzerInnenbeteiligung	keine
Lage im Stadtgebiet	ehemalige Randlage, seit Mauerfall zentral, Berlin-Kreuzberg
Größe Planungsgebiet / Dichte	keine Angaben / keine Angaben
Nutzungen	105 WE; Gemeinschaftsraum, Gewerbe
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	IV + VII / 1,0
Wohnungsschlüssel	keine Angaben für Los1; Los 2+3: 5x 1-Zi-Whg. 11x 2-Zi-Whg, 20x 3-Zi-Whg, 6x 4-Zi-Whg, 6x 5-Zi-Whg,1x 6-Zi-Whg, Sonderform 1x 8-Zi-Whg

Als bundesweit erstes Projekt im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) in Berlin (1984) hat das Projekt Emanzipatorisches Bauen und Wohnen Modellcharakter. Durch die spürbare Benachteiligung von Frauen u.a. in planerischen und baulichen Aktivitäten kam es bundesweit zu großen Solidaritätsbekundungen der aktiven Frauen in Berlin. Die parallele Gründung der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA) unterstreicht das ausgeprägte politische Bewusstsein dieser Zeit.

Gesamtstädtischer Kontext

Berlin, seit 1990 Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland war zwischen 1949 und 1990 eine geteilte Stadt, in Ost-Berlin, die Hauptstadt der DDR, und West-Berlin. Die Berliner Mauer trennte die beiden Stadthälften vom 13. August 1961 bis zum 9. November 1989.
Schon in den 1920er Jahren schloss sich das eigentliche Stadtgebiet mit sieben umliegenden Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke zu „Groß-Berlin" zusammen - damals lebten bereits 3,8 Mio. EinwohnerInnen dort. Der Zweite Weltkrieg hatte Berlin schwer getroffen. Ca. 600.000



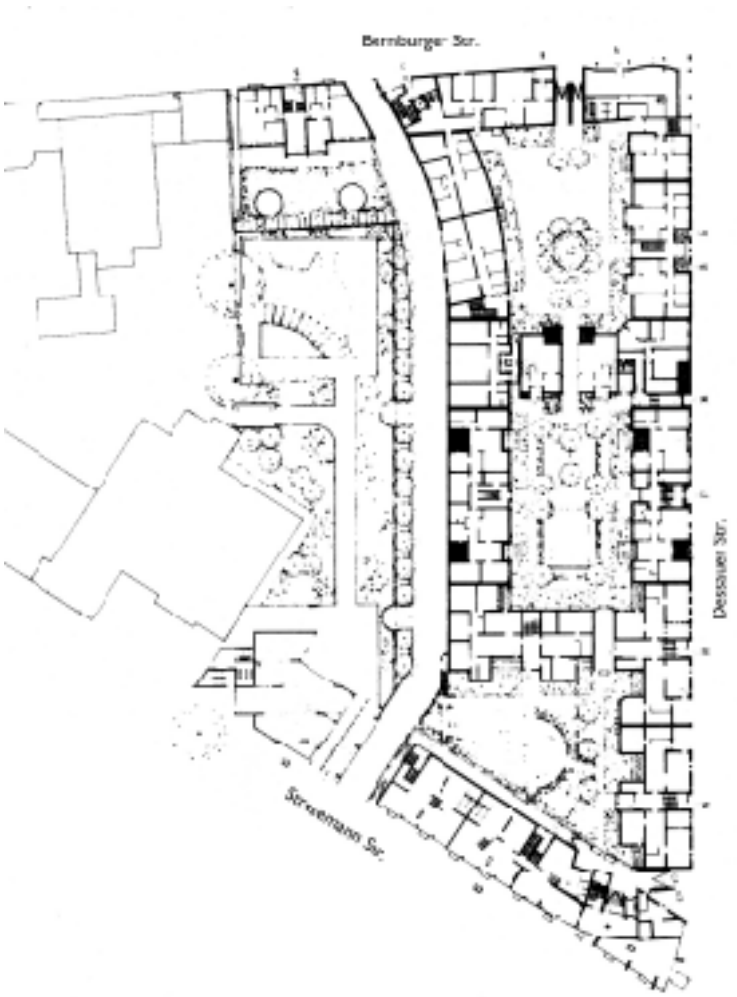
Wohnungen waren völlig zerstört. Die Zahl der EinwohnerInnen sank von 4,3 Mio. Menschen (1939) auf 2,8 Mio. (1949). Seit der Vereinigung 1990 leben ca. 3,5 Millionen EinwohnerInnen in der Stadt, das Gebiet erstreckt sich über 889 Quadratkilometer. 1990 bestand Berlin aus 23 Bezirken. Im Zuge der Gebietsreform 2001 sollten größere Verwaltungseinheiten zusammengefasst werden, die Zahl der Bezirke wurde auf 12 reduziert. Berlin ist neben seiner Bedeutung als politisches Zentrum auch geistiges und kulturelles Zentrum Deutschlands und gilt zudem als Industriestadt (Siemens, AEG), aber auch als Zeitungs- und Rundfunkstadt.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Projektgebiet liegt südlich des Regierungsviertels, im Bezirk Kreuzberg. Der Bezirk Kreuzberg ist geprägt durch einen hohen Anteil an ausländischen MitbürgerInnen, insbesondere türkischer Abstammung. Das multikulturelle Straßenbild prägt den gesamten Bezirk. Alternative und politische Lebensformen fanden insbesondere vor der Wiedervereinigung ihre Nische in Kreuzberg. Auch heute noch ist das Leben im Bezirk sehr gemischt. Zu Beginn der Planung war Berlin noch eine geteilte Stadt gewesen. Das Grundstück befand sich in einer Randlage direkt an der Berliner Mauer. Heute, nach der Wende liegt es in unmittelbarer Nähe zum Potsdamer Platz, an der Dessauer Straße, gegenüber dem Martin-Gropius Bau. Das Grundstück befindet sich seitdem in der „Mitte der Mitte" Berlins. Die U- und S-Bahnverbindungen des Anhalter Bahnhof befinden sich in unmittelbarer Nähe. Es handelt sich um ein städtisches Grundstück, dass als Brache vor der Wiedervereinigung lediglich als Parkplatz genutzt wurde. Die Initiatorinnen hatten kein Mitbestimmungsrecht bei der Auswahl des Geländes. Sie wollten in erster Linie ihre Ideen umsetzen. Zur Alternative hätte ein weiters Grundstück in Schöneberg gestanden. Dort gab es jedoch unklare Besitzverhältnisse, so dass die Stadt auf das Grundstück direkt an der Berliner Mauer zurückgriff. Seit der Wiedervereinigung liegt das Grundstück zentral. In fußläufiger Entfernung sind alle Versorgungseinrichtungen erreichbar. Einkaufsmöglichkeiten, Kinderversorgung, Einrichtungen für Bildung und Kultur sind in ausreichendem Maße vorhanden.

Entstehung des Projektes

Zur Vorbereitung der IBA wurden Ende 1981 zahlreiche gesellschaftlich relevante Gruppen zu einem Experten-Hearing über die sozialen Auswirkungen der Stadterneuerung geladen. Unter den geladenen Experten befand sich keine einzige Frau. Auf Initiative von Planerinnen und Architektinnen wurde ein „Go-In" organisiert, indem Planerinnen und Architektinnen Forderungen stellten wie die Beteiligung an allen Planungsprozessen, die Berücksichtigung der Interessen und Lebenslagen von Frauen im Sanierungsprozess sowie die Auftragsvergabe an Fachfrauen. Das „Go-In" wurde als „ ... spektakulärer Einbruch in die Männerwelt des Bauens" bezeichnet. (FOPA 1986). Die Architektin Myra Warhaftig hatte nach Abschluss ihrer Dissertation an der Technischen Universität Berlin, 1978 zum Thema „Emanzipatorische Wohnungsgrundrisse" bereits Kontakt zum damaligen Direktor für den Neubaubereich der IBA, Prof. Kleihues aufgenommen. Durch ihren Beitrag auf der Neubau-IBA am 1981 „Frauen in der Stadt" bekam sie u.a. Unterstützung vom Wohnungsbaukoordinator der Stadt Amsterdam Prof.Dr. Jaap Engel, der als Gutachter für das IBA-Neubaugebiet



tätig war. Durch den starken Druck der Frauen fühlten sich die Direktion der IBA und der Senat des Landes Berlin verpflichtet, Frauen bei der zukünftigen IBA zu berücksichtigen.

Planungsprozess

Das städtebauliche Konzept wurde im Rahmen eines Planungsseminar entwickelt, zu dem die IBA 1986 eingeladen hatte. Das Grundstück in Kreuzberg lag im Planungsbereich dieses Konzepts. Die Verantwortlichen der IBA reagierten aufgrund der Forderungen von Frauen mit der Vergabe jenes Grundstücks, das einerseits von Frauen und andererseits von Architekten aus Osteuropa, den sogenannten „Randgruppen“ geplant werden sollte. Das Gebiet an der Dessauer Straße / Stresemannstraße / Bernburger Straße wurde als „Block 2“ bezeichnet und in fünf Teilbereiche (Lose) unterteilt. Zwei Lose gingen an polnische Architekten (Los 4 und 5). Auf den anderen drei Grundstücken wurden Frauen mit Bauerfahrung ausgewählt. Für das Eckgebäude (Los 1) Zaha Hadid Bagdad / London. Sie hatte zu dem Zeitpunkt bereits gebaut und einen Wettbewerb in Hongkong gewonnen. Los 2 wurde an Myra Warhaftig Haifa / Berlin gegeben. Als dritte Frau wurde Christine Jachmann (Los 3) aus Berlin aufgefordert. Auch sie war eine der wenigen Frauen mit Bauerfahrung. Durch den Senat der Stadt Berlin wurde die städtische gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (DeGeWo) als stellvertretender Bauherr zur Baubetreuung beauftragt.

Bauprozess

1991 wurde mit dem Bau der Wohnungen begonnen, bezugsfertig waren Los 2 und 3 nach zwei Jahren, Los 1 hingegen verzögerte sich um ein halbes Jahr. Die Vergabe der Wohnungen erfolgte durch die DeGeWo als stellvertretende Bauherrin. Die besonderen Ansprüche des „emanzipatorischen Wohnens” wurde bei der Vergabe der Wohnungen von der DeGeWo nicht weitergegeben. Die innovativen Grundrisse wurden jedoch von den InteressentInnen als positiv bewertet und bevorzugt ausgewählt.

Projektbeschreibung

Das städtebauliche Konzept sah eine 4-geschossige Blockrandbebauung mit drei Innenhöfen und einem 7-geschossigen Eckgebäude vor. Aufgrund der

Bearbeitung der einzelnen Lose durch unterschiedliche ArchitektInnen entstand ein Variantenreichtum an Gebäudetypen. Das Eckgebäude tritt durch die schräge Auskragung städtebaulich schon von weitem in Erscheinung. Die Fassaden entlang der Dessauer Straße sind eher zurückhaltend und weisen ihre Qualität insbesondere in der Gestaltung der emanzipatorischen Grundrisse auf. Die Grundrisslösung von Myra Warhaftig (Los2) berücksichtigt als stärkstes Element die Idee einer „Wohn-Raum-Küche". Diese umfasst den Eingang, den Essplatz, den Kochplatz sowie die Zugänge zu den einzelnen Räumen. Dadurch ist ein zusätzlicher Raum in jeder der zwei bis fünf Zimmerwohnungen - trotz der strengen Richtlinien des Sozialen Wohnungsbaus - entstanden. Auch die Lösung von Christine Jachmann sah - ebenso wie Warhaftig gleichgroße Individualräume für jede im Haushalt lebende Person vor. Alle drei Lose beinhalten insgesamt 76 Wohnungen (26 WE Los1, 24 WE Los 2, 26 WE Los 3) die alle nach den Richtlinien des Sozialen Wohnungsbaus entstanden sind.

Entwicklung nach Fertigstellung

Folgende Angaben beziehen sich alle auf den Entwurf von Myra Warhaftig (Los 2), zu den anderen Losen liegen keine detaillierten Angaben vor:
Alle Wohnungen sind seit 1993 belegt. Bislang ist nur eine geringe Fluktuation festzustellen. Die innerstädtische Lage im Herzen von Berlin ist für das Projekt von Vorteil. Innerhalb des Wohngebäudes hat bereits ein Wohnungstausch stattgefunden. Aufgrund der Wohnzufriedenheit werden befreundete Familien über frei werdende Wohnungen informiert. Der für die Gemeinschaft eingerichtete Raum im natürlich belichteten Keller wird nicht als solcher genutzt. Dort werden provisorisch ab und zu Gäste untergebracht. Durch die Gliederung der einzelnen Baukörper in mehrere Treppenaufgänge sind die BewohnerInnen untereinander bekannt, es haben sich nachbarschaftliche Kontakte entwickelt. Im EG befindet sich ein geheizter Kinderwagenabstellraum. Die Architektin Myra Warhaftig wohnt selbst in ihrem Gebäudeteil, dadurch kann sie auf spezielle Wünsche der Bewohnerinnen in Absprache mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft reagieren.

Bauliche Veränderung

Bislang sind keine baulichen Veränderungen bekannt.

Fazit: Innovation

Das Berliner Projekt ist das erste in der Geschichte von städtebaulich in Erscheinung tretende Wohnprojekten in Deutschland aus der Sicht von Frauen. Als Modellprojekt wurde es zum Vorbild für weitere Projekte (z.B. Projekte der IBA Emscher Park). Es überrascht nicht, das dieses Projekt in der Metropole Berlin entstanden ist, nachdem der Westteil der Stadt in den 1960er Jahren die StudentInnenrevolten, die Hausbesetzungen in den 1970er Jahren und die Alternativbewegung der 1980er Jahre erlebt hatte.
Das Berliner Projekt ist das erste Projekt in der Bundesrepublik Deutschland, das von Frauen geplant wurde. Es ist das Ergebnis langer emanzipatorischer Bemühungen. Die Tatsache an sich, dass im Rahmen einer internationalen Bauausstellung ein Teilbereich von Frauen geplant und gebaut wurde, hat Modellcharakter. Die Grundrisslösungen der Lose 2 und 3 sind zum ersten Mal anders als die bis dahin üblichen im Sozialen Wohnungsbau.

Zeitschiene

erste Idee — **1981**
Hearing zur Neubau-IBA

Konzeptentwicklung — **1986**
Planungsseminar der IBA-Berlin für den Block 2; Entwürfe

Verfahren — **1993**
Direktauftrag an Zaha Hadid, London/Bagdad;
Myra Warhaftig, Berlin/Haifa
Christine Jachmann, Berlin

Bauzeit — **1991 1993**

Bezug der Wohnungen
Frühjahr`93

Entwicklung nach Bezug
+ : hohe Wohnzufriedenheit, geringe Fluktuation

FRAUEN PLANEN WOHNUNGEN

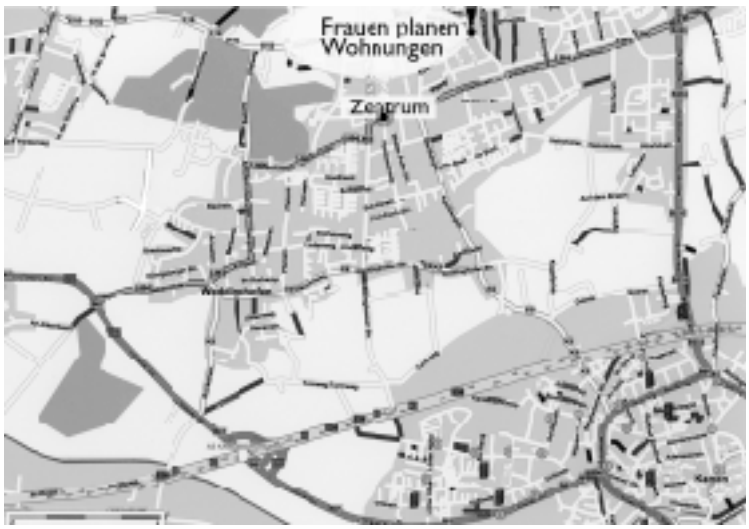
BERGKAMEN

erste Idee / Bezug	1989 / 1993
Initiative	Stadt Bergkamen, IBA Emscher Park
TrägerIn	Wohnungsbaugenossenschaft Lünen e.G.
ArchitektInnen	Monika Melchior, Bielefeld; Heinke Töpper, Hamburg
Entwurfsverfahren	bundesweiter städtebaulicher Ideenwettbewerb für Architektinnen
Finanzierung	öffentlich geförderter Wohnungsbau ⇒ 1. Förderweg
NutzerInnenbeteiligung	ja; Planung, Ausstattung, Gestaltung
Lage im Stadtgebiet	Stadtmitte
Größe Planungsgebiet / Dichte	3600 m² / GFZ 0,89
Nutzungen	29 WE; Gemeinschaftsraum, Gästewohnung
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	II - III / 1,0
Wohnungsschlüssel	4x 1-Zi-Whg, 8x 2-Zi-Whg, 7x 3-Zi-Whg, 5x 4-Zi-Whg, 3x 5-Zi-Whg

Als erster bundesweiter Wettbewerb, der ausschließlich für Frauen ausgeschrieben war, setzte das Projekt in Bergkamen neue Maßstäbe in Bezug auf die Berücksichtigung frauenspezifischer Anforderungen an Städte- und Wohnungsbau. Der Arbeitskreis Frauen und IBA (Internationale Bauausstellung Emscher Park) hat sich auf die innovativen Ansprüche Internationaler Bauausstellungen berufen und es somit geschafft, dass in diesem Fall frauenspezifische Aspekte bei der Planung berücksichtigt wurden.

Gesamtstädtischer Kontext

Nach der Veränderung der Wirtschaftsstruktur und der Abwanderung vieler Einwohnerinnen und Einwohner musste die strukturschwache Emscher Region - das klassische Ruhrgebiet - um ein verändertes und neues Image kämpfen. In diesem Zusammenhang entstand 1989 die Idee, im Rahmen einer Internationalen Bauausstellung auf die Region aufmerksam zu machen.
Bergkamen, eine Stadt, die 1966 durch den Zusammenschluss mehrerer Gemeinden entstanden ist, wurde durch den Bergbau geprägt und hat durch den Strukturwandel bis heute ca. 11.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich



verloren. Im Jahr 2000 wurde auch die letzte Schachtanlage geschlossen. Mit seinen ca. 54.000 EinwohnerInnen (Stand 2000) ist Bergkamen eine Stadt, in der der wirtschaftliche Strukturwandel wie auch in anderen Städten des Ruhrgebietes in vollem Gange ist.
1970 wurde durch den Bau der neuen „City" (Rathaus, Einkaufszentrum und 1200 Wohnungen) versucht, erstmalig ein identitätsstiftendes Zentrum für alle BergkamenerInnen zu errichten. Diese Maßnahme schlug fehl, da sie mit ihrer typischen Betonarchitektur der 1970er Jahre vorwiegend an Qualitäten und nicht an Quantitäten ausgerichtet war. Zudem bestand in ca. 800 m Entfernung das ehemalige Stadtteilzentrum „Nordberg", das mit Einrichtung einer Fußgängerzone Stadtmittequalitäten bieten konnte.
Im Rahmen der IBA Emscher Park konnte die Stadt Bergkamen gleich fünf Projekte mit dem Qualitätssiegel IBA auszeichnen. Für die verkehrsberuhigende Umgestaltung der Ebertstraße, die Neugestaltung und Bebauung des Marktplatzes, den Wasserpark, die Errichtung des psychosozialen Zentrums „Sonnenstrahl" und die Wohnprojekte „Einfach und selber bauen" (22 Reiheneigenheime und 12 Eigentumswohnungen) und „Frauen Planen Wohnungen". Das Projekt „Frauen Planen Wohnungen" stellt das erste fertig gestellte Projekt in dieser Kette von Maßnahmen entlang der Ebertstraße von der „City" bis zum Marktplatz dar.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Gelände befindet sich nördlich der Ebertstraße, in der Nähe des ZOB (Zentraler Omnibus Bahnhof). An der Eberstrasse liegt der neu gestaltete Marktplatz und am Ende die Fußgängerzone Nordberg. Der Standort wurde von der Stadt zur Verfügung gestellt. Die IBA Emscher Park wurde als Chance gesehen, städtebaulich zu einer Aufwertung der Stadt Bergkamen beizutragen. Die Wohnanlage ist in ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept eingebettet. Ziel war es, dem Stadtzentrum ein zusammengehöriges städtisches Erscheinungsbild zu verleihen. Rückrat ist die umgestaltete Ebertstraße, die mit einem blauen Wasserband vom Quellpunkt am „Nordberg" bis zu „Frauen planen Wohnungen" und in Fortsetzung mit einem blauen Keramikband bis zum ZOB ein identitätsstiftendes Merkmal für die Stadtmitte darstellt. Die einheitlich gepflanzte, blau blühende Baumreihe und den weißen Putzfassaden heben sich deutlich von dem älteren Stadtbild ab.

Entstehung des Projektes

Aus einem Workshop, der 1989 an der Universität Dortmund, Fachbereich Raumplanung zum Thema „Mehr Macht und Einfluss von Frauen in der Planung" stattfand, bildete sich der Arbeitskreis Frauen und IBA, eine interdisziplinäre Gruppe bestehend aus kommunalen Gleichstellungsbeauftragen, Vertreterinnen von Frauenprojekten sowie Planerinnen und Architektinnen der Emscher Region. Dieser Arbeitskreis knüpfte Kontakt zu den Verantwortlichen der IBA Emscher Park und konkretisierte seine Vorstellungen an eine „frauengerechte" Planung. Er entwickelte einen Kriterienkatalog aus Frauenperspektive für die Bereiche stadtplanerische Anforderungen, Beteiligung, Anforderungen an Wohnungsbau und Auftragsvergabe sowie an den Auslobungstext. In Zusammenarbeit mit dem der Gleichstellungsstelle, dem Stadtplanungsamt und der Wohnungsbaugenossenschaft Lünen

wurde das Projekt „Frauen planen Wohnungen" entwickelt. Für den bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerb wurden 70 Arbeiten eingereicht.

Planungsprozess

Die am Wettbewerb beteiligten Architektinnen konnten auf detaillierte Ausschreibungsunterlagen zurückgreifen. Auch wenn die einzelnen Wohnräume nach den dortigen Vorgaben von den traditionellen Raumgrößen abweichen sollten, so waren doch die Wohnflächenobergrenzen der Förderbestimmungen für den sozialen Wohnungsbau bzw. die Belegungsgrundsätze einzuhalten.
Die MieterInnenbeteiligung ist zweistufig erfolgt: als VertreterInnenbeteiligung im Planungsprozess und als NutzerInnenbeteiligung im Realisierungsprozess. Eine intensivere NutzerInnenbeteiligung im Vorfeld scheint im Sozialen Wohnungsbau aufgrund der Übertragbarkeit der Wohnungen sowie der Erfordernisse zur langfristigen Vermietbarkeit nicht realistisch.

Bauprozess

Ausgewählt wurde der Entwurf von Monika Melchior und Heinke Töpper aus Bielefeld. Die Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses verzögerte sich im Vergleich zu herkömmlichen Bauvorhaben der WBG Lünen aufgrund der Ansprüche der Architektinnen und der IBA sowie der weitreichenden NutzerInnenbeteiligung. Von der Wohnungsbaugesellschaft wurden bereits während der Bauphase potentielle MieterInnen angeschrieben und zur Vorstellung eingeladen. Die ausgewählten MieterInnen konnten in insgesamt 8 Veranstaltungen über Farbgestaltung der Fassade, Ausstattung, Gestaltung und Nutzungen der Gemeinschaftsräume und Außenanlagen mitbestimmen. Mit dem Bau konnte im April 1992 begonnen werden. Die Bauphase dauerte 1,5 Jahre.

Projektbeschreibung

Die insgesamt 23 WE sind in vier Gebäude unterteilt, die sich in Zweiergruppen gegenüberstehen. Der eine Baukörper ist mit einem leichten Außenschwung versehen. Die innenliegende Wegeverbindung ist damit in verschiedne Raumabfolgen - von der Ebertstraße bis zur Straße Am Wiehagen - gegliedert. Der gesamte innere Bereich ist autofrei. Eine Garage ist ebenerdig unter dem östlichen Gebäudeteil untergebracht, dadurch ist sie natürlich belichtet.
Beide Gebäudeteile sind über insgesamt drei Brücken miteinander verbunden. Diese dienen gleichzeitig der Außenerschließung für das obere Stockwerk mit Maisonette. Jede Wohnung hat von dort einen separaten Eingang. Alle Wohnungen verfügen über einen direkten Außenbezug: im EG zu den MieterInnengärten, im OG über Dachterrassen. Im Souterrain des einen Baukörpers ist am Ende ein Gemeinschaftsraum mit separatem Eingang angeordnet, der aufgrund der Geräuschbelästigung für die benachbarten Wohnungen in seiner Nutzung jedoch eingeschränkt. Ist. Im gleichen Gebäude befindet sich eine Gästewohnung, die momentan von einer ehemaligen Bewohnerin verwaltet wird. Die Gästewohnung wird auch von AnwohnerInnen aus der Umgebung stark frequentiert.

Entwicklung nach Fertigstellung

Mittlerweile hat es einen kompletten MieterInnenwechsel in der Anlage gegeben. Die Gründe dafür sind sehr vielfältig, unter anderem

- sind die Wohnwünsche der eher traditionellen Familien in Bergkamen auf Schaffung von Eigentum ausgerichtet
- durch erneute Berufstätigkeit liegt das Einkommen schnell über dem Wohnberechtigungssatz
- durch Arbeitsplatzwechsel
- durch jahrelange Belästigung durch Baulärm aufgrund der anderen Baumaßnahmen im Stadtmittebereich
- auch wenn die Zusammenlegung von Wohnungen bzw. die Vergrößerung / Verkleinerung über Schalträume bautechnisch vorgesehen ist, so sind die Veränderungsmöglichkeiten der kleinen Wohnungen bei Vergrößerung der Haushaltsgröße gering, da in den Nachbarwohnungen Einverständnis zur Umwandlung vorhanden sein müsste
- oft wurde der Bezug der Anlage auch als Sprungbrett betrachtet, da es sich bei der aktuellen Lebensform nicht immer um freiwillig gewählte Familienstrukturen handelte.

Das Projekt wurde anfangs in der Bevölkerung oft als „Frauenhaus" stigmatisiert, da es sich bewusst den Titel „Frauen Planen Wohnungen" gegeben

hat. Die innovativen Ansätze waren in einer Mittelstadt mit traditioneller Bevölkerungsstruktur offensichtlich schwer zu vermitteln. Auch die Architektur ist bei vielen BergkamenerInnen auf Kritik gestoßen. Erst mit den verbindenden gestalterischen Elementen der Eberstraße, der Neugestaltung des Marktplatzes aber insbesondere durch neuartige, städtische Events, die die besonderen Orte der Stadtmitte herausarbeiten, konnte ein Identitätsfindungsprozess eingeleitet werden. Die starke Fluktuation begann sehr frühzeitig und hat die Verantwortlichen überrascht. So wird die permanente Vermittlung der zugrunde liegenden Ideen und Ideale von der Wohnungsbaugesellschaft als zu arbeitsintensiv beurteilt. Sie können nicht im nötigen Maß weitervermittelt werden, da eine immer wieder neue MieterInnenbeteiligung zu kostenintensiv wäre.
Als problematisch wird die Größe der nutzungsneutralen Räume mit ca. 12-13 qm bezeichnet. Für die Nutzung als Kinderzimmer wird die Größe in der Mehrheit als positiv beurteilt, als traditionelles Wohnzimmer hingegen insbesondere für die Möblierung als zu gering dimensioniert beurteilt.
Die zentrale Müllsammlung führt zu Geruchsbelästigungen, die dezentrale Sammlung vor den einzelnen Eingängen hatte hingegen die Nutzung der gemeinschaftlich nutzbaren Mitte eingeschränkt. Die Kommunikationsbereiche (Brücken) werden nicht im gewünschten Maße genutzt, deshalb werden sie im Unterhalt als zu teuer bewertet. Der öffentliche Weg durch die Anlage wird kaum frequentiert, da er keine besonderen Ziele anbindet.

Bauliche Veränderungen

Aufgrund des abschüssigen Geländes sind am unteren Eingangsbereich Stufen in den Boden eingelassen. Damit soll verhindert werden, dass Kinder mit Rollern, Skates oder Fahrrädern auf die Ebertstraße rollen. Neu hinzugekommen sind Kunstobjekte an eben dieser Stelle. Diese Objekte unterstreichen die Eingangssituation der Anlage.
In das ursprünglich fremdvermietete Café ist zwischendurch ein Pflegebüro eingezogen. In der kleineren gewerblichen Einheit befindet sich ein Künstleratelier.
Der Partyraum ist von einigen BewohnerInnen ausgebaut und geschmückt worden. Durch die Lärmbelästigung bei Veranstaltungen aufgrund zu gering gedämmter Fußböden wird dieser jedoch nicht mehr stark benutzt.

Fazit: Innovation

Der Arbeitskreis „Frauen und IBA", der gleichzeitig gegründet wurde, trug - wenn auch in geringem Maße - dazu bei, dass Belange von Frauen frühzeitig bei der Verteilung der Ressource Boden berücksichtigt wurden.
Das Projekt ist mit hohen Ansprüchen entwickelt worden und diente vielen nachfolgenden Projekten als Vorbild und Modellprojekt. Die städtebauliche Figur ist sorgfältig geplant und ermöglicht abwechslungsreiche Raumfolgen. Es ist ein Beispiel für die Berücksichtigung von Frauenbelangen im engen Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus: für die NutzerInnenbeteiligung sowie für die Entwicklung von Grundrissen in den Wohnflächenobergrenzen. Unerlässlich scheint eine Weitergabe der Innovationen und Ideen des Projektes, um ein positives Image zu gewährleisten.
Die MieterInnenbeteiligung ist rückblickend für die Wohnungsbaugesellschaft ein zu arbeits- und kostenintensiver Prozess. Für die MieterInnen selbst trugen die Workshops zur Identifikation mit der Anlage und zur Akzeptanz der Planungsideen bei. Sie wussten um die Besonderheit des Projektes, u.a. die geschaffenen Kommunikationsräume, veränderten Grundrisse,, tagesbelichteten Abstellplätze für Autos u.v.m., Aufgrund des kompletten MieterInnenwechsels wird diese positive Grundeinstellung jedoch nicht weitervermittelt.
Die äußerst positive Resonanz aus Frauengruppen und Baufachkreisen am Anfang des Planungsprozesses ein Wohnprojekt unter frauenspezifischen Gesichtspunkten zu planen ist zwar abgeebbt, aber immer noch gibt es Anfragen an Stadt und Wohnungsbaugenossenschaft und es kommen BesucherInnengruppen. Im äußeren Erscheinungsbild sind die frauenspezifischen Belange für die BetrachterInnen nicht offensichtlich. Vielmehr ist das Projekt „Frauen Planen Wohnungen" ein integraler Bestandteil der neuen Stadtmitte.

Zeitschiene

erste Idee — **1989**
Fachtagung „Frauen u. Stadterneuerung"

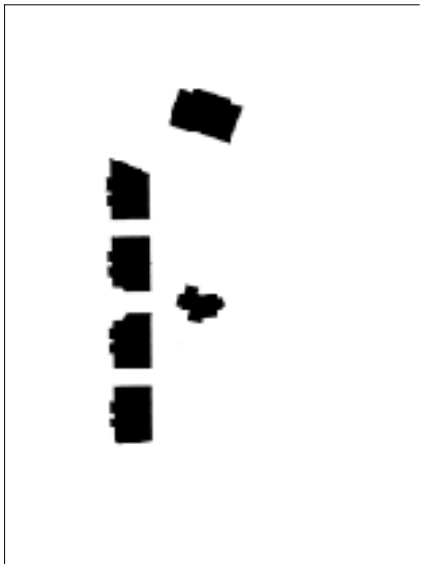
Konzeptentwicklung
Stadt Bergkamen und WBG Lünen sind ProjektantragsstellerInnen bei der IBA Emscher Park; „Frauen planen Wohnungen" wird als Projekt aufgenommen

Verfahren — **1990**
Städtebaulicher Ideenwettbewerb für Frauen

Bauzeit — **1991 1992**
WBG Lünen realisiert 1. Preis

Bezug der Wohnungen — **1993**
im Juli, August

Entwicklung nach Bezug — **2000**
+ : kontinuierliche Nutzung der Gästewohnung und des Gemeinschaftsraumes;
- : hohe Fluktuation



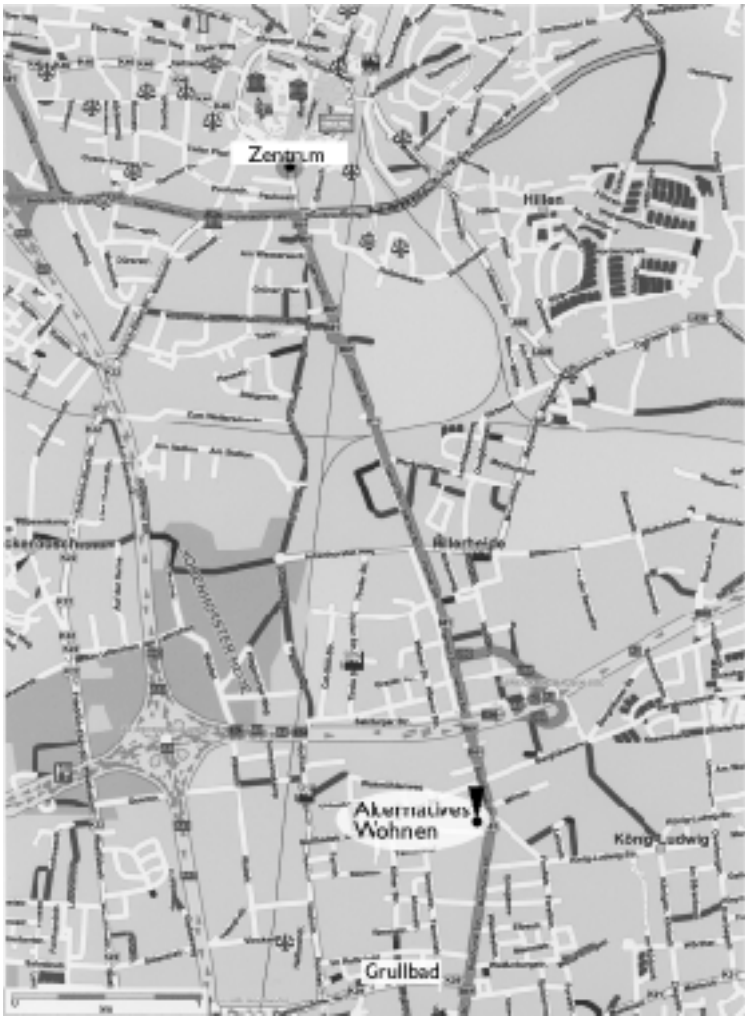
ALTERNATIVES WOHNEN RECKLINGHAUSEN

erste Idee / Bezug	1990 / 1994; 2. BA 1998
Initiative	Wohnungsgesellschaft Recklinghausen mbH / IBA-Emscher Park
TrägerIn	Wohnungsgesellschaft Recklinghausen mbH
ArchitektInnen	Ursula Ringleben, Christa Reicher; Aachen
Entwurfsverfahren	experimentell angelegter Planungsprozess mit NutzerInnenbeteiligung
Finanzierung	öffentlich geförderter Wohnungsbau ⇒ 1. Förderweg
NutzerInnenbeteiligung	ja; Entwurf, Ausbau, Ausstattung
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Recklinghausen-Süd
Größe Planungsgebiet / Dichte	keine Angabe / GFZ 0,8
Nutzungen	1. BA 37 WE; Gemeinschaftsraum ⇒ wird 2000 in Wohnung umgebaut 2. BA 10 WE; 2 Gewerbeeinheiten
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	III,5 / 1
Wohnungsschlüssel	3x 1-Zi-Whg./ 7x 2-Zi-Whg./ 21x 3-Zi-Whg./ 3x 4-Zi-Whg./ 2x 5-Zi-Whg.

Die außergewöhnlich frühe Beteiligung der MieterInnen hat in diesem Projekt eine besondere Rolle eingenommen. Hier wird deutlich, dass die Umsetzung der konkreten Bedürfnisse von Alleinerziehenden Qualitäten hervorbringt, die auch für andere Lebens- und Haushaltsformen von Vorteil sein können.

Gesamtstädtischer Kontext

Die im Norden des „Reviers" liegende Stadt Recklinghausen ist seit über 150 Jahren unmittelbar mit der Entwicklung des Bergbaus verknüpft. Bereits 1855 wurden die ersten Schächte gelegt. In den Förderhochzeiten der Kohle waren rund 33 % der Erwerbstätigen unter Tage beschäftigt. Noch heute baut die aktive Anlage „General Blumenthal" tief unter der Stadt Kohle ab. Durch die Schließung vieler Förderbetriebe und den Abbruch der Untertageanlagen in den 60er Jahren entstanden riesige Industriebrachen mit Altlasten, die der Stadt ökologische und finanzielle Schwierigkeiten brachte. Mittlerweile leben in Recklinghausen ca. 125.000 EinwohnerInnen.
Die Nutzungsvielfalt der historischen Altstadt wurde durch die Um-



strukturierungsmaßnahmen der 1960er und frühen 1970er Jahren auf Geschäfts- und Dienstleistungsflächen reduziert. In den Nachfolgejahren wurden die Nutzungen z.B. durch Wohnen erweitert. Die Attraktivität der Innenstadt wurde damit zurückgewonnen.
Im Rahmen der Umstrukturierung der Emscherregion ist Recklinghausen heute bemüht, qualifizierte Arbeitsplätze in unterschiedlichen Bereichen zu schaffen.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Grundstück der Wohnanlage „Alternatives Wohnen - Tor zur Südstadt“ liegt im Süden der Stadt Recklinghausen, an einer stark befahrenen Bundesstraße, der Bochumer Straße. Sie ist Verbindung zwischen Herne und Recklinghausen Zentrum. Der Stadtkern der Stadt Recklinghausen ist in 15 Gehminuten zu erreichen. Um die Stadt Herne zu erreichen muss der Öffentliche Personennahverkehr in Anspruch genommen werden. Die Standortentscheidung wurde von der Verfügbarkeit des Grundstücks begünstigt: Ursprünglich war das Gelände für die Feuerwehr freigehalten worden, die ihren innerstädtischen Standort aber nicht aufgeben wollte. In den ersten Überlegungen sollte dieser dann getauscht werden. Nachdem die Entscheidung der Feuerwehr gegen das Gelände an der Bochumer Straße gefallen war, musste schnell gehandelt werden; so ergab sich die „Wahl” des Grundstücks fast von selbst.

Entstehung des Projektes

Das Projekt in Recklinghausen wurde 1990 von der städtische Wohnungsbaugesellschaft entwickelt. Ausgelöst wurde die Idee durch eine Fachtagung des Wohnbundes in Hamburg, die sich konkret mit der Thema „Wohnen für Alleinerziehende“ auseinandersetzte. Im Rahmen der Internationale Bauausstellung Emscher Park wurde die Idee unterstützt und die Realisierung durch die Wohnungsbaugesellschaft ermöglicht.

Planungsprozess

Die Idee zu dem Projekt wurde in Kooperation mit verschiedenen Verbänden ausgearbeitet. Die Wohnungsbaugesellschaft nahm u.a. Kontakt zum Jugendamt, Sozialdienst katholischer Frauen und dem Verband für Alleinerziehende auf. Aus diesen vielfältigen Kontakten ergab sich eine frühe Beteiligungsmöglichkeit von interessierten MieterInnen.
Hinzu kam, dass das Wohnungsamt gewillt war, die Wohnungsbelegung nicht nach Dringlichkeit, sondern nach anderen Kriterien, wie z.B. besonderes Engagement oder Alleinerziehend, zu entscheiden. Für die MieterInnen ergab sich dadurch eine hohe Identifikationsmöglichkeit. Sie waren an Entscheidungsprozessen auf baulicher und auf sozialer Ebene von Beginn beteiligt. Sie konnten Nachbarschaften zusammenstellen, und sich zwischen Alternativen bei der Grundrissfestlegung beteiligen.
Dieser intensive Beteiligungsprozess dauerte über vier Jahre, trotzdem sind immer noch 11 von insgesamt 15 Beteiligte eingezogen. Schon während der langen Prozessphase änderten sich die Wohnbedürfnisse einzelner Frauen. Sie konnten im Vorfeld die Wohnungen zum Teil untereinander tauschen, was jedoch stets eine neue Beantragung der Wohnberechtigungsscheine beim Wohnungsamt und damit ein neues Verfahren erforderte.
Die BewohnerInnen und die Wohnungsbaugesellschaft haben sich aus dem GutachterInnenverfahren gemeinsam eine Architektin ausgewählt. Zum besseren Verständnis des Planungsprozesses konnten die späteren BewohnerInnen an moderierten Workshops teilnehmen.

Bauprozess

Das Projekt konnte trotz knapper finanzieller Mittel umgesetzt werden. Das Verfahren dauerte länger und wurde teurer als geplant, da das Grundstück kontaminiert war und die Altlasten zunächst entsorgt werden mussten. Von den BewohnerInnen wurde die Länge der Realisierungsphase kritisch betrachtet. Es mussten Gelder beantragt und Bauanträge genehmigt werden. In dieser Phase erhielten die BewohnerInnen keine Informationen über den weiteren Verlauf des Verfahrens. Unsicherheiten in Bezug auf die Realisierung machte sich breit. Insgesamt dauerte die Phase der Ungewissheit ein Jahr; dann waren die benötigten Gelder gesichert. 1992 konnte mit dem Bau begonnen werden, die tatsächliche Bauzeit dauerte dann nur ein Jahr. 1994 wurden die Wohnungen bezogen.

Projektbeschreibung

Durch die Lage an der Bundesstraße ist die Lärmbelästigung auf dieser Seite der Bebauung sehr groß. In Hinblick auf die Versorgung mit Handel und Dienstleistungen und sozialen Einrichtungen ist die Lage jedoch positiv zu beurteilen. Eine Kindertagesstätte und eine Grundschule sind zu Fuß zu erreichen.
Die städtische Situation des Projektes richtet sich nach der vorhandenen Bebauung und nimmt den Straßenverlauf der Bochumer Strasse auf. Die Anlage liegt zurückversetzt; vorgelagert sind Parkplätze für die BewohnerInnen, die von der Wohnungsgesellschaft angemietet werden können.
Das Projekt besteht aus zwei nebeneinander liegenden „Doppelhäusern", die durch einen Durchgang in den privaten Hof getrennt sind. In einem zweiten Bauabschnitt entsteht in einer Seitenstraße ein weiterer Riegel mit gleicher Fassadenaufteilung. Jede Wohnung verfügt über einen eigenen Balkon, und zur Straße zusätzlich über einen Wintergarten, der auch in den kälteren Jahreszeiten als Aufenthaltsraum genutzt wird.
Das städtebauliche Ensemble des 1. Bauabschnittes bietet im Hinterhof einen geschützten Aufenthaltsbereich für alle BewohnerInnen und kleineren Privatgärten.

Entwicklung nach Fertigstellung

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der BewohnerInnen ist im Vergleich zu anderen untersuchten Projekten nach wie vor stark. Es gibt eine natürliche Fluktuation. Aus persönlichen und beruflichen Gründen waren entweder die Wohnungen zu klein geworden oder die MieterInnen waren inzwischen in der Lage, sich anderen Wohnraum zu leisten.
Die „neuen" MieterInnen konnten sich jedoch nicht mehr in dem selben Umfang einbringen und identifizieren sich nicht in dem Maße, wie es die Frauen aus dem Erstbezug erlebt haben.
Der BewohnerInnenverein und das persönliche Engagement Einzelner haben das Zusammenleben demnach gefördert. Anfangs gab es gemeinsame Workshops, z.B. um die Gestaltung der Grünbereiche im Hinterhof festzu-

legen oder um Feste zu organisieren. Monatliche MieterInnentreffen waren anfangs selbstverständlich. Nach der ersten Euphoriephase wandelte sich das Engagement in individuelle Feiern. Daraufhin blieb die Nutzung des Gemeinschaftshauses nach einiger Zeit gänzlich aus.
Die vielen Umzüge innerhalb der Wohnanlage lässt auf eine große Zufriedenheit der MieterInnen schließen. Die Vermittlung der Wohnungen in der eigenen Anlage gestaltete sich als unkompliziert; selbstverständlich musste entsprechender Wohnraum in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen.

Bauliche Veränderungen

Der Gemeinschaftsraum im Hinterhof wird momentan (2000) als Wohnhaus umgebaut, da er von den BewohnerInnen nicht ausreichend genutzt wird. Es handelte sich um ein Zusatzangebot der Wohnungsbaugesellschaft, die mittlerweile die Kosten nicht mehr tragen kann. Für die BewohnerInnen stellt die Nutzung des Gemeinschaftsraums einerseits eine zu hohe finanzielle Belastung dar und andererseits scheint er nicht nötig, da sich Nachbarschaften entwickelt haben und man sich eher in den eigenen Wohnungen (den Wintergärten) trifft.
Veränderungen werden von den MieterInnen in den Bereichen der Balkone vorgenommen. Leicht lassen sich Wohnungen in diesen Bereichen durch das Aufstellen oder Entfernen eines leichten Sichtschutzes zusammenlegen.

Fazit: Innovation

Insgesamt wird das Projekt von den AkteurInnen als positiv bewertet. Nach sechs Jahren hat es sich hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Fluktuation und Akzeptanz als nachhaltiges Projekt erwiesen. Für die Stadt Recklinghausen ist es zum Vorzeigeprojekt geworden. Dies ist jedoch abhängig von dem persönlichen Engagement einzelner Beteiligter. Es scheint schwierig, diesen hohe Anspruch an Gemeinsamkeit durchzuhalten. Zum Einen wegen des sich auch weiterhin vollziehenden MieterInnenwechsels, zum Anderen weil eine rege Beteiligung kontinuierliches Engagement voraussetzt, was erfahrungsgemäß nach Jahren nachlässt.
Das Projekt wird in der Nachbarschaft als „besonders“ eingestuft, wenn dies auch nicht immer positiv gemeint ist. Viele halten die Fassaden für ungewöhnlich und zu modern. Die Wintergärten werden als Glaskästen oder Taubenschläge deklariert. Das Projekt erhält auf Grund der IBA Emscher Park überregionale Bedeutung. Es kamen am Anfang viele BesucherInnen aus dem ganzen Bundesgebiet und aus dem Ausland.
Der 2. Bauabschnitt konnte sich bis heute nicht in das Gesamtprojekt integrieren. Durch die Wohnungsbelegung, die ausschließlich vom Wohnungsamt unter normal üblichen Bedingungen vorgenommen wurde, ist der Anspruch an Gemeinschaft bei den MieterInnen wesentlich geringer als bei denen im 1. Bauabschnitt. So kommt es bei der Verteilung der unterschiedlichen Aufgaben oder Verantwortlichkeiten zu Konflikten.
Der ungewöhnlich lange und aufwendige Planungsprozess, die sehr frühe MieterInnenbeteiligung und die reflektierten Auseinandersetzungen zwischen späteren BewohnerInnen und der Wohnungsbaugesellschaft, ist bei allen Beteiligten auf positive Resonanz gestoßen.
Das Recklinghausener Projekt bestätigt, dass viele Hürden und Hindernisse überwunden werden können, wenn der Prozess von einer guten Idee und vor allem durch persönliches Engagement getragen wird. Hier wurde die Bedeutung des „Wohnens” ernst genommen und versucht, Kriterien für eine „qualitätvolle” Umsetzung im sozialen Wohnungsbau zu entwickeln.

Zeitschiene

1990 **erste Idee**
WohnBundKongress in Hamburg

1991 **Konzeptentwicklung**
Stadt Recklinghausen und Wohnungsgesellschaft Recklinghausen sind ProjektantragsstellerInnen bei der IBA Emscher Park; „Alternatives Wohnen“ wird als Projekt aufgenommen

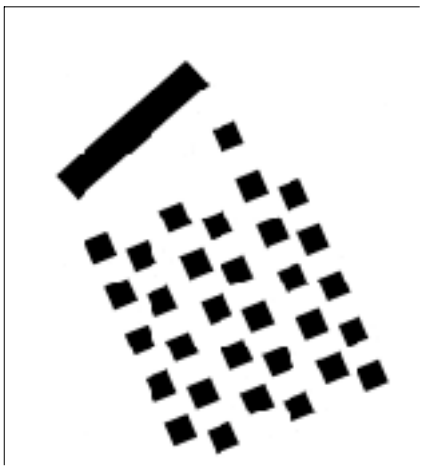
1992 **Verfahren**
experimentell angelegter Planungsprozess mit NutzerInnenbeteiligung

1993 **Bauzeit**
WG Recklinghausen realisiert den 1. Preis

1994 **Bezug der Wohnungen**
im Sommer

1998 **Entwicklung nach Bezug**
2. Bauabschnitt: Ergänzung des Projekts mit Wohnungen und Gewerbe

2000
- : hohe Fluktuation
+: große Wohnzufriedenheit und gute Nachbarschaft
Umbau des Gemeinschaftshauses in eine Wohnung

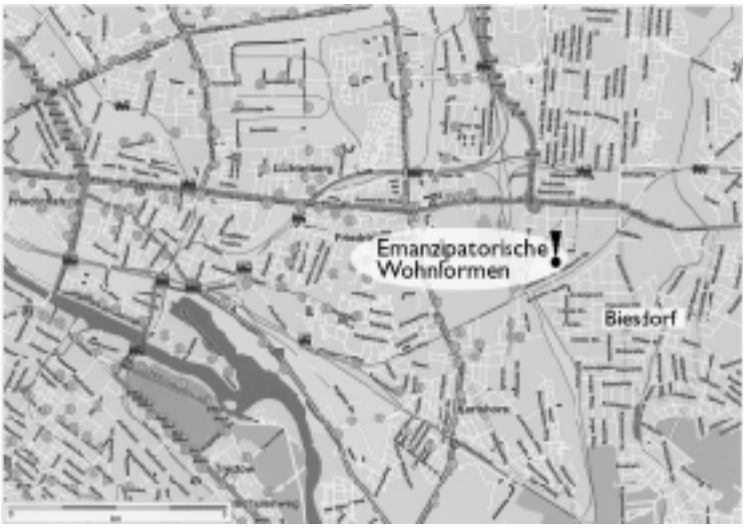


EMANZIPATORISCHE WOHNFORMEN

BERLIN

erste Idee/ Bezug	1990 / keine Realisierung
Initiative	Frauenbeirat Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr
TrägerIn	Stadt Berlin; Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr
ArchitektInnen	evaplan: Dagmar Zschocke, Susanne Eberhard-Goll, Mitarbeit: Jochen Gilbert, Wassili Bier, Karlsruhe; Investor: Gebr. Erndwein; Bauträger GdbR Stutensee-Blankenlach
Entwurfsverfahren	offener zweiphasiger kombinierter Architektinnen-/Investorenwettbewerb
Finanzierung	freifinanzierter Wohnungsbau, Eigentum
NutzerInnenbeteiligung	keine
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Bezirk Marzahn-Hellersdorf
Größe Planungsgebiet / Dichte	ca. 13.000 m² / GFZ 0,52
Nutzungen	ca. 48 - 96 WE; Reihenhäuser, Geschosswohnungsbau
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	II-IV / insgesamt 53
Wohnungsschlüssel	keine Angaben

Das Projekt macht die Schwierigkeiten deutlich, formulierte Ansprüche aus Frauensicht auf allen Ebenen und in allen Phasen umzusetzen. Zwar konnte nach langer politischer Auseinandersetzung mit dem Senat der Stadt Berlin ein reiner Frauenwettbewerb ausgelobt werden, der politische Wille wurde jedoch nicht bis in die Realisierung getragen. Jeder Wettbewerbsbeitrag musste einen Investor mitbringen, der die Bereitschaft zur Umsetzung zeigte. Der Siegerinnenentwurf von evaplan wurde aufgrund des Rücktritts des Investors nie realisiert.



Gesamtstädtischer Kontext

Berlin, seit 1990 Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland war zwischen 1949 und 1990 eine geteilte Stadt: Ost-Berlin, die Hauptstadt der DDR, und West-Berlin. Die Berliner Mauer trennte die beiden Stadthälften vom 13. August 1961 bis zum 9.November 1989.
Schon in den 1920er Jahren schloss sich das eigentliche Stadtgebiet mit sieben umliegenden Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken zu „Groß-Berlin" zusammen - Damals lebten dort bereits 3,8 Mio. EinwohnerInnen. Der Zweite Weltkrieg hatte Berlin schwer getroffen. Etwa 600.000 Wohnungen waren völlig zerstört. Die Zahl der EinwohnerInnen sank von 4,3 Mio. Menschen (1939) auf 2,8 Mio. (1949). Seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 leben ca. 3,5 Millionen EinwohnerInnen in der Stadt, das Gebiet erstreckt sich über 889 Quadratkilometer. 1990 bestand Berlin aus 23 Bezirken. Im Zuge der Gebietsreform 2001 sollten größere Verwaltungseinheiten zusammengefasst werden, die Zahl der Bezirke wurde auf 12 reduziert. Berlin ist neben seiner Bedeutung als politisches Zentrum auch geistiges und kulturelles Zentrum Deutschlands und gilt zudem als Industriestadt (Siemens,AEG), aber auch als Zeitungs- und Rundfunkstadt.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Biesdorf-Süd gehört zu den fünf großen Entwicklungsbereichen der Stadt Berlin. Es befindet sich am Rande des Ostberliner Bezirkes Marzahn-Hellersdorf. Es ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln S- und U-Bahnverbindungen sowie Straßenbahn und Bussen gut erschlossen. In den nahe gelegenen Zentren der Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf sind Versorgungseinrichtungen, wie Einkaufsmöglichkeiten, Kindergärten, Schulen, Ärzte usw. vorhanden. Das Brandenburger Umland mit hohem Erholungswert ist ebenfalls mit dem ÖPNV gut erreichbar. Zu DDR-Zeiten wurde in Biesdorf, anders als in den umgebenden Großsiedlungen ein Wohnstandort mit geringer Dichte entwickelt. In unmittelbarer Nähe befindet sich eine Kaserne sowie weitere Anlagen der ehemaligen Nationalen Volksarmee, die heute teilweise gewerblich genutzt werden.

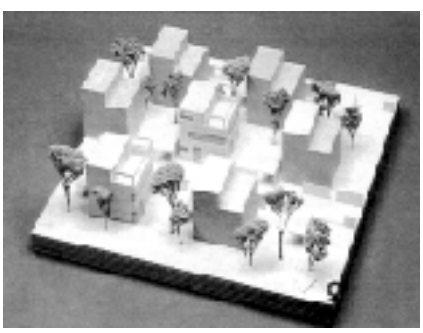
Entstehung des Projektes

Seit 1990 gab es mehrere „kleine Anfragen" von Abgeordneten verschiedener Fraktionen (SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne, PDS) an den Berliner Senat zu der Beteiligung von Frauen in Wettbewerbsverfahren. 1997 kam es zu einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und CDU, die forderten, die Mitspracherechte des „Beirats für spezifische Belange der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr" auszuweiten. Im selben Jahr wurde der Senat aufgefordert, einen reinen Architektinnenwettbewerb durchzuführen. Aufgrund der schlechten Haushaltslage der Stadt konnte kein neues Projekt für einen reinen Frauenwettbewerb entwickelt werden. Auf weiteres Drängen des Beirates wurde jedoch auf eine bereits feststehende Maßnahme der Stadt im Rahmen der „Eigentumsstrategie Berlin 2000" zurückgegriffen. Das Gebiet Biesdorf-Süd war mit vier anderen Standorten

bereits für diese Maßnahme vorgesehen. Zwei Baufelder sollten konkret für die Planung „Emanzipatorischer Wohnformen" bereitgestellt werden.
Für die Umsetzbarkeit eines reinen Architektinnenwettbewerbes wurde ein Ausschuss bestehend aus drei Abteilungen der Senatsverwaltung eingerichtet. (Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie; Bauen, Wohnen und Verkehr und Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen). Um wirtschaftliche Interessen und die Anforderungen des Landes mit denen der Bauträger vereinbaren zu können, wurde ein offener Realisierungswettbewerb in 2 Phasen ausgeschrieben. Vorab sollte ein Bieterverfahren durchgeführt werden, bei dem sich ein Bauträger zur Realisierung verpflichten musste. In der Festlegung, das die Architektinnen einen Investor finden mussten, der ihre Entwürfe umsetzt, sahen die Frauen des Beirats keine Möglichkeit, innovative Ideen umzusetzen, da sie sich bereits von Anfang an den Marktinteressen von Investoren unterordnen müssten. Als Konsequenz aus der Missachtung ihrer langjährigen Arbeit trat der Frauenbeirat mit 10 von 11 Beiratsmitgliedern von ihren Posten zurück.

Planungsprozess

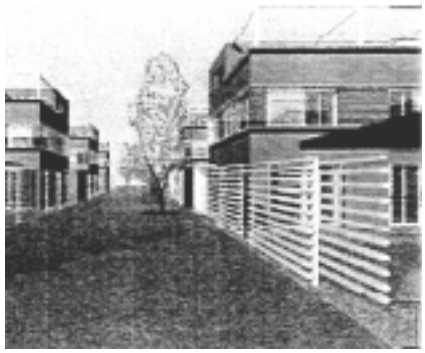
Die Architektenkammer und Baukammer Berlin wurde von den beteiligten drei Senatsverwaltungen vorab um eine Stellungnahme für einen reinen Architektinnenwettbewerb gebeten. Die Stellungnahme erklärte, dass reine Wettbewerbe für Frauen nicht wünschenswert, da einschränkend seien. Statistisch seien die Frauen „anteilsmäßig ausgewogen" vertreten. Nur bei konkreten frauenspezifischen Inhalten wäre ein reiner Frauenwettbewerb plausibel. Die Voraussetzungen dafür sah die Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr aber erfüllt. Der Frauenbeirat dieser Abteilung hatte bereits im Vorfeld einen Kriterienkatalog für frauen- und familienspezifische Anforderungen an planerische Tätigkeiten entwickelt, der im Ausschreibungstext als Grundlage dienen sollte.
Der 2-stufige Realisierungswettbewerb mit dem Titel „Emanzipatorische Wohnformen" wurde im Dezember 1998 vom Land Berlin vertreten durch die Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr ausgelobt. Im Mai 1999 entschied sich die Jury für einen Entwurf des Büros evaplan aus Karlsruhe.



Bauprozess

Nach der Planungsphase zog sich der kleine baden-württembergische Investor der Architektinnen aus weiteren Investitionszusagen zurück. Die unbekannte und ungewisse Entwicklung auf dem Berliner Wohnungsmarkt war ihm für einen weiteren Realisierungsschritt zu riskant.

Projektbeschreibung



Im gesamten Planungsgebiet sollen 4600 Wohneinheiten (WE) für ca. 11.000 EinwohnerInnen entstehen. Auf den zwei Baufeldern des Frauenwettbewerbs waren 48-96 WE im Eigentum vorgesehen. Im Norden des Planungsgebietes sieht der Entwurf einen 4-geschossigen Gebäuderiegel entlang der Ausfallstraße vor. Dieser hält den Lärm für die 30 südlich gelegenen schachbrettartig angeordneten Einzelhäuser ab. Die Grundrisse des Gebäuderiegels sind nutzungsneutral. Bäder und Küchen liegen zur Straße. Im dahinter liegenden Grünzug befindet sich ein Gemeinschaftshaus für die BewohnerInnen des Gebäudes. Die Einzelhäuser stehen in drei regelmäßig verlaufenden Feldern. Je zwei Hausreihen gliedern sich um einen gemeinsamen Grünstreifen. Diese freistehenden Häuser werden in drei Varianten angeboten. Ungeteilt als Haus mit 5 Zimmern oder als Haus mit einer 2- und einer 3-Zimmer-Wohnung oder mit einer 4-Zimmer-Wohnung und einer Einliegerwohnung im Dachgeschoss. Die Wohnungsgrößen können jederzeit geteilt werden, so dass unterschiedliche Haushaltsformen und verschiedene Lebensphasen berücksichtigt werden können. Die Würfelhäuser haben ca. 50 m^2 Gemeinschaftsfläche und minimierte Servicebereiche. Die Vernetzung der Grünbereiche fördert die Nachbarschaft, durch den großzügigen Außenbereich können Teile jedoch auch privat genutzt werden.

Fazit: Innovation

Für den Frauenbeirat der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr war es ein langer und zermürbender Prozess, einen Wettbewerb unter frauenspezifischen Gesichtspunkten durchzusetzen. Der Erfolg ist ambivalent zu beurteilen. Einerseits ist es ihnen gelungen, einen Frauenwettbewerb durchzusetzen, andererseits zog es den Rücktritt fast aller ihrer Mitglieder nach sich. Durch den Wettbewerb wurde ein Zeichen gesetzt, frauenspezifische Belange entgegen den Einwänden der Architektenkammer und der Baukammer des Landes Berlin durchzuführen. Der Kriterienkatalog ermöglicht es, frauenspezifische Aspekte von der abstrakten Ebene in konkrete messbare Ergebnisse umzusetzen. Auch wenn dieser Wettbewerb nur ausnahmsweise für Frauen ausgeschrieben war, so bekamen frauenspezifische Kriterien und Forderungen im Planungsprozess einen großen Stellenwert. Diese konnten jedoch nicht bis in die Realisierungsphase durchgehalten werden.
Die Ansiedlung eines Frauenbeirates in Verwaltungsstrukturen scheint wichtig zu sein, um überhaupt die Sichtweisen von Frauen zu berücksichtigen. Wünschenswert wäre eine größere Selbstverständlichkeit frauenrelevanter Themen und keine Alibifunktion wie in diesem Projekt.

Zeitschiene

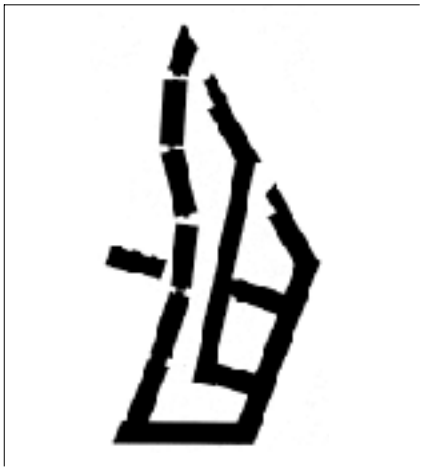
erste Idee — **1990**
Frauenbeirat stellt mehrere kleine Anfragen bzgl. Frauenanteil in der Planung an Senat

Konzeptentwicklung — **1997**
Senat lobt Architektinnen-Wettbewerb aus

Verfahren — **1998**
offener 2-phasiger kombinierter Architektinnen- / Investoren-Wettbewerb

Preisvergabe — **1999**
1. Preis: evaplan, Karlsruhe
Architektinnen: Dagmar Zschoke, Susanne Eberhard-Goll
Investor: Gebr. Erndwein

weitere Entwicklung — **1999**
Investor zieht sich zurück, Projekt wird nicht realisiert



FRAUEN-WERK-STADT

WIEN

erste Idee / Bezug	1991 / 1997
Initiative	Frauenbüro der Stadt Wien
TrägerIn	Stadt Wien - Magistratsabteilung 24 Wohnungbauvereinigung für Privatangestellte
ArchitektInnen	Franziska Ullmann, Lieselotte Peretti, Gisela Podreka, Elsa Prochazka Grünraumplanung: Maria Auböck
Entwurfsverfahren	GutachterInnenverfahren
Finanzierung	im Rahmen der Wohnbauförderung
NutzerInnenbeteiligung	keine
Lage im Stadtgebiet	Vorort, Wien-Kagran
Größe Planungsgebiet / Dichte	22.810 m² / GFZ 1,88
Nutzungen	356 WE; Infrastruktureinrichtungen, Kindergarten, Kindertagesstätte
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	IV,VI / 1,0
Wohnungsschlüssel	34x 1-Zi-Whg., 20x 1-2-Zi-Whg., 45x 2-Zi-Whg., 13x 2-3-Zi-Whg., 122x 3-Zi-Whg., 88x 3-4-Zi-Whg., 36x 4-5-Zi-Whg.

Die „Frauen-Werk-Stadt" Wien ist das größte aller untersuchten Projekte. Mit ihren ca. 360 Wohneinheiten tritt es städtebaulich durch eine starke und ausformulierte Formensprache in Erscheinung. Ein Arbeitskreis aus Planerinnen und Bauträgern erarbeitete die inhaltlichen Kriterien der Ausschreibung für das Gutachterinnenverfahren.
Seit der Realisierung der „Frauen-Werk-Stadt" werden alle Entwürfe für die geförderten Wohnbauprojekte der Stadt Wien dem Frauenbüro und in der Folge der 1998 eingerichteten Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen in der Magistratsdirektion der Stadt Wien (MD)-Stadtbaudirektion zur Begutachtung vorgelegt. Das zeigt, dass sich frauenspezifische Aspekte als Qualitätskriterien durchsetzen konnten.

Gesamtstädtischer Kontext

Wien, eine der traditionsreichsten Städte in Europa, war aufgrund seiner Nähe zu Ungarn stets heiß umkämpft. Die Entwicklung der Stadt erfolgte über Jahrhunderte (14.-18 Jh.) nur innerhalb der Stadtmauer und führte so zu mehreren schweren Epidemien (Pest, Cholera). Die mit der Industrialisierung verbundene Bevölkerungszunahme setzte eine Modernisierung der baulichen und infrastrukturellen Gegebenheiten in Gang. Erst 1857 fiel der Entschluss zur Auflassung der städtischen Befestigungen. Es entstand eine Prachtstraße rings um die Innenstadt, die „Ringstraße". In der zweiten Hälfte des 19. Jh. lag der Wohnungsbau in der Hand von privaten Unternehmern, Mietpreise stiegen ins Unermessliche und MieterInnen waren der Willkür der privaten Unternehmer ausgeliefert. Es kam in der Zeit zwischen 1890 und 1904 zu Eingemeindungen, auch von dem nördlich des Stroms gelegenen Floridsdorf, das im Zusammenhang mit der dort vorhandenen Maschinenindustrie einen großen Aufschwung genommen hatte. Die Bevölkerungszahl Wiens stieg rasant, 1910 auf über 2 Mio. Menschen. Wien wurde in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren zum international renommierten Modellfall einer sozialdemokratisch geführten Stadtverwaltung, dem „Roten Wien". Im Zentrum stand der, weit über die Grenzen Österreichs hinaus als wegweisend geschätzte kommunale Wohnbau, der der Willkür der Privaten Unternehmen entgegen wirken sollte. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung.
1972 wurde der Donauraum umgestaltet. Im sogenannten „Überschwemmungsgebiet", dem breiten Uferstreifen am nördlichen Flussufer, entstand die „Donauinsel". Damit wurde ein völlig neues Erholungsgebiet geschaffen. Auch die Errichtung der UNO-City am Nordufer der Donau erfolgte in dieser Zeit. Bereits seit den fünfziger Jahren war es zur Niederlassung internationaler Organisationen in Wien gekommen. Neben New York und Genf gilt Wien seit 1979 als UNO-Stadt. Gerade mit den zuletzt genannten

Entwicklungen ist Wien nicht nur überregionales, sondern auch internationales Zentrum. Der AusländerInnenanteil der rund 1,6 Mio. EinwohnerInnen (Stand 2001) beträgt 18 % . Wien besteht aus dem historischen Stadtkern, dem dichtbebauten Stadtgebiet mit einem sehr hohen Anteil an gründerzeitlicher Bebauung und den Stadterweiterungsgebieten.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Grundstück liegt nordöstlich der Wiener Innenstadt im 21. Bezirk - Floridsdorf mit ca. 131.000 EinwohnerInnen. Die politische Entscheidung für eine Stadterweiterung Wiens fiel Anfang der 90er Jahre. Insgesamt sollten pro Jahr 10.000 neue Wohnungen errichtet werden. Ein Schwerpunkt der Bautätigkeit lag auf den Entwicklungsgebieten Donaufeld-Kagran im Nord-Osten und Leberberg im Osten. 1993 forderte die Magistratsabteilung 57 (MA 57) – das Frauenbüro der Stadt Wien den Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) auf, ein Grundstück für ein Projekt aus frauengerechter Sicht in einem infrastrukturell gut erschlossenen Gebiet zur Verfügung zu stellen. Aus vier Angeboten wurde der Standort in Floridsdorf, Donaufelderstraße / Carminweg ausgewählt. Eine Standortbewertung für jedes der 4 Grundstücke wurde von der MA 57 nach Kriterien wie Einkaufs- und Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Versorgung mit Gesundheit, Sport- und Grünanlagen, sowie Spielplätzen und Schulangebote vorgenommen. Der Standort wurde als entwicklungsfähig eingeschätzt. Die Größe des Grundstücks, die die Errichtung von ca. 360 Wohnungen ermöglichte und der direkte Kontakt in den Grünraum, wie etwa zur nahe gelegenen Alten Donau wurden unter anderem als positive Faktoren gewertet. Auch schwierige Standortfaktoren wie die amorphe Umgebung an einer stark befahrenen Straße waren vorhanden, diese wurden aber für die Initiatorinnen als besondere Herausforderung angesehen, um Frauenprojekte aus einem „idyllischen“ Nischendasein herauszuholen. Die Stadterweiterungsachse Donaufeld-Kagran könnte sich langfristig positiv auf den Standort der „Frauen-Werk-Stadt“ auswirken, so ist sie bereits über eine Straßenbahnlinie mit den Bezirkszentren Floridsdorf und Kagran verbunden, wo der Anschluss an zwei U-Bahnen und einer S-Bahn ins Wiener Zentrum besteht.

Entstehung des Projektes

Die Idee entwickelte sich unter anderem durch bereits gebaute Beispiele wie die in Bergkamen und Zürich, aber in erster Linie aufgrund einer Ausstellung:. „Wem gehört der öffentliche Raum – Frauenalltag in der Stadt” von den Stadtplanerinnen Eva Kail und Jutta Kleedorfer wurde 1991 in Wien gezeigt. Durch die Schaffung der MA 57 mit Eva Kail als Abteilungsleiterin sollte mit Unterstützung der Vizebürgermeisterin ein Projekt entstehen, dass von seiner Größe bereits städtebaulich in Erscheinung treten und Maßstäbe für eine frauengerechte Stadtplanung setzen sollte. Geplant war ein Frauenprojekt, angefangen bei der Planung bis zur Realisierung, bei dem möglichst alle wichtigen Entscheidungen von Frauen gefällt werden sollten. Auch die Jurymitglieder sollten überwiegend weiblichen Geschlechts sein.

Die Vorgabe für das Verfahren war ein geladenes Expertinnenverfahren, weil Frauen gesucht wurden, die bereits Erfahrung in der Umsetzung von Wohnungsbau hatten. Beidiesem Verfahren mit starken Vorgaben und Abläufen stießen die Initiatorinnen auf Kritik einer feministischen Basisgruppe von Architektur- und Planungsstudentinnen und Absolventinnen: das Projekt sei von vorne herein patriarchalen Strukturen zu stark unterworfen. Die Akteurinnen sahen aber keine Möglichkeit, die „Frauen-Werk-Stadt" auf andere Weise zu realisieren. Es wurde aber ein Arbeitskreis (AK) aus unterschiedlichen Disziplinen gebildet, der ein möglichst breites Anforderungsspektrum aus feministischer Sicht berücksichtigen sollte. Dieser AK entwickelte feministische Kriterien für den Wohnungs- und Städtebau, die als Projektgrundlage dienen sollten.

Planungsprozess

Die MA 57 koordinierte einen Arbeitskreis „Fachfrauen für den Wohnungsbau" mit ca. 40 Frauen aus den Bereichen Planung, Bauwirtschaft und Verwaltung. Die Idee der „Frauen-Werk-Stadt" musste in Verwaltung und Politik durchgesetzt werden. Ein städtischer und ein genossenschaftlicher Bauträger, die Gemeinde Wien, Magistratsabteilung 24 (MA 24, Hochbau) und die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV) – damals der einzige gemeinnützige Bauträger, der von einer Frau geleitet wurde - wurde gefunden. Der Kriterienkatalog des interdisziplinären Arbeitskreises war im Gutachterinnenverfahren Grundlage für die Bearbeitung. Acht Architektinnenteams nahmen an dem Gutachterinnenverfahren teil. Dieses Verfahren wurde unter anderem ausgewählt, damit alle Teams honoriert werden konnten. In der Jury waren 12 Frauen und 3 Männer vertreten, die die Entscheidung über die Platzierung und die Vergabe der Entwürfe traf.Vier Architektinnen wurden für die weitere Bearbeitung des Städte- und Hochbaus ausgewählt. Die Landschaftsarchitektin, die beim prämierten Leitprojekt mitgearbeitet hatte, wurde mit der für die Gestaltung der Freiräume beauftragt. In der Folge wurde auf eigene Initiative von den vier Architektinnen eine Künstlerin mit der Oberflächengestaltung des Platzes und der Wohnstraße betraut.
Im Zuge der Entwurfsplanung überprüfte das Frauenbüro in einer Art „Nachjury", ob die geforderten Ansprüche und Ziele während des Planungsprozesses eingehalten wurden.

Bauprozess

Die Architektinnen standen mit den BauträgerInnen in einem direkten Vertragsverhältnis. Das städtische Frauenbüro hatte somit keine offizielle Stellung mehr und konnte sich nur auf informellen Weg über den weiteren Verlauf des Prozesses auf dem Laufenden halten. Von diesem Zeitpunkt an wurde das Frauenbüro meist lediglich in Konfliktsituationen hinzugezogen. Während der Realisierungsphase konnten die späteren Mieterinnen in unterschiedlichem Ausmaß mitbestimmen. Bei der WBV waren Grundrissänderungen möglich, bei der Stadt Wien nur die Mitsprache bei Bodenbelägen und Fliesen. Die Belegung der Wohnungen im Stadtteil erfolgte nach Dringlichkeit und wird auch weiterhin direkt von der Stadt vorgenommen.

Projektbeschreibung

Die Anlage besteht heute aus 356 Wohneinheiten, 600 m² Geschäftsflächen, einem Kindergarten für drei Gruppen, einer Kleinkinderkrippe, einer Arztpraxis, und einem Kommunikationszentrum. Das städtebauliche Konzept wird weitestgehend aus dem Entwurf von Franziska Ullmann übernommen. Sie baut des weiteren den Gebäuderiegel an der Donaufelder Straße. Die Architektin Liselotte Peretti erstellt die Gebäude entlang des Carminweges, Gisela Podreka übernimmt den Flügel entlang der inneren Erschließungsachse und Elsa Prochazka bebaut den westlichen Teil. Die Freiraumplanerin Maria Auböck übernimmt die Außenraumgestaltung. Die abwechslungsreiche, identitätsstiftende Hofbildung, differenzierte Freiraumgestaltung und gute Orientierung durch die Kombination von Linear-Erschließung und Hofstruktur überzeugen genauso wie die klare Unterteilung in öffentliche, halböffentliche und private Innenhöfe. Die Wohnungen unterscheiden sich je nach Gebäudekörper. Alle sind von unterschiedlicher Größe. Es gibt 1-5-Zimmer-Wohnungen. Eine der beiden Tiefgaragen hat eine natürliche Belichtung und wird demzufolge als besonders frauengerecht beurteilt.

Entwicklung nach Fertigstellung

Insgesamt sind 1999 fast 90% der Wohnungen belegt. Die Wohnungen an der Donaufelder Straße sind zum Teil unbewohnt. Durch die hohe Lärmbelästigung sind sie weniger attraktiv als die ruhigeren, zum Innenhof orientierten Wohnungen. Die Fluktuation ist hoch, das liegt zum Teil daran, dass im Stadt Wien-Teil das Belegungsrecht über soziale Bedürftigkeit erfolgt und sich Mieterinnen innerhalb kürzester Zeit für dieses Wohnprojekt entscheiden mussten. Die geplante Qualifizierungswerkstatt für Frauen ist nicht realisiert worden, die Werkstatt fand geeignete Räumlichkeiten in Zentrumsnähe. Die Geschäftsflächen sind momentan noch nicht im gewünschten Umfang und mit gewünschter Nutzung belegt. So haben sich eine Polizeistation, eine Apotheke und ein Autozubehörhändler an der Donaufelder Str. eingemietet. Eine andere Einheit steht bislang leer. Das Kommunikationszentrum wird sowohl für organisierte öffentliche Veranstaltungen genutzt als auch für private Familienfeiern. Im halböffentlichen Außenraum bevorzugen die BewohnerInnen kleinere Einheiten, die ihrer Wohnung direkt zugeordnet sind, wie beispielsweise die klar voneinander getrennten kleinen allgemein zugänglichen Dachterrassen.

Bauliche Veränderungen

Die im Entwurf vorgesehene Qualifizierungswerkstatt wurde in einzelne Wohnungen umgebaut. Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten wurde bei der Gestaltung der Freiraum-, und Oberflächengestaltung gegenüber dem Entwurf gespart. Bäume wurden nicht im geplanten Umfang gepflanzt und die künstlerische Gestaltung der Bodenbeläge sind auf eine Minimallösung geschrumpft.
Für Kinder wurden im Souterrain befindliche Räume am Tag anfangs offen gelassen. Nach vermehrter Randale und Zerstörung des Inventars sind die Räume nur noch unter Beaufsichtigung zu betreten. Von den SozialarbeiterInnen des Kommunikationszentrums wurden Angebote gemacht, so auch ein Mädchentreff und Mutter/Kind-Gruppen. Die Subvention für das Kommunikationszentrum wurde wie vorgesehen mit Ende 2000 eingestellt und die Räume seither von einem BewohnerInnenverein selbst verwaltet.

Fazit: Innovation

Von den Beteiligten wird das Projekt als modellhaft und positiv eingeschätzt. Es war nicht nur für die beteiligten Frauen eine völlig neue Erfahrung, sondern ist über die Landesgrenzen hinaus bekannt geworden. Es ist ein positives Beispiel dafür, dass Projekte in diesem Umfang in so kurzer Zeitspanne realisiert werden können. Laut Einschätzung von Eva Kail entstand das Projekt zum richtigen Zeitpunkt, mit dem richtigen Thema und der richtigen Zusammensetzung. Eine Vervielfältigung weiterer Projekte in dieser Größe wird von ihr als unrealistisch eingeschätzt. Jedoch ist eine weitere „Frauen-Werk-Stadt" in kleinerem Umfang mit weniger Wohneinheiten in Zentrumsnähe geplant. Der Bauträgerwettbewerb wurde Ende 2000 durchgeführt, das Projekt mit rund 140 Wohnungen steht vor Baubeginn.
Durch die große Unterstützung seitens der Stadt und der Bauträgerinnen konnte das Projekt in dem kurzen Zeitraum fertig gestellt werden. In der Fachöffentlichkeit wurde dieses Projekt vielfach diskutiert und kritisiert, gerade weil Fachmänner von der Planung ausgeschlossen waren.
Durch das Projekt haben sich Aspekte aus Frauensicht als Qualitätskriterien durchgesetzt. Seitdem werden dem Frauenbüro und in der Folge der 1998 neu geschaffenen Leitstelle: Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen in der MD-Stadtbaudirektion alle Entwürfe für die geförderten Wohnbauprojekte der Stadt Wien zur Begutachtung vorgelegt. Dem Engagement und der fachlichen Kenntnis der damaligen Leiterin des Frauenbüros ist es zu verdanken, dass ein Projekt in dieser Größenordnung realisiert werden konnte. Das gesamte Verfahren ist nach Aussage der Beteiligten mit einer großen Kommunikationsbereitschaft und mit konstruktiver Kritik durchgeführt worden. Es wird auch auf die professionelle Dialogfähigkeit der Frauen zurückgeführt, die Konfliktsituationen mit allen Beteiligten auf direktem Weg diskutieren und beseitigen konnten.
Die große Anzahl von Frauen, die von Beginn an die Planung bis zur Realisierung begleitet und kontrolliert haben, ist bisher einmalig und im Rahmen des Forschungsprojektes als besonders vorbildlich zu beschreiben.

Zeitschiene

1991 **erste Idee**
Ausstellung: „Wem gehört der öffentliche Raum-Frauenalltag in der Stadt";

1992 **Konzeptentwicklung**
Frauenbüro initiiert das Modellprojekt: „Frauen-Werk-Stadt"

1993 **Verfahren**
Ausschreibung des GutachterInnenverfahrens

1994
Tagung der Jury; Beauftragung der Architektinnen und Grünraumplanerin; Nachjury durch Frauenbüro und Bauträger

1995 **Bauzeit**

1997 **Bezug der Wohnungen**
ab Oktober

1999 **Entwicklung nach Bezug**
+ : hohe Wohnzufriedenheit,
- : hohe Fluktuation im Bauteil Donaufeldstraße

FRAUEN PLANEN WOHNEN

LÜBECK

erste Idee / Bezug	1995 / keine Realisierung
Initiative	Frauenbüro Senat der Stadt Lübeck
TrägerIn	Grundstücks-Gesellschaft „Trave“ mbH
ArchitektInnen	Insa Schröder-Ropeter, Lübeck
Entwurfsverfahren	GutachterInnenverfahren
Finanzierung	geplant als sozialer Wohnungsbau
NutzerInnenbeteiligung	keine
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Lübeck-Kücknitz
Größe Planungsgebiet / Dichte	12440 m² / GFZ 0,6
Nutzungen	52 WE; 2 Gemeinschaftspavillons
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	I - III / 0,8
Wohnungsschlüssel	1,5-Zi-Whg, - 4,5-Zi-Whg

Aufbauend auf die Erfahrungen vorangegangener Projekte entwickelte sich in Lübeck ein interdisziplinärer Arbeitskreis engagierter Frauen mit dem Ziel, ein frauenspezifisches Projekt in Lübeck aufzubauen. Auf die entspannte Situation des Wohnungsmarkts ist es zurückzuführen, dass dieses Projekt nie realisiert werden konnte.

Gesamtstädtischer Kontext

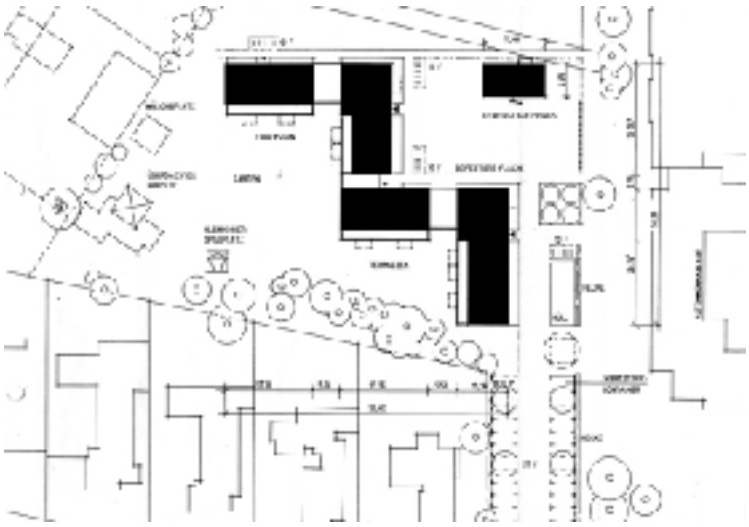
Das im Zweiten Weltkrieg fast vollständig zerstörte Lübeck lag bis zur Grenzöffnung im Zonenrandgebiet der BRD, wodurch die Stadt ins wirtschaftliche und verkehrstechnische Abseits geriet. Durch mangelnde Arbeitsplätze verlor die Stadt in den 1970er und 1980er Jahren viele BewohnerInnen. Nach der Grenzöffnung hingegen änderte sich das Bild schlagartig. Innerhalb kürzester Zeit stieg die Bevölkerung im Stadtgebiet auf rund 218.000 EinwohnerInnen an. In der Agglomeration wuchs die Zahl von 330.000 auf 550.000 Wohnungen wurden zu dieser Zeit rar. Durch neue Wohnbauaktivitäten sollten bis zur Jahrtausendwende 7.500 – 8.000 neue Wohnungen errichtet werden. Mittlerweile pendeln sich der Stand der Bevölkerung bei ca. 215.000 (Stand 1999) ein. Durch diesen Bevölkerungsrückgang sind auch die Wohnbauaktivitäten Mitte der 90er Jahre eingefroren worden. Als größter Arbeitgeber ist die Hansestadt selbst mit über 9000 MitarbeiterInnen.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Grundstück liegt ca. 10 km östlich der Lübecker Altstadt im Stadtteil Kücknitz mit ca. 20.000 EinwohnerInnen (Stand 1997). Über die B 75 ist der Stadtteil an die Innenstadt Lübeck und an Travemünde angeschlossen. Verschiedene Buslinien gewährleisten die Verbindung zwischen Lübeck, Bad Schwartau und Travemünde. Kücknitz entstand 1972 im Zuge der verwaltungstechnischen Neugliederung. Das vormals landwirtschaftlich geprägte Dorf entwickelte sich schnell zu einem industriell geformten Vorort. Das städtische Baugebiet umfasst zwei Grundstücke: das Gelände des ehemaligen Festplatzes nördlich der Solmitzstraße und das Grundstück an der Travemünder Landstraße. Die Nachbarschaft ist hauptsächlich durch Wohnbebauung geprägt. In unmittelbarer Nähe befinden sich Versorgungseinrichtungen wie Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Kindertagesstätten, Arztpraxen, die Stadtteilbücherei und ein Jugendfreizeitheim. Auch Landschafts- und Naturschutzgebiete mit einem großen Erholungswert sind in erreichbarer Nähe.

Entstehung des Projektes

Die Ausstellung zum Thema „Frauen Planen Bauen Wohnen" der FOPA 1991 war für das Frauenbüro der Stadt Lübeck Auslöser, um öffentliche Veranstaltungen und Werkstattgespräche zu organisieren. Daraus entwickelte sich die Idee, ein Wohnprojekt für Frauen in Lübeck zu realisieren. In Absprache mit dem Stadtplanungsamt und dem Lübecker Wohnungsunternehmen (Grundstücks-Gesellschaft Trave mbH) wurde im Mai 1995 ein Gutachterinnenverfahren initiiert. Zu diesem Verfahren wurden den fünf regionale Architekturbüros eingeladen.



Planungsprozess

Die Ziele des Gutachterinnenverfahrens wurden hoch gesteckt. Aufbauend auf den Wohnungsbaurichtlinien Schleswig-Holsteins sollten neue und modellhafte Kriterien für nachfolgende Projekte entwickelt werden. Im Vordergrund standen drei Kriterien:

- Grundrissgestaltung für veränderte Haushaltstypen
- Wohnraum als attraktiver Ort für Reproduktionsarbeit
- Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, älteren Menschen

Architektinnen und Stadtplanerinnen wurden als doppelt kompetent eingestuft, einerseits als Baufachfrauen, andererseits als Expertinnen für Wohnungsbau, Hausarbeit und Erziehung. Ein weiteres Ziel war es, die am Prozess Beteiligten frühzeitig in das Geschehen zu involvieren. Planung und Umsetzung sollten effizienter und im Einvernehmen durchgeführt werden. Dazu wurden regelmäßige Treffen von Stadtplanungsamt, Wohnungsbauträger, Architektinnen und dem Frauenbüro durchgeführt.
In einem ersten Schritt wurde das städtebauliche Konzept gemeinsam von allen eingeladenen Architektinnen entwickelt. Der Hochbau-Entwurf wurde in einem zweiten Schritt in Eigenregie der Architektinnen erarbeitet.

Bauprozess

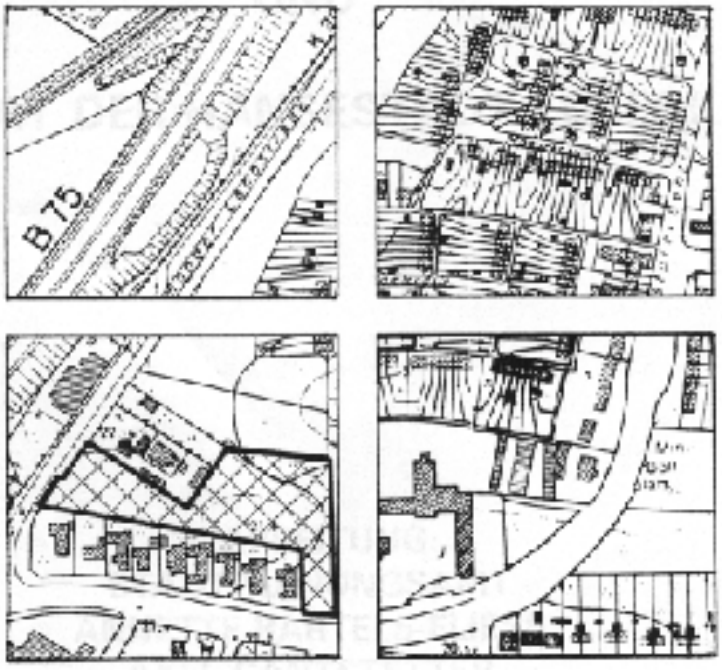
Das Projekt wurde nicht realisiert. Die Wohnungsbaugesellschaft hat sich aufgrund sinkender EinwohnerInnenzahlen und entspannter Wohnungsmarktlage Mitte bis Ende der 1990er Jahre aus allen Wohnbauaktivitäten im sozialen Wohnungsbau zurück gezogen.

Projektbeschreibung

Aus dem städtebaulichen Konzept ergaben sich diagonal verlaufende Gebäudekörper, die als Grundlage für den Hochbau-Entwurf dienten. Das dreigeschossige Gebäude plus Staffelgeschoß beinhaltet 46 Wohneinheiten (WE), von denen 6 WE gezielt für Wohngemeinschaften entwickelt wurden. Im Norden des Grundstücks befindet sich ein Gemeinschaftshaus, das einen Übergang zum angrenzenden Festplatz darstellt. Der Außenbereich ist als gemeinsam genutzte Grünfläche gestaltet und bietet einen überdachten Freisitz sowie Wäschetrockenplatz und Kleinkinderspielplatz.

Fazit: Innovation

Die breite Zustimmung zu diesem Projekt bei den beteiligten Stellen wie Stadt, Wohnungsamt und auf politischer Ebene während des Planungsverfahrens weist auf eine verstärkte Akzeptanz frauenspezifischer Projekte hin. Bis zur Durchführung des Gutachterinnenverfahren sah noch alles nach einer positiven Entwicklung für die Realisierung des Projektes aus. Im Laufe des Planungsprozesses hat sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt jedoch entschieden entspannt. Als entscheidende Faktoren werden u.a. die Abwanderung der Bevölkerung von den Städten in die Regionen und der Wunsch nach Wohneigentum genannt. Steuerliche Begünstigungen und der Wunsch nach einem eigenen Einfamilienhaus lassen die Aktivitäten im Mietwohnungsbau bundesweit fast vollständig zum Erliegen kommen, so auch in Lübeck.



Zeitschiene

erste Idee — **1991**

FOPA-Ausstellung „Frauen Planen Bauen Wohnen“ inspirierte weiteres Engagement, Idee zu Frauenwohnprojekt entstand

Konzeptentwicklung

Dialog zwischen Wohnungsbauträger, Architektinnen und dem Frauenbüro

Verfahren — **1995**

Auslobung eines GutachterInnenverfahren: Grundstücks-Gesellschaft „TRAVE“mbH, Baudezernat, Stadtplanungsamt und Frauenbüro

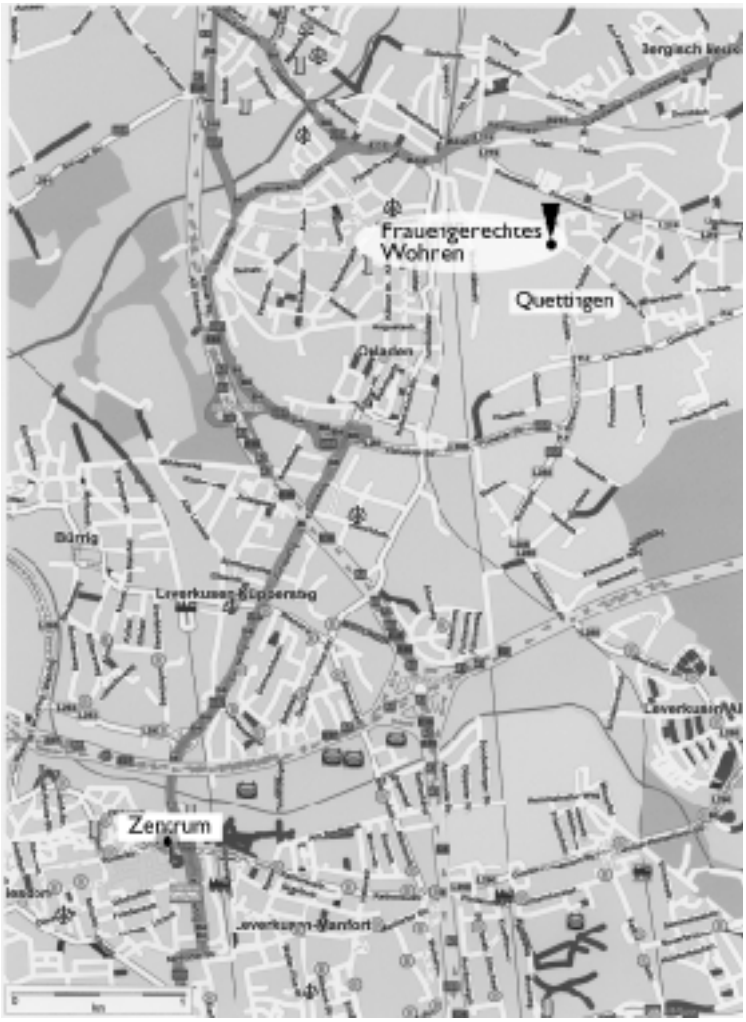
weitere Entwicklung

Projekt kommt nicht zur Realisierung

FRAUENGERECHTES WOHNEN LEVERKUSEN

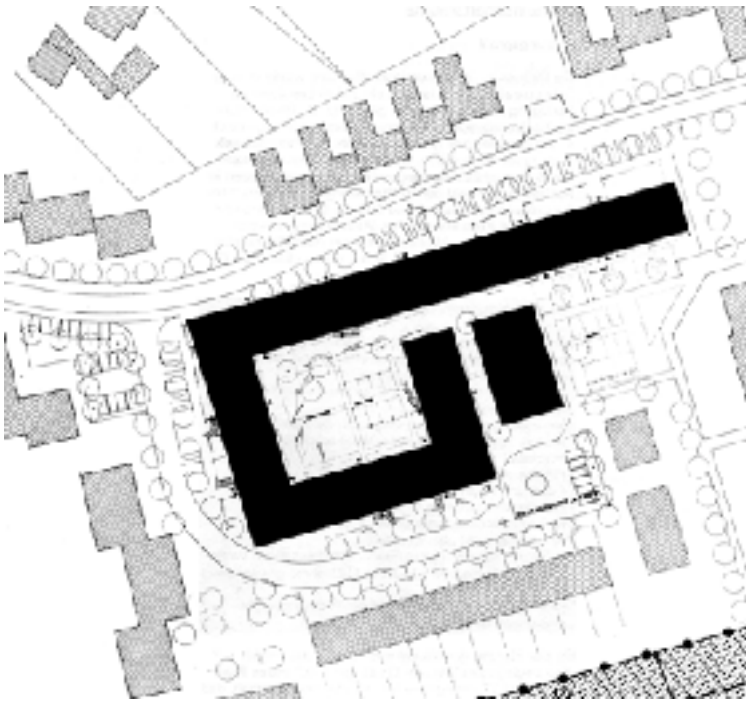
erste Idee / Bezug	1991 / 1996
Initiative	Frauenbüro der Stadt Leverkusen
TrägerIn	Wohnungsgesellschaft Leverkusen
ArchitektInnen	Planungsgruppe WohnStadt: Ursula Komes, Detlef Bock, Aachen
Entwurfsverfahren	kooperatives und innovatives Werkstattverfahren
Finanzierung	öffentlich geförderten Wohnungsbau ⇒ 1. + 2. Förderweg
NutzerInnenbeteiligung	ja; Ausbau, Ausstattung
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Leverkusen-Quettinger Feld
Größe Planungsgebiet / Dichte	7400 m² / GFZ 0,8
Nutzungen	63WE, Gemeinschaftsraum ⇒ 1999 Nutzung durch Internationaler Bund
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	III / 1,0-1,2
Wohnungsschlüssel	15 x 1-Pers.-Whg, 23 x 2-Pers.-Whg, 19 x 3-Pers.-Whg, 6 x 4-Pers.-Whg

Das Projekt Quettinger Feld ist zeitgleich zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park entstanden. Es ist selbst kein IBA-Projekt, konnte aber auf Erfahrungen anderer Projekte wie in Bergkamen und Recklinghausen aufbauen. Frauenspezifische Kriterien wurden vom Frauenbüro zusammengestellt und als Qualitätsmerkmal von den Fachämtern und der städtische Wohnungsgesellschaft Leverkusen (WGL) erkannt. Außerdem wollte die Stadt nicht hinter den aktuellen Trends anderer Gemeinden in der Emscher Region zurückbleiben. Gemeinsam haben die Projekte in Nordrhein-Westfalen dazu beigetragen, die Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus zu verändern.



Gesamtstädtischer Kontext

Leverkusen entstand 1930 durch den Zusammenschluss der Orte Schlebusch, Steinbüchel, Rheindorf und der Stadt Wiesdorf mit insgesamt rund 42.000 EinwohnerInnen. Sie liegt im rechtsrheinischen Ballungsgebiet zwischen Düsseldorf und Köln. Die naturräumliche Gliederung der Stadt ist durch die Ausläufer des Bergischen Landes und die Rheinebene geprägt. 1891 war die „Farbenfabrik vorm. Friedrich Bayer & Co" gegründet worden, die heute als Chemie- und Pharmakonzern „Bayer AG" bekannt ist. Nach dem zweiten Weltkrieg stieg das Wachstum der Bevölkerung stark an, dieses Wachstum ist unmittelbar mit der benötigten Belegschaft der Bayer-Werke verknüpft. Dem Bau von Wohnungen kam in der Nachkriegszeit eine große Bedeutung zu. Die Wohngebiete mit den dazugehörigen sozialen Infrastrukturen siedelten sich entlang der Bach- und Flusstäler und der vorhandenen Erschließungen an. Die einzelnen Stadtteile waren bis in die 1960er Jahre baulich kaum miteinander verbunden. Bis 1963 ist die Bevölkerung auf 100.000 EinwohnerInnen angewachsen und somit zur Großstadt geworden. Im Zuge der kommunalen Neugliederung von 1975 wurden die ehemals selbständigen Städte Opladen und Hitdorf mit Leverkusen zusammengeschlossen. 1970 wurde versucht, eine Neue Mitte zu schaffen, um eine Versorgungsbasis der ansässigen Bevölkerung zu erreichen. Auch heute sind die ehemals autonomen Ortsteile in ihren Strukturen noch ablesbar. In Leverkusen werden die typischen Siedlungsstrukturen schnell wachsender Industriegemeinden deutlich. In der Regel entstehen dort zuerst Wohnungen, bevor sich ein Zentrum bildet. Zu sehen ist einerseits der Zusammenschluss ehemaliger „dörflicher Strukturen" mit städtischen Randgemeinden, andererseits Industriestrukturen mit starker Verkehrsausbildung. Leverkusen hat mittlerweile rund 161.500 EinwohnerInnen (Stand 2001). Die Bayer-Werke sind noch immer größter Arbeitgeber.



Lage des Projektes im Stadtgebiet

Quettingen gehört zum Stadtteil Opladen und liegt nordöstlich des 1970 neugeschaffenen Zentrums von Leverkusen. Im gesamten Stadtteil Quettingen leben rund 13.000 EinwohnerInnen (Stand 2001). Im Rahmen der Stadterweiterungsmaßnahme von 1991 entstanden im Stadtteil in den folgenden Jahren 290 Wohnungen im sozial geförderten Wohnungsbau, so auch das Wohnprojekt „Frauengerechtes Wohnen Quettinger Feld". Mit insgesamt 63 Wohneinheiten (WE) gehörte es 1995 zu den kleineren Maßnahmen. Das gesamte Bebauungsgebiet Quettinger Feld hat eine Fläche von 38.000 m^2, der Projektbereich umfaßt ca. 7400 m^2. Der starke Druck, insbesondere für Aus- und ÜbersiedlerInnen sowie für MigrantInnen Wohnraum zu schaffen, führte zu der Entscheidung, eine derartig große Erweiterungsmaßnahme zu planen. Durch die Entscheidung, auf einer relativ geringen Fläche ausschließlich Wohnungen im sozialen Wohnungsbau zu errichten, ist der Stadtteil durch soziale Probleme gekennzeichnet. Seit dem Bezug des Stadtteils versuchen Organisationen und die Stadt, aber auch BewohnerInnen mit integrativen Maßnahmen, wie Stadtteilfesten, sportlichen Wettkämpfen und mehr gegen das schlechte Image anzukommen.

Der Standort des Projektes ergab sich daraus, dass die WGL ein Teil des Gebietes der gesamten Stadterweiterungsmaßnahme zur Verfügung stellte, nachdem das Frauenbüro ohnehin auf der Suche nach einem Grundstück war, um Städte- und Wohnungsbau aus Frauensicht zu realisieren. Mit der vorhandenen Anbindung an den ÖPNV und verschiedenen sozialen Infrastruktureinrichtungen schien der Standort günstig. Ein Kindergarten, zwei Grundschulen, eine Hauptschule und Versorgungseinrichtungen des täglichen Bedarfs können fußläufig erreicht werden. Ein weiterer Kindergarten entstand in Folge des Projektes. Bauträgerin war die WGL, die Stadt ist Trägerin der Einrichtung. Weiterführende Schulen sowie Ärzte sind in Fahrradentfernung im nahe gelegenen Stadtteil Opladen vorhanden. Buslinien im 20 Minuten-Takt verbinden das Wohngebiet mit dem Stadtzentrum sowie mit weiteren Stadtteilen.

Entstehung des Projektes

Anstoß für dieses Projekt war die Ausstellung der Feministischen Organisation für Planerinnen und Architektinnen (FOPA) „Frauen Planen Bauen Wohnen" von 1991. Auf Einladung des Frauenbüros hatte der Arbeitskreis Frauen und Wohnen der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros auf einer Wohnbautagung 1991 in Leverkusen das Bergkamener Projekt als Modellprojekt vorgestellt. Auf Anregung des Frauenbüros und um den aktuellen Trends im Wohnungsbau nicht hinterher zu hinken, entschlossen sich die Stadt und die WGL zur Umsetzung eines Projektes mit frauenspezifischer Orientierung.

Planungsprozess

In enger Zusammenarbeit mit dem Frauenbüro, dem Planungsamt und der WGL wurde ein „innovatives und kooperatives Planungsverfahren mit Werkstattcharakter" durchgeführt. Das Frauenbüro organisierte also Workshops, in dem alle Beteiligten, VertreterInnen des Landes NRW, das Stadtplanungsamt, technische Ämter und die WGL über anstehende Fragen, beispielsweise die Belegungspraxis oder sozialpolitische Aspekte diskutieren konnten. Vier Architekturbüros, in denen Frauen federführend tätig waren, wurden zu den Workshops eingeladen und beteiligten sich parallel – sozusagen als „KonkurrentInnen" – an diesem Verfahren. Ausgewählt wurde der Entwurf der Planungsgruppe „WohnStadt" von Ursula Comes und Detlef Bock aus Aachen.
Nach der Workshop-Phase schrieb die WGL ca. 400 potentielle NutzerInnen an. Diese wurden zu Vorgesprächen eingeladen, um ihnen den Anspruch an ein gemeinschaftliches Wohnprojekt zu verdeutlichen. Bei Interesse konnten sie am Projekt teilnehmen. Innerhalb eines Jahres wurden 11 moderierte Treffen durchgeführt. Auf diesen moderierten Treffen konnten die NutzerInnen unter anderem über Wohnungsgrößen, Nachbarschaftswünsche aber auch über die Errichtung einiger Wände, Fußböden und Kacheln mitentscheiden.

Bauprozess

Das Projekt wurde in zwei Bauabschnitten (BA) fertiggestellt und im Mai und November 1995 bezogen. Die schnelle Umsetzung des Wohnprojektes ist auf die Bereitstellung der öffentlichen Gelder zurückzuführen, die innerhalb eines kurzen Zeitraums ausgegeben werden mussten. Für die BewohnerInnen, die vorher teilweise in Notunterkünften untergebracht waren, war die Kürze der Bauzeit positiv. Durch die Belegung in zwei Abschnitten kam es innerhalb der Anlage nicht zu den gewünschten Nachbarschaften. Die im Mai eingezogenen BewohnerInnen hatten sich bereits organisiert und untereinander Kontakte hergestellt, so dass die BewohnerInnen, die im November in das Projekt zogen, auf eine bereits bestehende Gemeinschaft trafen.

Projektbeschreibung

Entstanden ist eine dreigeschossige Blockbebauung mit einem langen Riegel zur Straße. Ein Durchgang durch diesen Riegel und ein weiterer im hinteren Bereich erschließen den halböffentlichen Innenhof. Dort bildet sich ein Wohnhof, der den BewohnerInnen eine Vielzahl von Nutzungsmöglichkeiten bietet. Für die jüngeren Kinder gibt es einen Spielplatz, der von den Terrassen und den rückwärtigen Balkonen eingesehen werden kann. Die Stellplätze sind an der Erschließungsstraße gelegen, so dass das Innere autofrei bleibt. An dem Durchgang ist der umgenutzte Gemeinschaftsraum gelegen. Dort ist mittlerweile der Internationale Bund, ein Träger mit Angeboten im sozialen Bereich, untergebracht. Das Angebot des Internationalen Bundes bezieht sich auf die Unterstützung der Nachbarschaften im gesamten Quettinger Feld, insbesondere im Wohnprojekt „Frauengerechtes Wohnen". Er bietet aber auch eine Beratungsstelle für AussiedlerInnen, einen Kinderclub und ein Stadtteilbüro an. Die umgebende Bebauung besteht ebenfalls größtenteils aus dreigeschossigem Wohnungsbau aber auch aus Einfamilien-Reihenhäusern.

Entwicklung nach Fertigstellung

In den letzten Jahren gab es eine hohe Fluktuation, die aber auf persönliche Veränderungen der BewohnerInnen zurückzuführen ist. In der Regel wird eine neue Wohnung aufgrund veränderter beruflicher Situationen oder wegen neuer Zusammensetzungen der Haushaltsgrößen gesucht. Der Umzug in eine „bessere Wohngegend" gilt als gesellschaftlicher Aufstieg, wer es sich leisten kann, wohnt nicht im Quettinger Feld. Bemerkenswert ist, dass nach Aussagen der Beteiligten die Fluktuation im Projekt „Frauengerechtes Wohnen" höher ist als im Quettinger Durchschnitt. Teilweise konnten die BewohnerInnen den Kontakt zum Frauenbüro und zum Internationalen Bund als Sprungbrett für ihre persönliche berufliche Weiterentwicklung nutzen und zogen daraufhin aus dem Projekt aus .
Anfangs gründeten die BewohnerInnen einen Verein, der gemeinsame Fahrten und Ausflüge organisierte. Das persönliche Engagement hatte sich von Anfang an auf einige Wenige beschränkt und ließ nach gewisser Zeit nach. Die Beiträge wurden nicht mehr regelmäßig gezahlt, so dass sich der Verein wieder auflöste. Eine Betreuung zur Unterstützung der Gemeinschaft wurde zu diesem Zeitpunkt nicht mehr geleistet. Sowohl für die WGL als auch für das Frauenbüro war eine weitere Betreuung des Projektes nach dem intensiven Planungsprozess zu zeit- und kostenaufwendig geworden. Der besondere Anspruch an Gemeinschaft wird bei Neubelegung nicht mehr vermittelt.

Bauliche Veränderungen

Der Gemeinschaftsraum wurde nach einem Jahr an den Internationalen Bund vermietet, weil die finanzielle Belastung für die MieterInnen zu groß war.
Die Besonderheiten der Schalträume und die Veränderungsmöglichkeit der Wände werden im weiteren Verwaltungsverfahren von der WGL aus Zeitmangel und Kostengründen nicht weitergetragen.

Fazit: Innovation

Das Projekt ist aufgrund seines sozialen Anspruchs sehr beliebt. Es gibt keinen Leerstand, bei frei werdenden Wohnungen folgen meist Verwandte, Bekannte und FreundInnen der BewohnerInnen. Es ist somit für die WGL ein leicht vermietbares Projekt. Trotzdem vermittelt die WGL bei der weiteren Vermietung die besonderen Ansprüche des Wohnprojektes nicht. Der zeit- und kostenintensive Planungsprozess hat an den Kräften aller Beteiligten gezehrt. Das Projekt, das ursprünglich mit einer hohen Erwartung seitens der AkteurInnen initiiert wurde, wird mittlerweile aus Sicht der Wohnungsgenossenschaft nicht mehr als „besonderes" Projekt angesehen. Die BewohnerInnen konnten den anfänglichen Schwung und Gemeinschaftsanspruch nicht selbständig aufrecht erhalten. Die Ansprüche an ein schnelles Gelingen des Wohngebäudes als Projekt mit besonderem Gemeinschaftsanspruch waren zu hoch.

Für die Integration von frauenspezifischen Aspekten ist der Standort als problematisch anzusehen. Die Errichtung einer Stadterweiterungsmaßnahme ohne soziale Mischung und von nur wenigen Bauträgern stößt auf soziale Probleme, die die Kapazitäten der Wohnungsbaugesellschaft in Anspruch nimmt.

Das Projekt gilt bei den ErstbewohnerInnen als gutes Projekt. Sie haben Nachbarschaftshilfen ausgebaut und innerhalb einzelner Gebäude Gemeinschaften entwickelt. Insbesondere der Austausch über gemeinsame Kinderbetreuung zwischen den Alleinerziehenden funktioniert gut. Für die neuen BewohnerInnen, denen die Besonderheit nicht mehr vermittelt wird, erfolgt die Kontaktaufnahme wie in anderen Wohnungssiedlungen auch.

Zeitschiene

1991 **erste Idee**
fachöffentliche Tagung: „Frauengerechte Stadt-und Wohnungsplanung Leverkusen"

Konzeptentwicklung
Ergebnis: WG Leverkusen will ein Wohnungsbauprojekt realisieren

1993 **Verfahren**
Durchführung eines „innovativen und kooperativen Planungsverfahrens mit Werkstattcharakter"

1995 **Bauzeit**
intensive MieterInnenbeteiligung

1996 **Bezug der Wohnungen**

1998 **Entwicklung nach Bezug**
- : hohe Fluktuation;
+ : neue Nutzung des Gemeinschaftsraumes durch den „Internationalen Bund"

FRAUEN PLANEN UND BAUEN NICHT NUR FÜR FRAUEN FREIBURG I. BR.

erste Idee / Bezug	1994 / 1998-2001
Initiative	Arbeitskreis aktiver Frauen gründet Verein Stadt & Frau
TrägerIn	Eigentumswohnungen, z.T. selbstgenutzt, z.T. vermietet
ArchitektInnen	1. / 2. BA: Architektinnengemeinschaft Renate Bert, Charlotte Smuda-Jeschek, Ursula E. Müller; Freiburg in Arbeitsgemeinschaft mit Büro Ingeborg Thor-Klauser; Freiburg 3. BA: evaplan: Dagmar Zschocke, Susanne Eberhard-Goll, Andrea Kilian, Barbara Friedrich, Susanne Ludäscher; Karlsruhe
Entwurfsverfahren	1. / 2.BA: Direktauftrag 3. BA: offener Wettbewerb für Baden-Württemberg und Hessen
Finanzierung	Mischfinanzierung: Eigentum, Miete, öffentlich geförderter Wohnungsbau 1.+3. Förderweg (BL 10 + MB 10) ,Versuch des 4. Förderwegs
NutzerInnenbeteiligung	ja; Entwurf, Ausbau, Ausstattung
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, neuer Stadtteil Rieselfeld im Westen von Freiburg
Größe Planungsgebiet / Dichte	3600 m² / GFZ 1,0
Nutzungen	65 WE; Gemeinschaftsräume, Gewerbe
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	IV+ Attika / 1,0
Wohnungsschlüssel	1-5-Zi.-Whg, unterteilbar und zusammenlegbar

Im Entstehungsprozess des Freiburger Projekts entwickelte sich ein zweigleisiges Vorgehen: die Gründung des Vereins einerseits und die Konstituierung einer Frauenwohngenossenschaft andererseits ließen interessierten Frauen vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten offen. Auch die Mischfinanzierung von Eigentum bis zum Sozialen Wohnungsbau ermöglichte eine Bandbreite an Alternativen vom Immobilienerwerb über selbst genutztes Eigentum bis zur Miete von Wohnraum im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus.

Gesamtstädtischer Kontext

Freiburg im Breisgau liegt am Fuße des Schwarzwalds, in der Oberrheinischen Tiefebene. Die Landschaft und das Klima bestimmen die Wohnqualität. Die direkte Nähe zu den Städten Basel in der Nordwestschweiz und zu Colmar, Strasbourg und Mulhouse im Elsass (Frankreich) geben ihr eine internationale Bedeutung. Die Bezeichnung „Regio", ein Zusammenschluss der Städte Basel, Colmar, Freiburg und Mulhouse, machen dies deutlich. Beispielsweise teilen sich Basel-Mulhouse-Freiburg den Euroairport, der sich auf französischem Territorium befindet. Die Lage als Glied einer Städtekette entlang der Rheinschiene, an der sich Handel und Markt schon im Mittelalter orientierten, ließ die Stadt Freiburg schnell wachsen. Im 17. und 18. Jh hatte Freiburg militärisch eine große Bedeutung, so dass Spuren der Belagerungen seitens der Franzosen noch heute zu spüren sind, wenn sie sich auch nur noch in Namen, wie z.B. Vauban, (ehemalige Kaserne, in der Stadt gelegen) niederschlagen. Nach den Zerstörungen im 2. Weltkrieg entschloss sich die Stadt für einen Wiederaufbau, der sich am historischen Stadtgrundriss orientierte. Die rege Bautätigkeit der 1950-1970er Jahre in Deutschland schlug sich auch in Freiburg nieder. Der Zusammenschluss der Stadt Freiburg mit acht angrenzenden Gemeinden ließ die Stadt 1974 auf 180.000 EinwohnerInnen anwachsen. Mittlerweile leben dort ca. 200.000 Menschen (Stand 2000). Der Charakter als Universitäts-, Dienstleistungs- und Fremdenverkehrsstadt zeigt sich auch an der Bevölkerungsstruktur u.a. durch den hohen Anteil an StudentInnen und der damit verbundenen jungen Altersstruktur von 18 – 30-Jährigen. Das Stadtbild wird durch auffallend urban geprägte Lebendigkeit bestimmt.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Freiburger Projekt ist ein kleiner Baustein in einer größeren Stadterweiterungsmaßnahme. Im Nord-Westen der Stadt entsteht das größte Siedlungsvorhaben Baden-Württembergs auf den ehemaligen städtischen Rieselfeldern. Auf einer Fläche von insgesamt 78 ha sollen zwischen 1991 und 2010 4.500 neue Wohnungen für ca. 9.000 Menschen entstehen. Der 1993 gegründete Verein Stadt & Frau e.V. entschied sich, das geplante Projekt

„Frauen planen und bauen – nicht nur für Frauen“ im neuen Stadtteil Rieselfeld zu verwirklichen, weil hier viele stadtplanerische Ideen umgesetzt werden sollten, die mit den Zielen des Projektes kongruent waren, wie z.B. optimale Versorgung mit städtischer Infrastruktur und die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Folgende Standortqualitäten wurden von den Initiatorinnen an die Lage des Projektes gestellt: Nähe zum Straßenbahnanschluss, zum Kindergarten und zu den Versorgungseinrichtungen (Geschäfte, Ärzte, BürgerInnentreffpunkt). Die Lage an einem städtischen Platz wurde bewusst zur Einbindung in urbanes, öffentliches Leben gewählt. Durch die Aktivitäten des Vereins Stadt & Frau e.V. wurde der Standort von den Vereinsfrauen entsprechend ihren Anforderungen ausgesucht und durch die rechtzeitige Kontaktaufnahme mit dem Stadtplanungsamt verbindlich reserviert. Das Projekt liegt im östlichen Teil des Rieselfeldes.

Entstehung des Projektes

Entstanden ist die Idee 1990 aus einem kleinen Arbeitskreis interessierter Frauen, die sich mit Planung und Stadtentwicklung unter frauenspezifischen Gesichtspunkten auseinandersetzten. Wochenendseminare und Workshops wurden veranstaltet und die Traumidee entwickelt, ein „Projekt für 500 frauengerechte Wohnungen zu realisieren“. Diese Idee reduzierte sich in kurzer Zeit auf 65 Wohnungen. Der Arbeitskreis erhielt regen Zulauf und stieß in der Öffentlichkeit auf zunehmendes Interesse. Durch die Vereinsgründung 1993 institutionalisierte sich der Arbeitskreis „Stadt & Frau”. Die bisher theoretisch formulierten Ansprüche sollten nun in einem konkreten Projekt umgesetzt werden. Das Wohnprojekt sollte in drei Bauabschnitten (BA) realisiert werden. Die ersten beiden BA wurden direkt von den Architektinnen des Vereins „Stadt & Frau” geplant, der dritte BA unterlag den Richtlinien eines Wettbewerbs.

Planungsprozess

Die vorangegangene Stadterweiterungsmaßnahme „Freiburg-Rieselfeld” wurde in einem städtebaulichen Realisierungswettbewerb 1992 entschieden. Durch die stringenten Vorgaben der städtebaulichen Planung (Blockrandbebauung und Ausformulierung der Ecksituation) war der Planungsspielraum für die Umsetzung des Projektes relativ gering. Auf dieser Grundlage entwickelten Akteurinnen des Vereins Stadt & Frau e.V. stellvertretend für die zukünftigen BewohnerInnen im Dialog mit den Architektinnen des Vereins ein Gesamtkonzept für alle drei Bauabschnitte.
Mit diesem Konzept wurde ein Bauträger gefunden, der das Projekt realisierte. Nach anfänglich guter Zusammenarbeit wurde diese im Laufe des Prozesses zunehmend schwieriger. Der Bauträger vermarktete beim Verkauf der Wohnungen nicht die besondere Stadt & Frau-Idee. Dies führt zu Irritationen bei den Käuferinnen. Die zukünftigen MieterInnen gründeten 1996 die Wohnungsgenossenschaft Stadt & Frau e.G., um die direkte Beteiligung und Mitbestimmung aller NutzerInnen bei allen Entscheidungen rund

um die Wohnung und die sozialen Ziele des Projektes zu garantieren. Sie konnten den Planungsprozess mitbestimmen, ohne das die zukünftigen Eigentümerinnen der Wohnungen feststanden. Ebenfalls übernahmen sie die Verwaltung der Wohnungen und hatte hier nachträglich Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Anzumerken ist jedoch, dass viele Käuferinnen die Stadt & Frau Idee begeistert aufnahmen und als Grundlage für eine sichere und langfristige Vermietbarkeit ihrer Wohnungen erkannten. Zwar können auch Männer in dem Projekt wohnen, die Mietverträge werden jedoch ausschließlich mit Frauen vereinbart. Nur weibliche BewohnerInnen können in den Vorstand der Genossenschaft gewählt werden. Nur sie bekommen bevorzugtes Wohnrecht.
Wettbewerb: Der Bauträger erklärte sich bereit, den von der Stadt Freiburg geforderten Realisierungswettbewerb für die städtebaulich bedeutsame „Ecke“ zu finanzieren und auszuloben. Die Ausschreibung für den Realisierungswettbewerb wurde durch Fachfrauen des Vereins erarbeitet und durchgeführt. Der Wettbewerb richtete sich speziell an Architektinnen. Das Architekturbüro evaplan aus Karlsruhe bekam den Zuschlag für die Realisierung.
Finanzierung: Die Wohnungen wurden unterschiedlich finanziert. Es gibt teilweise öffentlich geförderte Mietwohnungen und öffentlich geförderte Eigentumswohnungen, teilweise sind es freifinanzierte Miet- und Eigentumswohnungen. Für die Belegung der öffentliche geförderten Mietwohnungen ist das Amt für Wohnungswesen der Stadt Freiburg zuständig. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit wurde das Projekt stadtweit bekannt gemacht. Interessentinnen konnten sich beim Amt für Wohnungswesen speziell für dieses Projekt anmelden und wurden dann an die Genossenschaft weitervermittelt. Die umfangreichen Gemeinschaftsräume wurden über die Eigentümerinnen finanziert, die einen entsprechend höheren Preis für ihre Wohnungen zahlen mussten.

Bauprozess

Die Flügel der Überbauung entlang der geplanten urbanen Achse, der Rieselfeldallee sind in den ersten beiden Bauabschnitten bis 1998 realisiert worden. Durch den geforderten Wettbewerb für die Ecksituation und durch ein im Bauprozess anstehendes Insolvenzverfahren des Bauunternehmers verzögerte sich die Fertigstellung des 3. BA. und konnte erst 2001 fertig gestellt werden.

Projektbeschreibung

Der L-förmige Baukörper verläuft am Blockrand entlang der Rieselfeldallee und der Adelheid-Steinmann-Straße.
Die insgesamt Wohneinheiten (65 WE) teilen sich in 1-5-Zimmer-Wohnungen. Sie passen sich unterschiedlichen Lebensphasen und -stilen dadurch an, dass die großen Wohnungen unterteilbar sind und die kleineren Wohnungen zu größeren zusammenschließbar sind. Außerdem können Einzelräume zu unterschiedlichen Wohnungen dazugeschaltet werden oder als selbstständige Einheit funktionieren. Gleichwertige, in der Nutzung austauschbare Räume sorgen dafür, dass jede im Haushalt lebende Person einen Individualraum hat. Große Wohnküchen machen gemeinschaftliche Hausarbeit möglich. Jeder Wohnung ist ein privater Balkon zugeordnet, der von den BewohnerInnen stark genutzt wird und im Sommer der private Rückzugsbereich im Freien ist. Die Erschließung der Wohnungen über breite Galerien bietet durch seine Vor- und Rücksprünge ausreichend Platz für

gemeinschaftliches Leben, aber auch für Blumenkästen oder um Kinderwagen und Dreiräder vor der eigenen Wohnung abzustellen.
Mit einem Anteil von 10% der Wohnfläche liegt die Größe der Gemeinschaftsräume ungewöhnlich hoch, ist aber durch die Zielsetzung begründet, Raum für selbstorganisierte Nutzungen und spezielle Frauenkultur zu schaffen. Betont wird die Wertigkeit der Gemeinschaftsräume zusätzlich durch die Lage, direkt im Eingangsbereich der Gebäude und in den Dachgeschossen mit Dachterrasse.

Entwicklung nach Fertigstellung

Ca. 70% der ursprünglich Interessierten haben den langen Planungsprozess von 3 1/2 Jahren durchgehalten und sind in ihre Wunschwohnungen eingezogen. Durch die Aktivitäten der einzelnen Hausgemeinschaften –unterstützt durch die Genossenschaft- gibt es einen regen Kontakt zwischen den BewohnerInnen. Nach Aussage einer Bewohnerin haben sich viele MieterInnen bereits aus früheren Wohnzusammenhängen gekannt, z.B. aus StudentInnenwohnungen. Einige sind gemeinsam in die Wohnungen des Projektes eingezogen. Durch die frühe Beteiligung der MieterInnen, die Mitgliedschaft in der Genossenschaft, die Auswahl der Nachbarschaft aber auch durch die gemeinsame Erfahrung mit dem Bauunternehmer hat sich ein großes Verantwortungsgefühl für die Mitglieder der Genossenschaft, die MieterInnen und die Eigentümerinnen ergeben. Dadurch ist eine große Identifikation mit der Wohnanlage entstanden.
Die Gemeinschaftsräume bewähren sich im 1.BA außerordentlich. Die selbstorganisierte Hausgemeinschaft entscheidet über die Nutzung der Räume. Mittagstisch-Initiative, Krabbelgruppen, Gymnastik-, Tanz- und Musikgruppen finden dort statt. Teilweise werden stadtteilbezogene Aktivitäten organisiert, wie z.B. Kinderkino und Bürgertreffen. Die Gemeinschaftsräume des 2.BA wurden im Untersuchungszeitraum noch nicht genutzt, da sie wegen des Insolvenzverfahren des Bauträgers noch nicht fertiggestellt waren. Ebenso verzögerte sich der im 3.BA geplante Aufzug, der für alle drei BA die barrierefreie Erschließung übernehmen sollte. Die Grünanlagen waren ebenfalls zum Untersuchungszeitraum noch nicht angelegt.

Bauliche Veränderungen

Bislang sind keine baulichen Veränderungen bekannt.

Fazit: Innovation

Der städtebaulich starke Entwurf ist in seiner Konsequenz einzigartig. Die Einteilung in Parzellen verhindert einerseits die Realisierung mit Großinvestoren, andererseits lässt sie eine vielseitige Architektur zu. Auch die Festlegung, bestimmte städtebaulich wichtige Punkte über Wettbewerbe entscheiden zu lassen, sichert Qualitäten.
Ein weiterer Aspekt, dass die Verwirklichung des Frauenprojektes dazu beigetragen hat, ist die Tatsache, dass auch engagierte Frauen im Stadtplanungsamt tätig wurden und frauenspezifische Belange in einer Broschüre zusammenstellten und verteilten. Zwar stoßen die Akteurinnen nach eigener Aussage oftmals auf Gegenwehr, eine gewisse Beweglichkeit ist aber dennoch in die Köpfe eingezogen. Förderlich für das Projekt war sicherlich das aufgeschlossene Milieu der „akademischen" Freiburger Bevölkerung.
Das Besondere an der Planungsbeteiligung war, dass diese zum größten Teil

von den zukünftigen MieterInnen durchgeführt wurde, ohne dass die EigentümerInnen der Wohnungen feststanden. Die damit verbundene Unsicherheit forderte viel Mut und „langen Atem“ von den Beteiligten.
Die Aktivitäten der Frauen, die erst in einem Arbeitskreis begonnen haben, sich dann in einem Verein und später in der Frauenwohngenossenschaft organisierten, haben trotz vieler Hürden auf dem Weg bis zur Verwirklichung für die Entwicklung weiterer frauenspezifischer Projekte in Freiburg alternative Realisierungsmöglichkeiten aufgezeigt.
Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Projekt für den neuen Stadtteil Rieselfeld eine wichtige integrierende Rolle übernommen hat und die Wohnzufriedenheit der BewohnerInnen ausgesprochen hoch ist. Von der Stadt Freiburg wird das Projekt entsprechend seiner architektonischen und sozialen Qualitäten als Vorzeigeprojekt für die Region angesehen.

Zeitschiene

1991 **erste Idee**
Gründung des AK „Stadt & Frau“

Verfahren
Stadterweiterung: städtebaul. und landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb

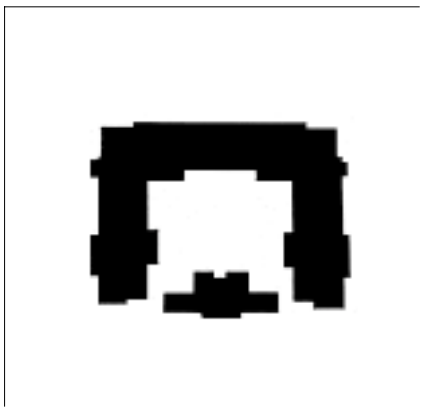
1993 **Konzeptentwicklung**
Gründung Stadt & Frau e.V.: Kontaktaufnahme zur Stadt, um eine konkrete Idee umzusetzen

1995 **Verfahren**
Gesamtkonzept für 1.-3. BA; Bauträger für gesamtes Projekt; Auslobung des Realisierungswettbewerbs für den 3. BA
1.+2. BA Direktauftrag

1996 **Bauzeit**
Gründung Stadt & Frau e.G., Baubeginn 1.+2. BA;
3. BA gerät ins Stocken

1997 1998 **Bezug der Wohnungen**
im 1.+ 2. BA

2000
Baubeginn 3. BA
+ : geringe Fluktuation;
- : 3. BA: verzögerte Fertigstellung



GENERATIONSÜBERGREIFENDES WOHNEN

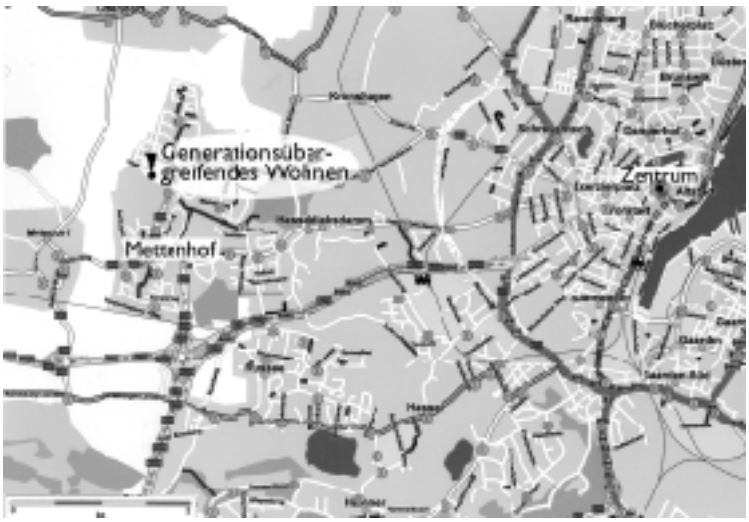
KIEL

erste Idee / Bezug	1992 / 1995
Initiative	verschiedene Ministerien, Frauenbeauftragte, Wohnungsbaugesellschaft
TrägerIn	LEG Schleswig-Holstein, ehemals WOBAU mbH Schleswig-Holstein
ArchitektInnen	LEG Schleswig-Holstein, Frau Redtwitz, Kiel
Entwurfsverfahren	Direktauftrag
Finanzierung	öffentlich geförderter Wohnungsbau ⇒ 1. Förderweg
NutzerInnenbeteiligung	MieterInnenvertretung
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Kiel-Mettenhof
Größe Planungsgebiet / Dichte	4812 m² / GFZ 0,77
Nutzungen	42 WE; Gemeinschaftshaus
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	III / 1,0; zum Teil 0,5
Wohnungsschlüssel	12x 1,5-Zi-Whg., 6x 2-Zi-Whg., 9x 2,5-Zi-Whg., 6x 3-Zi-Whg., 2x 3,5-Zi-Whg.

Die rasante Entwicklung des Wohnprojektes „Generationsübergreifendes Wohnen" von der Idee bis zur Realisierung dauerte nur drei Jahre. Grundlage dafür waren einerseits das Engagement eines Frauenarbeitskreises und andererseits die Tatsache, dass es bis zum Jahresende 1992 noch Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau gab. Die landeseigene Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH (WOBAU) Schleswig-Holstein übergab die Aufgabe einer jungen Architektin, die das Projekt nach frauenspezifischen Aspekten in Abstimmung mit dem Arbeitskreis entwickelte.

Gesamtstädtischer Kontext

Kiel, die Landeshauptstadt Schleswig-Holsteins, liegt an der 17 km langen Förde. Die direkte Nähe zur Ostsee prägen die Stadt seit jeher. So waren Schiffsbau und Marine stets wichtige Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktoren der Stadt. Kiel hat den größten Passagierhafen der Bundesrepublik und gilt als Tor nach Skandinavien .Als Militär- und Rüstungsstandort wurde die Stadt im 2. Weltkrieg zu 80 % zerstört. Unter britischer Besatzung wurde Kiel 1948 Hauptstadt des Landes Schleswig-Holstein. Der Wiederaufbau begann



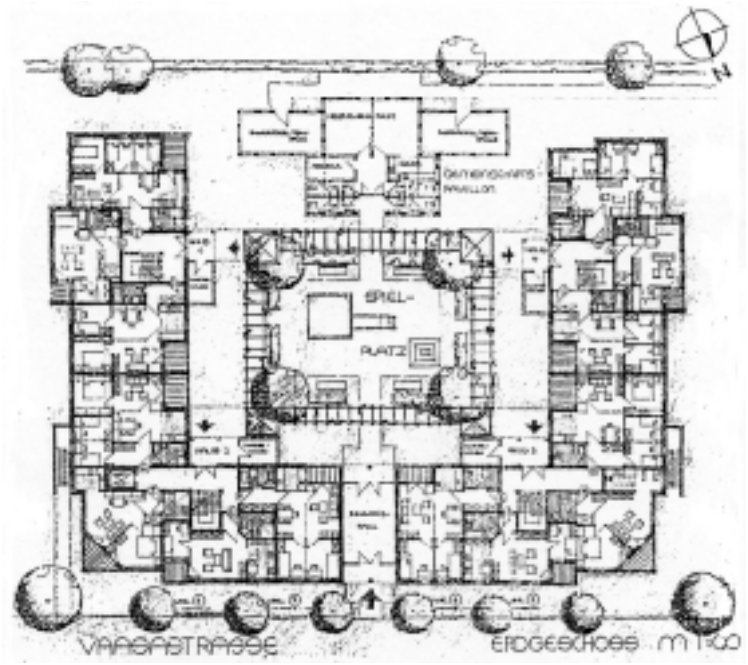
Anfang der 50er Jahre. Noch heute ist das Stadtbild durch diese Zeit geprägt. Mittlerweile bezeichnet sich die Stadt als Bildungs- und Dienstleistungsmetropole. So arbeiten rund 2/3 der Beschäftigten in diesem Bereich. Kiel besteht seit Anfang des letzten Jahrhunderts aus 9 Stadtteilen. 1992 konnte das 750-jährige Stadtjubiläum gefeiert werden. Heute leben rund 240.000 EinwohnerInnen in der Stadt (Stand 1997). Als wichtigstes sportliches und kulturelles Ereignis findet jährlich die Kieler Woche statt.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Der Stadtteil Kiel-Mettenhof ist in den 70er Jahren als typische Großsiedlung westlich der Innenstadt entstanden, um der damaligen Wohnungsnot entgegen zu wirken. Mittlerweile leben allein in Mettenhof ca. 19.000 EinwohnerInnen (Stand 1997). Durch Nachbesserungsmaßnahmen versucht Mettenhof, sein Image seit den 80er und 90er Jahren zu verbessern. Seit 1999 gehört der Stadtteil zu den Siedlungen mit besonderem Handlungsbedarf und ist in das Bund- und Länderprogramm „Soziale Stadt" aufgenommen worden. Ein Grundstück in Mettenhof, das der landeseigenen WOBAU Schleswig-Holstein gehört, stand zur Bebauung frei. Aufgrund noch nicht abgeschöpfter Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau des Jahres 1992 musste bis Ende des Jahres schnell eine Initiative gestartet werden. Die Wahl für diesen Standort fiel aufgrund der gebotenen Eile und der vorhandenen fußläufigen Erreichbarkeit eines Kindergartens, einer Schule und diverser Einkaufsmöglichkeiten. Die sozialen Schwierigkeiten des Stadtteils waren allgemein bekannt. Das Wohnprojekt sollte in die bereits vorhandene Wohnstruktur eingebunden werden.

Entstehung des Projektes

Die Idee für ein Wohnprojekt für Alleinerziehende entstand 1992 auf Initiative der Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein. Sie nahm Kontakt zu der WOBAU Schleswig-Holstein auf. Gemeinsam mit der Frauenbeauftragten der Stadt entwickelte sich ein Arbeitskreis, der ein konkretes Wohnprojekt umsetzen wollte. Geplant war, ein Projekt zur Verbesserung der Wohnsituation Alleinerziehender zu entwickeln. Im Planungsprozess wurde eine Wohnanlage nur für Alleinerziehende verworfen, da dieser Personenkreis nicht zusätzlich stigmatisiert werden sollte. So wurde die Planung daraufhin als „generationsüber-



greifendes Wohnen" weitergeführt. Durch das große Engagement der Beteiligten konnte das Projekt in nur drei Jahren realisiert werden.

Planungsprozess

Auf Drängen des Arbeitskreises wurden finanzielle Mittel in Form von Baudarlehen des Landes und der Stadt Kiel bereitgestellt. Diese Mittel enthielten ebenfalls eine Zuwendung für den Gemeinschaftspavillon. Auf Initiative der WOBAU Schleswig-Holstein wurde das Projekt von der einzigen weiblichen Mitarbeiterin der Wohnungsgesellschaft entwickelt. Das Projekt war die erste große Aufgabe für die junge Architektin, die nach frauenspezifischen Aspekten und in enger Kooperation mit dem Arbeitskreis einen Entwurf fertigte, der von der WOBAU realisiert wurde. Die Vermietung erfolgte über das Wohnungsamt und die WOBAU Schleswig-Holstein. Interessierte meldeten sich direkt beim Wohnungsamt, andere Wohnungssuchende wurden mit einem Fragebogen auf die Besonderheiten des Projektes aufmerksam gemacht. Diese konnten sich dann auf organisierten MieterInnentreffen zusammenfinden und sich für oder gegen einen Einzug entscheiden. Schon im Vorfeld wurde auf Anregung der Frauenbeauftragen eine wissenschaftliche Begleitung des Prozesses und eine Evaluation direkt nach Bezug gefordert. Die wissenschaftliche Begleitung und die Evaluation erfolgte über das Institut für Frauenforschung an der Fachhochschule Kiel.

Bauprozess

Die WOBAU Schleswig-Holstein realisierte das Projekt in den Jahren 1993-1995. Im Juni 1995 wurden die Gebäude mit 42 Wohneinheiten und dem Gemeinschaftshaus eingeweiht. Der Prozess wurde durch den Arbeitskreis inhaltlich, politisch und baulich in regelmäßigen Abständen begleitet. Viele Gruppen, wie z.B. die MieterInnenbetreuung der WOBAU Schleswig-Holstein und das Wohnungsamt, wurden schon während des Prozesses einbezogen. Diese Art der Zusammenarbeit ist für die WOBAU Schleswig-Holstein ungewöhnlich, deshalb bekommt das Wohnprojekt innerhalb der Wohnungsbaugesellschaft einen besonderen Stellenwert.

Projektbeschreibung

Entstanden ist eine dreigeschossige Blockbebauung in U-Form, die sich entlang der Erschließungsstraße erstreckt. Auf der offenen Seite des „U" wird das Grundstück durch ein Gemeinschaftshaus begrenzt. Die Einstellplätze befinden sich außerhalb der Wohnanlage, seitlich der Wohngebäude. Der 2-geschossige Durchgang zum Innenhof ist zur Erschließungsstraße mit einer hohen Glasfassade geschlossen, damit einerseits der Eindruck eines halböffentlichen Platzes verstärkt wird und Windschutz besteht. Durch die Anordnung der Gebäude wird ein Wohnhof gebildet, der von den MieterInnen gemeinschaftlich genutzt wird. Private Vorbereiche ermöglichen einen direkten Übergang von den Erdgeschosswohnungen in die gemeinschaftliche Mitte. Die Erschließung der Wohnungen erfolgt über den Hof. Dadurch

wird Begegnung gefördert und „soziale Kontrolle" innerhalb der Anlage ermöglicht. Die Küche und zentrale Wohnräume der Familien- und Mutter-Kind-Wohnungen sind zur Innenhofseite orientiert. Im Hof spielende Kinder können somit während der Hausarbeit von den Wohnungen aus beaufsichtigt werden. Allen Wohnungen ist ein Außenbereich (Balkon oder Terrasse) zugeordnet. Die Wohnungen für die „ältere Generation" liegen auf der vom Hof abgewandten Seite, um den Bedürfnissen der BewohnerInnen / SeniorInnen entgegenzukommen.

Entwicklung nach Fertigstellung

Die geringe Fluktuation deutet auf eine hohe Identifikation mit dem Wohnprojekt hin. Die MieterInnenbetreuung der WOBAU Schleswig-Holstein führt regelmäßige MieterInnenversammlungen durch und fördert damit die Kommunikation unter ihnen. Eine Fluktuation findet erst dann statt, wenn sich die Lebensbedingungen der MieterInnen derart verändern, dass die Wohnungszuschnitte den Anforderungen nicht mehr entsprechen. Die Wohnungen sind aufgrund der sozialen Wohnungsbaurichtlinien klein und lassen den Zuzug eines weiteren Familienmitglieds nicht zu. Insbesondere für Alleinerziehende mit erwachsenen Kindern wird es schnell zu eng. Grundsätzlich ist es möglich, Wohnungen innerhalb der Wohnanlage zu wechseln. Entsprechender Wohnraum muss jedoch frei sein und die Förderungsbedingungen müssen erfüllt werden.
Städtebaulich tritt das Projekt aufgrund der baulichen Großstrukturen in der Umgebung nicht in Erscheinung. In der Nachbarschaft wird es jedoch durch den sozialen Anspruch als besonderes Projekt beurteilt. Zumindest gestalterisch wurde im Anschluss an die Fertigstellung des Projektes versucht, weitere Wohnbauten an das Projekt anzulehnen.

Bauliche Veränderung

Nach Bezug der Wohnanlage 1995 hat sich die Nutzung des Gemeinschaftsraumes ein Jahr später geändert. Ursprünglich war dort die Versorgung von Kleinkindern durch ausgebildete Tagesmütter vorgesehen, die bei der AWO angestellt wurden. Mittlerweile sind die Kinder der Wohnanlage aus dem Alter herausgewachsen. Die Einrichtung wurde zunächst durch Kinder aus anderen Wohngebieten belegt, dies führte aber zu sozialen und finanziellen Schwierigkeiten, so dass das Projekt aufgegeben wurde. Die BewohnerInnen nutzen den Gemeinschaftsraum momentan für private Feiern und in Ausnahmefällen für größere Veranstaltungen. An dem Gemeinschaftshaus sind Außentoiletten für Kinder angebracht. Seit der unregelmäßigen Nutzung sind diese jedoch generell abgeschlossen. Die Verantwortung für die regelmäßige Reinigung wurde von den BewohnerInnen nicht mehr übernommen.

Fazit: Innovation

Das Projekt gilt aufgrund seiner inhaltlichen Ansprüche und der Zielgruppe als Modellprojekt und setzt in Schleswig-Holstein Maßstäbe zur Veränderung der Wohnungsbauförderbestimmungen. Für die engagierten Frauen ist es ein Erfolg und wird auch von ihnen selbst positiv bewertet. Die kontinuierliche Betreuung durch die WOBAU hat zu einer großen Identifikation der MieterInnen mit der Wohnanlage geführt. Die Wohngesellschaft unterstützt die BewohnerInnen durch ihr Wissen und persönliches Engagement. Die BewohnerInnen spüren die besondere Aufmerksamkeit und fühlen sich in der Anlage gut aufgehoben.
Der Stadtteil Mettenhof hat durch das Projekt eine Aufwertung erfahren. Die geringe Fluktuation sowie die erstaunlich große Nachfrage nach freiwerdenden Wohnungen lässt auf eine große Wohnzufriedenheit schließen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Wohnungsamt und der WOBAU Schleswig-Holstein hat sich als positiv herausgestellt. Durch die im Vorfeld erarbeiteten Ansprüche und Rahmenbedingungen, kann an zukünftige BewohnerInnen der besondere Anspruch von Gemeinschaft und generationsübergreifendem Wohnen vermittelt werden.
Durch das persönliche Engagement des Ministerium für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport in Zusammenarbeit mit der Frauenbeauftragen und der landeseigenen Wohnungsgesellschaft konnte das Projekt in dieser Form entstehen. Die kontinuierlich stattfindenden Tagungen haben den direkten Kontakt verschiedener Institutionen vereinfacht und dadurch das Planungsverfahren beschleunigt.

Zeitschiene

1992 **erste Idee**
Initiative der Ministerin Gisela Böhrk: Verbesserung der Wohnsituation alleinerziehender Frauen

Konzeptentwicklung
Konstituierung einer PlanerInnengruppe: versch. Ministerien, Frauenbeauftragte, WOBAU Schleswig-Holstein

Verfahren
Direktauftrag

1993 **Bauzeit**

1995 **Bezug der Wohnungen**
im März / Mai

Entwicklung nach Bezug
Mietbetreuung durch die LEG S-H, vormals WOBAU S-H

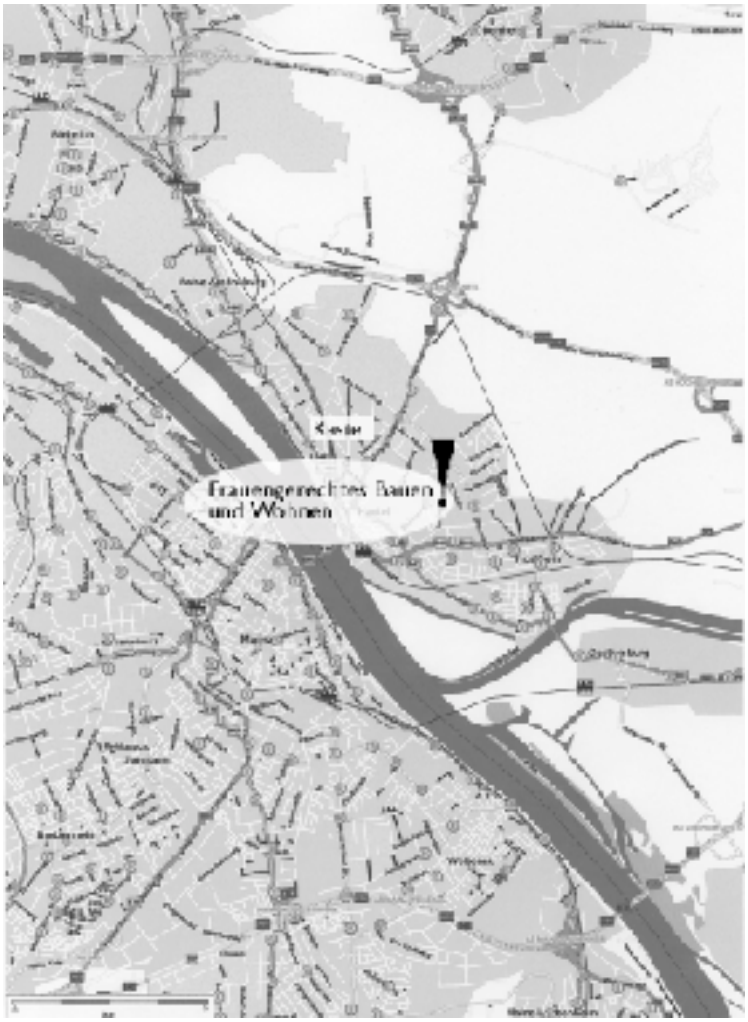
1996
wissenschaftliches Gutachten durch die FH Kiel, Institut für Frauenforschung

1997
+ : geringe Fluktuation

FRAUENGERECHTES BAUEN UND WOHNEN WIESBADEN

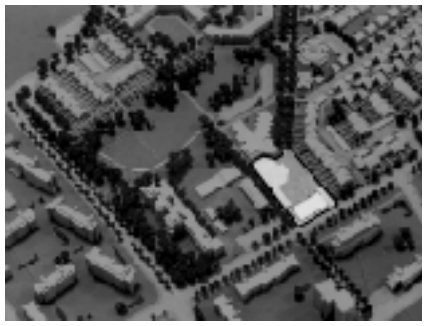
erste Idee / Bezug	1992 / 1997
Initiative	Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
TrägerIn	Nassauische Heimstätte Gesellschaft für innovative Projekte im Wohnungsbau mbH
ArchitektInnen	Klaudia Hornung, Michael Spies, Frankfurt a.M.
Entwurfsverfahren	Realisierungswettbewerb; offen für Architektinnen mit Sitz in Hessen
Finanzierung	öffentlich geförderter Wohnungsbau ⇒ 1. Förderweg
NutzerInnenbeteiligung	ja; Wahl der Wohnungen
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Wiesbaden-Krautgärten
Größe Planungsgebiet / Dichte	3569 m² / GFZ 0,7
Nutzungen	26 WE; Café, Gemeinschaftsraum, Kindergarten
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	I - III / 1,0
Wohnungsschlüssel	7x I-Zi-Whg., 7x 2-Zi-Whg., 2x 3-Zi-Whg., 4x 4-Zi-Whg., 6x 5-Zi-Whg.

Das Modellprojekt „Frauengerechtes Bauen und Wohnen" in Hessen ist auf die aktive Tätigkeit eines interdisziplinären Frauenarbeitskreises zurückzuführen. Vertreterinnen dieses Arbeitskreises sind Planerinnen aus dem Stadtplanungsamt, die Frauenbeauftragte, die Mitglieder des städtischen Frauenausschusses (politische Ebene) und Frauen aus den Ministerien (Land Hessen). Der Anspruch „frauengerecht" zu bauen ist in Wiesbaden auf verschiedenen Ebenen unterstützt worden. Die Durchführung eines reinen Frauenwettbewerbes sollte den Wohnungsbau aus der Perspektive von Frauen in die Praxis umsetzen.



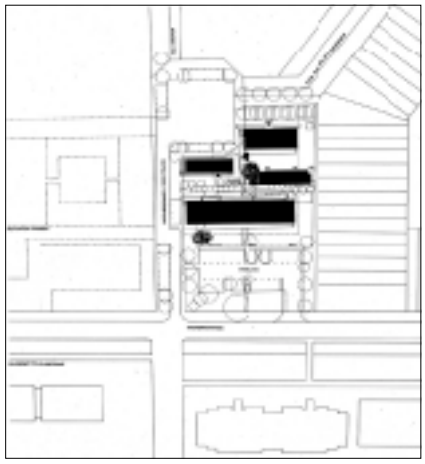
Gesamtstädtischer Kontext

Wiesbaden, die Landeshauptstadt Hessens ist zweitgrößte Stadt des Bundeslandes, mit rund 270.000 EinwohnerInnen (Stand 1998). Der Rhein bildet nicht nur die Grenze zwischen den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz, sondern trennt auch die Städte Wiesbaden und Mainz voneinander. Beide Städte kooperieren zwar, dennoch besteht eine hartnäckige Rivalität zwischen ihnen. Als fortgesetztes Streitthema gilt z.B. der Status der drei ehemaligen Mainzer Vororte Amoneburg, Kastel, Kostheim (AKK). Diese wurden bei der Zonenbildung nach dem 2.Weltkrieg der US-Zone und somit Wiesbaden zugeordnet. Sie wurden von der US-Regierung unter Wiesbadener Verwaltung gestellt. Wiesbaden ist eine Behörden- und Beamtenstadt, als PendlerInnenstadt gehören die Städte Mainz und Frankfurt/Main noch zu den Einzugsgebieten. Ca. 2/3 der Bevölkerung arbeitet im Dienstleistungssektor.



Lage des Projektes im Stadtgebiet

Einer der drei sogenannten AKK Vororte ist Mainz-Kastel. Er liegt am nordöstlichen Stadtrand von Mainz, direkt am Wiesbadener Neubaugebiet Krautgärten. Die nahe gelegenen Mittelzentren Kastel und Kostheim sind fußläufig zu erreichen; dort sind Einrichtungen für den täglichen Bedarf, Schulen und Ärzte vorhanden. Die ÖPNV-Verbindung Richtung Mainz und Wiesbaden erfolgt über Busse. Haltestellen sind in fußläufiger Entfernung vorhanden; die Anbindungen sind aber verbesserungswürdig, die Taktzeiten könnten verringert und der Nachtverkehr ausgebaut werden.
Für die Auswahl des Standorts wurde im Auftrag der Nassauischen Heimstätte, Gesellschaft für innovative Projekte im Wohnungsbau mbH (nhgip) vorab von einer Soziologin eine Wohnumfeldanalyse durchgeführt. In dieser Expertise wurden fehlende Infrastruktureinrichtungen, wie weiterführende Schulen und ein abwechslungsreicheres Versorgungsangebot, festgestellt. Als Folge aus diese Analyse wurden im Auslobungstext zum Wettbewerb nicht nur Wohnhäuser, sondern auch Einrichtungen wie ein Café, ein Kindergarten und ein Gemeinschaftsraum berücksichtigt.



Entstehung des Projektes

Die nhgip wurde 1992 von dem Verbund aktiver Frauen aufgefordert, das Projekt „Frauengerechtes Bauen und Wohnen" als Bauherrin zu übernehmen. Auch die Hessischen Ministerien für Frauen, Arbeit und Sozialordnung und für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unterstützten diese Aufforderung. Für den Realisierungswettbewerb, der 1993 von der nhgip ausgelobt wurde, hat eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Fachfrauen und -männern, einen sogenannten „Kriterienkatalog für frauengerechte Belange" entwickelt, der dem Ausschreibungstext zugrunde gelegt wurde.

Planungsprozess

Der Wettbewerb wurde landesweit ausgeschrieben. Voraussetzung für die Teilnahme am Wettbewerb war, dass Frauen die Federführung für dieses Projekt hatten. Durch die Beschränkung auf das Bundesland Hessen wurden nur 10 Arbeiten eingereicht. Die ausschließlich weibliche Jury entschied sich für den Entwurf von Klaudia Hornung und Michael Spies. Parallel wurde seitens des Wohnungsamtes eine Umfrage, die sich an dringend Wohnungssuchende richtete durchgeführt, um InteressentInnen für das Projektes zu finden. Seit 1996 fanden regelmäßige MieterInnentreffen statt

Bauprozess

Die ArchitektInnen konnten ihren Entwurf in enger Zusammenarbeit mit der nhgip realisieren. Die enge Zusammenarbeit wurde seitens der Wohnungsbaugesellschaft als etwas Besonderes bezeichnet. Dabei wurde auf die Umsetzung des Entwurfs im Detail hingewiesen. Über das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung wurde eine Begleitforschung in Auftrag gegeben, die vom Institut Wohnen und Umwelt in Zusammenarbeit mit der nhgip durchgeführt wurde. Die wissenschaftliche Bearbeitung oblag der Psychologin Antje Flade. Bei den frühzeitigen MieterInnentreffen während des Planungs- und Bauprozesses gründeten die späteren MieterInnen bereits Initiativen zu bestimmten Themenschwerpunkten, z.B. Müll, MieterInnensprecher; Elterninitiative für einen Kindergarten.

Projektbeschreibung

Entstanden sind zwei 3-geschossige Wohnhäuser, die sich gegenüberstehen. Das nördliche Gebäude mit 9 Wohneinheiten (WE) wird über ein gemeinsames Treppenhaus erschlossen. Das südliche Gebäude mit 19 WE dagegen über einen Laubengang. Zwischen ihnen liegen zwei 1-geschossige Baukörper, die „öffentliche bzw. halböffentliche" Einrichtungen beherbergen. Darunter ist ein Café, ein Gemeinschaftsraum und der Kindergarten. In der Planung waren ursprünglich 28 WE vorgesehen, die sich dann durch die Zusammenlegung von jeweils 2 WE auf 26 reduzierten. Alle Wohnungen verfügen über Zugänge zum Freiraum (Mietergarten, Balkon, Terrasse) und einen Autostellplatz. Die Stellplätze liegen am Rand des Grundstücks. Der gesamte Innenbereich ist autofrei. Die Übergänge zwischen den Wohngebäuden und den Gemeinschaftseinrichtungen sind so gestaltet, das eine „gestufte Öffentlichkeit" zwischen den privaten und halböffentlichen Bereichen entstehen kann.

Durch die jeweils unterschiedliche Erschließung der Baukörper, öffnet sich das Gebäude mit dem Laubengang zum Mittelpunkt der Wohnanlage - der „öffentlichen" Mitte - wohingegen sich das Gebäude mit dem Treppenhaus sich der Mitte eher verschließt.

Auf der „geöffneten" Seite kann über den Laubengang leicht Kontakt zur

öffentlichen Mitte aufgenommen werden. Zwischen dem introvertierten Gebäude mit innenliegenden Treppenhaus und dem öffentlichen Platz befinden sich zusätzlich ummauerten Privatgärten. Von hier aus ist kein Wege- bzw. Sichtkontakt zum Platz möglich.

Entwicklung nach Fertigstellung

Die Kinder, die ursprünglich in die Wohnungen eingezogen sind, sind mittlerweile zu Jugendlichen herangewachsen. Das Kinderhaus ist allerdings nicht mitgewachsen. Es sind heute nicht mehr die Kinder aus dem Projekt, die hier betreut werden, sondern die aus der Nachbarschaft. Die Jugendlichen weichen auf einen Jugendraum in einer Nachbarschaftswohnanlage aus. Die Finanzierung des Jugendraumes wird gemeinsam von der Wohnungsbaugesellschaft nhgip und der Wohnbau Mainz getragen.
Für die Nutzung des Gemeinschaftsraums ist Bedarf vorhanden, die BewohnerInnen feiern dort kleinere Feste.

Bauliche Veränderung

Das Café grenzt momentan mit seiner Rückseite an einen bislang genutzten Parkplatz. Eine Umnutzung des Platzes soll in Kürze erfolgen, so das sich das Café durch geringe Umbaumaßnahme zum Platz hin öffnen wird. Dadurch erhofft sich die nhgip eine höhere Frequentierung des Cafés.

Fazit: Innovation

Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen AkteurInnen, wie Architektin, Bauherrin, Wohnungsamt und die externe Begleitforschung, war für alle Beteiligten erstmalig und wird als positiv bewertet. Die Durchführung eines reinen Frauenwettbewerbs und die vorher entwickelten Kriterien unterstützten diese Besonderheit. Die frühe Beteiligung der MieterInnen hat zu einem hohen Maß an Identifikation mit dem Projekt geführt; die geringe Fluktuation in beiden Gebäudeteilen weist auf eine hohe Wohnzufriedenheit hin. Das Projekt gilt auch über die Landesgrenzen Hessens hinaus als Modellprojekt und wird von der Wohnungsbaugesellschaft als gutes Beispiel bewertet. Durch die städtebauliche Anordnung der Gebäude zueinander ergab sich ein offener und ein geschlossener Gebäudeteil. Diese Bebauung berücksichtigt die unterschiedlichen Bedürfnisse der BewohnerInnen von Anonymität und Offenheit. Die BewohnerInnen des geschlossenen Gebäudes leben offensichtlich zurückgezogener. Der Kontakt zwischen den BewohnerInnen der beiden Gebäude ist gering.

Zeitschiene

erste Idee — **1992**
Gespräch mit dem Land Hessen über „Pilotprojekte in Hessen - Frauengerechtes Bauen und Wohnen“

Konzeptentwicklung — **1993**
Bildung einer AG

Verfahren — **1993**
anonymer, landesoffer, Realisierungswettbewerb für Hessen durch die „nhgip“

Bauzeit — **1995 1996**
nhgip realisiert den 1. Preis; MieterInnenbeteiligung

Bezug der Wohnungen — **1997**
im Frühjahr

Bezug der Kinderinitiative
im November

Bezug des Cafés — **1998**
im August

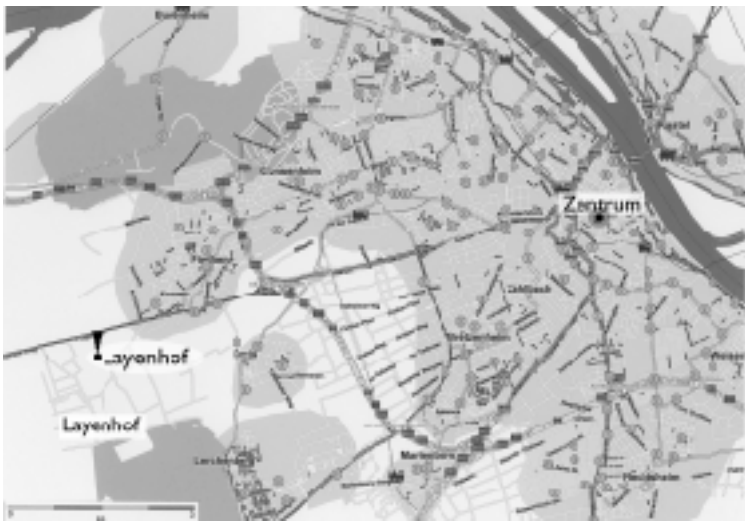
Entwicklung nach Bezug — **2000**
+ : geringe Fluktuation; weitere Begleitung durch die nhgip

LAYENHOF

MAINZ

erste Idee / Bezug	1994 / keine Realisierung
Initiative	Stadt Mainz
TrägerIn	Stadt Mainz
ArchitektInnen	**1. Preis:** Ackermann & Raff; Alexander Lange, Oliver Hess, Landschaftsarchitekt: Jörg Stötzer; Tübingen **Ankauf Sonderpreis Verkehr**: Frauenlobby Städtebau; Beatrice Leuenberger, Anna Münger, Anna Staehelin; Verkehr: Monika Saxer; Zürich
Entwurfsverfahren	offener einstufiger städtebaulicher Ideenwettbewerb
Finanzierung	Mischfinanzierung: Eigentum, Miete ⇒ freifinanziert
NutzerInnenbeteiligung	keine
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Mainz-Layenhof
Größe Planungsgebiet / Dichte	246 ha / keine Angaben zur GFZ
Nutzungen	10.000-12.000 EW in drei Baustufen, Infrastruktureinrichtungen, Gewerbe
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	I- IV,5 / keine Angabe
Wohnungsschlüssel	Einzel- Doppelhäuser / Reihenhausgruppen / Geschosswohnungsbau

Durch das frühzeitige Engagement des Frauenbüros und des rheinland-pfälzischen Ministeriums für die Gleichstellung von Mann und Frau konnte bereits in einem sehr frühen Planungsstadium auf die Qualität und die Notwendigkeit von frauenspezifischen Aspekten in Stadtentwicklungsmaßnahmen hingewiesen werden. Die breite Akzeptanz dieser Themen bei der Auslobung von Wettbewerben weist auf einen Erfolg frauenspezifischer Aktivitäten hin. Leider wurde dieses Projekt nie realisiert.



Gesamtstädtischer Kontext

Mainz kann auf eine mehr als 2000-jährige Vergangenheit zurückblicken. Aus strategischen Gründen wurde die erste Siedlung schon vor unserer Zeitrechnung an der Kreuzung der Flüsse Rhein und Main gelegt. Nach der Neuordnung Europas durch den Wiener Kongress wurde Mainz 1816 Provinzhauptstadt von Hessen. Die Zerstörung der Stadt im 2.Weltkrieg war aufgrund der strategisch wichtigen Lage erheblich (80%). Nach dem zweiten Weltkrieg wurden einige Stadtteile von der amerikanischen Besatzung unter die Verwaltung des nahen Wiesbadengestellt. Seit 1950 ist Mainz die Hauptstadt von Rheinland-Pfalz. Die Eingemeindung sechs weiterer Orte erfolgte im Jahr 1969. Mainz hat heute rund 200.000 EinwohnerInnen (Stand 2000) und verfügt mittlerweile über zehn Stadtteile. Die Stadt gilt als „junger" Standort mit alten Traditionen. Durch die Universität, das Zweite Deutsche Fernsehen und die Ansiedlung von IBM als größter Arbeitgeber ist der Altersdurchschnitt im Vergleich relativ gering. Stadtprägend ist die Tradition der Mainzer Fastnacht. Vom Neujahrstag bis Aschermittwoch finden wöchentlich Sitzungen und Umzüge statt. Diese Kultur reicht zurück bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts, zur Zeit des deutschen Vormärz, als Antwort auf konservative Kräfte, die versuchten, die Entfaltung des Bürgertums zu verhindern. Heute ist Mainz bekannt durch die Fernsehsendung „Mainz bleibt Mainz, wie es singt und lacht".

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Planungsgebiet „Mainz Layenhof" liegt im Westen des Stadtgebietes in peripherer Lage, abseits von besiedelten Gebieten. Am südwestlichen Rand liegt der Stadtteil Finthen. Im Süden wird es von dem Ober-Olmer Wald begrenzt, im Westen und Osten grenzen landwirtschaftlich genutzte Flächen an das Planungsgebiet und im Norden befinden sich Bundesstraßen. Der ehemalige Militärflughafen wurde durch den Abzug der amerikanischen Streitkräfte auf einer Fläche von insgesamt 180 ha frei. Voruntersuchungen ergaben eine gesamte Planungsfläche von 246 ha. Diese Fläche befand sich nur teilweise auf Mainzer Gebiet. Nach Absprache mit den umliegenden Gemeinden Wackernheim und Essenheim kam es aber zu einer gemeinsamen Entwicklungsmaßnahme.Von den 246 ha sollten 155 ha bebaut werden. Vorgesehen war die Ansiedlung von 10-12.000 EinwohnerInnen und 30 ha Gewerbefläche.

Entstehung des Projektes

Das Frauenbüro der Stadt Mainz und das rheinland-pfälzische Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann gaben ein Gutachten zur „frauenfreundlichen Gemeinde-, Stadt- und Gewerbeplanung", am Beispiel der Planung zum neuen Stadtteil Mainz-Layenhof, in Auftrag. Die Gesellschaft für ökologische und sozialverträgliche Betriebs- und Politikberatung mbH (sbp) erstellte dieses Gutachten. Ziel war es zum einen „Planungshinweise für die anstehende Entwicklung des Stadtteils Layenhof zu formulieren", zum anderen einen „Kriterienkatalog mit grundsätzlichen Anforderungen an eine frauenfreundliche Stadt- und Gewerbeplanung" zu erarbeiten. Dieses Gutachten wurde als Anhang den Unterlagen zum städtebaulichen Ideenwettbewerb beigefügt.

1. Preis Ackermann & Raff, Tübingen

Planungsprozess

Nach Änderung des Flächennutzungsplans 1992 wurde 1995 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb mit dem Titel „Neuer Stadtteil Layenhof / Münchwald" in Mainz und Wackernheim von der Stadt Mainz unter Abstimmung mit der Ortsgemeinde Wackernheim ausgelobt. Den ersten Preis gewann das Büro „Ackermann und Raff" aus Tübingen. Einen Ankauf mit dem Sonderpreis Verkehr erhielt neben anderen auch das Büro „Frauenlobby Städtebau" aus Zürich. Das Büro nahm diesen Wettbewerb zum Anlass, sich mit der Problematik der Stadtplanung von und für Frauen grundlegend auseinanderzusetzen. Aus den Diskussionen während des Wettbewerbs entwickelte das Büro nicht nur planerische Ziele, sondern machte deutlich, dass politische und sozialpolitische Forderungen für eine Umsetzung unabdingbar seien. Die politischen Forderungen wurden unter den Überschriften Frauenstadt, Frauenuniversität, gutbezahlte, qualifizierte Arbeitsplätze, Bodenbesitz und prozesshafte Planung zusammengefasst. Die planerischen Ziele umfassten Auswirkungen auf die Grundstruktur, klare Grenzen, autoarme Stadt, Mischkultur und Grünraumkonzepte.

Bauprozess

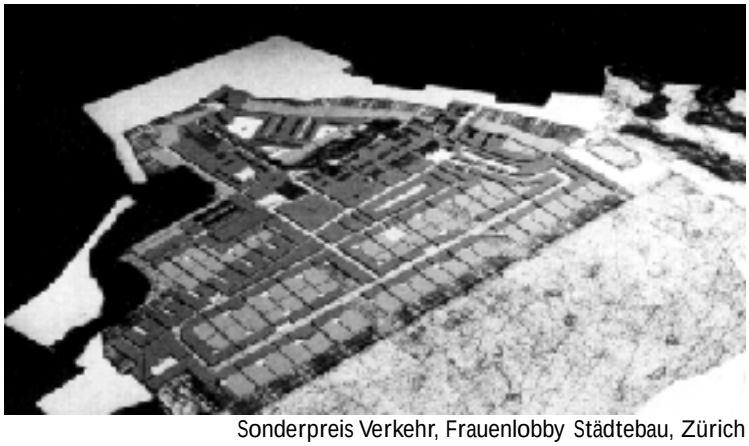
Aufgrund des Nachfragerückgangs am Wohnungsmarkt Mitte der 90er Jahre nahm das lokale Interesse an der Realisierung des Projektes stark ab und ist 1999 eingestellt worden. Aus neuen politischen Überlegungen ist eher eine Besiedlung in Richtung Gewerbegebiet vorgesehen.

Projektbeschreibung

Aus den Vorgaben der Wettbewerbsausschreibung sollte ein eigenständiger Stadtteil entwickelt werden, der in einem ersten Realisierungsabschnitt Wohnraum für 6000 Menschen inklusive eines funktionsfähigen und lebendigen Stadtteil zur Verfügung stellen sollte. Vorgesehen waren Einrichtungen wie Schulen, Gewerbebetriebe, Versorgungs- und Sportanlagen, Friedhöfe, Kinder-, Jugend- und Alteneinrichtungen. Der Stadtteil sollte unter den Themenschwerpunkten: frauenfreundlich, energiesparend, verkehrsarm und nutzungsgemischt geplant werden.

Fazit: Innovation

Das Projekt „Mainz Layenhof" ist eines der großen städtebaulichen Erweiterungsmaßnahmen, die in einem frühen Stadium des Planungsprozesses auf frauenspezifische Anforderungen hingewiesen haben. Durch das besondere Engagement des Frauenbüros und des Ministeriums für die Gleichstellung von Frauen und Männern wurde ein Gutachten erstellt, das bereits im Auslobungstext des städtebaulichen Ideenwettbewerbs berücksichtigt werden konnte. Die aufgeschlossene Haltung der Stadt und des Ministeriums gegenüber frauenspezifischen Forderungen, die Besetzung der Preisgerichtsjury mit drei Frauen von insgesamt acht Juroren, die Erteilung eines Sonderpreises Verkehr an die Frauenlobby und die Beigabe des Gutachtens aus „frauenfreundlicher" Sicht zu den Wettbewerbsunterlagen sind vorbildliche Bestandteile eines Planungsprozesses, der aber schließlich nicht in die Realisierungsphase gegangen ist.



Sonderpreis Verkehr, Frauenlobby Städtebau, Zürich

Zeitschiene

Entwicklung **1992**
Abzug der US Army vom Flugplatz Mainz-Finthen

1993
Planungshoheit zurückgegeben an die Kommunen

erste Idee **1994**
Gutachten der Stadt Mainz und Frauenbüro: Frauenfreundliche Gemeinde-, Stadt- und Gewerbeplanung

Verfahren **1995**
Workshop „Visionen für den Layenhof“; Auslobung Städtebaulicher Ideenwettbewerb

1996
Preisgerichtssitzung

weitere Entwicklung
keine Realisierung, da der Wohnungsbedarf zurückgegangen ist

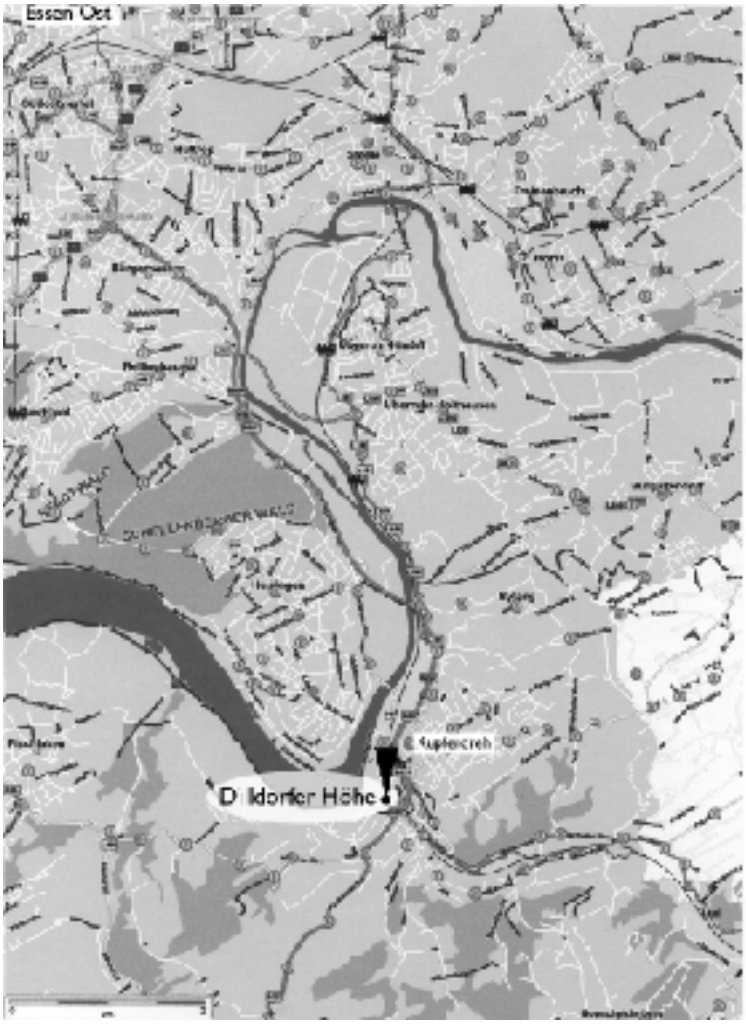
Sonderpreis Verkehr, Frauenlobby Städtebau, Zürich

STADTQUARTIER DILLDORFER HÖHE

ESSEN

erste Idee/ Bezug	1994 / 2000 - 2004
Initiative	Stadt Essen, Dezernat für Planung, Bau und Boden
TrägerIn	Allbau AG (Allgemeiner Bauverein Essen)
ArchitektInnen	Bertrand Damagnez, Wolfgang Söder, Udo Mann, Frankfurt a.M.
Entwurfsverfahren	offener bundesweiter Ideenwettbewerb
Finanzierung	Mischfinanzierung: Eigentum, Miete ⇒ freifinanziert
NutzerInnenbeteiligung	keine
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Essen-Kupferdreh
Größe Planungsgebiet / Dichte	17, 3 ha / GFZ 0,7 - 0,8
Nutzungen	ca. 750 WE
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	II - III,5 / 20 je Sammelplatz
Wohnungsschlüssel	Einzel- und Doppelhäuser, Reihenhausgruppen, Geschosswohnungsbau

Durch die Ausstellung „Frauen Planen Bauen Wohnen" der Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA) zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park (IBA) sind Planerinnen des Stadtplanungsamtes in Essen auf frauenspezifische Belange in der Planung aufmerksam geworden. Auf deren Anregung hin hat das Stadtplanungsamt im Vorfeld des städtebaulichen Realisierungswettbewerbs ein Gutachten zum Thema „frauenspezifische Belange im Wohnungsbau" eingeholt. Teile des Gutachtens sind in die Umsetzung Entwurf eingeflossen.



Gesamtstädtischer Kontext

Mit rund 600.000 EinwohnerInnen ist Essen sowohl zweitgrößte Stadt Nordrhein-Westfalens als auch größte Stadt im Ruhrgebiet und erfüllt eine wichtige Mittelpunktfunktion. Sie verbindet Urbanität mit einer hohen Qualität an Grün- und Erholungsflächen.
Mitte des 19. Jahrhunderts gehörte Essen zum größten Kohle- und Stahlstandort Europas. Durch die Bergbaukrise 1958-1973 stellten alle Zechen - mit Ausnahme der Zeche Zollverein - die Kohleförderung ein und wurden zum größten Teil abgerissen. Der Arbeitsplatzmangel erforderte ein Umstrukturierungsprogramm im gesamten Ruhrgebiet. 1986 wurde auch die letzte fördernde Essener Zeche stillgelegt, wegen ihrer überragenden industriearchitektonischen Bedeutung aber unter Denkmalschutz gestellt und in den Folgejahren im Rahmen der IBA Emscher Park zum hochrangigen Kulturzentrum umgewandelt.
Als größte Arbeitgeber sind in Essen viele Großunternehmen ansässig, wie die Energiekonzerne RWE (Strom), Ruhrgas AG (Erdgas), RAG-Konzern (Steinkohle) aber auch mittelständige Betriebe wie z.B. die WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) haben hier ihren Sitz.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Essen-Kupferdreh liegt mit seinen ca. 11.400 EinwohnerInnen (Stand 1997) im Süden der Stadt Essen. Der Stadtteil besitzt keinen baugeschichtlich homogen gewachsenen Ortskern. Die Wohn- und Geschäftshäuser sind zum größten Teil in der Anfangszeit des 20. Jahrhunderts entstanden. Die Bahnverbindung Wuppertal-Essen-Haltern wird zu einer S-Bahnstrecke ausgebaut, womit der Stadtteil Kupferdreh eine gute Anbindung an das Essener Zentrum erhält.
Das Grundstück mit seinen ca. 17 ha liegt landschaftlich reizvoll auf einem Plateau oberhalb des Naherholungsgebietes und des Wassersportparadieses Baldeneysee, der 1931-1933 als Absatzbecken für Schwebstoffe zur Reinhaltung der Ruhr angelegt wurde. Es ist zum großen Teil von landschafts-

geschütztem Wald und landwirtschaftlichen Flächen umgeben.
Die Dilldorfer Höhe ist ein ehemaliges Militärgelände, das im Jahr 1994 von der Bundeswehr aufgegeben wurde. Es ist eine der letzten Wohnbaureserven der Stadt Essen. Aufgrund der Nutzung der letzten 50 Jahre ist es jedoch ein isolierter Standort, der durch die Wohnbaumaßnahme wieder an den Rest des Stadtteils Kupferdreh angegliedert werden soll.
Die überwiegend in kommunalem Eigentum befindliche Wohnungsbaugesellschaft Allbau AG erwarb 1995 das Gelände von der Bundeswehr mit dem Ziel, dort Wohnungen zu errichten.

Entstehung des Projektes

1996 wurde gemeinsam von der Stadt Essen und von der Allbau AG (Allgemeinen Bauverein Essen) ein bundesweit offener, städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgelobt. Im Vorfeld des Wettbewerbes wurden verschiedene Gutachten von der Stadt in Auftrag gegeben, um den Anforderungen dieses Entwicklungsgebietes mit seiner besonderen Lage und Geschichte und dem Umgang mit vorhandenen Altlasten gerecht zu werden. Aufgrund der Initiative einiger MitarbeiterInnen der Allbau AG, die im Vorfeld Seminare zum Thema „frauenspezifische Belange im Wohnungsbau" besucht hatten, wurde auch ein frauenspezifische Gutachten in Auftrag gegeben, das von der FOPA erstellt wurde.

Planungsprozess

Nach dem Gutachten im Vorfeld zum städtebaulichen Wettbewerb war die FOPA auch in der Wettbewerbsjury vertreten. Für den Siegerentwurf wurde von der FOPA in Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen des Stadtplanungsamtes und Kupferdreher Bürgerinnen ein Anforderungskatalog auf Gebrauchsfähigkeit im Alltag erstellt. Forderungen und Ansprüche wurden u.a. für die städtebauliche Situation, Stadtteil- und Wohnungsplanung, Wohnumfeld- Freiflächen, Infrastruktur/Gewerbe, ÖPNV-Anbindung und Sicherheit im öffentlichen Raum entwickelt.

Bauprozess

Nach dem städtebaulichen Ideenwettbewerb übernahm der Allbau als Bauträger die weitere Bearbeitung und entwickelte die Hochbauplanung mit eigenen Architekten. Die im Prozess erarbeiteten fraeunspezifischen Forderungen konnten nach Aussage der Stadt Essen nur zum Teil in den Realisierungaprozess mit einfließen. Einige Gegebenheiten sind angeblich aufgrund äußerer Umstände nicht zu beheben. So gibt es u.a.:

- keine unmittelbare Nachbarschaft, die beteiligt werden könnte, da es sich bei dem Grundstück um eine Konversionsfläche handelt, die seit 50 Jahren nicht für die Öffentlichkeit zugänglich war
- es existiert zwar eine fußläufige Verbindung in den nahe gelegenen Stadt teil Kupferdreh. Dieser ist aber nicht als optimal einzustufen, da er schlecht beleuchtet und zu steil ist, um einer allgemeinen Nutzbarkeit z.B. für Gehbehinderte und Elternteile mit Kinderwagen zugänglich zu sein.

Eine Brücke über die stark befahrene B227 soll bis 2004 errichtet werden.

Projektbeschreibung

Auf dem Gelände von ca. 17 ha sind in einem städtebaulichen Ideenwettbewerb von den Architekten Bertrand Damagnez, Wolfgang Söder und Udo Mann aus Frankfurt/Main etwa 750 Wohnungen in drei Bauabschnitten geplant worden. Es sollen sowohl Geschosswohnungsbauten, als auch Einfamilienhäuser, die als Einzel-/Doppelhäuser und auch Reihenhäuser erstellt werden, entstehen. Bis 2004 sollen die Wohnungen bezogen sein.
Einzelne Bereiche aus den Bauabschnitten wurden an unterschiedliche Büros: Architekturbüro Ahlbrecht, Essen / Boskamp Architektur & Stadtplanung, Düsseldorf / Dipl.-Ing. Böll, Architekt BDA, Essen / Damagnez, Söder Architekten, FFM / Fischer und Heller Architekten, Brühl und Architekturbüro Trappmann Partner, Bielefeld zur Umsetzung weitergegeben. Die Beteiligung vieler Büros lässt eine vielseitige Architektur erwarten.

Entwicklung nach Fertigstellung

Seit 2001 wohnen bereits über hundert Familien auf der Dilldorfer Höhe.

Bauliche Veränderungen

Die ersten Häuser sind im Herbst 2000 bezogen worden. Zum Zeitpunkt der Untersuchung konnten zur Entwicklung nach Bezug und den baulichen Veränderungen demzufolge noch keine Aussagen getroffen werden.

Fazit: Innovation

Aufgrund der intensiven Auseinandersetzung einiger Mitarbeiterinnen der Allbau und des Stadtplanungsamtes ist es gelungen, schon vor der Auslobung des Wettbewerbes ein Gutachten aus Frauensicht einzuholen. Insbesondere wegen der Phasen vor dem städtebaulichen Entwurf durch Workshops mit Bewohnerinnen und Angestellten der Stadt und der Allbau, konnte die Thematik bereits in den Planugsprozess einfließen Auch die Beteiligung der FOPA in der Jury unterstreicht die Bedeutung, die dem frauenzentrierten Blick in dieser Phase und zu dieser Zeit beigemessen wurde. Die Energien und die Einflußbereiche der aktiven Frauen ließ nach der Planungsphase nach, so dass im Realisierungsprozess viele Faktoren aus frauenspezifischer Sicht verloren gingen. Daraus wird deutlich, wie wichtig es ist, eine Abstimmung zwischen Planungsprozess und Realisierungsphase zu gewährleisten.

Zeitschiene

1993 **erste Idee**
Bundeswehr gibt die Ruhrlandkaserne Kupferdreh auf, Stadterweiterung für die Stadt Essen möglich

1994 **Konzeptentwicklung**
Allbau AG kauft das Gelände vom Bund; FOPA Gutachten: „Städtebauliches und infrastrukturelles Anforderungsprofil aus Frauensicht“

1996 **Verfahren**
Auslobung eines offenen städtebaulichen Ideenwettbewerbs der Stadt Essen

1997
1. Preis ist Grundlage für den B-Plan

1999 **Bauzeit**
Baubeginn: 1.BA

2000 **Bezug der Wohnungen**
1.BA im Herbst

WEIHERFELD

LANGENHAGEN

erste Idee / Bezug	1994 / 1. BA 2000
Initiative	Stadt Langenhagen
TrägerIn	Entwicklungsgesellschaft Langenhagen mbH
ArchitektInnen	Planungsgruppe Professor Laage (PPL), Hamburg; Bürogemeinschaft für Architektur und Stadtplanung (BAS), Hannover
Entwurfsverfahren	offener, städtebaulicher und landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb
Finanzierung	Mischfinanzierung: Eigentum, Miete ⇒ freifinanziert
NutzerInnenbeteiligung	Beratung über Anwaltsplaner und Institut für Wohnpolitik und Stadtökologie e.V.
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Langenhagen-Weiherfeld
Größe Planungsgebiet / Dichte	gesamt 35 ha, engerer Siedlungsbereich 19 ha / GFZ ca. 1,5 (Einzugsbereich Bahnhof) - ca. 0,6 (Siedlungsrand)
Nutzungen	ca. 3000 WE; Infrastruktureinrichtungen, Dienstleistung, Gewerbe
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	II,5 - IV,5 / 1,0 + 0,5 öffentlich
Wohnungsschlüssel	Doppelhäuser, Reihenhausgruppen, Geschosswohnungsbau

Die Stadterweiterungsmaßnahme im Norden Langenhagens kann auf ein starkes Städtebauliches Konzept zurückgreifen. Fächerförmig sollen die insgesamt 2000-2500 Wohneinheiten (WE) in den nächsten 12-15 Jahren fertiggestellt werden. Die Bebauung ist insbesondere auf ein ökologisches und familienfreundliches Wohnen ausgerichtet. Durch die unterschiedliche Siedlungsstruktur von freistehenden Einfamilienhäusern, Doppel- und Reihenhäusern, aber auch durch Geschosswohnungsbau soll eine Mischung aus Eigentums- und Mietobjekten entstehen.

Gesamtstädtischer Kontext

Erst 1959 wurde der noch recht jungen Stadt Langenhagen die Bezeichnung „Stadt" verliehen. Schon vor dem zweiten Weltkrieg konnte sich die Stadt durch die infrastrukturell gut erschlossene Lage als Wirtschaftsstandort im Norden Hannovers etablieren. Im 2. Weltkrieg kam es aufgrund der vielen Industrieansiedlungen zu einer 65%igen Zerstörung der Bausubstanz. Das städtebauliche Bild des heutigen Stadtgebietes ist insbesondere durch Bautätigkeiten aus den 50er Jahren geprägt.
1974 entschied sich Langenhagen im Zuge der Gebiets- und Verwaltungsreform für eine Selbständigkeit gegenüber der Landeshauptstadt Hannover. Durch den Zusammenschluss von fünf Gemeinden wuchs die Stadt auf 72 qkm an und zählt heute ca. 50 800 EinwohnerInnen (Stand 2001). Langenhagen gilt als wirtschaftlicher Schwerpunkt im Norden der neu entstehenden Region Hannover. U.a. liegt dort Hannovers Flughafen.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Projektgebiet liegt nördlich des Stadtzentrums Langenhagen und hat eine Gesamtgröße von 135 ha, der engere Siedlungsbereich umfasst 90 ha. Das Projektgebiet grenzt direkt an den Stadtteil Langenhagen-Kaltenweide, der in erster Linie von Einfamilienhäusern geprägt ist. Durch die Nähe zum Flughafen, zur Autobahn 2 (Verbindung Hannover-Berlin) und die im Rahmen der EXPO 2000 neu entstandene S-Bahn-Linie (Hameln-Hannover-Langenhagen-Bennemühlen) sowie Busverbindungen in das Langenhagener Zentrum ist es sowohl für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) als auch für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) gut erschlossen. Die Nahversorgung ist im Ortsteil Kaltenweide durch einen Supermarkt, Bäkkereien, die Post, Ärzte und eine Grundschule sichergestellt und fußläufig erreichbar. Weiterführende Schulen sind im Zentrum von Langenhagen vorhanden und mit dem Bus erreichbar.

Entstehung des Projektes

Das Grundstück ist die letzte größte zur Verfügung stehende Entwicklungsfläche der Stadt. Initiiert wurde das Projekt 1994 vom Stadtplanungsamt, das einen städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb auslobte. Als Wettbewerbssieger ging die Hannoversche Bürogemeinschaft für Architektur und Stadtplanung (BAS) hervor. 1995 wurden Einzelgutachten für den Siegerentwurf von sogenannten „raumrelevante FachplanerInnen" (Landschaft, Verkehr, Ökologie, Frauen, und Schallschutz) erstellt, die im gesamten Prozess Grundlage für die weiteren Planungen waren. Die Arbeitsgemeinschaft Weiherfeld, bestehend aus den Wettbewerbsgewinnern BAS und der Planungsgruppe Professor Laage (PPL) aus Hamburg, entwikkelte 1996 den „Rahmen- und Gestaltplan" für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Weiherfeld.

Planungsprozess

Dass ein Gutachten zum städtebaulichen Ideenwettbewerb aus Frauensicht eingeholt werden konnte, ist insbesondere auf Initiative der städtischen Frauenbeauftragten zurückzuführen. Mit Unterstützung eines Mitarbeiters aus dem Planungsamt gelang es, die Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA) für diese Aufgabe zu gewinnen und mit städtischen Geldern zu beauftragen. Aus einer Reihe von Vorschlägen wurden im weiteren Prozess einige Punkte berücksichtigt:

- Die Standorte von zwei Kindertagesstätten wurden in die Nähe des Bahnanschlusses verlegt. Ursprünglich waren fünf Kindertagesstätten geplant gewesen, die an den Rändern des Planungsgebietes liegen sollten. Zwar reduziert sich durch diese Entscheidung die Anzahl der Kitas, die innenliegenden Standorte sind aber für das Aufstellen von Wegeketten von besonderer Bedeutung.
- Die Bahntrasse teilt das Gelände in einen westlichen (1.Bauabschnitt) und einen östlichen (2.BA) Bereich. Der 1.Preis hatte die Einrichtung der Schule auf der östlichen Seite der Bahntrasse vorgesehen. Auf Anregung der FOPA, die Schule in den 1.BA zu integrieren, wurde der Standort der Schule verlegt; sie entsteht nun zeitgleich mit dem nördlich anschließenden Stadtteilzentrum.
- Die Trennung der beiden Bereiche durch die S-Bahntrasse wird durch eine Unterführung überwunden. Dieser Unterführung ist im Hinblick auf Sicherheit („Angsträume") besondere Aufmerksamkeit zu Teil geworden.

Im Laufe des Planungsprozesses entstand 1997 die Entwicklungsgesellschaft Langenhagen mbH (EL), die als Tochter der Stadt eigens für die Vermarktung und Entwicklung des Weiherfeldes zuständig ist. Sie beauftragt FachingenieurInnen, ArchitektInnen und LandschaftsplanerInnen und koordiniert den Projektfortgang. Die Planung einzelner Wohngebäude wird an Wohnungsunternehmen und Investoren weitergegeben, die auf Grundlage des städtebaulichen Entwurfs die Realisierung vornehmen.

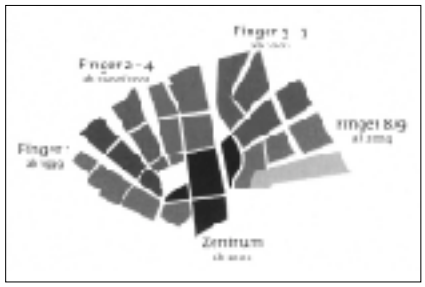
Bauprozess

Bei der Bebauung einzelner Grundstücke werden insbesondere ökologische Kriterien, wie z.B. der Niedrigenergiehaus-Standad oder ein Blockheizkraftwerk mit größtmöglichem Wirkungsgrad berücksichtigt. Durch die Fertigstellung größerer Bauabschnitte und die Zusicherung der Investoren, die Wohnstraßen jeweils bis zur nächsten Bauetappe fertigzustellen, sollen die Baubelastungen für die BewohnerInnen so gering wie möglich gehalten werden. Der anfallende Bodenaushub wird als Aussichtshügel vor Ort angeschüttet.

Projektbeschreibung

Die einzelnen Bauabschnitte fügen sich fächerförmig in die Landschaft ein. Zwischen den Fächern sind Grünkeile angeordnet, die sich bis in das Zentrum ziehen. Die Struktur erinnert an eine ausgebreitete Hand, die Finger für Finger in den Grünraum entwickelt werden soll. Der Anteil an Grünflächen ist verhältnismäßig hoch und wurde mit einer großen Sorgfalt von LandschaftsarchitektInnen (Gruppe Freiraumplanung, Hannover) entwickelt. Die Verbindung des östlichen und westlichen Planungsgebiets durch die S-Bahnlinie erfolgt über eine Unterführung durch ein Stadtteilzentrum, das sich sowohl auf der westlichen wie auf der östlichen Seite der Bahn entwikkeln soll.
Die Organisation des Stadtteils erfolgt über Erschließungsstraßen, in deren Verlauf sich dreigeschossige Zeilenbauten anordnen. Die Häuser trennen den öffentlichen Straßenraum von den innenliegenden halböffentlichen und privaten Bereichen. Im Innern der Baugebiete sollen Doppel- und Reihenhäuser mit maximal zwei Geschossen entstehen.
Ein Kindergarten ist an der Clara Schumann Straße entstanden. In dem Gebäude ist auch der Gemeinschaftsraum untergebracht. Das städtische Gebäude wird von der Stadt finanziert. Dort finden z.B. Vorträge der EL statt oder die BewohnerInnen nutzen ihn für Familienfeste. Optional können die BewohnerInnen den Raum nach Nutzung selbst reinigen oder einen geringen Beitrag für das Reinigungspersonal entrichten.

Entwicklung nach Fertigstellung



Das Projekt stockt nach einer ersten positiven Anlaufphase. Die Vermietung und Vermarktung läuft zögerlich. Nur schwer lassen sich Miet- bzw. Kaufinteressierte für die einzelnen Baugebiete finden. Die Wohnungsunternehmen und Investoren vermarkten ihre Häuser insbesondere nach wirtschaftlichen Kriterien. Im ursprünglichen Konzept waren Wohnungstypen für unterschiedliche Lebensformen geplant, u.a. für Single-Haushalte, große Reihenhaustypen für kinderreiche Familien oder auch andere Hausgemeinschaften und Einliegerwohnungen für erwachsene Kinder oder ältere Menschen. Durch die geringe Nachfrage nach „alternativen“ Lebensformen konzentriert sich das Angebot heute insbesondere auf Familien. Die Nachfrage bestimmt das Angebot.
In der ersten Phase wurde das südwestliche Gebiet entwickelt, die ersten Wohnungen wurden Ende 1998 bezogen. Es entstanden günstige Reihen-

häuser, die auch für mittlere Einkommen finanzierbar sind. Das sogenannte „Löwenzahnprojekt", in dem sich Baugruppen zusammenschließen, die gemeinschaftlich bauen wollen, hat mittlerweile eine Baugruppe von acht interessierten Parteien hervorgebracht.
Der allgemein entspannte Wohnungsmarkt hat in den letzten Jahren zu einem Anfragerückgang geführt. Die ursprünglich geplanten 300 WE/Jahr sind auf 50 WE/Jahr gesunken.
Die städtebauliche Struktur der verdichteten Bauweise scheint im ersten Moment befremdlich, da sich innerstädtische Strukturen in dieser Randlage nicht nur bezüglich Stadt, sondern auch im Hinblick auf die Region Hannover bereits durch ländliche Eindrücke abgelöst haben. Auch die Entwicklung des Gebietes Kronsberg in Hannover, entstanden im Rahmen der EXPO 2000, steht hierzu in Konkurrenz.
Bis zum Jahr 2003 soll direkt im Weiherfeld ein Supermarkt entstehen. Im Jahr 2001 hat es einen architektonischen Wettbewerb für eine Grundschule gegeben (Sieger Ulrich Zech, Venneberg & Zech, Hannover), die aber aufgrund zu geringer SchülerInnenzahlen bis auf weiteres nicht realisiert wird.
Den BewohnerInnen wird der Gebrauch des öffentlichen Personennahverkehrs schmackhaft gemacht. Die EL finanziert jeder/m neuen BewohnerIn eine Jahreskarte für die Benutzung der S-Bahn und als Versuchsprojekt die kostenlose Nutzung eines Teilautos bis Anfang 2003.
Die BewohnerInnen haebn eine „Weiherfeldinitiative" gegründet, die in regelmäßigen Abständen Veranstaltungen wie beispielsweise Radtouren und Feste zur Förderung der Nachbarschaft organisiert.

Fazit: Innovation

Für die Stadt selbst ist das Projekt Weiherfeld schon eben aufgrund seiner Größe ein besonderes Projekt. Das städtebauliche Grundgerüst wird als tragfähig beurteilt. Das beinhaltet die Grundkonzepte der Planung in verdichteter Bauweise und die gute Anbindung an die Verkehrsmittel.
Das Planungsverfahren selbst weist durch die erstellten Gutachten positive Tendenzen auf. Durch die auf verschiedenen Ebenen eingeholten ExpertInnenmeinung, konnten insbesondere ökologische und ökonomische, aber auch frauenspezifische Faktoren berücksichtigt werden.
Das Projekt hat einige Auszeichnungen bekommen, darunter im Rahmen des Wettbewerbs "Nachhaltige Siedlungsentwicklung in Niedersachsen" des ehemaligen Niedersächsischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales und ist in den Katalog „Route der Wohnqualitäten" der Hannover Region aufgenommen worden.
Die städtebaulichen Qualitäten aus dem Wettbewerbsergebnis hätten die Möglichkeit geboten, auch in Hinblick auf veränderte Lebens- und Haushaltsformen eine breitere Zielgruppe als die der Kleinfamilie anzusprechen. Leider hat die geringe Nachfrage nach „Alternativen Grundrisskonzeptionen" dazu geführt, dass die Investoren ohne Vorgaben von Qualitätskriterien aus wirtschaftlichen Gründen nur auf Nachfrage reagieren.
Die eigens für dieses Projekt gegründete EL betreibt weitläufige Öffentlichkeitsarbeit durch Broschüren, Faltblätter, Internetauftritte und Vorträge im Gemeinschaftshaus. Dadurch können sie flexibel und schnell auf veränderte Situationen reagieren und die weiteren Planungs- und Entwicklungsschritte koordinieren.

Die BewohnerInnen des Stadtteils haben sich konkret für das Konzept und die Lebensform im Weiherfeld entschieden, was die Gründung der Weiherfeldinitiative verdeutlicht.
Leider werden auch einige Bemühungen der EL nicht im gewünschten Rahmen angenommen, wie z.B. die Stärkung des ÖPNV und die Förderung von Teilautos. Nach wie vor wird der eigene PKW von den BewohnerInnen am häufigsten genutzt. An diesem Projekt wird deutlich, dass sich Ansprüche von PlanerInnen nicht unbedingt mit denen der BewohnerInnen decken.

Zeitschiene

erste Idee — **1993**

Verfahren — **1994**
Stadterweiterung: städtebaul. und landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb

Konzeptentwicklung — **1995**
Gutachten der FOPA nach der Auslobung, beauftragt durch das Frauenbüro in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt

Verfahren — **1997**
Gründung der Entwicklungsgesellschaft Langenhagen

1998
Erwerb der Grundstücke durch die Entwicklungsgesellschaft Langenhagen

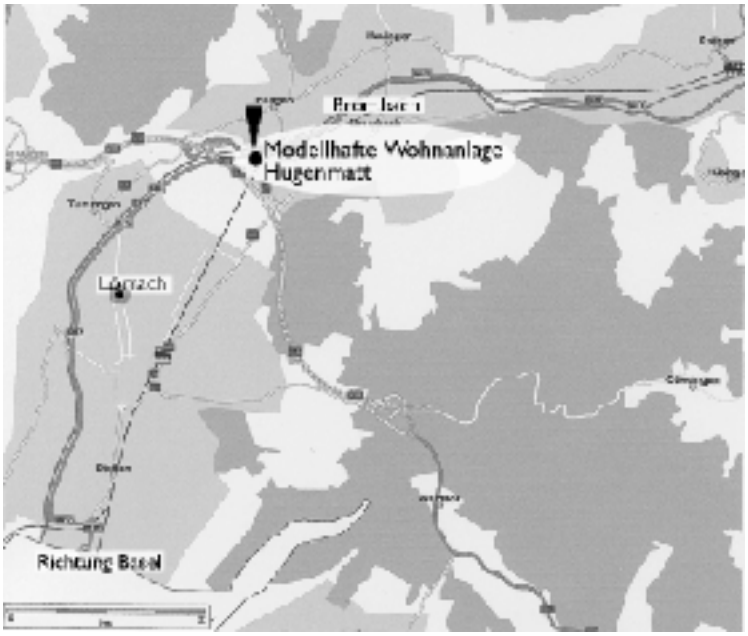
Bauzeit — **1999**
1. Bauphase

Bezug der Wohnungen — **2000**
1.BA: im Herbst

MODELLHAFTE WOHNANLAGE HUGENMATT LÖRRACH

erste Idee / Bezug	1993 / 1997
Initiative	Wohnbau Lörrach
TrägerIn	Städtische Wohnbaugesellschaft Lörrach mbH (WBG)
ArchitektInnen	Jürgen Moser & Partner, Lörrach; Freianlagen: Bernd Meier, Lörrach
Entwurfsverfahren	GutachterInnenverfahren
Finanzierung	öffentlich geförderten Wohnungsbau ⇒ 1. Förderweg
NutzerInnenbeteiligung	keine
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Lörrach-Brombach
Größe Planungsgebiet / Dichte	keine Angaben / keine Angaben
Nutzungen	59 WE; Gemeinschaftsraum, Gästewohnung
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	I - IV / 1,0
Wohnungsschlüssel	25x 2-Zi-Whg., 22x 3-Zi-Whg., 11x 4-Zi-Whg., 1x 6-Zi-Whg.

In einer Kleinstadt wie Lörrach mit insgesamt rund 45.000 EinwohnerInnen ist das Projekt mit 59 Wohneinheiten (WE) ein städtebaulicher Baustein, der aufgrund seiner Größe und seiner architektonischen Qualität im Stadtbild in Erscheinung tritt und somit von großer Bedeutung ist. Durch das Selbstverständnis der städtischen Wohnbau Gesellschaft Lörrach mbH (Wohnbau) als Dienstleistungsunternehmen hat sie auf veränderte Lebens- und Haushaltsformen und Haushaltstypen der vergangenen Jahre mit veränderten Grundrissen und der Realisierung dieses Modellprojektes reagiert.



Gesamtstädtischer Kontext

Im Rahmen der Kreis- und Gemeindereform von 1975 wurden die Gemeinden Brombach, Haagen und Hauingen mit der Kreisstadt Lörrach zusammengeschlossen. Gemeinsam mit der Stadt Weil am Rhein wurde Lörrach zum regionalen Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums ausgewiesen.
Besonders ansprechend ist die geographische Lage im Dreiländereck Deutschland/Schweiz/Frankreich und zwischen Schwarzwald und Vogesen. Durch die Eingemeindung wuchs die Bevölkerung der Kernstadt in den Jahren 1955-1989 von ca. 28.000 auf rund 45.500 EinwohnerInnen (Stand 2000) an. Um die gesamte Region Baden-Südwest zu stärken, tat auch die Stadt Lörrach viel, um die eigene Attraktivität in der Region zu erhöhen. Durch eine Verkehrsberuhigung des Stadtkerns und den Ausbau einer Fußgängerzone – allerdings auf Kosten der Straßenbahn konnte die ehemalige Funktion der Innenstadt als Handels und Dienstleistungszentrum wieder gestärkt werden.
Die Dienstleistungsunternehmen sind die größten Arbeitgeber der Stadt, wobei die wichtigsten Wirtschaftszweige der Stadt für rund 40% der BewohnerInnen einen Arbeitsplatz innerhalb der Stadt bieten können. Aber auch die direkte Nähe zur Stadt Basel bringt einen PendlerInnenstrom in die Schweiz mit rund 5% der EinwohnerInnen hervor.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Gelände liegt im Nordosten im Lörracher Stadtteil Brombach. Das Grundstück selbst hat eine Fläche von 3.980 m^2.
Durch den Brombacher Bahnhof, der 10 Gehminuten entfernt liegt, kann die Innenstadt Lörrachs und das Zentrum der schweizerischen Nachbarstadt Basel als wichtiger Arbeitsplatzschwerpunkt tagsüber in regelmäßigem Taktverkehr erreicht werden (alle 20 min). Ein Kindergarten liegt auf halbem Weg zwischen der Wohnanlage und dem Bahnhof. Die Versorgungseinrichtungen liegen hauptsächlich im Ortsteil Brombach. Grund- und Hauptschule sind im Stadtteil Hauingen vorhanden. Sie ist mit dem Fahrrad in 10 min erreichbar.
Der Standort des Projekts wurde aufgrund mangelnder Alternativen ausgewählt. Das Gelände hat durch die Realisierung des Modellprojektes jedoch eine starke Aufwertung erfahren. Ursprünglich standen dort Baracken, die im Zuge der Planung abgerissen wurden. Es wird auf der nördlichen Seite von der Bundesstraße und der Wiese begrenzt, auf der südlichen Seite von einer, auf einem Damm gelegenen Bahntrasse. Das Gelände läuft nach Osten spitz zu, so dass die Bahnlinie über eine Brücke die Wiese quert. Das Gelände schließt sich an ein älteres Quartier mit verdichteter Wohnbebauung an.

Entstehung des Projektes

Initiiert wurde das Lörracher Projekt von der Wohnbau Lörrach und ihrer Tochtergesellschaft, der Lörracher Stadtbau GmbH. Diese beiden Gesellschaften verstehen sich als kundenorientiertes Immobilien- und Dienstleistungsunternehmen. Dieses Selbstverständnis und die Tatsache, dass sie in

erster Linie in Bereichen des Sozialen Wohnungsbaus tätig sind, führt zu einer entsprechenden Bedarfsplanung. Voraussetzung für eine erfolgreiche Marktorientierung ist die Auseinandersetzung mit neuen Tendenzen. So wurden im Vorfeld innovative Zielsetzungen für den Wohnungsbau in der Stadt entwickelt.
Die schwierige städtebauliche Situation und die überschaubare Größe der Stadt Lörrach erforderte ein hohes Maß an architektonischem Feingefühl, um dem Ort eine Identität zu geben. Das Projekt wurde ganz bewusst mit dem Titel „Modellhafte Wohnanlage Lörrach" versehen. Im Rahmen eines GutachterInnenverfahrens ist der Entwurf des Büros Moser und Partner aus Freiburg ausgewählt worden, der den gestellten Anforderungen am besten gerecht wurde.

Planungsprozess

Die Wohnbau hat Tendenzen aus den Veränderungen der Haushalts- und Lebensformen sowie die daraus sich ergebenden neuen Anforderungen an den Wohnungsbau in seine Planung einbezogen und versucht, diese Erkenntnisse in innovative Konzeptionen umzusetzen.
Aus diesen Ansätzen sind erste Grundsätze entwickelt worden:

1. Fakt:
   Wohnbedürfnisse von Ein-Eltern-Familien können aus dem Rah men der üblichen Möglichkeiten des Wohnungsbaus fallen. Sie sind schon aufgrund ihrer Lebenssituation erheblichen Ressentiments privater Ver mieter ausgesetzt und können oftmals die marktüblichen Mieten nicht bezahlen.
2. Kritik:
   Die Normen des sozialen Wohnungsbau. Sie entsprechen lediglich der Lebensform 2 Elternteile mit Kindern. Architektonische Lösungen können neuen Lebensformen die Chance zur Realisierung ih rer Vorstellungen geben.
3. Forderung:
   Akzeptanz der Haushalts- und Familienarbeit als Arbeit mit räumlichen Ansprüchen. Die Küchen im sozialen Wohnungsbau sind in der Regel zu klein dimensionierte Einbauküchen. Um gemeinschaftli che Hausarbeit zu ermöglichen, müssen neue Lösungen entwickelt wer den.

Bauprozess

Für das GutachterInnenverfahren wurden aus den oben genannten Zielsetzungen konkrete Vorgaben für das Projekt entwickelt, die im Ausschreibungstext als Grundlage dienten.

- Die Wohnungen sollen gleichwertige Räume erhalten.
- Ein Gemeinschaftsraum pro Wohneinheit.
- Die Küchen sollen den Wohn- bzw. Aufenthaltsbereichen zugeordnet sein.
- In Teilen gemeinsame Nutzung der Außenräume, die den Wohngebäuden zugeordnet werden sollen.
- Begegnungszonen in den Wohnungen und im Haus sollen zur Kontaktaufnahme geschaffen werden.

Durch diese Vorgaben konnte ein hohes Maß an Qualität erreicht werden. Es sind funktionale, soziale und gestalterische Wohnansprüche berücksichtigt worden.

Projektbeschreibung

Durch seine Lage am äußersten nordöstlichen Rand der Stadt Lörrach und aufgrund der eingeschränkten Standortqualitäten, der geringen Stadtgröße und der Insellage zu den anderen umliegenden Bebauungen hätte es schnell zu einer Stigmatisierung kommen können. Deshalb haben die Wohn- bzw. Stadtbau bei der Ausschreibung des GutachterInnenverfahrens insbesondere darauf geachtet, dem Projekt einen neutralen Titel geben.
Das Grundstück wurde mit einem Kopfbau und drei Langhäusern versehen, die dem Flussverlauf folgen und sich in einem Bogen entlang der Wiese entwickeln. Die Gartenseite – am Bahndamm gelegen – wird durch zwei Quergebäude in unterschiedlich große Bereiche gegliedert. Durch Brücken sind diese mit den dahinter liegenden Häusern verbunden. Die Außenräume können auf vielfältige Weise genutzt werden. Es gibt ein reichhaltiges Angebot für Kinder.
Auf der Hofseite, parallel zur Wiese, befindet sich als Gegenpol zur Gartenseite eine erhöhte steinerne Terrasse. Durch die Gebäude führen drei Durchgänge, die den spannungsreichen Unterschied der beiden Hausseiten optisch erlebbar machen. Am spitzen Ende gibt es einen Aufenthaltsbereich mit Grillplatz. In einem der Hofhäuser befindet sich ein Gemeinschaftsraum, der von allen BewohnerInnen genutzt wird. Neben dem Gemeinschaftsraum ist eine Gästewohnung untergebracht, die auch von AnwohnerInnen aus der Nachbarschaft angemietet werden kann. Die Wohnanlage wird von den BewohnerInnen selbst und einem Sozialarbeiter der Wohnbau Lörrach betreut.

Entwicklung nach Fertigstellung

In der modellhaften Wohnanlage leben 148 Menschen in 59 Wohnungen. Etwa die Hälfte der BewohnerInnen sind Erwachsene und die andere Hälfte Kinder und Jugendliche. Die Alleinerziehenden mit Kindern sind die am stärksten vertretende Gruppe mit 24 Haushalten. Die Fluktuation liegt im normalen Bereich. Die Wohnungen (47 qm) sind für Alleinerziehende mit einem Kind bis zu drei Jahren gut geeignet, danach werden sie zu klein. Die Gemeinschaftsaußenräume werden insbesondere von Kindern und auch Jugendlichen benutzt. Für die kleineren Kinder gibt es in der Anlage

Wohnhöfe, in denen sie auf verschiedenen Geräten spielen können. Für Jugendliche ist eine Tischtennisplatte vorgesehen. Im Gemeinschaftsraum können Kinderbetreuung, Geburtstagspartys und MieterInnentreffen stattfinden.
Erstaunlich ist, dass sich die BewohnerInnen nicht durch den in der Nähe verlaufenden Bahndamm gestört fühlen, obwohl dort alle 15 Minuten ein Zug verkehrt. Angegeben wurden zwar die Schwierigkeiten mit spielenden Kindern in der Nähe der Bahnanlage, aber das soziale Auge funktioniert gut: die großen Kinder beaufsichtigen die kleinen Kinder und rufen sie zurück.
Die offenen Treppenhausbereiche und die Laubengänge im Norden sind als Kommunikationszonen und Aufenthaltsorte gedacht. Sie sind teilweise überdacht, teilweise in die geschlossenen Treppenhäuser integriert. Werden aber nicht stark frequentiert, weil das eigentliche Leben auf der Hofseite stattfindet. Dort befinden sich auch die wohnungseigenen Balkone in der Nachmittagssonne.

Bauliche Veränderung

Bislang sind keine baulichen Veränderungen bekannt.

Fazit: Innovation

Insgesamt funktioniert dieses Projekt sehr gut für alle Beteiligten und auf allen Ebenen. Für die Durchsetzung von veränderten Ideen in Stadtplanung oder Wohnungswirtschaft scheint die überschaubare Größe der Stadt Lörrach eine Erleichterung zu sein. Einige personellen Überschneidungen waren für den Erfolg des Projektes hilfreich.
Auch die abseitige Lage und die Tatsache, das es keine direkte Nachbarschaft gibt, scheint dem Projekt nicht nachteilig. Einige BewohnerInnen der ehemaligen Baracken sind in die Wohnanlage eingezogen.
In der gesamten Wohnanlage scheint die Wohnzufriedenheit sehr hoch zu sein. Die MieterInnen haben sich organisiert. Sie kümmern sich um die Gemeinschaftsräume (Gästezimmer und Café) und haben Kindergruppen organisiert. Möglicherweise wird der Kontakt über die Kinder erleichtert. Bei den geringen Wohnungsgrößen und den vielen BewohnerInnen ist es nicht verwunderlich, dass das Gästezimmer stark genutzt wird. Ein geringer Betrag wird an die zuständige BewohnerIn gezahlt, die sich um die Reinhaltung und Verwaltung kümmert. Ein großer Vorteil ist, dass der Hausmeister in derselben Anlage wohnt. Die BewohnerInnen halten sich somit eher an Vorschriften.
Die Wohn- bzw. Stadtbau selbst konnten durch Maßnahmen im Mieterbereich ein hohes Maß an Wohnzufriedenheit erreichen. Durch die Privatisierung der vormals städtischen Einrichtungen entstand eine Wettbewerbssituation gegenüber privaten Investoren. Die Wohnbau musste sich durch eine qualitativ hochwertige Bauweise auszeichnen.
Das Projekt hat aufgrund seiner theoretischen Richtlinien eine gute Grundlage für die Umsetzung frauenspezifischer Aspekte geschaffen. Das Ergebnis der architektonischen Umsetzung ist gut.
Die eigens von der Wohnbau eingerichtete Stelle eines Sozialarbeiters trägt nach anfänglicher Gewöhnungsphase seitens der MieterInnen durchaus zur Zufriedenheit bei. Voraussetzung ist die Akzeptanz dieser Person. Die MieterInnen haben bei speziellen Problemen eine Ansprechperson, die sie professionell beraten kann.

Zeitschiene

erste Idee — **1993**
städtische WBG Lörrach beschließt, Wohnungen für Alleinerziehende zu bauen

Konzeptentwicklung — **1993**
WBG entwickelt modellhafte Wohnanlage Hugenmatt

Verfahren — **1993**
Einladung von 4 Büros zu einem GutachterInnenverfahren

Bauzeit — **1995**

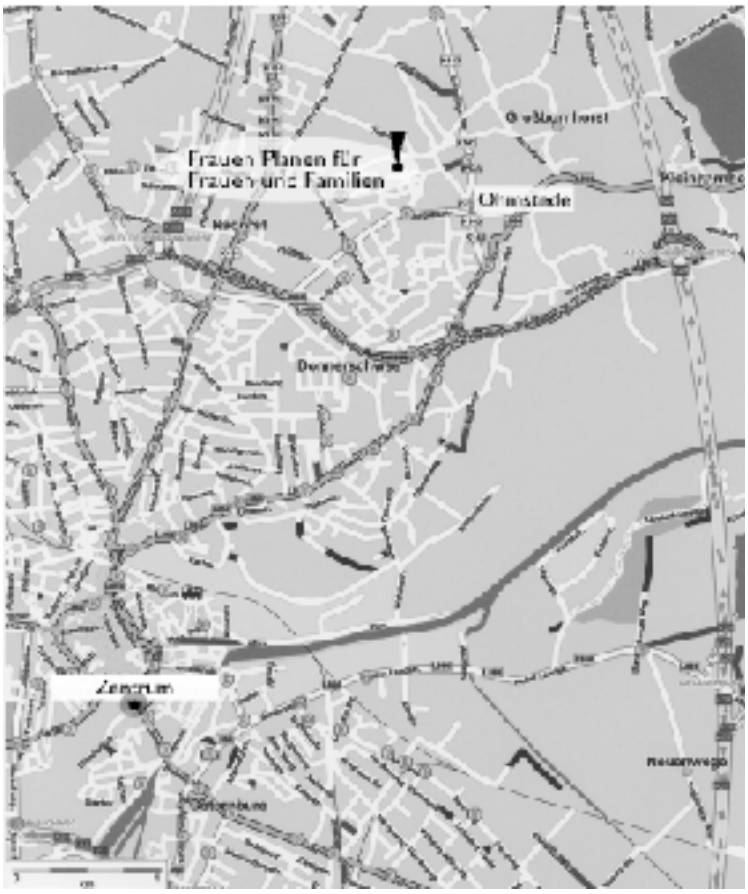
Bezug der Wohnungen — **1997**
im Dezember; profesionelle Begleitung bei Nutzung der Gemeinschaftseinrichtungen

Entwicklung nach Bezug — **2000**
+ : geringe Fluktuation; kontinuierliche Nutzung der Gästewohnung / des Gemeinschaftsraumes

FRAUEN PLANEN FÜR FRAUEN UND FAMILIEN OLDENBURG

erste Idee / Bezug	1994 / 1998
Initiative	Frauenbüro, Hochbauamt der Stadt Oldenburg
TrägerIn	GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft mbH
ArchitektInnen	Karin Baatz, Andrea Geister-Herbolzheimer, Oldenburg
Entwurfsverfahren	GutachterInnenverfahren
Finanzierung	öffentlich geförderter Wohnungsbau ⇒ II. Förderweg
NutzerInnenbeteiligung	keine
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Oldenburg-Ohmstede
Größe Planungsgebiet / Dichte	3500 m² / GFZ 0,56
Nutzungen	28 WE; Gemeinschaftsraum ⇒ 1999 umgebaut in Wohnung
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	II - III / 0,8
Wohnungsschlüssel	2x 1-Zi-Whg., 18x 2-Zi-Whg., 8x 3-Zi-Whg.

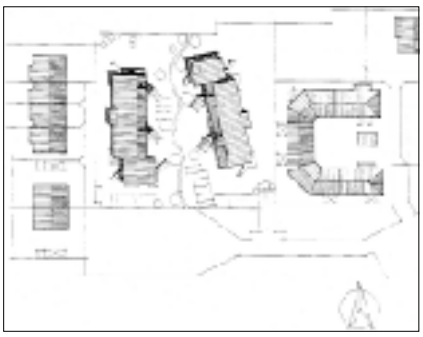
In der Stadt Oldenburg gab es bereits vor der Entwicklung des Wohnprojektes, frauenspezifische Aktivitäten zu Themen wie Stadt und Wohnen. Die Veranstaltung zum Thema „Stadtansicht aus Frauensicht" war der Auslöser für die Realisierung eines Wohnprojekts für Frauen und Familien. Durch die enge Zusammenarbeit aktiver Frauen, wie der Frauenbeauftragten und der GSG Oldenburg (Bau- und Wohngesellschaft mbH) konnte das Projekt zügig realisiert werden.



Gesamtstädtischer Kontext

Durch starke Flüchtlingsströme in Folge des 2. Weltkriegs wurde aus der bis dahin beschaulichen Mittelstadt schlagartig eine Großstadt mit über 120.000 EinwohnerInnen. Im Jahre 1946 wurde der Freistaat Oldenburg, nicht unbedingt zur Begeisterung der Oldenburger, aufgelöst. Stadt und Land gingen im neugeschaffenen Bundesland Niedersachsen auf. Die Gebietsreform im Jahre 1978 brachte für Oldenburg keine neuen Ortszusammenschlüsse, stattdessen erhielt Oldenburg den Sitz des niedersächsischen Regierungsbezirks Weser-Ems. Diese staatliche Einrichtung ist neben dem Handel und privaten Dienstleistungen der wichtigste Arbeitgeber der Stadt. Auch der größte Binnenhafen Niedersachsens liegt in Oldenburg im Schnittpunkt der Seewasserstraße Hunte und der Binnenwasserstraße Küstenkanal mit Anbindung an Rhein und Ruhr. Heute zählt die Stadt mit ihren etwa 154.000 Einwohnern (Stand 1999) zu den Großstädten im Nordwesten Niedersachsens. Es ist eines von sieben Oberzentren des Landes Niedersachsen. Aufgrund der nationalen Fernstraßen gilt Oldenburg als Verkehrsdrehscheibe der Nordwest-Region.
Rund 9% der EinwohnerInnen in Oldenburg sind StudentInnen (13.000) der Universität. Die hohe Zahl prägt das tägliche Leben der Stadt; vielleicht auch eine Erklärung dafür, warum das Fahrrad als Hauptbewegungsmittel der Stadt zu sehen ist. Der historische Altstadtkern, ausgeprägtes Stadtgrün, eine vorbildliche Erschließung für den Fahrradverkehr, und ein überdurchschnittlicher Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern, macht die Stadt Oldenburg insbesondere für Familien zu einem beliebten Wohnstandort.

Lage des Projektes im Stadtgebiet



Das Zentrum der Stadt ist durch einen Autobahnring eingegrenzt. Das Projektgebiet liegt im Norden der Stadt, im Stadtteil Ohmstede. Mit dem Fahrrad ist das Zentrum in 20 min. zu erreichen. Die Busanbindungen der äußeren Bereiche an das Zentrum sind gut, eine Schwierigkeit in der Busnutzung stellen hohe Baudichte und kleine Straßen lediglich innerhalb des Ringes dar. In der Nähe des Projektgebietes sind Einkaufsmöglichkeiten, zwei Kindergärten, die Grundschule, eine IGS (Integrierte Gesamtschule) und ein Jugend- und Kulturzentrum fußläufig erreichbar. Das Stadtzentrum im Süd-Westen ebenso wie das Naherholungsgebiet im Nord-Osten sind durch die gut ausgebauten Fahrradwege günstig erschlossen. Das Grundstück, mit einer Fläche von 3717 m^2, wurde von der GSG als Eigentümerin

bereitgestellt. Im Norden wird das Grundstück begrenzt durch eine Kleingartensiedlung, an die sich das Landschaftsschutzgebiet Oldenburg/Rasteder/Geestrand anschließt. Im Westen und Süden befinden sich eine 11/2- bis 2-geschossige Wohnbebauung. Im Osten wird das Grundstück mit einer eingeschossigen Wohnhausgruppe abgeschlossen, in der Behindertenwohnungen untergebracht sind.

Entstehung des Projektes

Aus einem Kontakt zwischen dem Frauenbüro der Stadt Oldenburg, der GSG, der Universität und der Gleichstellungsstelle der Fachhochschule ist eine Veranstaltungsreihe "Stadtansicht aus Frauensicht" entstanden. Aufgrund des guten Images der Stadt als familienfreundlicher Standort mit hohen Wohnqualitäten war das Frauenbüro Oldenburg schon im Vorfeld mit frauenspezifischen Themen wie „Frauen in der Stadt", „Hierarchisierung der Wohnungsgrundrisse" und „Wohnen mit Alleinerziehenden" beschäftigt, so dass die Idee entstand, ein Wohnprojekt für Frauen und Familien im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zu realisieren. Es galt, dem angeblich familienfreundlichen Bild der Stadt, was auf der Basis „vollständige" Familie mit mindestens 2 Autos beruhte, eine andere Wohnform entgegen zu setzen, um auf veränderte Lebensbedingungen aufmerksam zu machen. Mit Unterstützung des Baudezernenten und der GSG Oldenburg lobte das Frauenbüro in Zusammenarbeit mit der Stadt Oldenburg 1995 ein GutachterInnenverfahren aus.

Planungsprozess

Das GutachterInnenverfahren wurde vom Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales unterstützt. An dem Verfahren nahmen vier eingeladene Büros aus dem Raum Oldenburg teil. Es wurden bewusst Frauen aus der Region eingeladen, da sich alle Teilnehmerinnen mit der speziellen Situation Oldenburgs auskennen sollten. Die Entscheidung fiel auf den Entwurf der Architektinnen Karin Baatz und Andrea Geister-Herbolzheimer aus Oldenburg. Die GSG realisierte den 1. Preis. Das Frauenbüro war in der Vorprüfung und in der Jury vertreten gewesen, an der Realisierung jedoch nicht mehr beteiligt. Im Realisierungsprozess waren dann Frauen der GSG als auch aus dem Hochbauamt vertreten.

Bauprozess

1997 wurde das Projekt von der GSG Oldenburg in enger Zusammenarbeit mit den Architektinnen realisiert. Nach nur einjähriger Bauphase konnten die Wohnungen 1998 bezogen werden. Die Architektinnen sahen sich durch die Richtlinien des Sozialen Wohnungsbaus in ihren Grundrissgestaltungen eingeschränkt. Nach eigener Aussage könnten durch größere Planungsfreiheiten deutlich mehr innovative Ideen in den Städtebau einfließen, als in die Grundrissgestaltung, die aufgrund der Richtlinien des Sozialen Wohnungsbaus beschränkt waren.
Eine MieterInnenbeteiligung hat es bei diesem Projekt nicht gegeben. Die Vermietung der Wohnungen erfolgt auf kooperativem Weg, zwischen dem Wohnungsamt und der GSG.

Projektbeschreibung

Entstanden sind zwei sich gegenüberstehende zweigeschossige Baukörper. Durch die trichterförmige Anordnung der Gebäude zueinander öffnet sich der Innenhof nach Süden. Er bietet den BewohnerInnen eine Vielzahl von Kommunikations- und Aufenthaltsmöglichkeiten. Zufällige Begegnungen werden insbesondere aufgrund der Wohnungserschließungen über den Innenhof gefördert. An den Eingangsbereichen befinden sich Terrassen – direkt vor den Treppenaufgängen, die jeweils vier Wohnungen erschließen. Von dort und auch von der Küche aus können im Innenhof spielende Kinder problemlos beaufsichtigt werden. In allen Wohnungen ist ein Durchwohnen möglich. Für Transparenz und Lichtdurchflutung sorgen Holzglaswände, die die Küchen zum Flur hin abtrennen. Die Möglichkeit einzelne Zimmer unterschiedlichen Wohnungen zuzuschlagen, ist grundsätzlich möglich, wurde aber bislang nicht genutzt. Es wurde weder Bedarf angemeldet, noch gab es Fluktuation, die ein verändertes Raumprogramm nötig machte. Private Freiräume sind auf beiden Seiten des Hauses angeordnet. Die Übergänge aus den privaten Innenbereichen erfolgen über halbprivate Außenbereiche und münden im halböffentlichen Innenhof. Der gesamte Wohnbereich ist frei von Autoverkehr, da die Stellplätze bereits an der Erschließungsstraße angeordnet sind.

Entwicklung nach Fertigstellung

Anfangs tauchten unerwartete Probleme für das Projekt auf. Durch den Titel: „Bauen für Frauen und Familien" fühlten sich einige Männer aufgefordert, die Frauen in der Wohnanlage zu belästigen. Die Frauen fühlten sich zeitweise bedroht, so dass abends Polizeistreifen patrouillierten. Diese Belästigungen hörten aufgrund der Polizeistreife nach einer Weile auf. Trotz der ersten Schwierigkeiten identifizieren sich die BewohnerInnen in starkem Maße mit ihrer Wohnanlage; das zeigt sich insbesondere an der geringen Fluktuation. Auch tragen die MieterInnen dazu bei, dass ihre Wohnanlage sauber und gepflegt aussieht. Die Nachfrage nach frei werdenden Wohnungen ist größer als das Angebot. Anfängliche Proteste wegen der Dichte und Geschossigkeit des Projekts, die es zunächst aus der Nachbarschaft mit freistehenden Einfamilienhäusern und einer Reihenhaussiedlung gab, sind mittlerweile abgeebbt. Die Aufenthaltsqualität des Innenhofes lädt die Kinder aus der Nachbarschaft zum Spielen ein, so dass inzwischen enge Kontakte entstanden sind.

Bauliche Veränderung

Bereits während der Wettbewerbsphase aber auch im Zuge der Realisierung hat es einige Veränderungen gegeben. So wurde zum Beispiel das Außenraumkonzept der Architektinnen geändert. Sie sahen eine Wegeverbindung zu den angrenzenden Kleingärten vor, die aus Gründen des Wegerechts von der GSG nicht realisiert wurde. Dadurch hätte der Hof einen halböffentlichen Charakter erhalten. Für die BewohnerInnen hingegen ist die Situation angenehmer, da eine Durchwegung verhindert wurde. Auf dem heutigen Wäscheplatz war im Wettbewerb ein Pavillon für Jugendliche vorgesehen, der aufgrund erwarteter Lärmbelästigung ebenfalls nicht realisiert wurde. Zudem war eine Gemeinschaftswohnung geplant, die aufgrund ungeklärter Finanzierungsfragen als barrierefreie Wohnung gebaut wurde.

Fazit: Innovation

Der Zusammenhalt der aktiven Frauen in Oldenburg ist groß. Durch das starke Engagement des Frauenbüros und die aufgeschlossene Haltung der Mitarbeiterinnen der GSG und des Hochbauamtes waren im gesamten Planungsprozess Frauen vertreten. Das Projekt selbst gilt als Modellprojekt in der Region und wird von allen Beteiligten als positiv beurteilt. Die GSG ist aufgrund der günstigen Bilanz bereit, ähnliche Modellprojekte, möglicherweise mit anderen Schwerpunkten, zu initiieren. Eine Evaluation, die 1999 von Prof. Dr. Ruth Rohr-Zänker an der Universität Oldenburg durchgeführt wurde, zeigt das öffentliche Interesse an dieser Wohnanlage. Die bauliche Stellung der Gebäude zueinander sowie die damit verbundenen Kommunikationsräume ermöglichen fließende Übergange von Innen nach Außen, von Privat zu Öffentlich und geben dem Projekt eine besondere Note. Die städtebauliche Figur und die verdichtete Bauweise nehmen Bezug auf die Bedürfnisse veränderter Lebensformen, die auf intensivere Kontakte im eigenen Wohnumfeld besonderen Wert legen. Durch dieses Projekt ist es gelungen, trotz der recht konventionellen Stadtstruktur Oldenburgs eine zukunftsorientierte Alternative aufzuzeigen.

Zeitschiene

1994 **erste Idee**
Veranstaltungsreihe „Stadtansicht aus Frauensicht"

1995 **Konzeptentwicklung**
Niedersächsisches Frauenministerium und GSG begleiten das Vorhaben

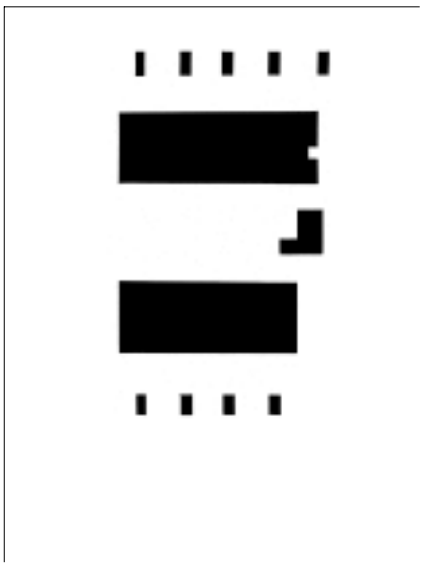
1995 **Verfahren**
Auslobung eines GutachterInnenverfahrens; Städtisches Hochbauamt, Frauenbüro

1996
Dokumentation des GutachterInnenverfahrens, Leitlinien für eine Frauengerechte Stadtplanung und -entwicklung

1997 **Bauzeit**
GSG realisiert den 1. Preis

1998 **Bezug der Wohnungen**
im August

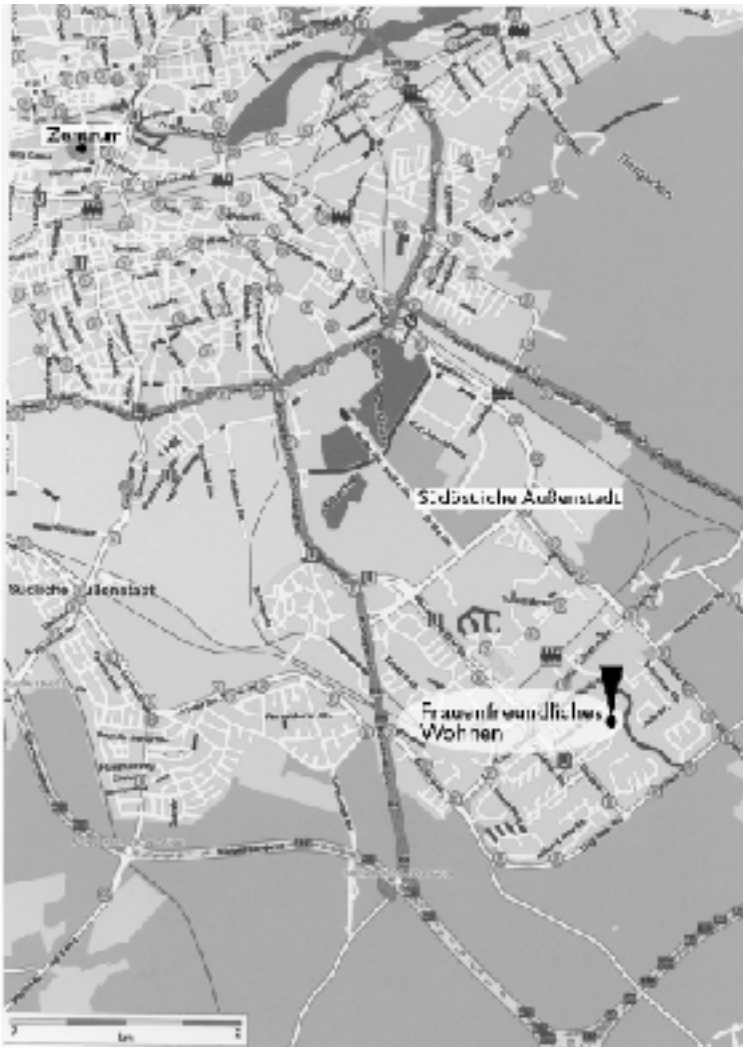
1999 **Entwicklung nach Bezug**
Umbau der Gemeinschaftsräume in eine barrierefreie Wohnung; Evaluation durch die CvO-Universität Oldenburg; + : geringe Fluktuation



FRAUENFREUNDLICHES WOHNEN NÜRNBERG

erste Idee / Bezug	1996 / 1999
Initiative	Bayrisches Staatsministerium des Inneren -Oberste Baubehörde-
TrägerIn	Wohnungsbaugesellschaft Stadt Nürnberg mbH
ArchitektInnen	Alexandra Frisch, Susanne Klug, Nürnberg; Landschaftsarchitektin: Heide Lehner, Nürnberg
Entwurfsverfahren	bundesweiter offener städtebaulicher Realisierungswettbewerb für Architektinnen
Finanzierung	öffentlich geförderter Wohnungsbau ⇒ 1. Förderweg
NutzerInnenbeteiligung	keine
Lage im Stadtgebiet	Stadtrand, Nürnberg-Langwasser
Größe Planungsgebiet / Dichte	4000 m² / GFZ 0,86
Nutzungen	33 WE, Gemeinschaftsraum
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	III -V / 1,0
Wohnungsschlüssel	12x 2-Zi-Whg., 13x 3-Zi-Whg., 6x 4-Zi-Whg., 2x 5-Zi-Whg.

Aufbauend auf vorangegangenen Erfahrungen wie beispielsweise der IBA Emscher Park Projekte Bergkamen und Recklinghausen hat das Frauenbüro in Nürnberg dieses Wohnprojekt initiiert. In Kooperation mit einem interdisziplinär zusammengesetzten Frauenarbeitskreis kam es zur Konkretisierung und letztendlich zur Realisierung des Wohnprojektes. In Bayern stieß das Projekt auf breite Unterstützung.

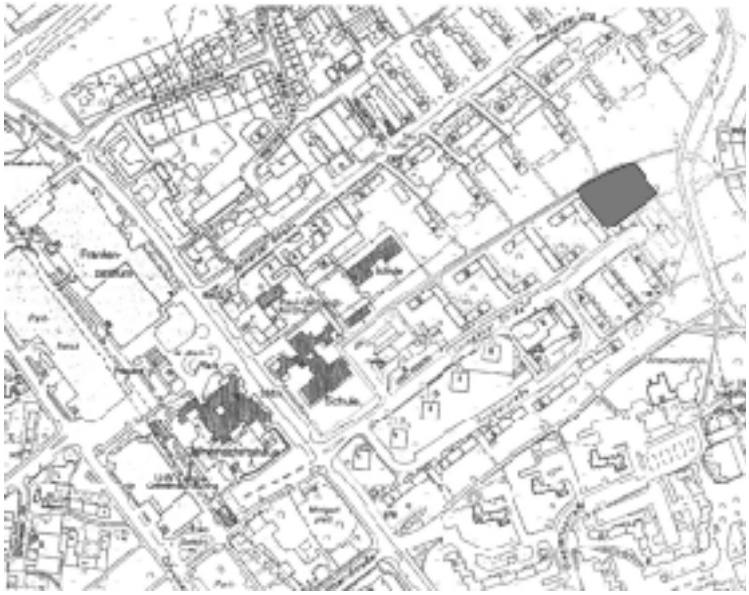


Gesamtstädtischer Kontext

Nürnberg ist eine traditionsreiche Stadt und besteht seit 950 Jahren. Sie war eine wichtige mittelalterliche Handelsstadt. Unter den Nationalsozialisten, ab 1933 wurde sie zur Stadt der Reichsparteitage erklärt. Knapp die Hälfte des Wohnungsbestandes ist im 2.Weltkrieg zerstört worden. Bereits 1947 begann man mit dem Wiederaufbau. Die Innenstadt wurde nach historischen Vorbildern aufgebaut, neue Wege und Straßenverbindungen sollten verstärkt Siedlungsgebiete an den Stadträndern erschließen. Nürnberg besteht aus sieben Stadtbezirken und ist mit knapp 500.000 EinwohnerInnen (Stand 2000) die zweitgrößte Stadt Bayerns, die größte Stadt Frankens und aufgrund ihrer zentralen Lage in Nordbayern das Oberzentrum der Region. Seit der Öffnung nach Osten liegt Nürnberg wieder im Schnittpunkt nationaler und internationaler Verkehrsverbindungen. Nürnberg gilt als Zentrum für Handel, Logistik und moderne Kommunikation, aber auch für Schreibgeräte- und Nahrungsmittelindustrie, die zugleich die größten ArbeitgeberInnen der Stadt sind.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Der Stadtteil Langwasser wurde 1938 nach Nürnberg eingemeindet und diente zunächst als Parteitagsgelände der NS. Er liegt im Süden der Stadt, ca. 7 km südöstlich vom Rand der Altstadt entfernt. Als städtebauliche Erweiterungsmaßnahme wurde von der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Nürnberg (wbg) für Langwasser bereits 1955 ein „Städtebaulicher Ideenwettbewerb" ausgeschrieben. Ergebnis des Wettbewerbs war die Planung eines Stadtteils für ca. 40.000 Einwohner. Im Vorfeld wurde eine U-Bahnlinie von Langwasser-Süd nach Fürth entwickelt. Von Langwasser-Süd bis zum Nürnberger Hauptbahnhof beträgt die Fahrzeit 12 Minuten. Der gesamte Stadtteil Nürnberg-Langwasser ist wegen hoher Wohnqualitäten, der guten ÖPNV-Anbindung und der Einbindung in die umgebenden öffentlichen Grünzüge ein begehrtes Wohngebiet. Das Grundstück liegt südöstlich des Stadtzentrums Nürnberg. Eigentümerin des 4.000 m^2 großen Grundstücks ist die wbg. Der zum Planungszeitraum ungenutzte Parkplatz wurde aufgrund sei-



ner günstigen Lage für die Bebauung ausgewählt. In fußläufiger Entfernung befinden sich Einkaufsmöglichkeiten und die U-Bahn Anbindung an das Stadtzentrum. In unmittelbarer Nähe sind außerdem Grünflächen mit großem Erholungswert vorhanden.

Entstehung des Projektes

Im Rahmen der 1996 beschlossenen städtebaulichen Weiterentwicklungsmaßnahme wurden mehrere Wohnbauvorhaben geplant und unter anderem der städtebauliche Realisierungswettbewerb „Frauenfreundliches Wohnen" durchgeführt. Das Projekt wurde auf Anregung der Frauenbeauftragten der Stadt Nürnberg entwickelt. Vorbild war u.a. das Projekt „Frauen planen Wohnungen" in Bergkamen, so wurde 1996 ein reiner Architektinnenwettbewerb ausgelobt, in dem öffentlich geförderte Wohnungen errichtet werden sollten. Planungsträgerin war die städtische Wohnungsbaugesellschaft.

Planungsprozess

Das Projekt gilt als Modellvorhaben und wurde vom Bayrischen Staatsministerium des Innern –Oberste Baubehörde- im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Siedlungsbaus „Wohnen 2000, preiswert, ökologisch, sozial" gefördert. Nach der Wettbewerbsentscheidung entwickelte sich eine Projektgruppe bestehend aus der Frauenbeauftragten, Mitgliedern der wbg, dem allgemeinen Sozialdienst und dem Amt für Wohnungs- und Stadterneuerung. Im Januar 1998 wurde mit der Realisierung begonnen. Die Projektgruppe erarbeitete das Belegungskonzept. Zu den Zielgruppen gehörten junge Familien mit Kindern und eine Offenheit für alle Personengruppen, die sich mit der Idee des Projektes identifizieren. Eine erste Informationsveranstaltung wurde organisiert, zu der 250 Personen eingeladen wurden, die sich aufgrund von Zeitungsannoncen für das Projekt interessiert hatten oder auf der Liste des Wohnungsamtes erfasst wurden.

Bauprozess

Während der Bauphase wurden von der wbg mehrere Informationsveranstaltungen und Einzelgespräche mit zukünftigen MieterInnen organisiert. Die Besonderheiten des Projektes wie z.B. kommunikatives und nachbarschaftliches Zusammenleben, Kinderfreundlichkeit und gegenseitige Unterstützung wurden so vermittelt. Gemeinsam wurde die Planung der Freiflächen erarbeitet und es gab seitens der wbg Anregungen zu richtigem Heiz- und Lüftverhalten. Im April 1999 wurden die Wohnungen bezogen.

Projektbeschreibung

Auf dem Grundstücks sind in Schottenbauweise 33 Wohneinheiten (WE) entstanden. Zwei viergeschossige, abgestufte Gebäudezeilen stehen sich gegenüber und bilden einen Wohnhof, der durch seine Gestaltung zum Verweilen und zur Kommunikation einlädt. Die Erschließung der Wohnungen in den Obergeschossen erfolgt über Laubengänge. Der Wohnungsschlüssel umfasst 2- bis 5-Zimmer-Wohnungen. Durch Schaltbarkeit einzelner Räume können die Größen variieren. Die Essbereiche und Küchen orientieren sich zum Innenhof, somit können dort spielende Kinder von den Küchen aus beaufsichtigt werden. Ein direkter Zugang zu den privaten Außenbereichen ist über Individualräume und Treppen auch vom Obergeschoss aus möglich. Der Gemeinschaftsraum begrenzt den halböffentlichen Bereich des Innenhofes zum anschließenden öffentlichen Grünzug.

Entwicklung nach Fertigstellung

Die Fluktuation ist gering, bislang hat es einen Auszug gegeben. Es besteht seitens der MieterInnen eine große Nachfrage nach freiwerdendem Wohnraum für Bekannte, Verwandte und Freunde. Anfangs hatte es bei den MieterInnen Schwierigkeiten mit er Bezeichnung „frauenfreundliches Wohnen" gegeben, da Assoziationen zu Frauenhäusern geweckt wurden, die mit Hilfseinrichtungen oder sozialen Brennpunkten in Verbindung gebracht wurden. Desweiteren war unklar, ob es sich um eine Wohnanlage ausschließlich für Frauen handelte, oder ob auch Männer oder Familien dort einziehen könnten. Die Nachbarschaft reagierte anfangs ablehnend gegenüber dem Neubau, da die Sicht auf den Park zugestellt wurde.
Auf Anregung der Projektgruppe gab es eine „Anleitung zur Nachbarschaftsentwicklung. Vom Allgemeinen Sozialdienst wurde eine halbe ABM-Stelle nur für die Betreuung der Gemeinschaft bis April 2001 eingesetzt. Aufgrund dieser Bertreuung, hat sich ein Gemeinschaftsleben entwickelt und funktioniert zur Zeit gut.

Bauliche Veränderung

Bislang sind keine baulichen Veränderungen bekannt.

Fazit: Innovation

Insgesamt wird das Projekt von den Beteiligten insbesondere wegen seines gemeinschaftlichen Anspruchs positiv bewertet. Die geringe Fluktuation deutet auf eine große Wohnzufriedenheit hin. Die überschaubare Größe mit 33 WE wirkt sich positiv auf die Kommunikationsbereitschaft und die Bildung von Nachbarschaften aus, da „man sich kennt". Leider gibt es nicht genügend große Wohnungen, um auf veränderte Lebenslagen z.B. mit Wohnungstausch reagieren zu können. Die Bezeichnung der Anlage wird von einigen Beteiligten als ausgrenzend empfunden. Durch die professionelle Unterstützung für die Entwicklung der Gemeinschaft hat die Wohnanlage einen hohen Stellenwert bei den MieterInnen erhalten. Auch die umgebenden BewohnerInnen haben sich mit dem Projekt arrangiert und konnten an Treffen und Aktionen teilhaben.
Durch den Realisierungswettbewerb und weitere Öffentlichkeitsarbeit hat das Projekt einen hohen Bekanntheitsgrad und damit auch eine hohe Akzeptanz erlangt. Die Frauenbeauftragte ist durch vorangegangene Modellprojekte inspiriert worden. Förderlich für die Realisierung des Projektes war die Zusammenstellung der Projektgruppe von Frauen aus verschiedenen Disziplinen. Die regelmäßig stattfindenden Sitzungen haben den Kontakt zwischen den verschiedenen AkteurInnen erleichtert. Dadurch konnten auftauchende Schwierigkeiten im direkten Kontakt geklärt werden. Diese Offenheit gegenüber den AkteurInnen wurde auch auf die zukünftigen NutzerInnen übertragen. Das frühzeitiges Kennenlernen der MieterInnen fördert die Bildung von Nachbarschaften und führt zu einer Identifikation mit dem Wohnumfeld. Die Akzeptanz in der Nachbarschaft ist durch gute Öffentlichkeitsarbeit erleichtert worden.

Zeitschiene

erste Idee — **1995**
städtebauliche Weiterentwicklung von Nürnberg-Langwasser; Nachverdichtung

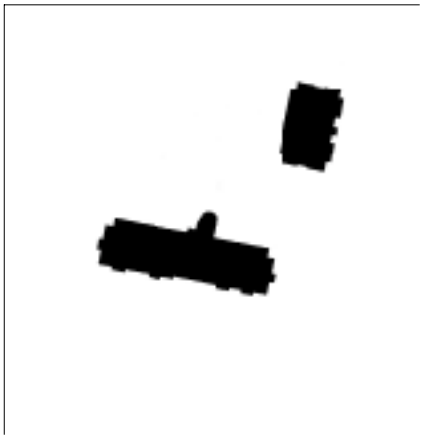
Konzeptentwicklung
Zusammenarbeit von Frauenbüro, der Stadt Nürnberg und der Wohnungsgesellschaft

Verfahren — **1996**
Auslobung eines Städtebaulichen Realisierungswettbewerbs für Architektinnen

Bauzeit — **1998**

Bezug der Wohnungen — **1999**
im April

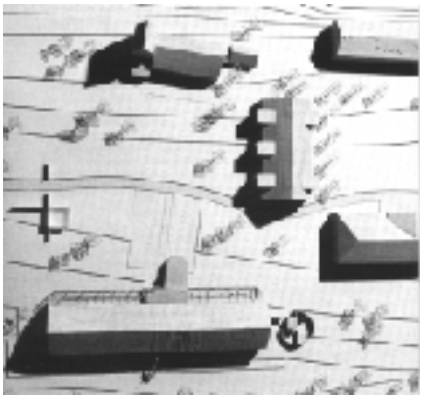
Entwicklung nach Bezug — **2000**
+: bislang keine Fluktuation



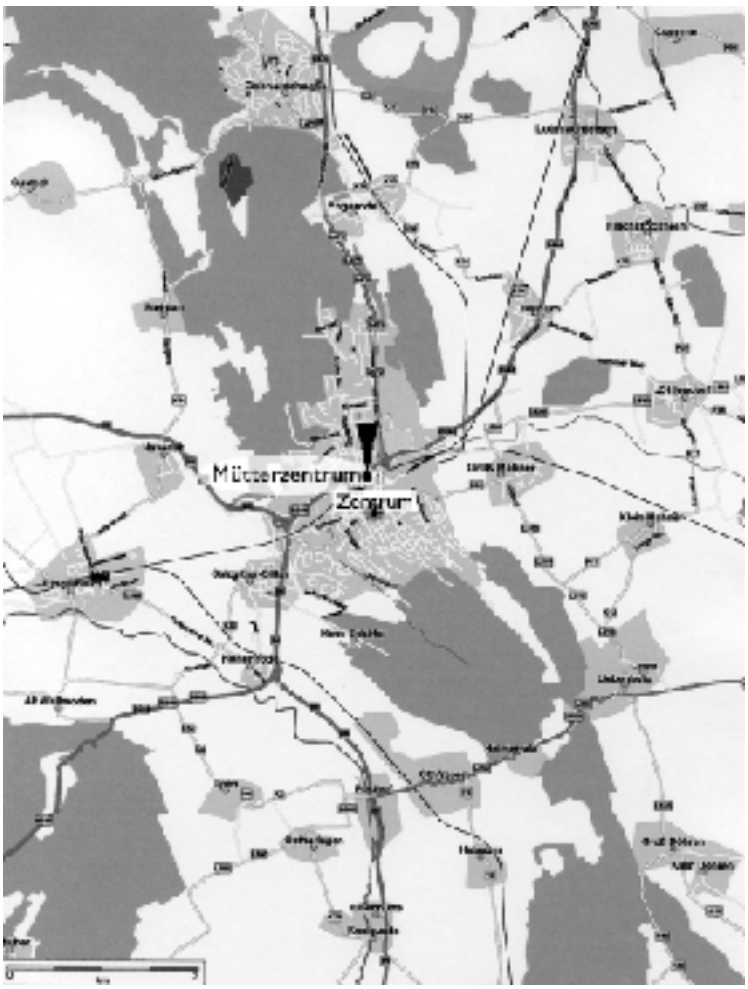
MÜTTERZENTRUM

SALZGITTER-BAD

erste Idee / Bezug	1996 / 1999
Initiative	Hildegard Schooß, EXPO 2000 Projekt
TrägerIn	Mütterzentrum: SOS-Mütterzentrum Salzgitter Wohnhaus: Wohnbau Salzgitter
ArchitektInnen	Professor Georg Klaus, FH Hildesheim
Entwurfsverfahren	Direktauftrag
Finanzierung	Mütterzentrum: Mischfinanzierung Wohnhaus: öffentlich geförderter Wohnungsbau ⇒ 1.Förderweg
NutzerInnenbeteiligung	in Absprache mit dem Mütterzentrum
Lage im Stadtgebiet	Innenstadtnah, Salzgitter-Bad
Größe Planungsgebiet / Dichte	5000 m² / Mütterzentrum und Wohnhaus: keine Angaben
Nutzungen	Mütterzentrum: Dienstleistung, Kinder- Altenservice, Gewerbe Wohnhaus: 14 WE
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	Mütterzentrum: II / keine Angaben Wohnhaus: II,5 / keine Angaben
Wohnungsschlüssel	keine Angaben

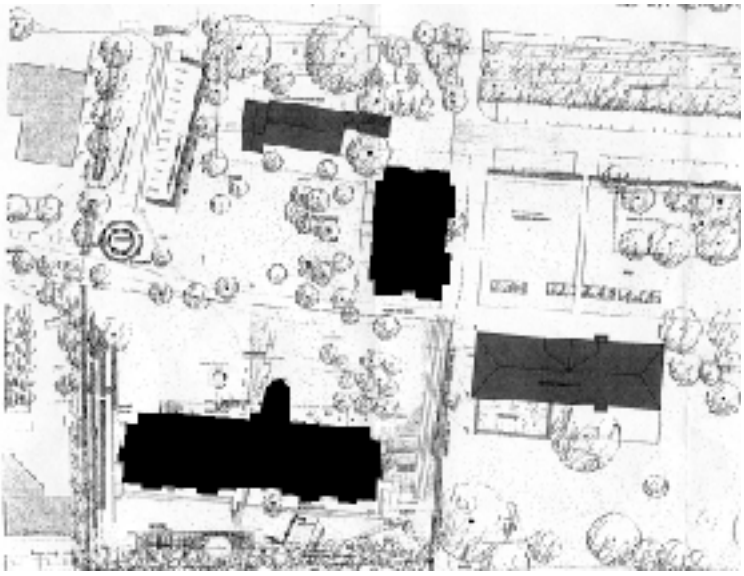


Mit einer klaren Zielvorstellung, einem starken Willen und viel Engagement der Initiatorin Hildegart Schooß ist es zur Realisierung dieses Projektes gekommen. Neben dem eigentlichen Mütterzentrum mit verschiedenen sozialen Angeboten für Alt und Jung gibt es ebenfalls ein Wohnprojekt mit 14 Wohneinheiten (WE). Die Anerkennung als EXPO 2000 Projekt macht diese Form des sozialen Engagements über die Grenzen hinaus bekannt.



Gesamtstädtischer Kontext

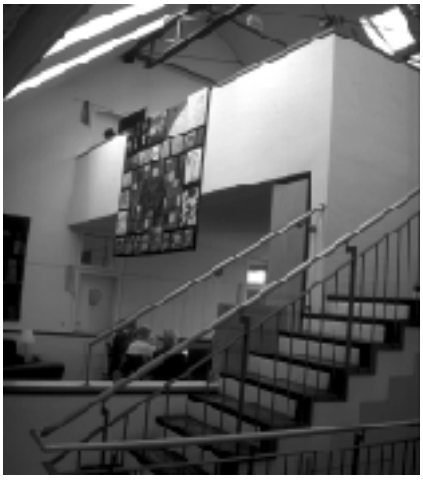
Salzgitter ist heute eine Stadt im Grünen. Ihre Entstehung ist unmittelbar mit den wirtschaftlichen Autarkie-Bestrebungen des „Dritten Reiches“ und im Zusammenhang mit den ersten Vorbereitungen auf den Zweiten Weltkrieg zu sehen. Eine ursprünglich an der Landwirtschaft orientierte Region wurde innerhalb weniger Jahre industrialisiert. Der Beschluss zum Aufbau des Industriekomplexes wurde 1937 gefasst. Auf dem erzhaltigen Boden entstand ein gigantisches Hüttenwerk. Durch die Zuwanderungen von Arbeitern wurde die Stadt Salzgitter 1942 gegründet.
1950 versuchte die interalliierte Besatzungsmacht die Hütten zu sprengen. Gegen diese Anordnung erheben sich die Arbeiter des Werkes und leisteten erfolgreich Widerstand. Das bedeutete einen Fortbestand der Stadt Salzgitter mit Arbeitsplätzen für ihre Bevölkerung.
Im Zuge der Gebietsreform 1974 werden der Stadt Salzgitter weitere Gemeinden zugeordnet. Salzgitter hat jetzt insgesamt 31 Stadtteile.
In den 80er Jahren endete die Erzförderung im Stadtgebiet mit der Schließung der letzten Schächte, dennoch ist die Salzgitter AG eine der größten Arbeitgeber der Stadt.
Die heutige Stadt Salzgitter hat insgesamt eine Gesamtfläche von 224 km^2 mit rund 120.000 EinwohnerInnen (Stand 2001). Sie erfüllt in der Region Süd-Ost-Niedersachsen, im nördlichen Harzvorland, die Funktion eines Mittelzentrums. Mit den Hauptsiedlungsschwerpunkten SZ-Lebenstedt, SZ-Bad, SZ-Thiede, SZ-Gebhardshagen ergibt sich eine polyzentrische Siedlungsstruktur. Im Rahmen der Umstrukturierungsmaßnahmen nach der Schließung der Schächte soll das Zentrum Salzgitter-Lebenstedt durch diverse Sanierungsmaßnahmen ausgebaut werden. Der Stadtteil Salzgitter-Bad ist der älteste und namensgebende Teil mit einem historischen Stadtkern.



Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Planungsgebiet liegt im historischen Kernbereich Salzgitter-Bad auf dem Gelände des alten Kniestedter Gutes im ehemaligen Dorf Kniestedt. Das weitläufige Wiesengelände ist eingefaßt von den großen Zubringerstraßen, B 248 im Norden und L 472 im Osten. Im Süden ist das Grundstück durch breite Gleisanlagen der Bahn begrenzt. In Richtung Westen quert ein öffentlicher Fußweg das Gelände und führt in das nahe gelegene Zentrum von Salzgitter-Bad und zur Bahnstation.
Auf dem Gelände befindet sich die Kniestedter Kirche, eine alte Steinkirche, die heute als Veranstaltungszentrum genutzt wird. Schräg gegenüber liegt das Kniestedter Herrenhaus. Nachdem das Gebäude lange leer stand, wurden 1994 die Renovierungsarbeiten abgeschlossen und die heutige Volkshochschule ist mit ihrer Zweigstelle in das Gebäude eingezogen.
Die enge Zusammenarbeit zwischen Mütterzentrum und Stadtplanungsamt ermöglichten die Auswahl des Standortes. Das Gelände des Kniestedter Herrenhauses war eins von drei in Frage kommenden städtischen Grundstücken, das aufgrund seiner Standortvorteile ausgewählt wurde. Kriterien wie Innenstadtnähe, gute ÖPNV-Anbindung durch Bus- und Bahnverkehr spielten bei der Auswahl eine Rolle.
Auch die Stadt erkannte die Vorteile des Standortes: Seit 20 Jahren hatte es bereits die Einrichtung Mütterzentrum in Salzgitter gegeben. Die starke Resonanz des Zentrums ließ die Räumlichkeiten des alten Standorts zu klein werden. Es schien günstig, das alte Mütterzentrum für die Integration verschiedener sozialer und kultureller Einrichtungen an einem Standort zu konzentrieren und sie unterschiedlichen InteressentInnen zur Verfügung zu stellen.

Entstehung des Projektes



Die Idee des Mütterzentrums ist ca. 25 Jahre alt. Der Begriff Mütterlichkeit bezieht sich im Projekt nicht auf den realen Zustand Mutter zu sein, sondern er soll als Qualifikation und Praxiskompetenz verstanden werden. In den 1970er Jahren organisierte sich eine Gruppe und Feministinnen, um ihr Leben selbst zu bestimmen und zu planen. In Salzgitter mieteten sie eine ehemalige Wäscherei, um einen ersten Versuch eines Mütterzentrums zu ermöglichen. Von Beginn an wurde die Einrichtung als Anlaufstelle von vielen Frauen genutzt. Angebote wie Second Hand Basare, Kinderbetreuung, Beratung, Kommunikation usw. wurden kontinuierlich angeboten. Dieses erste Zentrum wurde Vorbild für ca. 400 weitere Mütterzentren.
Die engagierten Frauen, allen voran die Initiatorin Hildegard Schooß, formulierten nach theoretischer und praktischer Arbeit eigene Ziele und Forderungen. Nach 25 Jahren erfolgreicher Frauenarbeit in Salzgitter, nahmen sie 1996 Kontakt zum Stadtplanungsamt auf, um parallel laufenden Aktivitäten unter einem Dach bündeln zu können. „Betreutes Wohnen", „Integrative Arbeit", „Flexible Kinderbetreuung", diese stets parallellaufenden sozialen Einrichtungen sollten in einem Haus vereint werden. Begegnung zwischen den Geschlechtern und den Generationen sollte gefördert werden.

Planungsprozess

Im Jahr 1980 gründete sich in Salzgitter das erste Mütterzentrum. Auf der ständigen Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten übernahm 1984 das SOS-Kinderdorf e.V. die Trägerschaft, die nicht nur die finanzielle Sicherheit gab, sondern vor allem auch die inhaltliche Idee wesentlich unterstützte.
Nachdem die Idee 1996 mit dem Stadtplanungsamt abgesprochen war, nahm die Initiatorin Kontakt zu der Wohnbau Salzgitter und dem Architekten Prof. Dr. Georg Klaus aus Hildesheim auf, der einen Entwurf für das Gelände entwickelte. Es gab regelmäßige Treffen mit allen Beteiligten. Durch den direkten persönlichen Kontakt konnten Dinge, die es zu klären galt, augenblicklich diskutiert oder sogar beseitigt werden. Der geplante Neubau konnte 1997 aufgrund seiner zukunftsorientierten Lebensweise (alle Einrichtungen unter einem Dach, Verzahnung der verschiedenen Angebote) als weltweites Projekt der EXPO 2000 registriert werden.

Bauprozess

Die Fertigstellung erfolgte im Frühjahr 1999, die Wohnhäuser wurden bezogen und das Mütterzentrum Salzgitter als EXPO-Projekt anerkannt.
Aufgrund des engen Kontakts zwischen den einzelnen Beteiligten (Mütterzentrum, SOS-Kinderdorf e.V., Stadtplanungsamt, WOHNBAU Salzgitter und Architekt) konnte das Projekt in nur drei Jahren realisiert werden. Der kurze Realisierungsprozess zeigt den Erfolg dieses Verfahrens, das von den Beteiligten als unkonventionelles Vorgehen beschrieben wird.

Projektbeschreibung

Das Mütterzentrum selbst und das Wohnhaus stehen im rechten Winkel zueinander und fügen sich in das historische Umfeld des vorhandenen Bestandes ein. Das Wohnhaus hat 2 Geschosse, beinhaltet 14 Wohnungen, die im Erdgeschoss rollstuhlgerecht ausgebaut sind. Alle Wohnungen sind im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus entstanden. Das Wohnhaus nimmt die Formensprache des Mütterzentrums auf und bildet ein Ensemble mit ihm.
Das Mütterzentrum ist ein langgestreckter, kompakter Bau mit hervortretendem Eingangsbereich mit ca. 2.000 qm Nutz- und Nutznebenfläche und rund 5.000 qm Außenfläche. Im Volumen nimmt es sich gegenüber den alten Gebäuden zurück. Die öffentlichen Nutzungen des Mütterzentrums beleben das Grundstück neu und geben dem Stadtteil Kniestedt die Möglichkeit, sich weiter zu entwickeln. Die Serviceleistungen bieten u.a. ein Kinderhaus, einen Spielkreis, einen Altenservice mit Tages und Ambulanter Pflege, einen Raum für Jugendliche, ein Café mit Mittagstisch, Beratung und Information, Fortbildung/Anleitung und Weiterbildung. Für Frauen gibt es neben Arbeitsplätzen zur Orientierung auch selbständige Kleinbetriebe, z.B. einen Kiosk, Fuß- und Haarpflege und Second-Hand-Mode. Entstanden ist ein multifunktionales Generationenhaus. Der Leitsatz „Wege schaffen Begegnung, Begegnung schafft Beziehung, Beziehung schafft Verantwortung, und so entsteht die Grundlage für Gemeinschaft" prägt das Mütterzentrum.
Begegnungen werden durch die Architektur gefördert. Die Räume sind hintereinander geschaltet und können entweder durch innenliegende Verbindungstüren erschlossen oder durch den vorgelagerten Laubengang erreicht werden. Durch die hintereinanderliegenden Räume können einzelne Bereiche problemlos vergrößert oder verkleinert werden.

Entwicklung nach Fertigstellung

Im Eröffnungsjahr wurde das Mütterzentrum gut besucht. Durch die EXPO gab es viel öffentliches Interesse. Die NutzerInnen kamen aus dem gesamten Einzugsgebiet Salzgitter. Alt und Jung nehmen insbesondere das Kommunikationsangebot und den Mittagstisch in Anspruch.
In den 14 Wohnungen gab es bislang keine Fluktuation. Die Nachfrage nach weiteren Wohnungen mit höherem Standard ist groß.

Bauliche Veränderung

Das Zusammenspiel von Konzept und Architektur lässt Variationsmöglichkeiten offen. Einen Umbau hat es bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gegeben. Die einzelnen, ähnlich großen Räume sind je nach Nutzung eingerichtet und als „gefangene" Räume hintereinander geschaltet. Da sie nicht ständig von einzelnen Gruppen genutzt werden, stehen sie zu einem anderen Zeitpunkt unterschiedlichen Aktivitäten zur Verfügung.

Fazit: Innovation

Das Mütterzentrum Salzgitter ist ein Projekt, das stark aus dem Engagement der Initiatorin und ihrer Mitstreiterinnen hervorgegangen ist. Durch dieses Engagement und die langjährige Erfahrung mit der Einrichtung ist von den Beteiligten ein großes Interesse zu spüren. Wie wichtig persönliche Erfahrungen und Kontakte sind, zeigt das Verfahren der offenen Runden im Planungsprozess. Das ein Gelingen solcher Projekte oft von einzelnen Personen abhängt, wird hier deutlich. Die Stadt war bereit, Ideen und Innovationen der aktiven Frauen aufzunehmen und in Abstimmung mit den anderen AkteurInnen durchzusetzen.
Aufgrund der verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten hat sich das Mütterzentrum eine gewisse Unabhängigkeit geschaffen. Sie sind nicht von einem/r GeldgeberIn abhängig, sondern haben ihr Finanzierungsprojekt auf mehrere Standbeine verteilt. Die Unterbringung verschiedener Einrichtungen unter einem Dach lässt in dem Haus vielfältige Möglichkeiten offen. Durch die ineinanderfließenden Räume können verschiedene Angebote parallel angeboten und genutzt werden. Insbesondere der Kontakte zwischen Generationen funktioniert gut.
Ein weiterer innovativer Aspekt ist, dass die unterschiedlichen Aktivitäten vielseitige Arbeitsplätze für Frauen geschaffen hat.Von der Existenzgründerin bis hin zu Aushilfsarbeiten in der Küche.

Zeitschiene

erste Idee — **1996**
„Alles unter einem Dach“

Konzeptentwicklung
Planungsbeginn für den Neubau;
Vorhaben wird EXPO-2000-Projekt

Verfahren — **1997**
Direktauftrag

Bauzeit — **1997**

Bezug des Mütterzentrums — **1999**
im März

Bezug der Wohnungen
im Mai

Entwicklung nach Bezug — **2000**
+ : hohe BesucherInnenrate
viel Öffentlichkeitsarbeit;
bislang keine Fluktuation

BEGINENHOF

BREMEN

erste Idee / Bezug	1996 / 2001
Initiative	Dr. Erika Riemer-Noltenius / EXPO 2000 Projekt: zur Registrierung empfohlen
TrägerIn	Bremer Beginenhof Wohnungsbau Kooperative e.G.
ArchitektInnen	Alexandra Czerner, Hamburg; Thalen Consult, Bremen
Entwurfsverfahren	Direktauftrag
Finanzierung	Mischfinanzierung: Eigentum, Miete, sozialer Wohnungsbau
NutzerInnenbeteiligung	Arbeitsgruppen: Bremer Beginenhof Modell e.V.
Lage im Stadtgebiet	Innenstadtnah, Bremer Neustadt
Größe Planungsgebiet / Dichte	6000 m² / GFZ 1,7
Nutzungen	ca. 85 WE; Gemeinschaft, Dienstleistung, Gewerbe
Geschosszahl / Stellplätze pro WE	III - IV / 1,0
Wohnungsschlüssel	12x 1-Zi-Appartments, 73x 2-4-Zi-Whg.

Die Idee der mittelalterlichen Beginenkultur war in diesem Projekt Initialzündung und stieß in Bremen auf ein reges Interesse. Der Erfolg des Wohnprojektes „Bremer-Beginen-Modell" (BBM) ist insbesondere auf die intensive Tätigkeit des Vereinsvorstands zurückzuführen. Die Entwicklung des Projektes durch die zweigleisige Gründung eines Vereins und einer Wohnungsgenossinnenschaft ermöglicht vielen Interessentinnen die Mitgliedschaft.

Gesamtstädtischer Kontext

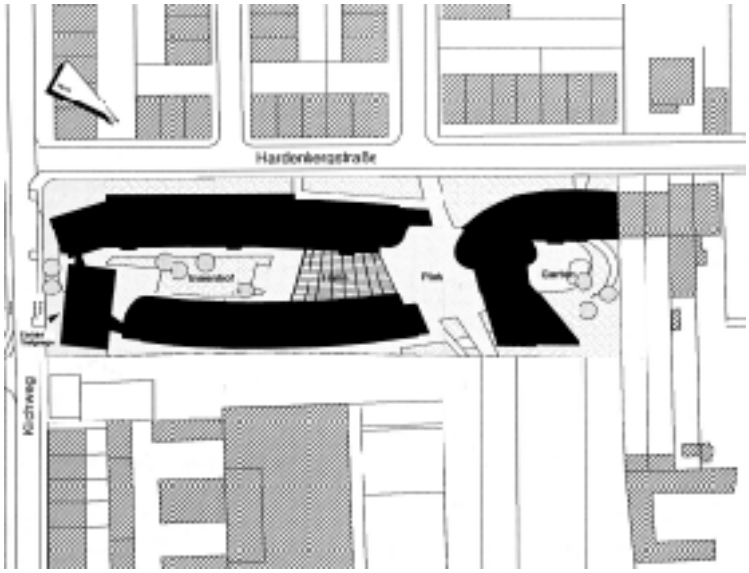
Die Freie und Hansestadt Bremen ist gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven selbständiges Bundesland. Als Zwei-Städte-Staat auf 400 Quadratkilometern ist es das Kleinste unter den 16 deutschen Ländern. Bremen ist 1200 Jahre alt und hat mit dem Hafen einen unmittelbaren Zugang zur Nordsee. Mit ca. 550.000 EinwohnerInnen (Stand 1998) zählt sie zu den 10 größten Städten Deutschlands. Durch den Hafen ist Bremen bundesweit zweitgrößter Außenhandelsstandort für Automobil-, Stahl-, Schiffbau-, Luft- und Raumfahrtindustrie; zudem gilt Bremen als Zentrum der Nahrungs- und Genussmittelproduktion. Hervorgehoben wird stets die enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Forschung der Universität und Fachhochschulen insbesondere im Bereich der angewandeten Raumfahrttechnologie. Die Wohnqualität in Bremen ist durch die kleinteilige Gliederung, die „Bremer Stadthäuser" und die Nähe zur Weser mit ausgedehnten Parks und Naherholungsgebieten hoch. Durch eine liberale Stadtpolitik und den hohen Anteil an StudentInnen ist das Bild der Stadt mit alternativem und multikulturellem Leben gefüllt.

Lage des Projektes im Stadtgebiet

Das Bremer-Beginen-Modell wurde auf dem Grundstück der Bremer Neustadt verwirklicht, die mit rund 42.000 EinwohnerInnen am südlichen Weserufer liegt und unmittelbar an die Altstadt grenzt. Es ist der am dichtesten besiedelte Stadtteil von Bremen und wird in erster Linie durch Wohnnutzung und Gewerbe geprägt. Straßenbahnen und Busse verkehren in regelmäßigen Taktzeiten in die Innenstadt. Die Bremer Neustadt gilt durch die direkte Stadtnähe und das Naherholungsgebiet Werdersee als begehrtes Wohngebiet. Kriterien für die Wahl des Grundstücks waren insbesondere die Zentrumsnähe mit verkehrsgünstigen Anbindungen und die gleichzeitig nahe gelegenen Grünräume. Nach Hinweisen der Baubehörde zeigte der Vorstand des Bremer-Beginen-Modells großes Interesse an dem Grundstück. Inhaber des Grundstücks waren früher die Coca-Cola-Werke, die den Standort ihres ehemaligen Abfüllwerkes aus logistischen Gründen aufgegeben und an das Deutsche Rote Kreuz in Bremen verkauft hatte. Es gab weitere Interessenten für das Grundstück. Die Beginen nahmen daraufhin Kontakt zu der Vorsitzenden des Deutschen Roten Kreuzes auf und konnten sie von einer Mitgliedschaft im BBM überzeugen und das Grundstück erwerben.

Entstehung des Projektes

Das Stadtplanungsamt hatte für diesen Standort genaue Bebauungsvorstellungen, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht zufriedenstellend gelöst wurden. Der Entwurf der Beginen weckte reges Interesse und aufgrund guter Lösungsvorschläge wurde der bereits bestehende rechtskräftige Bebauungsplan geändert und die Beginen bekamen den Zuschlag für eine Bebauung. Die Idee für das Bremer-Beginen-Modell ist unmittelbar verknüpft mit der Initiatorin Dr. Erika Riemer-Noltenius. Sie hatte den Wunsch, die mittelalterliche Beginen-Bewegung in die heutige Zeit zu übertragen. Das heißt: ein gemeinschaftliches, selbstbestimmtes und wirtschaftlich unabhängiges Zusammenleben von Frauen, ohne sich patriarchalen Strukturen (wie Ehe oder Kirche) unterwerfen zu müssen. Auf Grund eines gewissen Bekanntheitsgrades in der Bremer Politik gelang es der Initiatorin in kürzester



Zeit, mit viel persönlichem Einsatz, genügend Frauen zu finden, die sich mit einer Mitgliedschaft in dem gemeinnützigen Verein engagierten. Daraufhin gründete sich im Juni 1997 die Wohnungsbaugenossenschaft „Bremer-BeginenhofModell". Rund 90 Frauen waren bereit, die Wohnungsbaugenossenschaft ideell und finanziell zu unterstützen. Im Februar 1999 wurde die Genossenschaft geschäftsfähig. Die Rechtsform der Genossenschaft wurde bewusst gewählt, um in einem demokratischen Verfahren, aber auch in einer hierarchischen Struktur Entscheidungen treffen zu können. Das Projekt BBM erfährt Zuspruch durch die Inhalte der Lokalen Agenda und bewarb sich mit dem Konzept „Frauen schaffen Zukunft" als EXPO 2000-Projekt, als das es auch anerkannt wurde.

Planungsprozess

Der Planungsprozess entwickelte sich zweigleisig. Durch die Bewerbung bei der EXPO 2000 und dem damit verbundenen zeitlichen und finanziellen Druck musste das Projekt schnell entwickelt werden. Das Projekt sollte aus 1/3 Eigentum, 1/3 freifinanziertem und 1/3 sozialgefördertem Wohnungsbau bestehen. Dafür mussten Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden. Lediglich für den Anteil im sozialen Wohnungsbaus gab es öffentliche Unterstützungen. Der Rest sollte aus einem Bankdarlehen und privat finanzierten Geldern bestehen. Für die private Finanzierung mussten schnellstmöglich Frauen als Eigentümerinnen gefunden werden. Parallel zu der Aufstellung eines Finanzplanes mussten die Abstimmungen mit dem Stadtplanungsamt geklärt werden. Das Stadtplanungsamt unterstützte anfangs die Idee und beteiligte sich an dem schnellen Verfahren. Sie luden alle NachbarInnen, Beteiligten und TrägerInnen öffentlicher Belange zu einem Gespräch ein, um eventuelle Bedenken auf direktem Weg ausräumen zu können.
Vom Vorstand des BBM erfolgte ein Direktauftrag an die Architektin Alexandra Czerner, weil man auf eines ihrer bereits existierenden Projekte durch eine Veröffentlichung aufmerksam wurde.

Bauprozess

Infolge von Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den Initiatorinnen des Projektes, den direkt angrenzenden NachbarInnen und dem Stadtplanungsamt kam es erst nur zu einer Teilgenehmigung für die Bebauung. Durch versäumte Kontaktaufnahme mit direkten betroffenen NachbarInnen mussten Genehmigungsverfahren neu überarbeitet werden. Nach Auffassung der Beginen kam die Architektin ihren Verpflichtungen nicht nach und so kam es mitten im Bauprozess zur Trennung und zu Bauverzögerungen. Nach diesem Baustopp konnte das Projekt jedoch im Jahr 2001 fertiggestellt werden. Mittlerweile sind alle Wohnungen bezogen.

Projektbeschreibung

Das Projekt wendet sich an Frauen in unterschiedlichen Lebensphasen und -situationen, die zusammen in einer Hausgemeinschaft leben und arbeiten möchten. Männer sind als Kunden und Gäste – dabei gilt die Regelung von bis zu 6 Monaten Besuchsrecht – im Haus willkommen, können dort selbst

aber weder Eigentum erwerben noch wohnen. Die Söhne der Frauen können dort leben solange sie bei ihren Müttern wohnen. Sie sind nicht berechtigt die Wohnung als Eigentum zu beziehen oder zu besitzen, sondern müssen sie an Frauen verkaufen. Das Modell sieht eine Mischnutzung mit Wohn- und Gewerbeflächen, Einzelhandels- und Gemeinschaftseinrichtungen vor. Der Entwurf besteht aus vier 3 geschossigen Gebäuden, einem Innenhof, zwei öffentlichen Plätzen, einem Kinderspielplatz, einem Tagungszentrum und 85 Wohneinheiten mit einer Größe von 50 – 120 m^2. Das Erdgeschoss soll gewerblichen Nutzungen zur Verfügung stehen.

Entwicklung nach Fertigstellung

Nach Fertigstellung der Gebäude sind alle Wohnungen verkauft und bereits bezogen. Die Verwaltung der Projektes ist mittlerweile an die Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA in Bremen gegangen.

Bauliche Veränderung

Für die interessierten Käuferinnen und Mieterinnen wurden nach der Trennung von der Architektin im Planungsprozess Grundrissberatungen und Änderungswünsche von der FOPA Bremen durchgeführt.

Fazit: Innovation

Das Bremer-Beginen-Modell hat einen dynamischen Prozess in Gang gesetzt und erhielt durch die aktive Teilnahme der Beteiligten insbesondere der Vorstandsfrauen schnell Anerkennung. Durch das resolute Auftreten des Vorstandes kam es allerdings auch zu Konflikten mit dem Stadtplanungsamt. Nach den Ungereimtheiten mit den NachbarInnen, die von den Initiatorinnen nicht geklärt wurden, fühlte sich das Planungsamt übergangen und konnte und wollte dem Schnellstarterprojekt nicht mehr die nötige Unterstützung gewähren. Das Projekt steht momentan zudem vor ungelösten finanziellen Problemen, die es noch zu klären gilt. Entstanden ist das Finanzproblem durch die Reduzierung von in Aussicht gestellten Fördermitteln für Gewerbeflächen um 3,5 Mio DM. Dieser Fehlbetrag kann von den Beginen nicht ausgeglichen werden, somit steht ein Insolvenzverfahren an, das im November 2001 eingeleitet wurde und voraussichtlich 2-3 Jahre dauern wird.
Dem persönlichen Engagement und dem Durchhaltevermögen der Initiatorin und der beteiligten Frauen ist es zu verdanken, dass dieses Projekt realisiert werden konnte. Die hervorragende Öffentlichkeitsarbeit und die Überzeugungskraft des Vorstandes stieß in der Stadt grundsätzlich auf breite Unterstützung.
Durch das zweigleisige Gründungsmodell, Genossinnenschaft und Verein, ist es möglich geworden, verschiedene Frauen zur Mitgliedschaft zu bewegen. Es ist möglich, Geld in Immobilien anzulegen oder als Genossenschaftlerin Wohnrecht zu erhalten. Die Anlehnung an die Beginenkultur scheint eine solide und überzeugende Struktur für Frauen zu bieten, die sich für diese alternative Lebensweise entschieden haben.

Zeitschiene

1996 – **erste Idee**
Initiatorin Frau Riemer-Noltenius stellt das Beginenhofprojekt der Öffentlichkeit vor

1997 – **Konzeptentwicklung**
Bremer Beginenhof Modell; Gründung: gemeinnütziger Verein und Wohnungsbau Kooperative

1998 – **Verfahren**
Direktauftrag an Architektin

1999
Genossenschaft wird in das Genossenschaftsregister eingetragen; Bewerbung als EXPO-2000-Projekt Konzept: „Frauen schaffen Zukunft“

2000
Zur Registrierung als dezentrales EXPO-Projekt empfohlen; Baubeginn

2001 – **Bezug der Wohnungen**

QUERVERGLEICH / AUSWERTUNG DER LEITFRAGEN KAPITEL 4

Das Innovative, das Andere lässt sich bei den untersuchten Projekten oftmals erst auf den zweiten Blick erkennen. Die Unterscheidung zwischen „gewöhnlichen Projekten" und den städtebaulichen Frauenprojekten, also dem, was anders ist, wenn Frauen planen und bauen, beginnt bereits im Planungsprozess[8] und zieht sich durch den gesamten Planungsverlauf. Die InitiatorInnen hatten bei der Entwicklung stets ein Planungsziel vor Augen. Theoretische, frauenspezifische Ansätze sollten in konkret gebaute Beispiele umgesetzt werden. Für die Vermittlung dieser Planungsziele haben sie bereits im Planungsprozess Diskussionsforen, z.B. in Form Runder Tische, eingeplant, an denen alle Planungsbeteiligten anfallende Konflikte auf direktem Weg lösen konnten.

4.1 Planungsziele

Bei der Projektentwicklung sind Frauen als Zielgruppe formuliert. Stets handelt es sich um ihre konkreten Bedürfnisse. Sei es eine allein erziehende Mutter mit einem oder mehreren Kindern, eine gutsituierte Alleinstehende oder eine Rentnerin, die auf nachbarschaftliche Hilfe angewiesen ist. Berücksichtigt werden im Verfahren unterschiedliche Lebensformen und -phasen. Die Bandbreite der Projekte reicht von sozial gefördertem Mietwohnungsbau bis hin zu Eigentumsmaßnahmen.

Oftmals stehen die Bedürfnisse der Alleinerziehenden im Vordergrund. Durch die Projekte ist es gelungen, den Status „alleinerziehend" nicht als Makel zu bewerten, sondern davon auszugehen, dass diese Zielgruppe einen speziellen Raumanspruch hat. Angefangen bei der Organisation der Wohnungsgrundrisse, mit genügend Rückzugsraum und angemessener Nähe[9], bis hin zum direkten Wohnumfeld, in dem Kleinkinder

8 Barbara Zibell hat in der Zürcher Zeitschrift für öffentliches Baurecht 2/2000 hierzu bereits Stellung bezogen. Zibell, Barbara: "Wie bauen Frauen anders?" In: PBG aktuell, Zürcher Zeitschrift für öffentliches Baurecht 2/2000 S. 10-17

9 Siehe hierzu die Ausarbeitung des 1. Forschungsbausteins von Sabine Rebe a.a.O.

in Innenhöfen und auf angelegten Spielplätzen aus den Wohnungen beaufsichtigt werden können.

Weitere wesentliche Bestandteile der Planungsziele waren die Einrichtungen von Gemeinschaftsräumen und die Vermeidung sogenannter „Angsträume". Das Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum"[10] wird nicht an Aktualität verlieren, solange Frauen aufgrund ihres Geschlechtes mit Übergriffen von Männern rechnen müssen. Diese Aspekte sind mittlerweile ebenfalls Bestandteil herkömmlicher Planungen[11] und nicht mehr als Besonderheit städtebaulicher Frauenprojekte zu sehen. Anzunehmen ist, dass die frauenspezifische Diskussion entschieden dazu beigetragen hat. Dies ist ein Aspekt, der als integrativer Bestandteil städtebaulicher Planungsvorhaben beurteilt werden kann.

Andere Projekte hatten im Planungsstadium Schwierigkeiten, frauenspezifische Planungsinhalte in den „normalen" Planungsablauf zu integrieren oder deren Akzeptanz bei Fertigstellung und Bezug zu vermitteln (Berlin Los2, Berlin Biesdorf Süd und Bergkamen, Leverkusen und Oldenburg). Das hängt u.a. damit zusammen, dass sich Planungsbeteiligte und Entscheidungsträger durch den bewussten Frauenbezug ausgeschlossen fühlten. Die Projekte hingegen, die sich in ihrem Titel nicht ausdrücklich auf frauenspezifische Aspekte bezogen, hatten es in der Planungsphase oftmals leichter (Essen, Kiel, Langenhagen, Lörrach, Mainz, Recklinghausen und Zürich). Hier wurde ein breit angelegtes soziales Engagement zur Kenntnis genommen, das einzelne Zielgruppen nicht per Titel ausschloss. Bei sieben weiteren ist der konkrete Bezug zu Frauen bereits im Titel erkennbar, führte bei der Realisierung und der Belegung jedoch nicht zu Problemen (Bremen, Freiburg, Lübeck, Nürnberg, Salzgitter, Wien, Wiesbaden). Das könnte einerseits daran liegen, dass die Projekte auf Selbstorganisation zurückzuführen sind oder als Selbstverständlichkeit von engagierten Frauen vertreten wurden, andererseits sind es nicht die ersten Projekte; ihnen waren an anderen Orten bereits Modellprojekte vorausgegangen, die frauenspezifische Qualitäten im Vorfeld etablieren konnten. Hieran wird deutlich, welche Rolle der frauenspezifische Aspekt in den Projekten spielt und welche Auswirkungen die Bezeichnung der Projekte hatte.

4.2 Projekt

Verteilung im Bundesgebiet

Die 19 Projekte verteilen sich annähernd gleichmäßig auf das westliche Bundesgebiet. Vier Projekte in Nordrhein-Westfalen, drei in Niedersachsen, jeweils zwei in Baden-Württemberg, Berlin und Schleswig-Holstein und je ein Projekt in Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Bremen. Außerdem befindet sich je ein Projekt in der Schweiz und in Österreich. Auffallend ist, dass fünf Projekte aufgrund besonderer Anlässe entstanden sind. Insgesamt drei Projekte im Rahmen Internationaler Bauausstellungen (IBA). Das erste zur IBA Berlin 1984

10 die ausführliche Bearbeitung zum Thema Sicherheit ist bereits 1991 von Kerstin Siemonsen und Gabriele Zauke erschienen, die in ihrem Buch "Sicherheit im öffentlichen Raum" mit den städtebaulichen und planerischen Maßnahmen zur Verminderung von Gewalt festlegen

11 siehe hierzu u.a. ExWoSt-Projekte auf Bundesebene, z.B. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung: ExWoSt-Informationen zum Forschungsfeld "Wohnsituation Alleinerziehender, Nr.11.3, Bonn 1996

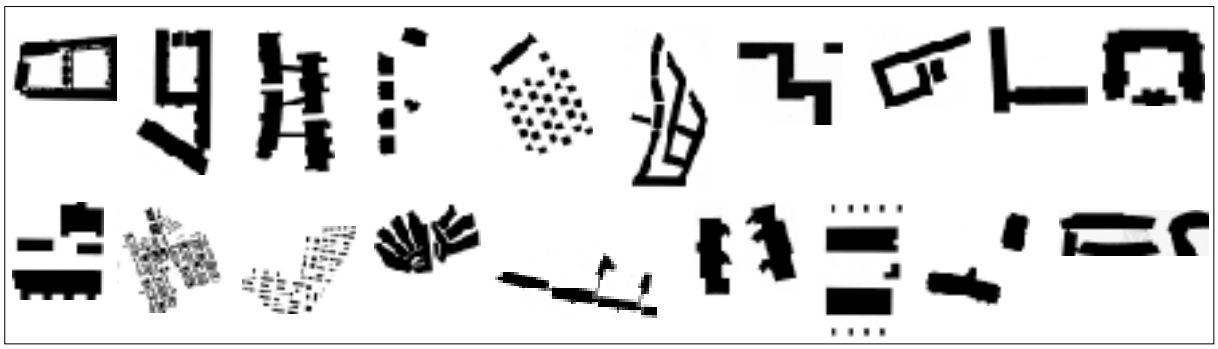
und zwei weitere im Rahmen der IBA Emscher Park 1989-1999 (Bergkamen, Recklinghausen). Zwei sind im Zusammenhang mit der Weltausstellung EXPO 2000 als dezentrale Projekte anerkannt worden (Salzgitter und Bremen). Das legt die Vermutung nahe, dass Bau- und Weltausstellungen einen fruchtbaren Boden für innovative Ansätze bieten, in diesen Fällen aus frauenspezifischen Gesichtspunkten.

Standorte

Von den insgesamt 19 Projekten liegen fünf in der Innenstadt oder in innenstadtnahen Bereichen, die anderen 14 am Stadtrand. Das ist darauf zurückzuführen, dass es sich bei allen Projekten um Neubauprojekte handelt. Zwar variiert die Größenordnung zwischen 10 und 360 WE, Grundstücke sind aber für diese Projekte eher in Stadtrandgebieten vorhanden.

Städtebauliche Form

Bei den Projekten gibt es im Prinzip zwei Bebauungstypen, zum einen die Projekte, die durch hofbildende Gebäudeformen einen Innenraum entstehen lassen (Berlin Los2, Bremen, Freiburg, Kiel, Leverkusen, Wien und Zürich), zum anderen diejenigen, in denen die Gebäude einander gegenüberstehen. Dabei stehen diese in der Regel nicht parallel zueinander, sondern es werden durch Schrägstellungen oder einen leichten Schwung zwischen den einzelnen Baukörpern Engen und Weiten bzw. Raumabfolgen geschaffen, die Abwechslung und Spannung erzeugen (Bergkamen, Lörrach, Lübeck, Nürnberg, Oldenburg, Recklinghausen, Salzgitter und Wiesbaden). Dadurch werden die Bereiche in unterschiedlich nutzbare Flächen aufgeteilt. Durch den Schwung bzw. das Gegenüber werden die Bereiche definiert. Es entstehen Eingangssituationen, die den BewohnerInnen gleich den Eindruck des „Nach Hause Kommens" vermitteln. Durch dieses Zugehörigkeitsgefühl können Verantwortlichkeiten für den halböffentlichen Außenraum aufgebaut werden; die Identifikation mit der Wohnanlage wird gefördert.



Innen- / Außenbezüge

Die Gestaltung der Übergänge von den privaten Innenbereichen über die halbprivaten und halböffentlichen Vor- und Zwischenzonen bis hin zu den öffentlichen Außenbereichen ist in diesen Beispielen mit Sorgfalt vorgenommen worden. In einzelnen Projekten sind die Übergänge durch Brücken, Laubengänge oder vorgelagerte Bereiche deutlich akzentuiert

(Bergkamen, Freiburg, Nürnberg, Oldenburg, Recklinghausen, Wiesbaden, und Zürich).

Hier können sowohl kurze Kontakte – ein „Hallo" auf dem Weg zur Arbeit, ein „Wie geht's" im Vorübergehen – entstehen, als auch längere Begegnungen, durch die Möglichkeit, einen Stuhl oder einen Tisch vor die Wohnungstür zu stellen. Das soziale Auge hat durch den Ausblick aus den Wohnungen in die Innenbereiche die Möglichkeit, Veränderungen zu registrieren, spielende Kinder im Innenhof zu beaufsichtigen und sich gleichzeitig anderen Tätigkeiten zu widmen oder aber sich durch Vorhänge aus dem Geschehen zurückzuziehen.
Die städtebauliche Anordnung der Gebäude bildet in den Teilen kommunikationsfördernde Außenräume, die Platz bieten für ungezwungene Begegnungen und für den individuellen Rückzug. Hier finden die meisten nachbarschaftlichen Begegnungen und Kontakte statt.

Hausnebenräume

Eine besondere Aufmerksamkeit in den von Frauen geplanten und gebauten Projekten gilt den Hausnebenräumen. Diese sind mit besonderer Sorgfalt geplant und entwickelt worden. Das liegt u.a. an der Wahrnehmung und Wertschätzung der unterschiedlichen Tagesabläufe von Frauen und Männern. Hier wird der Verrichtung von notwendigen und alltäglichen Arbeiten wie Wäsche waschen und Gartenpflege, aber auch den Stellmöglichkeiten für Kinderwagen, Roller, Fahrräder u.ä. eine große Bedeutung beigemessen. In den Projekten sind Kinderwagen bzw. Fahrradabstellräume ohne Treppenstufen vorgesehen, so dass schwellenlose Übergänge meistens in den Erdgeschossen möglich sind. Die Projekte in Freiburg, Lörrach und Zürich beispielsweise sind sogar bis in die oberen Etagen komplett rollstuhlgängig.

In Projekten mit gemeinsamen Waschküchen (Leverkusen, Oldenburg, Recklinghausen, Wien und Zürich[12]) haben diese einen besonderen Standort auf den Dächern oder in eigens dafür konzipierten Räumen im Erdgeschoss erhalten. Diese Arbeitsräume, in denen viel Zeit verbracht wird, sind nicht in dunklen, feuchten und unattraktiven Kellerräumen untergebracht, sondern in gut belichteten attraktiven Lagen in den Gebäuden.

Ebenfalls wurde in einigen Beispielen darauf geachtet, dass notwendige Tiefgaragen mit Tageslicht versehen und Einblicke von Außen ermöglicht wurden sowie ein zweiter Fluchtweg vorgesehen wurde.[13]

Gemeinschaftsräume

Ein ausdrückliches Planungsziel der Projekte war die Förderung von Nachbarschaften. Die Gemeinschaft spielte in vielen Projekten bereits im Planungsstadium eine große Rolle und wurde u.a. als Erkenntnis aus der NutzerInnenbeteiligung gezogen und in Form von Gemeinschaftsräumen umgesetzt. In allen 19 Beispielen sind diese Einrichtungen in der Anfangs-

12 wobei die Projekte Wien und Zürich auf traditionelle Gemeinschaftswaschküchen zurückblicken können, dort besitzt nicht jeder Haushalt eine eigene Waschmaschine.
13 Siehe dazu Siemonsen/Zauke a.a.O.

phase berücksichtigt worden. Drei unterschiedliche Modelle sind zu beobachten:

1. Gemeinschaftsräume unter freier BewohnerInnenverwaltung ohne Nutzungsvorschläge
2. Gemeinschaftsräume unter freier BewohnerInnenverwaltung mit Nutzungsvorschlägen
3. Gemeinschaftsräume an andere Einrichtungen vermietet

1. Gemeinschaftsräume unter freier BewohnerInnenverwaltung ohne Nutzungsvorschläge:

Bergkamen, Freiburg, Kiel, Leverkusen, Nürnberg, Oldenburg, Recklinghausen, Wiesbaden.

Hier ist festzustellen, dass die Gemeinschaftseinrichtungen insbesondere im sozial geförderten Mietwohnungsbau ohne konkrete Nutzungsvorschläge nicht im gewünschten Maße genutzt wurden. Für die MieterInnen war selbst der gering wirkende Betrag für Strom und ggf. Reinigung der Räume nach Nutzung offensichtlich hoch. Oftmals trafen sich die NachbarInnen lieber in ihren eigenen kleinen Wohnungen, um den Beitrag für das Gemeinschaftshaus zu sparen, oder bei gutem Wetter vor den Haustüren in den Innenhöfen. Zusätzlich haben diese Begegnungen einen ungezwungeneren Charakter. Es gibt einerseits keine Verantwortlichkeiten und andererseits können die entstehende Nähe zu den Nachbarn und die Dauer des Aufenthaltes frei bestimmt werden.

In einigen Projekten wurden die Gemeinschaftsräume regelmäßig von einer bestimmten Gruppe beansprucht und somit in gewisser Weise privatisiert, so dass sich andere Gruppen ausgeschlossen fühlten.

Weitere Streitpunkte waren Fragen der Sauberkeit und der Lärmbelästigung. In den Projekten Bergkamen, Kiel, Leverkusen, Oldenburg und Recklinghausen wurden aus diesen Gründen die Gemeinschaftseinrichtungen umgenutzt. Entweder wurde weiterer Wohnraum geschaffen oder an andere Einrichtungen vermietet, z.B. ein Kiosk in Bergkamen oder der Soziale Bund in Leverkusen.

2. Gemeinschaftsräume unter freier BewohnerInnenverwaltung mit Nutzungsvorschlägen: z.B. Gästezimmer, Kinderbetreuung oder Jugendeinrichtung etc.:

Langenhagen, Lörrach, Salzgitter, Wien und Zürich.

In diesen Beispielen werden die Gemeinschaftsräume im gewünschten Maß und in der vorgesehenen Art genutzt. Gästezimmer werden für BesucherInnen der BewohnerInnen genutzt, da die Wohnungen im sozial geförderten Wohnungsbau

oftmals keine Möglichkeiten für die zusätzliche Unterbringung von Gästen zulassen. Gerade bei Familienfesten, aber auch bei Wochenendbesuchen sind diese Räume begehrt. In diesen Beispielen übernehmen BewohnerInnen die Verwaltung und die Verantwortung für die Gästezimmer.

In anderen Beispielen (Salzgitter, Lörrach) ist die Nutzung der Gemeinschaftsräume mit wechselnden Angeboten vorgesehen. Meist Kinderbetreuung oder konkrete Angebote für Jugendliche, die in Selbsthilfe oder in Nachbarschaftsbetreuung vorgenommen werden. Diese Angebote werden insbesondere von den kleineren Kindern im gewünschten Maße genutzt. Einrichtungen für Jugendliche lassen sich im allgemeinen schwer dem direkten Wohnumfeld zuordnen, da Jugendliche ihren Erfahrungsradius erweitern und durch notwendige Abnabelungsprozesse von den Eltern eher aus dem Sichtfeld der „sozialen Kontrolle“ entweichen wollen. Diese Erkenntnis führt zu der Annahme, dass auch geplante Jugendtreffs nicht gut im unmittelbaren Wohnumfeld untergebracht sind. In einigen Projekten (Salzgitter, Lörrach, Wien, Langenhagen) wurden trotzdem Innenbereiche für Jugendliche eingerichtet, die zum Musik hören, Rumhängen, Reden, Treffen, Klönen und Tanzen in Kellerräumen als Treffpunkt untergebracht sind und dort gut funktionieren.

3. Gemeinschaftsräume an andere Einrichtungen vermietet:

Bergkamen, Bremen, Leverkusen, Salzgitter, Wien, Zürich.

Dabei handelt es sich um Büros, Cafés oder sozialen Einrichtungen, die von den BewohnerInnen selbst, aber auch von Außenstehenden in Anspruch genommen werden können.

4.3 Prozess:

Verfahren

Frauen haben in allen 19 Projekten ihre soziale Kompetenz unter Beweis gestellt. Zu ihren besonderen Eigenschaften zählen hierbei u.a. Dialog- und Kritikfähigkeit, Kommunikationsbereitschaft, gutes Organisationstalent und vor allem ein erstaunliches Durchhaltevermögen. Diese Eigenschaften haben entscheidend zur Realisierung der Projekte beigetragen. In allen Projekten sind die Planungsbeteiligten in einem frühen Planungsstadium zu gemeinsamen Runden eingeladen worden, um auftauchende Schwierigkeiten im direkten Dialog unmittelbar beseitigen zu können. Ein weiterer Bestandteil der frauenspezifischen Planung ist – soweit möglich – die frühzeitige Beteiligung späterer NutzerInnen. Dadurch können bereits im Vorfeld Nachbarschaftskontakte entwickelt und ggf. ausgewählt werden. Zur größeren Identifikation trägt die Mitbestimmung an der Innenausstattung bei. Bereits in diesem frühzeitigen Planungsschritt wird deutlich, was anders ist, wenn Frauen planen.

Initiative

Selbstverständlich sind die ökonomische Basis und der politische Wille Grundvoraussetzungen für jede Planung und Realisierung einzelner Projekte. Offensichtlich können sich die Realisierungschancen aber verbessern, je stärker das Engagement einzelner „Galionsfiguren" ist. Neben der Eigeninitiative ist eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen AkteurInnen als positiver Faktor für eine erfolgreiche Umsetzung der Planungen zu beurteilen.

Folgende sechs Projekte sind als selbst organisierte Projekte (bottom up) auf das besondere Engagement von Frauen zurückzuführen: In drei von ihnen kam die Initiative von einzelnen Frauen (Berlin Los 2, Bremen und Salzgitter). In zwei weiteren Projekten waren mehrere AkteurInnen aus Arbeitskreisen oder Vereinen beteiligt (Freiburg und Zürich). In einem Projekt war ein Mann Initiator für die Realisierung des Projektes (Recklinghausen).

Bei der Entwicklung fünf weiterer Projekte waren einzelne AkteurInnen einer Institution als InitiatorInnen maßgeblich beteiligt (Bergkamen, Essen, Lörrach, Mainz und Wien). Auf eine Kooperation zwischen Planerinnen und Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten der Städte ist die Entwicklung von vier Projekten zurückzuführen (Langenhagen, Leverkusen, Lübeck und Oldenburg). In Kiel gab es eine breit angelegte Zusammenarbeit zwischen dem Frauenbüro, verschiedenen Ministerien und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Die Initialzündung ministerieller Einrichtungen war in zwei Projekten ausschlaggebend (Nürnberg und Wiesbaden). Der Frauenbeirat der Senatsverwaltung in Berlin konnte das Projekt in Berlin, Biesdorf-Süd, in Gang setzen. Mit dieser top-down-Strategie konnten frauenspezifische Aspekte in einzelnen Projekten nicht oder nur teilweise bis zur Realisierung durchgehalten werden (Berlin Biesdorf-Süd, Essen, Mainz, Langenhagen, Lübeck).

Finanzierung

Als Hürde, die bis zur Realisierung der Projekte auftraten, ist in erster Linie die Finanzierung der Projekte zu nennen. Aufgrund angeblich mangelnder Finanzierbarkeit sind drei von neunzehn Projekten nicht realisiert worden (Berlin Biesdorf-Süd, Lübeck und Mainz). Die Projekte, die auf Mischfinanzierungen von sozial geförderten Wohnungsbau bis hin zu Eigentumsmaßnahmen aufgebaut sind, hatten mit einem großen Organisationsaufwand zu kämpfen (Bremen, Essen, Freiburg, Langenhagen, Salzgitter, Wien, Zürich). Auch hier gab es vereinzelt massive Schwierigkeiten, wenn es zu Abhängigkeiten mit einzelnen Bauträgern kam oder Fördergelder im Nachhinein nicht bewilligt wurden. Bei der Belegung sind jedoch durchweg positive Erfahrungen gemacht worden; es kommt zu geringerem Leerstand auch aufgrund sozialer Durchmischung. Die Projekte im sozial geförderten Wohnungsbau hatten ihre Finanzierung im Vorfeld abgesichert (Bergkamen, Berlin Los2, Kiel, Leverkusen, Lörrach Nürnberg, Oldenburg,

Recklinghausen, Wiesbaden). Dort konnte es bis zur Realisierung dann zu Schwierigkeiten kommen, wenn Fördergelder nicht im geforderten Maße bewilligt wurden. Bei der Belegung kommt es hier zu einer hohen Fluktuation, da die reine Belegung nach sozialen Kriterien zu Schwierigkeiten hinsichtlich des Zusammenlebens führen kann und dies oftmals kein freiwillig gewählter Zustand ist.

Umsetzung

Frauen tragen noch immer, auch wenn die Emanzipationsbewegung der letzten Jahrzehnte oder Jahrhunderte zu vielen Veränderungen beigetragen hat, die Hauptverantwortung für die Versorgungs- und Familienarbeit. So lange sie diesen „versorgenden Alltag" führen, müssen sie den täglichen Spagat zwischen Erwerbsarbeit, Versorgung und Hausarbeit leisten. Aus diesen besonderen Anforderungen folgt, dass der eigentliche Gebrauchswert hierbei im Vordergrund steht, ihm wird mehr Aufmerksamkeit geschenkt als z.B. Gestaltfragen[14], was insbesondere bei den Projekten in der Beispielsammlung zu beobachten ist, die eine öffentliche Wirksamkeit haben (IBA-Projekte Berlin und Emscher Park).

Die Umsetzung der von Frauen entwickelten Ideen erfolgte z.T. auch durch Männer, wie an einzelnen Projekten (Essen, Langenhagen, Lörrach, Mainz, Salzgitter und Zürich) zu sehen ist. Dass diese Projekte nicht von Frauen realisiert wurden, ist auf die geschlechtsspezifische Rollenverteilung im System zurückzuführen. Demnach ist es im Einzelfall möglich, dass auch Männer Entwürfe mit frauenspezifischen Planungsinhalten umsetzen können. Die Forschungsleitfrage, ob bei den dargestellten Projekten dennoch die Handschrift von Frauen abzulesen ist, kann aber eindeutig mit „ja" beantwortet werden, denn in allen Projekten besetzten Frauen in den Verfahren die entscheidende Positionen und haben die Planungsinhalte entwickelt und durchgesetzt.

4.4 Rückblick

Einige Projekte können bereits auf eine fast 10-jährige Geschichte seit Bezug zurückblicken (Los 2 Berlin, Bergkamen, Recklinghausen und Zürich), andere sind erst seit ein oder zwei Jahren bezogen (Bremen, Essen, Langenhagen, Salzgitter, Nürnberg, Wiesbaden). Für alle Projekte gilt, dass sie seitens der Verantwortlichen an ihrer wirtschaftlichen Rentabilität gemessen werden; damit wird die Frage nach der heutigen Einschätzung der Projekte durch die InitiatorInnen beantwortet. Je geringer die Fluktuation, je weniger Arbeit das Projekt letztendlich macht und je besser die erneute Vermietung der Wohnungen funktioniert, desto erfolgreicher wird das Projekt eingeschätzt.

Entwicklung seit Bezug

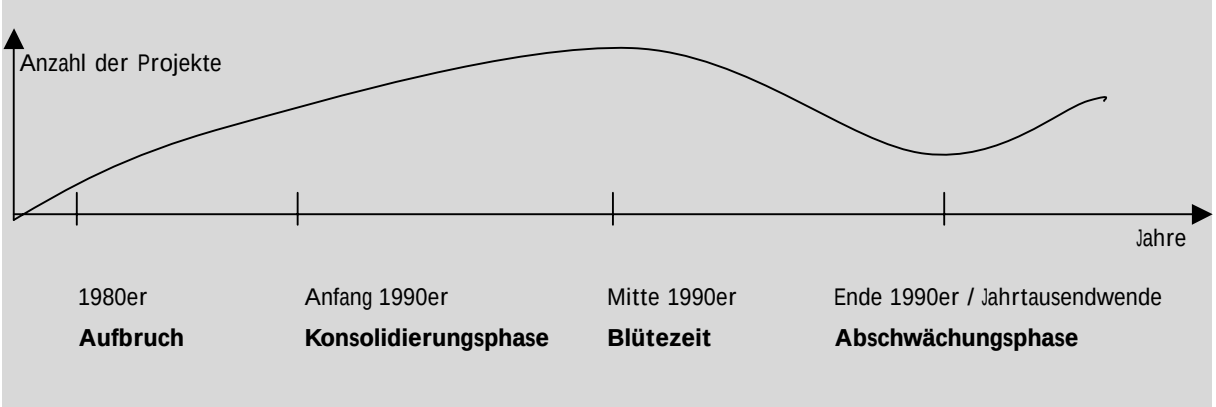
Projekte wie Bergkamen, Kiel und Leverkusen, die bereits einige Jahre bezogen sind, weisen eine hohe Fluktuation auf, obwohl die Wohnzufriedenheit der BewohnerInnen im Allge-

14 Zibell, Barbara: Wie bauen Frauen anders? a.a.O., S. 13

meinen groß ist. Das hängt zum einen damit zusammen, dass Wohnungen im sozial geförderten Wohnungsbau bestimmten Belegungsbindungen unterliegen, z.B. kann das Wohnrecht bei veränderter Einkommenssituation verfallen. Bei Veränderung der Lebenssituation (z.B. Zuzug eines neuen Partners oder Auszug eines Kindes) der beanspruchbare Wohnraum zu klein bzw. zu groß werden. Oftmals werden Sozialwohnungen auch als Übergangslösungen gewählt, die in einer bestimmten Lebensphase die einzige Möglichkeit darstellen. Kaum wird ein neuer Lebensabschnitt durch verbesserte Einkommenssituation oder neue Partnerschaft erreicht, wird ein „höherer" Wohnstandard nachgefragt.

Phasenmodell

Der Rückblick auf etwa 20 Jahre der Entwicklung und Umsetzung städtebaulicher Frauenprojekte macht unterschiedliche Phasen deutlich, aus denen die einzelnen Projekt hervorgegangen sind und die sich das als eine Kurve bzw. Aufbruchstimmung, Konsolidierungsphase und Blütezeit bis hin zu einer Abschwächungsphase mit neuem Aufbruch darstellen lassen.



1. Phase: 1980er Jahre, Aufbruch

Durch die Gründung der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA) 1981 in Berlin kam es zur ersten Institutionalisierung von Fraueninteressen in Architektur und Planung in Deutschland. Die FOPA gab Frauen die Möglichkeit, sich zu organisieren und durch gestärkte Gemeinschaft Einfluss auf die bestehende männlich dominierte Planungskultur zu nehmen.

Zum Auslöser für die Umsetzung frauenspezifischer Belange in die Realität, die zuvor theoretisch erarbeitet worden waren, wurde das „Go-In" der FOPA-Frauen. Anfang der 1980er Jahre auf einem Expertenhearing im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) Berlin. Die Frauen forderten die Verantwortlichen auf, frauengerechte Aspekte bei den IBA-Projekten zu berücksichtigen und Frauen in den Planungsprozessen zu beteiligen.[15] Nach langen und mühseligen Verhandlungen gestanden ihnen die Verantwortlichen 1984 ein Grundstück im damaligen Mauergrenzgebiet zu, um dort ein

15 Vergleiche hierzu FOPA-Informationen www.fopa.de

16 Das Grundstück liegt nach der Wiedervereinigung im Zentrum Berlins, in unmittelbarer Nähe zum Potsdamer Platz

17 Jachmann, Christine / Warhaftig, Myra: Der IBA-Block 2 in Berlin-Kreuzberg, ein Architektinnenprojekt. In: Neue Wohn- und Siedlungsformen -Impulse aus Frauensicht-, Dokumentation des Symposions des Beirats für frauenspezifische Belange bei der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1993, S. 52-55

Projekt mit dem Titel „Emanzipatorisches Bauen und Wohnen“ zu realisieren.[16] Architektinnen waren: Zaha Hadid, London / Bagdad; Myra Warhaftig, Tel Aviv / Berlin und Christine Jachmann, Berlin. Bereits dieses erste Projekt wurde ein wenig abfällig als „Frauenprojekt“[17] bezeichnet. Spätestens durch die äußerst zentrale Lage nach der Wiedervereinigung erfährt dieses Projekt aber so gut wie keine Fluktuation und ist zu einem allseits begehrten Wohnstandort geworden.
Neben dem ersten bundesdeutschen Projekt Los 2 in Berlin (1981 – 1993)[18] zählt der „Brahmshof“ in Zürich (1980 – 1991), wobei die Entwicklung frauenspezifischer Aktivitäten in der Schweiz nicht mit denen der Bundesrepublik zu vergleichen ist.[19] Das Zürcher Projekt geht auf das spezielle Engagement der Grundstückseigentümerin Evangelischer Frauenbund Zürich zurück, einem traditionsreichen gemeinnützigen Verein, der keine ausdrücklich feministischen Anliegen verfolgte.

2.Phase: Anfang 1990er Jahre, Konsolidierungsphase

Seit Anfang bis Mitte der 1990er Jahre wurden Leitfäden und Kriterienkataloge von Kommunen und zum Teil von Ministerien entwickelt, somit festigten sich die frauenspezifischen Anforderungen an Architektur und Planung. Die bislang theoretische Kritik am bestehenden Städtebau und an der mangelnden Berücksichtigung von Frauenbelangen nahm weiter zu. Beispielsweise durch die FOPA, die in regelmäßigen Abständen ihre Streitschrift „Freiräume” herausgab. Darin wurden frauenspezifische Ansprüche formuliert und eigene Ziele entwickelt.

Die große Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt nach der Wiedervereinigung 1989 bis in die Anfänge der 1990er Jahre und die damals gültigen Fördermaßnahmen bildeten eine günstige Ausgangslage zur Umsetzung frauengerechter Projekte. Deren Potenzial wurde von den Wohnungs(bau)gesellschaften nach und nach erkannt und als Idee vermarktet.

Durch die Beteiligung des Arbeitskreises Frauen und IBA wurde auf der IBA Emscher Park 1989-1999 im Rahmen von Modellvorhaben gezeigt, was Frauen sich unter einem angemessenen Wohnungs- und Städtebau etc. vorstellten. Mit Fördermaßnahmen der Städte und Länder für innovativen Wohnungsbau konnten Wohnungsgesellschaften mit in erster Linie männlichen Vorständen für frauenspezifische Aspekte gewonnen werden.

Aufgrund dieser vehementen Beteiligung des Arbeitskreises, wurden in der Zeit von 1993-1996 – letztendlich zwar nur drei – Frauenprojekte entwickelt; im Verhältnis zum Gesamtvolumen der IBA ein verschwindend geringer Anteil.[20] Zwei von ihnen bezogen sich explizit auf Wohnungsbau in Bergkamen (1989-1993) und in Recklinghausen (1990-1994), ein weiteres Projekt „FRIEDA- Fraueninitiative für die Entwicklung dauerhafter Arbeitsplätze” in Oberhausen hatte zum Ziel,

18 Die Zahlen in Klammern geben immer den Startpunkt der ersten Idee und den Bezug der Wohnungen an.

19 Zibell, Barbara: Der Brahmshof in Zürich. Ein Wohnmodell des Evangelischen Frauenbundes Zürich. In: Neue Wohn- und Siedlungsformen. Impulse aus Frauensicht. Dokumentation des Symposions des Beirats für frauenspezifische Belange bei der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen Berlin1993, S.20-39.

20 vgl. hierzu: Zibell, Barbara: Frauen in der Raumplanung – Raumplanung von Frauen. Der Weiblichkeit eine Chance In: Ortssuche. Zur Geographie der Geschlechterdifferenz. Hrsg. E. Bühler / H. Meyer / D. Reichert / A. Scheller. Zürich-Dortmund 1993, S.145-172

Wohnen für Frauen mit der Einrichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu verbinden.

Die beiden Wohnprojekte wurden zu Multiplikatoren für weitere Aktivitäten mit einer Ausstrahlung über das IBA Gebiet hinaus. Im Bergkamener Beispiel wurde die Bauausstellung von der Stadt zum Anlass genommen, sich erstmals ein ausdrückliches Zentrum zu schaffen.

3. Phase: Mitte 1990er Jahre, Blütezeit frauenspezifischer Aktivitäten

Durch die Erfahrungen mit der Realisierung der IBA-Projekte wurden viele Frauenbeauftragte, Architektinnen/Planerinnen, Arbeitskreise, Gemeinden und Bau- und Planungsämter ermutigt, Wettbewerbe in Gang zu setzen und frauenspezifische Qualitäten in ihre Projekte zu integrieren.[21] Es entstanden viele Projekte im sozialen Wohnungsbau, die insbesondere auf die Bedürfnisse Alleinerziehender mit kleinen Kindern eingingen. Dazu gehören die Projekte in Kiel (1992-1995), Leverkusen (1991-1996), Lörrach (1993-1997), Nürnberg (1995-1999), Oldenburg (1994-1998) und Wiesbaden (1992-1997). Frauen, teilweise Architektinnen gaben als Initiatorinnen den Anstoß. Bauherren waren meist städtische Wohnungsbaugesellschaften. Allesamt haben sie „frauenspezifische" Aspekte ins planerische Gespräch gebracht und mit den realisierten Objekten einen städtebaulichen Beitrag zur Chancengleichheit geleistet.

Hervorzuheben ist das Projekt in Freiburg (1991-1997), das durch die Gründung eines Vereins und einer Frauenwohngenossenschaft ein alternatives Finanzierungskonzept aufgestellt hat und Frauen als Genossenschafterinnen oder Vereinsmitglieder bei der Wohnungsvergabe bevorzugt behandelt.

Das „Mütterzentrum" in Salzgitter (1996-1999) als Kommunikationszentrum setzt den Fokus nicht auf das Wohnen, sondern auf Begegnung und Kontakt zwischen Alt und Jung. Durch die Anerkennung als EXPO-2000Projekt steht es im Aufwind der Weltausstellung. Durch das Ausschöpfen verschiedener Fördertöpfe steht es auf mehreren finanziellen Säulen.

Ebenfalls in der Blütezeit frauenspezifischer Aktivitäten entstand die „FrauenWerkStadt" Wien (1991-1997), mit 360 Wohneinheiten das bisher größte derartige Projekt in Europa. Absicht war, Projekte von und für Frauen aus der Nische zu holen, sie von den „Projektchen"[22] in den Mainstream zu tragen. Die „FrauenWerkStadt" Wien hat in vielen Punkten neue Maßstäbe gesetzt. Die dort entwickelten Qualitätskriterien sind heute Grundlage für die Wohnungsbauprojekt, die in der Stadt Wien von Bauträgern entwickelt werden.

4.Phase: Ende 1990er Jahre/Jahrtausendwechsel, Abschwächungsphase

Ende der 1990er Jahre wurden verschiedene Projekte, meist

21 z.B. durch die Kommission „Frauen in der Stadt" des Deutschen Städtetags

22 Die Bezeichnung „Projektchen" stammt von der Initiatorin der FrauenWerkStadt Wien Eva Kail.

aufgrund der entspannten Situation auf dem Wohnungsmarkt und daraus resultierender wirtschaftlicher Unrentabilität, nicht mehr realisiert. Mittlerweile ist bundesweit ein Wohnungsüberhang an Mietwohnungen zu verzeichnen. In diesem Zusammenhang sind die Projekte "Biesdorf-Süd" in Berlin (1990-1999 Projekteinstellung), in Mainz (1992-1996 Projekteinstellung) und in Lübeck (1991-1995 Projekteinstellung) nicht weiter entwickelt werden.

Der neue Trend geht in Richtung Eigentumsbildung. Bei der Realisierung von Wohneigentum, insbesondere von Einfamilienhäusern, werden bislang kaum frauenspezifische Aspekte berücksichtigt. Hier steht die wirtschaftliche Rentabilität im Vordergrund. Diese Projekte reagieren auf das Angebot und Nachfrageprinzip. Im Projekt Quartierszentrum Dilldorfer Höhe in Essen (1993-2000) ist zwar im Planungsstadium ein Gutachten aus Frauensicht erstellt worden, diese Aspekte wurden jedoch im Bauprozess nicht weiterentwickelt. Auch das Projekt „Weiherfeld" in Langenhagen (1993-2000) unterliegt diesen wirtschaftliche Gegebenheiten, so dass die eigene Zielvorgabe von ursprünglich 300 WE / Jahr mittlerweile auf 50 WE / Jahr reduziert wurde.

4.5 Ausblick

Die Wogen der Aufbruchstimmung aus der Anfangsphase frauenspezifischer Aktivitäten haben sich geglättet. Modellprojekte wie das Wiener Projekt, aber auch Projekte in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen konnten frauenspezifische Ansätze im Städtebau integrieren, so dass diese Sichtweise zukünftig nicht mehr auf grundsätzliches Unverständnis treffen wird. Der Anteil dieser Projekte ist jedoch gemessen am Gesamtvolumen immer noch verschwindend gering.

Die Leitfrage, ob entwickelte Kriterien und entstandene Qualitäten eine Chance haben, in absehbarer Zeit zum integrativen Bestandteil städtebaulicher Planungsvorhaben zu werden, lässt sich nicht mit Bestimmtheit beantworten. Wünschenswert wäre, wenn die Qualitätskriterien aus den entwickelten Projekten als solche gesichert werden und zukünftigen Städtebauprojekte als Bewertungsmaßstab zugrunde gelegt werden würden.

Zusätzlich können diese Bestandteile eines qualitätsvollen Städtebaus auch als eine Säule in die aktuelle Gender Mainstreaming Strategie überführt werden.

FAZIT / INNOVATION

KAPITEL 5

von Barbara Zibell

Fachfrauen werfen seit nunmehr drei Jahrzehnten ihre Perspektiven und Erfahrungen, Ideen und Kriterien auf den Markt architektonischer und städtebaulicher Planungen. Die hier dokumentierten 19 Projekte stellen den Umfang dessen dar, was aus diesen anderen Perspektiven und Ideen im deutschsprachigen Raum bisher an städtebaulichen Materialisierungen hervorgegangen ist, sei es in Form von gebauten Beispielen oder in Form nicht realisierter Planungen und Entwürfe. Dies ist zwar angesichts des gesamten Volumens an Bauten und Projekten – sowohl bezogen auf den betrachteten geographischen Raum wie auch auf den betrachteten Zeitraum, der mit den ersten Ideen in den 1980er Jahren beginnt und mit Fertigstellungen bis über die Jahrtausendwende reicht – nicht eben üppig, aber es ist zumindest etwas, das vorliegt bzw. da steht und betrachtet bzw. beurteilt werden kann.

Über 20 Jahre städtebauliche Projekte von und für Frauen, realisiert in 10 Jahren zwischen 1991 und 2001 – das sind im Schnitt zwei realisierte bzw. ohne Realisierung abgebrochene Projekte pro Jahr. Wie viel lässt sich aus einer solch vergleichsweise bescheidenen Grundgesamtheit überhaupt an verwertbaren Erkenntnissen herausfiltern? Mit Sicherheit nichts statistisch Repräsentatives und Gesichertes, aber dennoch liefern die Projekte in ihrer Gesamtheit einige Hinweise auf das möglicherweise Andere, dem wir mit unserer Suche „auf den zweiten Blick“ auf die Spur kommen wollten.

5.1 Das Andere: was ist das eigentlich?

Auf der Suche nach den „anderen“ Bausteinen der Stadtentwicklung haben wir im Rahmen dieses Projektes die frauenzentrierte Perspektive eingenommen: „Was ist anders, wenn Frauen im Mittelpunkt des Interesses stehen“, so lautete die Ausgangsfrage, die wir mit den Worten Gerda Lerner's[23] an den Anfang unserer Untersuchung gestellt hatten.

Nach dem Studium der 19 Beispiele städtebaulicher Projekte, die unter dem maßgeblichen Einfluss von Frauen bzw. unter Berücksichtigung frauenspezifischer Kriterien entstanden sind, lässt sich feststellen: Die Projekte sind in dem Maße anders, wie ihre PromotorInnen sich Anderes herausnehmen, das Andere für sich in Anspruch nehmen oder Anderes evozieren. Wo die AkteurInnen über fundierte Kenntnisse frauengerechter Bau- und Planungskriterien verfügen oder sich diese im Vorfeld der Prozesse ernsthaft angeeignet haben, da ist das Andere in stärkstem Maße ablesbar; weniger „anders“ sind eindeutig die Projekte, die einfach einmal etwas für Frauen tun wollen, hier ein Gutachten einholen, da einen Wettbewerb unter Berücksichtigung entsprechender Kriterien ausschreiben, weil der Zeitgeist danach ruft.

Die NutzerInnenperspektive oder: Der Gebrauchswert

Anders oder besonders an allen untersuchten Projekten ist zunächst einmal das zentrale Anknüpfen an der NutzerInnenperspektive und am Gebrauchswert derjenigen, die die Bauten später einmal nutzen werden, woraus sich in vielen Projekten auch eine hohe Wohnzufriedenheit ergibt. Die hohe Wohnzufriedenheit resultiert jedoch in der Regel mehr aus ausstattungsbezogenen Faktoren bezüglich Abstellmöglichkeiten, Gemeinschaftsräumen u.a.m. denn aus Grundrisszuschnitten und einer besseren Nutzbarkeit der Wohnung selbst.
So positiv das Resultat der hohen Wohnzufriedenheit jedoch ist, als so schwierig erweisen sich häufig spätere NutzerInnenwechsel, weil nachfolgende MieterInnen den Prozess der Planung und des Zusammenwachsens nicht miterlebt haben und dadurch gezwungen sind, sich nachträglich in eine vorhandene Gemeinschaft einzufügen. Wer eine solche jedoch sucht, wird in den Beispielen auch kaum enttäuscht. Es zeigt sich im übrigen deutlich, dass die entstandenen Haus- bzw. Quartiergemeinschaften insbesondere in den Projekten weiter funktionieren, wo sich Hausverwaltung o.a. Trägerschaften für das Gelingen mit verantwortlich fühlen (Bsp. Zürich).

Die AkteurInnenperspektive oder: Der Ertragswert

Die beteiligten AkteurInnen heben in der Regel die hohe Qualität des Entwurfs- und Planungsprozesses hervor, durch die sich alle Projekte durchweg auszeichnen. Die Thematisierung spezifischer baulicher und städtebaulicher Kriterien bereits

23 engl. „women centered“; zit. nach Gerda Lerner a.a.O.

im Entstehungsprozess – und zwar aus der Perspektive derjenigen, die die Bauten und ihr Umfeld nach Fertigstellung überwiegend nutzen werden (Frauen) – führt zu einer Aufwertung des Wohnungsbaus, der, oft erstmals, im fachlichen Diskurs wie im verwaltungstechnischen Vollzug über Normen und Standards und damit über herkömmliche Machbarkeitsüberlegungen hinausgeht.

Am weitesten reicht der entsprechende Erfolg im Wiener Projekt, aufgrund dessen neue Qualitätskriterien in den Wiener Wohnbau eingeführt wurden. Jedoch zeigen auch die Projekte aus Nordrhein-Westfalen und Hessen, dass unter gegebenen Förderungsbestimmungen des sozialen Wohnungsbaus mehr möglich ist, wenn Kreativität und Engagement aller Beteiligten dies mit ausreichendem Nachdruck einfordern.
Aus der AkteurInnenperspektive ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt, dass andere Grundrisslösungen einmal nicht nur eingefordert, sondern auch umgesetzt werden konnten (Bsp. Bergkamen, IBA Berlin, Leverkusen); Auswirkungen auf die weitere Entwicklung im Wohnungsbau können zwar nicht unmittelbar abgeleitet werden, sind jedoch auch kaum auszuschließen.

5.2 Die Projekte: worin unterscheiden sie sich?

Die Projekte sind aufgrund ihres frauenspezifischen Anspruchs mitnichten so einfach über einen Kamm zu scheren: Sie unterscheiden sich zum Teil erheblich bezüglich ihrer Zielsetzungen und Konzepte, woraus sich zu großen Teilen auch der höchst unterschiedliche Erfolgsgrad erklären lässt.
Einschränkend ist hier selbstverständlich hinzuzufügen, dass jedes einzelne Projekt unter spezifischen Rahmenbedingungen entstanden ist, seinen spezifischen Kontext aus baulich-räumlichen und sozialräumlichen Netzwerken und Strukturen aufweist und nicht zuletzt auch über gänzlich unterschiedliche Zugänge zu Ressourcen aller Art verfügt (Geld, Einfluss, Macht und Entscheidungsbefugnis) und von daher keines gegen irgendein anderes ausgespielt werden kann. Dennoch gibt es einige hervorstechende Merkmale, die – deutlich nachvollziehbar – zum Ge- oder Misslingen des einen oder anderen Projektes beigetragen haben, auch wenn sie vermutlich selten allein als Erfolgs- bzw. „Killer"-Kriterien herangezogen werden können.

Zum Zusammenhang zwischen Anspruch und Ergebnis

Die Projekte lassen sich grob in drei (bzw. vier) Gruppen einteilen, die eng mit dem formulierten Anspruch zusammenhängen, dem sie sich selbst unterstellt haben. So finden sich unter den von uns im Arbeitsbegriff sog. „städtebaulichen Projekten von und für Frauen" nicht nur Projekte, die das „von Frauen" wie das „für Frauen" gleichermaßen für sich in Anspruch nehmen. Vielmehr finden sich sowohl solche, die stärker den Anspruch „von Frauen" oder auch „von Frauen für

Frauen“ stellen (und auch einlösen), als auch solche, die sich stärker dem Anspruch des „für Frauen“ verpflichtet fühlen. Eine dritte bzw. vierte Gruppe bilden schließlich die Projekte, die gewisse frauenspezifische Anforderungen erfüllen, indem sie sich in einzelnen Phasen des Entstehungs- und Planungsprozesses hiermit auseinandergesetzt haben (Frauengutachten, Frauenwettbewerb), denen aber in der Regel der Impetus eines echten und prozessbegleitenden Engagements von AkteurInnen fehlt.

Nach diesen Unterschieden lassen sich die Projekte einteilen in:

1. Die Modell-, Pilot- und Vorzeigeprojekte
2. Die weiterführenden Multiplikator- und Nachahmerprojekte
3. Die Wellenreiterprojekte: gescheiterte und gestrandete

1. Die Modell-, Pilot- und Vorzeigeprojekte „von Frauen“:

Dazu gehören der Brahmshof in Zürich und das IBA-Los 2 in Berlin; die ersten und ältesten Projekte. Hier ist insbesondere die maßgebliche und tragende Rolle der Akteurinnen resp. der Initiantinnen von Bedeutung: Waren es im einen Fall Frauen, die das Projekt entwickelt und bis zur Realisierung begleitet haben und die die Nutzung auch heute noch steuern und verwalten, ging es im anderen Fall darum, den Beitrag von Frauen am Wohnungs- und Städtebau sichtbar zu machen und hierfür die Chance einer Internationalen Bauausstellung zu nutzen.

„von und für Frauen“:

Dazu gehören das Bergkamener Projekt sowie die FrauenWerkStadt in Wien, des weiteren die jüngeren Projekte in Freiburg, Salzgitter und Bremen, die **feministischen Projekte**, die von der Idee bis zur Umsetzung einen umfassenden Anspruch der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an der Entscheidung über und an der Nutzung von Ressourcen im weitesten Sinne verfolgen und diesen auch in ihrem Namen deutlich vor sich her tragen.

Hinter all diesen Projekten steht ein starkes Engagement aktiver Frauen, die diesen entweder einen langen Atem eingehaucht oder / und sie kontinuierlich auf ihrem Weg bis zur Umsetzung begleitet haben, ein deutlicher Erfolg selbst organisierter oder sich selbst initiierender Prozesse. (bottom up)

2. Weiterführende Multiplikator- und Nachahmerprojekte: „für Frauen“:

Hierzu gehören die Projekte von Kiel, Leverkusen über Lörrach, Oldenburg und Nürnberg bis Recklinghausen und Wiesbaden; es sind dies eher die **frauengerechten oder sonst modellhaften Projekte** mit einem eindeutigen frauenbezogenen Ansatz, die etwas Vorbildliches und Nachahmenswertes geleistet haben, was bis in die Umsetzung und die heu-

tige Nutzung hinein Bestand hat.

All diese Projekte hätten ohne das auffallend starke Engagement eines Netzwerks gut eingespielter AkteurInnen nicht realisiert werden können; sie sind allerdings – anders als die Projekte der ersten Gruppe – innerhalb vorhandener institutioneller Strukturen entstanden, mehr einer top-down- als einer bottom-up-Initiative entsprungen.

3. Wellenreiterprojekte: Die Gestrandeten und Gescheiterten

Fünf der insgesamt 19 Projekte müssen im Hinblick auf die Umsetzung eines frauenspezifischen Anspruchs als gestrandet oder gescheitert angesehen werden; es sind dies diejenigen, die lediglich **gewisse frauenspezifische Aspekte** einbezogen, sich aber nicht eindeutig zu dieser Perspektive bekannt haben (Essen, Langenhagen), bzw. diejenigen, die bereits im Planungsprozess ad acta gelegt wurden (Berlin Biesdorf-Süd, Lübeck, Mainz).

Für die Einstellung der Verfahren gibt es verschiedene Gründe, die zum einen mit der Entwicklung des Wohnungsmarktes zusammen hängen, zum Teil jedoch auch auf besondere Schwierigkeiten zurückzuführen sind, die sich u.a. an der Frage festmachen lassen, wozu überhaupt und wenn ja, wie ein besonderes städtebauliches Frauenprojekt denn aussehen kann bzw. angegangen werden soll.

Beim Essener und beim Langenhagener Projekt, deren Realisierung zwar bis heute nicht völlig eingestellt wurde, ist der zu Beginn vorhandene frauenbezogene Ansatz im Laufe des Prozesses weitgehend verloren gegangen. Kein Wunder vielleicht, wenn man rückblickend konstatiert, dass in beiden Projekten einzelne AkteurInnen bereits zu Beginn des Verfahrens um die Einbeziehung der frauenspezifischen Sichtweise kämpfen mussten, im Kontext des vorhandenen Akteursnetzwerkes also von Anfang an eher auf verlorenem Posten standen.

Zur Bedeutung der Formulierung und Vermittlung von Erfolgskriterien

Die ersten und ältesten genauso wie die feministischen Projekte wussten, worum es ihnen ging: Sie verfügten über eine klare Zielsetzung, die auch dokumentiert und transparent dargelegt wurde; vorbildlich sind hier zum Beispiel das formulierte Szenario über das künftige Zusammenleben in der geplanten Überbauung für den Zürcher Brahmshof-Wettbewerb oder die einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Unterlagen der Wiener FrauenWerkStadt. Durch das prozessbegleitende Engagement feministisch gesinnter Akteurinnen konnten diese Kriterien auch immer wieder selbstverständlich eingefordert werden.

Den frauengerechten und sonst modellhaften Projekten ist gemein, dass deren ProtagonistInnen sich intensiv und ernsthaft mit den Kriterien eines frauengerechten Wohnungs- und

Städtebaus auseinandergesetzt hatten, bevor sie ans Werk gingen. Im weiteren Verlauf der Planung arbeiteten sie vorhandene Kriterienkataloge nicht einfach ab, sondern beseelten diese immer wieder neu durch ihr eigenes persönliches Engagement. Das merkt man den gebauten Ergebnissen mit den erzeugten Wohnqualitäten heute an.

Die Projekte, welche – zum Teil nicht einmal während des gesamten Planungsverlaufs – nur einen gewissen frauenspezifischen Anspruch vor sich hergetragen haben, sind vermutlich auch deswegen gescheitert oder gestrandet, weil das Besondere, das Andere sich irgendwann nicht mehr vermitteln ließ. Ohne Kriterien kein Erfolg. Diese Projekte waren schließlich zu ganz gewöhnlichen Projekten geworden, die sich der allgemeinen Konkurrenz von Wohnungsbaumaßnahmen ausgesetzt sahen; Lagefaktoren und wirtschaftliche Schwierigkeiten, entspannter Wohnungsmarkt und fehlender politischer Wille fügten das Ihrige zum Scheitern hinzu.

5.3 Der innovative Impuls: worin besteht er, wie äußert er sich?

Nicht nur um das Herausfiltern des Anderen ging es bei diesem Forschungsvorhaben, nicht nur um wissenschaftliche Analyse und Erkenntnis, sondern insbesondere auch darum, den Innovationsgehalt der realisierten Projekte zu erkennen. Innovation im Hinblick auf Bausteine der Stadtentwicklung, die geeignet sind, den Weg hin zu einer gleichen Verteilung von Chancen und Ressourcen zwischen Frauen und Männern zu ebnen, mit anderen Worten: die geeignet sind, ein Gender Mainstreaming im Städtebau einzuleiten.

In dem Bewusstsein, dass zum Bauen immer auch das Planen und Entwerfen gehört, das dem eigentlichen Bauprozess vorausgeht und in dem bereits viele Weichenstellungen existieren, die in anderen Zusammenhängen vorab festgelegt wurden (rechtliche Bindungen, politische Vorgaben)[24], sind neben die Betrachtung der Projekte selbst vor allem auch die Prozesse – von der Planung über den Entwurf bis hin zur Umsetzung – in das Blickfeld der Untersuchung gerückt worden. Vor diesem Hintergrund sind daher nicht (nur) die Projekte als innovativ einzustufen, die besonders neuartige, so z.B. nutzungsneutrale oder flexible, Grundrisse produzierten, oder jene, die in Haus und Hof viele Einrichtungen aufweisen, die sonst im Wohnungsbau so häufig vergessen werden – wie ebenerdig erreichbare Kinderwagenabstellräume, Waschküchen und Trockenräume in sonniger Lage, verschiedenste gemeinschaftlich nutzbare Allzweckräume und Gästewohnungen u.v.a.m. Diese Aspekte stellen nur die eine, die materielle Seite der Erkenntnis dar, die aber ergänzt wird durch zahlreiche immaterielle Qualitäten, die ebenfalls innovativen Charakter haben und als nachahmenswert weiter empfohlen werden können.

24 vgl. hierzu: Barbara Zibell: Wie bauen denn Frauen anders? A.a.O., S. 10

Zum Innovationsgehalt einzelner Projekte

Als innovativ in diesem umfassenden Sinne können insbesondere jene Projekte gelten, die über eine besonders breite Ausstrahlung verfügen wie Zürich, Wien, Bergkamen u.a. Hier sind jeweils – mit wenigen Abstrichen – sowohl die Prozesse vorbildlich gelaufen als auch die gebauten Ergebnisse überdurchschnittlich ausgefallen; es handelt sich bei diesen Projekten ausnahmslos auch um solche, die unter besonders günstigen Rahmenbedingungen entstanden sind:

- Zürich mit dem Evangelischen Frauenbund als einem seriösen Träger, der gleichzeitig über eine solide finanzielle Basis verfügt,
- Wien mit einer Initiatorin, die als Leiterin des städtischen Frauenbüros institutionell verankert war und als Raumplanerin gleichzeitig eine besondere fachliche Nähe zum Städtebau aufweist, und
- Bergkamen, das im Rahmen der IBA Emscher Park und mit dem erstmals in der Bundesrepublik durchgeführten Frauenwettbewerb Aufsehen erregte und neben dem Prozess einer intensiven Beteiligung der späteren NutzerInnen hohe bauliche wie städtebauliche Qualitäten erreichen konnte.

Darüber hinaus weisen nahezu alle untersuchten Projekte besondere Details oder Merkmale auf, die als anders oder besonders hervorgehoben werden können:

- Das Berliner IBA-Los 2 als erstes realisiertes Beispiel in der Geschichte städtebaulicher Frauenprojekte der erstmals Grundrisslösungen materialisierte, die aufgrund der Kritik von Fachfrauen am gängigen sozialen Wohnungsbau entstanden waren,
- Recklinghausen mit seinem außergewöhnlichen und über Jahre dauernden Beteiligungsprozess der künftigen BewohnerInnen – eine günstige Rahmenbedingung aber auch hier: die IBA Emscher Park,
- Leverkusen mit der durch die Einrichtung des Sozialen Bundes vorhandenen professionellen Unterstützung der Frauen vor Ort hinsichtlich Ausbildungsmöglichkeiten und Qualifizierungsmaßnahmen,
- Kiel mit der Idee des generationenübergreifenden Wohnens, das insbesondere für Frauen resp. erwerbstätige Mütter eine nicht zu unterschätzende Entlastung bei der Bewältigung der Alltagsarbeit bedeuten kann,
- Lörrach, das mit seiner Fokussierung auf Alleinerziehende besonderen Wert legte auf bauliche und soziale Möglichkeiten zur alltäglichen Entlastung, wie die bis heute selbst verwalteten Gemeinschaftsräume und die Stelle des Quartier-

beraters, der als Ansprechpartner zwischen MieterInnen und Vermieterin vermittelt,
- das Nürnberger Projekt, das sich durch professionelle Unterstützung um die Förderung nachbarschaftlicher Kontakte auszeichnet,
- das Freiburger Projekt, dem mit seiner besonderen Mischung aus Verein und Genossenschaft, aus geistiger und finanzieller Trägerschaft, aus Eigentums- und Mietwohnungen Vorbildcharakter zu kommt,
- das Mütterzentrum in Salzgitter, das als Gemeinschaftszentrum und Anlaufstelle im Stadtteil gleichzeitig Wohnen und Arbeiten miteinander verbindet,
- der Bremer Beginenhof, der mit seinem Rückgriff auf das mittelalterliche Modell vom selbständigen und wirtschaftlich unabhängigen Frauenleben neue Maßstäbe setzt.

Neben diesen allen sind noch besonders hervorzuheben Oldenburg und Wiesbaden, die mit der Durchführung einer externen Begleitforschung resp. Evaluation wichtige Grundlagen für eine weiterführende Auswertung geschaffen haben.
Selbstverständlich gibt jedes dieser Projekte auch Anlass zur Kritik, und zwar selbst die sogenannten „Vorzeigeprojekte“: So sind beim Zürcher Brahmshof zum Beispiel die Mieten inzwischen so stark angestiegen, dass Neuvermietungen heute kaum noch an die ursprünglich angepeilten Zielgruppen vorgenommen werden können; beim Wiener Projekt sind nicht alle Grundrisslösungen nach den einschlägigen Kriterien von Fachfrauen optimal ausgefallen; und Bergkamen ist nach Abschluss der IBA fast zu einer ganz normalen Wohnanlage verkommen, deren besonderer Geist neu Hinzuziehenden kaum noch vermittelt wird.

Bei allen anderen Projekten könnten entsprechende Kritikpunkte gefunden und benannt werden, die diesen in der Regel jedoch nur zum Teil selbst anzulasten sind, sondern eher mit wirtschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun haben, die solch besonderen Projekten von Frauen kaum uneingeschränkt positiv gegenüberstehen, sie häufig eher blockieren als fördern.

Zum Ertrag im Hinblick auf emanzipatorische Prozesse

Insofern ist auch der Ertrag im Hinblick auf das Erreichen grundlegender Veränderungen – wie partnerschaftliches Zusammenleben, gleiche Verteilung von Chancen und Ressourcen, d.h. auch von Rechten und Pflichten, unter Frauen und Männern - im Allgemeinen fraglich: Wer diese Ziele nicht anstrebt, wird auch durch neue städtebauliche Projekte nicht unbedingt wachgerüttelt, sondern verstärkt möglicherweise noch seine Abneigung gegenüber solchen – oft mit negativem Beigeschmack – als „feministisch“ etikettierten Tendenzen von Frauen.

Für die Auslösung emanzipatorischer Prozesse jedoch können diese Projekte durchaus von Nutzen sein, und zwar für die Einzelne genauso wie für verschiedene gesellschaftliche Gruppen: So wird eine allein erziehende Mutter durch ihre verbesserte Wohnsituation in einem generationenübergreifenden Modell zwar nicht auf einmal durch einen treu sorgenden Partner und Vater ihres Kindes unterstützt, möglicherweise aber durch eine „Ersatzomi" oder einen „Wahlopa", die eine solche Rolle gern übernehmen und so zur Entlastung der betreffenden Frau beitragen. Umgekehrt können auch für die älteren Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, neue und gesamtgesellschaftlich relevante Aufgaben erwachsen.

Städtebauliche Projekte allein können kaum eine Veränderung der Gesellschaft herbeiführen; sie können durch sichtbar gewordene veränderte Raumstrukturen aber dazu beitragen, dass entsprechende Prozesse in Gang gesetzt werden. Der materiell-technischen Konstruktion gebauter Räume geht immer die gedankliche Konstruktion sozialer Räume voraus; dies ist im Szenario zum Wettbewerb für den Zürcher Brahmshof in anschaulicher Weise deutlich geworden.

Eine Konstruktion neuer sozialer Räume, die Frauen selbstverständlich denselben Raum, dieselben Ressourcen und dieselben Chancen einräumen wie Männern, ist ohne die Dekonstruktion tradierter Rollenteilungen zwischen Männern und Frauen kaum denkbar. Eine solche Dekonstruktion kann mit den „anderen" Bausteinen einer Stadtentwicklung, wie wir sie hier vorgestellt haben, durchaus initiiert werden.

Zur Bedeutung der Netzwerke

Im Ergebnis der Auswertung wird deutlich, dass nicht nur das Wissen um andere Standards und Kriterien einer sog. „frauengerechten" Planung wichtig ist; vielmehr hat sich gezeigt, dass die tragenden Netzwerke, in denen überzeugende Persönlichkeiten (meistens Frauen, zum Teil aber auch einzelne Männer) diese Kriterien beseelen und den anderen AkteurInnen im Prozess vermitteln, eher noch wichtiger sind. Wesentlich für das Gelingen war insbesondere das starke Engagement einzelner Frauen in Entscheidungspositionen oder an sonstigen Schlüsselstellen, aber auch derjenigen mit einer guten finanziellen Ausstattung oder anderen Rücken stärkenden Rahmenbedingungen. Die Verfügungsgewalt über politische und ökonomische Ressourcen, gepaart mit sozialer Kompetenz, bewirkt letztlich, dass die „anderen" Projekte eine nachhaltige Wirkung erzielen können.

Barbara Zibell, im Juni 2002

ANHANG

KAPITEL 6

Literaturverzeichnis - Allgemein

Baumgart, Sabine / Pahl-Weber, Elke: Bausteine für eine Stadt der Frauen – Visionen für Hamburg, Gutachten für die Freie und Hansestadt Hamburg, Stadtentwicklungsbehörde, Hamburg 1993

Becker, Ruth / Bauhardt, Christine (Hg.): Durch die Wand, Pfaffenweiler 1997

Bock, Stephanie / Hubenthal, Heidrun (Hg.): Zurück oder Vor? 1978-1998, Dokumentation der 4. Planerinnentagung in Kassel, Arbeitsberichte des Fachbereichs Stadtplanung Landschaftsplanung Heft 135, Universität Gesamthochschule Kassel, Kassel 1998

Bourdieu, Pierre: Physischer, sozialer und angeeigneter Raum. In: Stadt-Räume, Die Zukunft des Städtischen, Frankfurter Beiträge Band 2, Hg. Martin Wentz, Frankfurt / New York 1991, S. 25-34

Brück, Brigitte / Kahlert, Heike u.a.: Feministische Soziologie – Eine Einführung, 2. erw. u. überarb. Neuausg. Frankfurt / New York 1997

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hg.): Frauengerechte Stadtplanung – ein Beitrag zu einer gender-sensitiven Planung der Stadt, Bonn 1996

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung: ExWoSt-Informationen zum Forschungsfeld Wohnsituation Alleinerziehender, Nr.11.3, Bonn 1996

Dörhöfer, Kerstin / Terlinden, Ulla: Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen, Stadtforschung aktuell Band 66, Basel / Boston, / Berlin 1998

Dörhöfer, Kerstin (Hg.): Stadt, Land, Frau,. Soziologische Analysen - feministische Planungsansätze, Freiburg i.Br. 1990

Feministische Organisation für Planerinnen und Architektinnen (FOPA) (Hg.): Frauen Planen Bauen Wohnen. Katalog zur Ausstellung der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, Dortmund 1991

Frauen in der einen Welt – Zentrum für interkulturelle Frauenalltagsforschung und internationalen Austausch e.V. (Hg.): Orte für Frauen – Stadtraum gestalten und aneignen, Heft 2, Frankfurt a.M. 2001

Greiwe, Ulla / Wirtz, Birgit: Frauenleben in der Stadt: durch Planung behinderter Alltag, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 43, Dortmund 1986

Grüger, Christine: Nachhaltige Raumentwicklung und Gender Planning, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 104, Dortmund 2000

Hiort, Karen/ Zibell, Barbara: Frauen in Wohnumfeld und Nachbarschaft, Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der technischen

Universität Berlin Band 26, Berlin 1983

Karhoff, Brigitte / Ring, Rosemarie / Steinmaier, Helga: Frauen verändern ihre Stadt. Selbstorganisierte Projekte der sozialen und ökologischen Stadterneuerung, Dortmund 1993

Laufner, Odile (Hg.): Zum Wohnungsbau, Beiträge von Architektinnen, Sozialministerium Baden-Württemberg, Stuttgart 1999

Lerner, Gerda: The Creation of Patriarchy, Oxford 1986, dt. Ausgabe: Die Entstehung des Patriarchats, Frankfurt a.M. 1991

Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Hg.): Wohnen und Bauen aus der Sicht von Familien und Frauen, Hannover 2000

Rebe, Sabine: Lebensformen in Frauenwohnprojekten. In: Neue Wege – Neue Ziele. FreiRäume Band 10/1998, Bielefeld 1998, S. 61-73

Siemonsen, Kerstin / Zauke, Gabriele: Sicherheit im öffentlichen Raum – städtebauliche und planerische Maßnahmen zur Verminderung von Gewalt, Zürich / Dortmund 1991

Spiegel, Erika: Frau, Familie, Haushalt - neue Haushaltstypen, neue Lebenskonzepte, neue Planungsaufgaben? In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 8/9. 1990, S. 427-440

Stadt Schwerte (Hg.): Beim zweiten Blick wirkt alles anders. Frauen dokumentieren ihre Stadt, Begleitheft zur Fotoausstellung der Volkshochschule in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Schwerte im Oktober 1989

Warhaftig, Myra: Die Behinderung der Emanzipation der Frau durch die Wohnung und die Möglichkeit zur Überwindung, Köln 1982

Wotha, Brigitte: Gender Planning und Verwaltungshandeln, Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung, Kiel 2000

Zibell, Barbara: Wie bauen denn Frauen anders? In: PBG aktuell Zürcher Zeitschrift für öffentliches Baurecht, Heft 2/2000, S. 10-17

Zibell, Barbara: Frauen in der Raumplanung – Raumplanung von Frauen. Der Weiblichkeit eine Chance In: Ortssuche. Zur Geographie der Geschlechterdifferenz. Hg. E. Bühler / H. Meyer u..a., Zürich-Dortmund 1993, S.145-172

Literaturverzeichnis - Projekte

Zürich

Boljahn, Urte: Bauen und Wohnen aus Frauensicht, Niedersächsisches Frauenministerium (Hg.), Hannover 1995, S. 23-24

Evangelischer Frauenbund Zürich: Brahmsstrasse 1991, Dokumentation Zürich 1988

Evangelischer Frauenbund Zürich: Projektwettbewerb auf Einladung für die Überbauung des Areals „Lindentor" des Evangelischen Frauenbundes Zürich an der Badenerstrasse Zürich-Wiedikon, Bericht des Preisgerichtes, Zürich 1987

Michel-Alder, Elisabeth: Alltag im Lindentor, Szenario zum Projektwettbewerb, Zürich 1987

Steinmann, Martin: Wohnanlage Brahmshof. In: Bauen an Zürich, Hg. Bauamt II der Stadt Zürich, Zürich 1992

Zibell, Barbara: Der Brahmshof in Zürich. Ein Wohnmodell des Evangelischen Frauenbundes Zürich. In: Neue Wohn- und Siedlungsformen. Impulse aus Frauensicht, Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen (Hg.), Berlin 1993, S. 20-39

Berlin

Boljahn, Urte: Bauen und Wohnen aus Frauensicht, Niedersächsisches Frauenministerium (Hg.), Hannover 1995, S. 14-19

Danner, Dietmar: Vom Idealismus zum Sozialismus. In: Architektur, Innenarchitektur (AIT), Heft 1 / 2, Stuttgart 1994, S. 16-19

FOPA e.V.: Frauenwohnhäuser, Verschiedene Zeitungsartikel. In: Frei-Räume Heft 2, Frauenwohnhäuser, Praxisprojekte, Untersuchungen, Interview, Bücher, Berlin 1986, S. 23-24

Grote, Marita / Pianka, Marlis / Stibba, Ute: Internationale Bauausstellung Berlin, Neubauprojekt Block 2 In: Frauen Planen Bauen Wohnen. Katalog zur Ausstellung der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, Hg. IBA Emscher Park GmbH, Dortmund 1991, S. 56-57

Jachmann, Christine / Warhaftig, Myra: Der IBA-Block 2 in Berlin-Kreuzberg, ein Architektinnenprojekt. In: Neue Wohn- und Siedlungsformen. Impulse aus Frauensicht. Dokumentation des Symposions des Beirats für frauenspezifische Belange bei der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1993, S. 52-55

Jansen, Karin: Die Wochenschau: Emanzipatorisches Bauen und Wohnen, Wohnblock der Experimente. In: Stadtbauwelt 119, Heft 36, 1993, S. 1851-1853

Warhaftig, Myra: Block 2 – Los 2, Dessauer Straße 38-40. In: Neue Wohn- und Siedlungsformen – Impulse aus Frauensicht, Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen (Hg.), Berlin 1993, S. 50-52

Warhaftig, Myra: Wohnhaus – Los 2. Dessauer Straße 38-40. In: Internationale Bauausstellung Berlin 1984-87, Dokumente, Projekte. Hg. J.P. Kleihues, Stuttgart 1993

Bergkamen

Boljahn, Urte: Bergkamen, IBA Emscher Park, Wettbewerb Frauen planen Wohnungen. In: Bauen und Wohnen aus Frauensicht, Niedersächsisches Frauenministerium (Hg.), Hannover 1995, S. 20-22

Grote, Marita / Pianka, Marlis / Stibba, Ute: Wohnungsbauprojekt in Bergkamen. In: Frauen Planen Bauen Wohnen. Katalog zur Ausstellung der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, Hg. IBA Emscher Park GmbH, Dortmund 1991, S. 80-81

IBA Emscher Park GmbH (Hg.): Ein Wettbewerb für Frauen, realisiert in Bergkamen, Frauen planen Wohnungen, Berlin 1993, S. 74-80

Jahnel, Christa / Ostrowski, Sabine / Reumke, Christiane: Frauen planen Wohnungen, IBA Emscher Park Wettbewerbe. Dokumentation Stadt Bergkamen, Gelsenkirchen 1992

Jost, Tom / Süselbeck, Kai: Menschengerechtes Wohnen. In: Emscher Park Informationen, Themenheft 2, IBA Emscher Park (Hg.), Gelsenkirchen 1994

Protokoll des Preisgerichts, Städtebaulicher Realisierungswettbewerb Frauen Planen Wohnungen am 24./25.01.1991, Bergkamen 1991

Rabenschlag, Anne: Ein Wettbewerb für Frauen realisiert in Bergkamen**.** In: Neue Wohn- und Siedlungsformen. Impulse aus Frauensicht, Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1993, S. 74-80

Radomski, Sabine / Taube, Marion / Aßmann, Katja: Internationale Bauausstellung Emscher Park. In: Katalog der Projekte, Hg. IBA Emscher Park GmbH, Gelsenkirchen 1999, S. 264-265

Radomski, Sabine / Zerressen, Marion: Internationale Bauausstellung Emscher Park, Eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen, In: Broschüre IBA Emscher Park (Hg.), Gelsenkirchen 1991

Radomski, Sabine / Zerressen, Marion: Projekte im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, IBA Emscher Park GmbH (Hg.), 2. überarb. Auflage, Gelsenkirchen 1996

Stadt Bergkamen/IBA Emscher Park (Hg.): Emscher Park Wettbewerbe 7, Städtebaulicher Realisierungswettbewerb „Frauen Planen Wohnungen“, Gelsenkirchen 1990

Töpper, Heinke: Frauen planen Wohnungen. In: Baukultur 4/94, S. 16-17

VDI nachrichten: Frauen machen vor, wie´s geht, Nr. 22, 1992, S. 36

Zerressen, Marion: Der Arbeitskreis „Frauen und IBA“, IBA Emscher Park (Hg.), Gelsenkirchen 1991

Zerressen, Marion: Frauen planen Wohnungen, IBA Emscher Park Wettbewerbe. In: Katalog zum Stand der Projekte, IBA Emscher Park (Hg.), Gelsenkirchen 1993, S. 172-176

www.bergkamen.de

Recklinghausen

Ahlers, Hubertus / Radomski, Sabine: Projekte in Recklinghausen, Iserlohn 1999

Aßmann, Katja / Radomski, Sabine / Taube, Marion: Internationale Bauausstellung Emscher Park, Katalog der Projekte, Internationale Bauausstellung IBA Emscher Park GmbH (Hg.), Gelsenkirchen 1999, S. 298-299

Beier, Ernst (Hg.): Die historische Entwicklung des Ruhrgebietes und seiner Städte; Sprockhövel, Hattingen, Witten, Bochum, Herne, Castop-Rauxel, Recklinghausen unter besonderer Berücksichtigung des Bergbaus, Bochum 1988

Freimuth, Angelika / Tornow, Britta / Schröder-Ropeter, Insa: Nutzungsoffene Grundrisse im sozialen Wohnungsbau, Institut für Frauenforschung an der Fachhochschule Kiel, Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein (Hg.), Kiel 1997, S. 14-15 / S.56-57

Grote, Marita / Pianka, Marlis / Stibba, Ute: Neubauprojekt Alternatives Wohnen in Recklinghausen Süd. In: Frauen Planen Bauen Wohnen, Katalog zur Ausstellung der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, Internationale Bauausstellung Emscher Park GmbH (Hg.), Gelsenkirchen 1991, S. 82-83

Jost, Tom / Süselbeck, Kai: Alternatives Wohnen in Recklinghausen-Süd. In: Themenheft Nr. 2 Emscher Park Informationen, IBA Emscher Park GmbH (Hg.), Gelsenkirchen 1994, S. 26-27

Klimek, Christa: Das Wohnungsbauprojekt Recklinghausen-Süd. In: Neue Wohn- und Siedlungsformen. Impulse aus Frauensicht. Dokumentation des Symposions des Beirats für frauenspezifische Belange bei der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen am 29./30. Januar 1993, Berlin 1993, S. 68-80

Radomski, Sabine / Zerressen, Marion: Internationale Bauausstellung Emscher Park, Eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen, In: Broschüre IBA Emscher Park (Hg.), Gelsenkirchen 1991

Radomski, Sabine / Zerressen, Marion: Projekte im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, Hg. IBA Emscher Park GmbH, **2.** überarb. Auflage, Gelsenkirchen 1996

Radomski, Sabine / Zerressen, Marion: Menschengerechtes Wohnen. In: Themenheft Nr. 2 Emscher Park Informationen, IBA Emscher Park GmbH (Hg.), Gelsenkirchen 1994, S. 28-29

Wohnbund-Beratung NRW (Hg.): Wohnung, Siedlung, Quartier: Entwicklungen, Projekte und Perspektiven für soziales Wohnen, Dortmund 1999, S. 62-63

Zerressen, Marion: Alternatives Wohnen im Tor zur Südstadt, IBA Emscher Park Wettbewerbe. In: Katalog zum Stand der Projekte, IBA Emscher Park (Hg.), Gelsenkirchen 1993, S. 236-240

Zerressen, Marion: Der Arbeitskreis Frauen und IBA, Gelsenkirchen 1991

www.recklinghausen.de

Berlin Biesdorf Süd

Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr, Referat VI F: Architektinnen-Wettbewerb 'Emanzipatorische Wohnformen' Biesdorf-Süd, Berlin-Marzahn, Offener Realisierungswettbewerb in 2 Phasen, Ergebnisprotokoll, Berlin 1999

Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr, Referat VI F: Architektinnen-Wettbewerb 'Emanzipatorische Wohnformen' Biesdorf-Süd, Berlin-Marzahn, Offener Realisierungswettbewerb in 2 Phasen, Ausschreibung, Berlin 1998

von Alvensleben, Keller und Partner: Architektinnen-Wettbewerb Emanzipatorische Wohnformen Biesdorf-Süd, Berlin-Marzahn, Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr: Offener Realisierungswettbewerb in 2 Phasen, Ausschreibung Berlin 1998

wettbewerbe aktuell 8/1999: Emanzipatorische Wohnformen Biesdorf-Süd, Berlin-Marzahn, Freiburg 1999, S. 23-24

www.berlin.de

Wien

Bauer Ursula / Flos, Birgit / Jedelsky, Brigitte: Frauen-Werk-Stadt. Die ersten Eindrücke. Wo Teufelszwirn, Krauthappeln und Satellitenschüsseln wuchern. In: Perspektiven / Heft 1 / 2, 1994, S.70-75

Herren, Natalie: Frauen-Werk-Stadt Frauenraum im Niemandsland. In: P,A,F. Planung, Architektur, Frauen (Hg.), Bulletin 1., 5. Jahrgang, Bern 1998, S. 6-7

Hupfer, Irene: Anstelle eines Hauptartikels über die Wiener Frauen-Werk-Stadt. In: P,A,F. Planung, Architektur, Frauen (Hg.), Bulletin 1., 5. Jahrgang, Bern 1998, S. 4- 5

Kail, Eva: FrauenWerkStadt. In: Broschüre Frauenbüro Stadt Wien (Hg.), Wien 1996

Kail, Eva: FrauenWerkStadt. In: Perspektiven / Heft 2, Wien 1995, S. 60-61

Kail, Eva: FrauenWerkStadt. In: StadtBauwelt 126 / Heft 24.1995, S. 1391-1393

Opll, Ferdinand: Wien - Das Werden einer Metropole unter: www.wien.gv.at/ma08/geschichte/whiseinl.htm

Ullmann, Franziska: Frauen-Werk-Stadt Wien 1998. In: Bauen mit Beton 1-98, S. 30-32

www.wien.at

Lübeck

Dittrich, K.: Kleines Lexikon Lübeck, Hamburg 2000

Grundstücksgesellschaft Trave mbH und Senat der Hansestadt Lübeck (Hg.): Gutachterverfahren Frauen Planen Wohnen in Kücknitz / Solmitzstrasse, Lübeck 1995

Müller, U.: Kücknitz, Ein Stadtteil im Wandel vom Klosterhof zum Industrierevier, Lübeck 1982

Zahn, Volker: Leitbilder für Lübeck – Entwicklungsperspektiven für ein Weltkulturerbe. In: Becker, H. / Jessen, J. / Sander, R. (Hg.)**:** Ohne Leitbild. Städtebau in Deutschland und Europa, Stuttgart 1998, S. 168-186

www.luebeck.de

Leverkusen

Boljahn, Urte: Bauen und Wohnen aus Frauensicht, Niedersächsisches Frauenministerium (Hg.), Hannover 1995, S. 28-29

Dahl, Doris / Fey-Hoffmann, Simone: Frauengerechtes Wohnen Quettinger Feld, Wohnungspolitik aus weiblicher Sicht, Dokumentation eines innovativen Planungsverfahrens, Stadt Leverkusen Frauenbüro (Hg.), Leverkusen 1994

Nicolini, Gert: Der Wandel des Stadtzentrums von Leverkusen. In: dga Duisburger Geographische Arbeiten Heft 4, Köln 1983, S. 30f

Deutscher Städtetag, Kommission Frauen in der Stadt (Hg.): Frauen verändern ihre Stadt. In: DST-Beiträge zur Frauenpolitik, Reihe L, Heft 2, Arbeitshilfe 1: Wohnungspolitik, Köln 1994, S. 109-111

Leverkusen Information (Hg.): Der weibliche Blick, Erste Erfahrungen mit dem Wohnprojekt Frauengerechtes Wohnen, Leverkusen 1994, S. 62-63

www.leverkusen.de

Freiburg i.Br.

Becherer, Natalja / Smuda-Jescheck, Charlotte: Stadt & Frau – Planungsgeschichte und Philosophie, Freiburg 1996

Haasis, Hans-Arthur: Bodenpreise, Bodenmarkt und Stadtentwicklung: Eine Studie zur sozialräumlichen Differenzierung städtischer Gebiete am Beispiel von Freiburg i.Br., Beiträge zur Kommunalwissenschaft 23, München 1987

Humpert, Klaus (Hg.): Stadterweiterung Freiburg Rieselfeld, Stuttgart 1997

Stadt & Frau i.G.: Wohnungsgenossenschaft, Freiburg i.Br. 1995

Stadt & Frau e.V.: Frauen planen und bauen – nicht nur für Frauen, Gemeinschaftsorientiertes Wohnen und Arbeiten, Modellprojekt von Stadt & Frau auf dem Rieselfeld in Freiburg im Breisgau, Freiburg 1994

Stadt & Frau Genossenschaft: Stadt & Frau: Modellprojekt Freiburg im Breisgau, Freiburg o.J.

wettbewerbe aktuell 7/1996: Frauen planen und bauen nicht nur für Frauen: Gemeinschaftliches Wohnen, Arbeiten und Leben auf dem Rieselfeld Freiburg, S. 27-28

wettbewerbe aktuell 12/1995: Wettbewerbsmeldungen: Frauen planen und bauen nicht nur für Frauen, Gemeinschaftliches Wohnen, Arbeiten und Leben auf dem Rieselfeld Freiburg, S. 5

wettbewerbe aktuell 5/1992: Städtebaulicher und landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb Rieselfeld in Freiburg, S. 57-68

www.freiburg.de

Kiel

Birkner, Dorothea / Bischof, Gabriele: Gemeinschaftsorientiertes und generationsübergreifendes Wohnen für Alleinerziehende, Familien und SeniorInnen in Kiel-Mettenhof, Abschlußbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Modell-Wohnprojekt, Institut für Frauenforschung an der FH Kiel (Hg.), Kiel 1995

Kieler Nachrichten vom 16.07.1994: In dieser Wohnanlage soll gute Nachbarschaft Programm sein, Kiel 1994

Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V.: Wettbewerb Kostengünstiger Wohnungsbau in Schleswig-Holstein, Kiel-Mettenhof Vaasastraße mit 42 Wohnungen. In: Mitteilungsblatt Nr. 199, Heft 1/96, 02/1996, S. 4 / 18

Stübinger, Jörn: Grundsteinlegung Vaasastraße. In: bauen & leben, Kiel o.J., S. 23,

Stübinger, Jörn: Ein beispielhaftes Projekt für die Zukunft. In: bauen & leben, o.J., S. 26-27

WOBAU Schleswig-Holstein: Kiel-Mettenhof,Vaasastraße, Modellprojekt für generationsübergreifendes Wohnen von Frauen und Familien, Eine wissenschaftliche Begleitung, o.J.

www.kiel.de

Wiesbaden

Boljahn, Urte: Bauen und Wohnen aus Frauensicht, Niedersächsisches Frauenministerium (Hg.), Hannover 1995, S. 25-27

Bundesvereinigung der Landesentwicklungsgesellschaften und Heimstätten e.V.: Frauengerechtes Bauen und Wohnen, Gelungene Verbindung von Architektur und sozialer Infrastruktur, Bonn 1997, S. 42-43

Flade, Antje / Lohmann, Günter: Frauengerechtes Bauen und Wohnen Modellprojekt in Wiesbaden-Krautgärten, Begleitforschung, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hg.), Wiesbaden 1998

Flade, Antje / Lohmann, Günter: Familien- und frauengerechtes Bauen und Wohnen, Beispiele aus Hessen**,** Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung / Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Institut für Wohnen und Umwelt GmbH (Hg.), Wiesbaden 1998, S. 2 / 12-15

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung / nhgip Nassauische Gesellschaft für innovative Projekte im Wohnungsbau mbh: Frauengerechtes Bauen und Wohnen in Hessen, Pressespiegel 1995-1998, Wiesbaden 1999

Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz/ Sozial- und Wohungsdezernat der Landeshauptstadt Wiesbaden / nhgip Nassauische Gesellschaft für innovative Projekte im Wohnungsbau mbh: Frauengerechtes Bauen und Wohnen, Ergebnisse des Wettbewerbs, Wiesbaden 1995

Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz / nhgip Nassauische Heimstätte Gesellschaft für innovative Projekte im Wohnungsbau mbH: Realisierungswettbewerb Frauengerechtes Bauen und Wohnen, Konzeption und Verfahren, Wiesbaden 1994

wettbewerbe aktuell 6/94: Realisierungswettbewerb „Frauengerechtes

Bauen und Wohnen“ in Wiesbaden, S. 23

www.wiesbaden.de

Mainz

Leuenberger, Beatrice: Eine Frauenstadt in Mainz-Layenhof – nur eine Utopie. In: Olympe 6/96, S.63-73

sbp Gesellschaft für ökologische und sozialverträgliche Betriebs- und Politikberatung mbH: Frauenfreundliche Gemeinde-, Stadt- und Gewerbeplanung – am Beispiel der Planung zum neuen Stadtteil Mainz-Layenhof, Gutachten im Auftrag der Stadt Mainz, Frauenbüro (Hg.), Mainz 1994

Stadt Mainz (Hg.): Protokoll städtebaulicher Ideenwettbewerb Layenhof / Münchwald in Mainz und Wackernheim (1. Phase), Mainz 1996

Stadt Mainz, Stadtplanungsamt (Hg.): Städtebaulicher Ideenwettbewerb Layenhof / Münchwald, Mainz und Wackernheim 1996

Stadt Mainz (Hg.): Städtebaulicher Ideenwettbewerb Neuer Stadtteil Layenhof/Münchwlad in Mainz und Wackernheim,Auslobungstext, Mainz 1995

www.mainz.de

Essen

Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen FOPA (Hg.): Einblicke Ausblicke, Fachliche Begleitung des städtebaulichen Wettbewerbs Essen-Kupferdreh, Dortmund 1997

Grote, Maria / Pohlmann-Rohr, Birgit / FOPA e.V.: Städtebauliches und infrastrukturelles Anforderungsprofil aus Frauensicht, Gutachten im Vorfeld der Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs, Dortmund 1996

Stadt Essen / Allbau Allgemeiner Bauverein Essen AG (Hg.): Dokumentation Dilldorfer Höhe, Essen Kupferdreh, Essen 1997

www.essen.de

Langenhagen

Entwicklungsgesellschaft Langenhagen (Hg.): Wohnen im Weiherfeld, Selbstdarstellung, Langenhagen 2000

Pohlmann Rohr, Brigitte / FOPA e.V.: Gutachten zum städtebaulichen Ideenwettbewerb Langenhagen Im Weiherfeld / Voigtwiesen, Dortmund 1995

Stadt Langenhagen (Hg.): städtebaulicher Entwicklungsbereich Weiherfeld. Heft 59/´96 Rahmenplanung, 2. Auflage, Langenhagen 1996

Stadt Langenhagen (Hg.): städtebaulicher Entwicklungsbereich Weiherfeld. Heft 54/´96, Grundlagen der Rahmenplanung, Langenhagen 1996

Stadt Langenhagen (Hg.): städtebaulicher und landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb im Weiherfeld / Voigtwiesen, Heft 39/94: Ausschreibung Teil 1, Langenhagen 1994

www.langenhagen.de

Lörrach

Moser und Partner Architekten: Wohnanlage “Hugenmatt” in Lörrach, Lörrach o.J., S. 70-71

Lörracher Stadtbau-GmbH: Wohnprojekt Hugenmatt 1+2, Lörrach 1995

Städtische Wohnungsbaugesellschaft Lörrach mbH: Ein Zuhause für Alleinerziehende, In Brombach entsteht die Anlage Hugenmatt, Lörrach 1995

www.loerrach.de

Oldenburg

Frauenbüro Stadt Oldenburg (Hg.): Bauen und Wohnen für Frauen und Familien, Oldenburg o.J.

Rohr-Zänker, Ruth: Wie wohnt es sich frauen- und familiengerecht?, Niedersächsisches Innenministerium (Hg.), Hannover 2001

www.oldenburg.de

Nürnberg

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesgruppe Bayern (Hg.): Städtebau im Wandel, Stadtteil Nürnberg-Langwasser, 2. Auflage, Nürnberg 1988

Stadt Nürnberg, Geschäftsbereich für Wohnen und Stadterneuerung (Hg.): Frauenfreundliches Wohnen Strieglauer Straße, Nürnberg 1998

wettbewerbe aktuell 1/1996: Wettbewerbsmeldungen: Vorankündigung Frauenfreundliches Wohnen in Nürnberg-Langwasser, S.10 / 16

wettbewerbe aktuell 11/1996: Frauenfreundlichen Wohnen Nürnberg-Langwasser, S.17-18

Zerweck, Daniel: Großstädtische Wohnstandorte, Die Bestimmung von Wohnstandortpräferenzen als Planungshilfe zur Stadtentwicklung am Beispiel von Nürnberg**.** In Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 83, Dortmund 1997

www.nuernberg.de

Salzgitter

Mütterzentrum Bundesverband e.V. (Hg.): Mütter geben ihren Senf dazu, Newsletter Ausgabe 2, Hamburg 2000

SOS-Kinderdorf e.V. / SOS-Mütterzentrum Salzgitter (Hg.): Mütterzentrum 2000 - Präsentationskonzept, Salzgitter 2000

SOS-Kinderdorf e.V. / SOS-Mütterzentrum Salzgitter (Hg.): Was ist los im Mütterzentrum?, München 2000

SOS-Kinderdorf e.V. (Hg.): Presseinfomationen 1-11, Salzgitter 2000

SOS-Kinderdorf e.V. / SOS-Mütterzentrum Salzgitter (Hg.): Tätigkeitsbericht 1999

Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf (Hg.): Alles unter einem Dach, Salzgitter 2000

www.salzgitter.de

Bremen

Beginenhof e.V. (Hg.): Schlüsselprojekt Bremer Beginenhof Modell, Bremen 1999

Bremer Beginenhof Modell (Hg.): Ein generationsübergreifendes Wohn- und Erwerbsprojekt für Frauen, Frauen schaffen Zukunft, Bremen, Januar 2000

www.bremen.de

Abbildungsnachweis:

Titelfoto

Kerstin Sailer, Hannover

Projekte:

Zürich
Abb. [1] Anke Schröder, Hannover (AS); [2] AS; [3] Stadtplan Zürich; [4] AS; [5] Kuhn, Fischer, Hungerbühler, Architekten: Brahmsstraße 1991. In Evangelischer Frauenbund Zürich (Hg.), Zürich 1988; [6] AS; [7] AS; [8] Barbara Zibell (BZ); [9] AS; [10] AS; [11] AS

Berlin, Los 2
Abb. [1] Volker Freese, Hannover (VF); [2] VF; [3] Kartenmaterial Internet; [4] VF; [5] VF; [6] Boljahn, Urte.: Bauen und Wohnen aus Frauensicht. In: Niedersächsisches Frauenministerium (Hg.), Hannover 1995; [7] VF; [8] VF Schröder, Anke, Hannover

Bergkamen
Abb. [1] AS; [2] AS; [3] Monika Melchior / Heinke Töpper, Architektinnen; [4] AS; [5] AS

Recklinghausen
Abb. [1] AS; [2] IBA Emscher Park: Projekte im Rahmen der IBA, Gelsenkirchen 1996; [3] Kartenmaterial Internet, [4] AS; [5] AS

Berlin Biesdorf- Süd
Abb. [1] von Alvensleben, Keller und Partner: Architektinnen-Wettbewerb, Emanzipatorische Wohnformen Biesdorf-Süd, Berlin-Marzahn, Offener Realisierungswettbewerb in 2 Phasen, Ausschreibung. In: Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr:, Berlin 1998 (vA,K); [2] Kartenmaterial Internet; [3] evaplan, Architektinnen: Architektinnen-Wettbewerb, Emanzipatorische Wohnformen Biesdorf-Süd, Ergebnisprotokoll, Berlin-Marzahn, Offener Realisierungswettbewerb in 2 Phasen. In: Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr, Berlin 1994 (evaplan); [4] (vA,K); [5] evaplan; [6] evaplan

Wien
Abb.[1] AS; [2] AS; [3] Kartenmaterial Internet; [4] AS; [5] Frauenbüro Magistrat der Stadt Wien (Hg.) FrauenWerkStadt, Wien 1996; [6] AS; [7] AS; [8] AS; [9] AS; [10] AS; [11] AS

Lübeck
Abb.[1] Grundstücksgesellschaft Trave mbH und Senat der Hansestadt Lübeck (Hg.): Gutachterverfahren Frauen Planen Wohnen in Kücknitz / Solmitzstrasse, Lübeck 1995 (Trave); [2] Kartenmaterial Internet; [3] Trave; [4] Trave

Leverkusen
Abb.[1] AS; [2] Katrin Schulz-Helbach, Hannover (KSH); [3] Kartenmaterial Internet; [4] KSH; [5] Wohn-Stadt, Architektinnen: Wohnungspolitik aus weiblicher Sicht. In: Frauenbüro Leverkusen (Hg.), Leverkusen 1994; [6] AS; [7] KSH; [8] AS; [9] AS; [10] KSH

Freiburg
Abb. [1] AS; [2] AS; [3] Kartenmaterial Internet; [4] AS; [5] Humpert, Klaus (Hg.): Stadterweiterung: Freiburg Rieselfeld, Stuttgart 1997; [6] AS; [7] AS; [8] AS; [9] AS

Kiel
Abb.[1] Wobau Schleswig-Holstein (Hg.): Mettenhof, Grundsteinlegung, Vaasastr. In: Bauen und Leben, o.J.; [2] AS; [3] Kartenmaterial Internet; [4] KSH; [5] Wobau Schleswig-Holstein (Hg.): Kiel-Mettenhof, Vaasastr., Modellprojekt für generationsübergreifendes Wohnen von Frauen und Familien, Kiel 1998; [6] AS; [7] AS

Wiesbaden
Abb.[1] KSH; [2] KSH; [3] Kartenmaterial Internet; [4] Nassauische Heim-

städte, Gesellschaft für innovative Projekte im Wohnungsbau (NHGiP) Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Forsten, Naturschutz (Hg.): Realisierungswettbewerb Frauengerechtes Bauen und Wohnen, Konzeption und Verfahren, Wiesbaden 1994; [5] NHGiP: Frauengerechtes Bauen und Wohnen, Ergebnisse des Wettbewerbs, Wiesbaden 1994; [6] KSH; [7] KSH; [8] KSH

Mainz
Abb.[1] Stadt Mainz, Stadtplanungsamt (Hg.): Wettbewerbe aktuell: Städtebaulicher Ideenwettbewerb „Layenhof / Münchwald", Mainz und Wackernheim 1994 (Stadt Mainz); [2] Kartenmaterial Internet; [3] Stadt Mainz; [4] Stadt Mainz; [5] Stadt Mainz; [6] Stadt Mainz

Essen
Abb. [1] Stadt Essen / Allbau Essen AG (Hg.): Dokumentation Dilldorfer Höhe, Essen Kupferdreh, Essen 1997 (Stadt/Allbau Essen); [2] Georg F. Kosinski, Essen (GFK); [3] Kartenmaterial Internet; [4] Stadt / Allbau Essen; [5] Stadt / Allbau Essen; [6] GFK; [7] GFK;

Langenhagen
Abb. [1] AS; [2] AS; [3] Kartenmaterial Internet; [4] Entwicklungsgesellschaft Langenhagen mbH: Wohnen im Weiherfeld, Langenhagen 2000 (EL); [5] AS; [6] AS; [7] EL; [8] AS; [9] AS; [10] AS; [11] AS; [12] AS

Lörrach
Abb[1] AS; [2] Kartenmaterial Internet; [3] AS; [4] Th. Dix Grenzach, Whylen / J.Junkov, Lörrach / E. Meyer, Hasel / P. Böttcher, Efringen-Kirchen. In: Wohnbau Lörrach (Hg.): Wohnanlage Hugenmatt, Lörrach o.J. (Wohnbau); [5] AS; [6] AS; [7] AS; [8] AS; [9] AS; [10] AS; [11] Wohnbau

Oldenburg
Abb. [1] AS; [2] Kartenmaterial Internet; [3] Frauenbüro Stadt Oldenburg (Hg.): Bauen und Wohnen für Frauen und Familien, Oldenburg o.J.; .[4] Karin Baatz / Andrea Geister-Herbolzheimer, Architektinnen. In: s.o.; [5] AS; [6] AS; [7] AS

Nürnberg
Abb. [1] Wohnungsbaugesellschaft Nürnberg; [2] Wohnungsbaugesellschaft Nürnberg; [3] Kartenmaterial Internet; [4]Stadt Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadterneuerung (Hg.): Frauenfreundliches Wohnen Strieglauer Straße, Nürnberg 1998; [5] Wohnungsbaugesellschaft Nürnberg; [6] Wohnungsbaugesellschaft Nürnberg

Salzgitter
Abb. [1] KSH; [2] Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf (Hg.): Alles unter einem Dach, Salzgitter 2000; [3] Kartenmaterial Internet; [4] KSH; [5] WES + Partner, Landschaftsarchitekten; [6] KSH; [7] KSH; [8] KSH; [9] KSH; [10] KSH

Bremen
Abb. [1] Kerstin Krominger / Erika Helwes (KK / EH); [2] KK / EH; [3] Kartenmaterial Internet; [4] KK / EH; [5] Czerner und Czerner, ArchitektInnen: Schlüsselprojekt Bremer Beginenhof Modell. In: Beginenhof (Hg.): Bremen 1999; [6] KK / EH; [7] KK / EH; [8) KK / EH